

kürbiskern

B 20094 F

LITERATUR, KRITIK, KLASSENKAMPF

*Alfred Andersch, Wolfgang Bächler, Bernd Eberle, Ludwig Fels,
Consuelo G. Fritzsche, Gerd Fuchs, Siegfried Grundmann,
Harald Kruse, Hans Meier, Bernd Pressler, E. A. Rauter*

Kaspar Maase: Kultur als Politik betrieben

Georg Herde: Deutsche Nationalstiftung

Thomas Neumann: Forschungspolitik der Bundesregierung

Richard Albrecht: Marktbeherrschende Wissenschaftsverlage

E. Jürgens: Theaterdemontage — Hintergründe und Gegenwehr

Michael Hatry: Die Kritiker liefern ab

Martin Buchholz: Das Westberliner „Grips“-Theater

Bibliotheken, Fernsehen, Literatur: *Carl Amery, H.-P. Bleuel*

W. Weismann: Von einem, der auszog, den Zensor zu suchen

Literatur im Gespräch — *kürbiskern-Runde*

KULTURETATS KULTURZENSUR

Neue Bücher im Damnitz Verlag

In Kürze erscheint:

Warum wird so einer Kommunist?

Kleine Arbeiterbibliothek — Band 17, ca. 250 Seiten, DM 6,80

Mit Beiträgen von:

Rudi Bergmann
Rupert Baumgartner
Ronald M. Hahn
Friedrich Hitzer
Klaus Konjetzky
August Kühn
Roland Lang
Kaspar Maase
Peter Maiwald
Wolfgang Plat
Rigo Ros
Erika Runge
Erasmus Schöfer
Margot Schroeder
Peter Schütt
Jürgen-Peter Stössel
Uwe Timm
Artur Troppmann
Carl Wüsthoff.

„Was, der ist Kommunist? Aber der ist doch ganz sympathisch, warum wird so einer Kommunist?“ — Die Vorurteile, die hierzulande gegenüber Kommunisten bestehen, sind manchmal schon grotesk.

Unsere Autoren wollen zeigen, wie Kommunisten wirklich sind, wie sie es wurden. Als „Menschen wie Du und ich“, mit verschiedenen Sorgen und Wünschen, mit ganz unterschiedlicher Entwicklung, einig aber in einem gemeinsamen Ziel: sie wollen den Sozialismus, die reale Demokratie. So entstanden Geschichten, Kurzporträts, Interviews, auch Gedichte, über viele verschiedene Menschen — Kommunisten!

Bestellungen über den Buchhandel oder direkt bei Damnitz Verlag GmbH
(Kürbiskern), Hohenzollernstraße 144, 8000 München 40, Telefon (089) 30 37 83

kürbiskern

Literatur, Kritik, Klassenkampf

Herausgegeben von
Friedrich Hitzer, Oskar Neumann,
Conrad Schuhler, Hannes Stütz

Damnitz Verlag München

ZU DIESEM HEFT

3

Alfred Andersch: Artikel 3 (3)	6
Lissabon im Herbst / Marx	7
Artikel 3 (3) oder: was habe ich gesagt —	
Antwort an Günther Rühle	8
Wolfgang Bächler: Aalenerlaß	11
Zwischen Granada und Madrid	12
Ludwig Fels: Kaltes Wasser	13
Consuelo García Fritzsch: Auswanderer nach Europa	14
Bernd Preßler: Die Kollegen und Eluard	33
Siegfried Grundmann: Das Testament des Herrn Brummbichler	34
Bernd Eberle: Die Verhinderung einer Reportage über Lisa Salfrank	39
Harald Kruse: Erklärung	39
Hans Meier: Filsers Ende	48
Kaspar Maase: Kultur als Politik betrieben	52
Georg Herde: Deutsche Nationalstiftung	69
Thomas Neumann: Die Forschungspolitik der Bundesregierung und die Alternative	75
Richard Albrecht: Marktbeherrschende Wissenschaftsverlage *	84
Ekkehard Jürgens: Theaterdemontage — Hintergründe und Gegenwehr	90
Michael Hatry: Die Kritiker liefern ab	116
Martin Buchholz: »Die ganze bolschewistische Kulturrevolution«	123
Willi Weismann: Von einem, der auszog, den Zensor zu suchen	128
Literatur im Gespräch	132
Günter Müller: Am schwarzen Brett / Voraussetzung	148
Gerd Fuchs: Anna Seghers	149
E. A. Rauter: Vom ewigen Leben des Kapitalismus	153
»Munthe zur Hand führt über Dingsbums zu Goethe«	
Gespräch mit Carl Amery	156
Julius Dietrich: Rotstift und Schwarzfunk	164
Hans-Peter Bleuel: Autoren lernen sich zu helfen	168
Dokumentation zu einem Berufsverbot:	
Wie ein Magistrat, CDU, SPD und BILD zusammenarbeiten	171
ANMERKUNGEN	176

* Ein Schaubild der 5 größten wissenschaftlichen Verlage in der BRD ist auf der 3. Umschlagseite abgedruckt.

Wir haben 1976 die zweite Bundestagswahl seit dem Regierungswechsel vor sechseinhalb Jahren. Wahljahr ist Bilanzjahr. Zu bilanzieren ist vor allem die Entwicklung der Lebensbedingungen in unserem Land seit 1969.

Vieles hat sich geändert seitdem, wenn auch meist so, wie es damals selbst Kritiker auf dem linken Flügel nicht vorausgesehen haben. Enttäuscht sind heute vor allem jene, die von den Reformankündigungen der Sozialdemokraten soziale Sicherheit und — untrennbar davon — mehr Demokratie erwartet hatten. Die meisten der Arbeiter in den Septemberstreiks, der Teilnehmer an den Kundgebungen gegen Neofaschismus, der Vietnam-Demonstranten hofften, daß es unter einer SPD/FDP-Regierung leichter sein würde als vorher, für progressive Veränderungen einzutreten. Stattdessen hat nun das Wort *Veränderung* einen bitteren Geschmack bekommen. Verändert hat sich — zum Schlechteren — das gesamte soziale Klima. Wir haben 1 350 000 Arbeitslose, dazu Hunderttausende Kurzarbeiter. Sozialleistungen werden gestrichen oder verteilt. Die Angst, mit den täglichen Sorgen nicht mehr fertig zu werden, ist heute für Millionen gegenwärtig. Und diese Angst wird geschürt von einem ideologischen Dauerfeuer, die Selbstentfaltung des einzelnen verzerrt zum Kampf aller gegen alle.

Alle Möglichkeiten, die mit dem Menschenrecht auf Kultur zu tun haben, scheinen heute weiter als je aus dem Bereich des Machbaren gerückt. Die materielle Sicherheit — selbstverständliche Voraussetzung der kulturellen Entwicklung — ist im Schwinden begriffen. Das Bildungssystem bleibt von Jahr zu Jahr mehr hinter dem Nötigen und Möglichen zurück. An den Kulturausgaben im engeren Sinn — vom Theater bis zum Freizeitheim — wird skrupellos herumgekürzt. Schulraum- und Lehrermangel, Mangel an Ausbildungsplätzen in Betrieben und Hochschulen setzen sich um in einen Zwang, der zum grundlegenden Bildungserlebnis des Heranwachsenden wird.

Der Kampf dagegen ist härter geworden. Schon Kritik fordert heute die Verantwortlichen zu massivem Zurückschlagen heraus. Nach den Etatkürzungen im Bildungshaushalt hatte die GEW Bayern den wirklichen Lehrermangel an bayrischen Schulen ermittelt — im Jahr 1980 fehlen noch 60 000 Lehrer — und in einem Brief die Abgeordneten des Landtags um eine Stellungnahme gebeten. CSU-Abgeordneter Dr. Kurt Falthäuser fand den Brief „rotzig“ und antwortete im übrigen wie folgt (nach: *Die demokratische Schule* 1/76):

Sie haben es für vertretbar gehalten, die Etat-Kürzungen im Kultushaushalt mit dem Etikett „Gewalt gegen Kinder“ zu versehen. Mir scheint der Begriff „Gewalt“ vielmehr auf Inhalt und Diktion Ihres Schreibens zu passen:

- Gewalt tun Sie der Wahrheit über die tatsächliche Schulsituation in Bayern an;*
- gewaltsam unterdrücken Sie die Tatsache, daß das Land Bayern zu Einsparungsmaßnahmen gezwungen ist aufgrund einer Wirtschaftspolitik, die die SPD/FDP-Koalition zu vertreten hat;*
- Gewalt tun Sie nicht zuletzt dem unverzichtbaren Restbestand an Höflichkeit an, der auch bei politischer Auseinandersetzung zu beachten ist.*

Das Spiel mit der Vokabel *Gewalt* ist keineswegs metaphorisch, seit wir neuerdings den § 88 a im Strafgesetzbuch haben, der schon die „Befürwortung von Gewalt“ unter Strafe stellt. Dr. Falthäuser gibt eine Ahnung davon, was sich mit einem solchen Gummiparagraphen, einem Notstandsgesetz für die Literatur, alles anstellen läßt.

Günther Rühle verdeutlicht es noch in der FAZ vom 29. Januar 1976: Da wird Alfred Andersch, 1933 KZ-Häftling in Dachau, zum Nachredner des *Stürmer* gemacht. Die wütende Reaktion, die sein Gedicht „Artikel 3 (3)“ hervorgerufen hat, zeugt von Angst — Angst der Herrschenden, weil ihre Krise mehr und intensiver als bisher nach einer Alternative fragen und suchen läßt, und das nicht nur in der Bundesrepublik. Die Auseinandersetzung um dieses Gedicht

— sie führt die angebliche gesellschaftspolitische Wirkungslosigkeit von Literatur ad absurdum — ist nicht ausgestanden. Verdächtigungen und Angst, aber auch Widerstand und Mut reichen heute schon bis in Kreise, die man gemeinhin zum Establishment rechnet. Ist es Anbiederung oder Angst, wenn ein Günther Rühle sich an Andersch ausläßt, nachdem er doch unlängst durch eine breite Solidarität von Autoren vor den Manövern von Chefredakteur und Hitler-Biograph Joachim Fest und Marcel Reich-Ranicki, die ihn aus der FAZ verdrängen wollten, gerettet wurde? Mutig und doch widerspruchsvoll reagierte dagegen Alfred Grosser, der in diesen Tagen seine Warnung vor dem Abbau demokratischer Rechte in der BRD verschärft hat, aber zugleich eine Entlastung für die Feinde der Demokratie formuliert, wenn er diese Bundesrepublik vor der in dem Gedicht formulierten „maßlosen und irreführenden Kritik in Schutz nimmt“ und Alfred Andersch unterstellt, er habe „die Bundesrepublik mit einem KZ-Staat verglichen“ (FAZ, 2. 2. 76). In seiner Antwort an Günther Rühle, die wir dem Gedicht folgen lassen, verdeutlicht Alfred Andersch unmissverständlich, daß diese Unterstellung demagogisch ist und er sagt deutlich, worum es nicht nur ihm gehen muß.

Dazu zwei Bemerkungen in gemeinsamer Sache: Da wir wohl zur „Linken“ gehören, kann es nicht, wie Andersch annimmt, schlechthin die Linke sein, die ihm vorwirft, er mache die Scherben und Handlanger verantwortlich, nicht die Verantwortlichen. Und zum anderen: die Tausende von Protesten haben sehr wohl genützt, und sie haben weiterhin die Funktion, auch höhere Formen des demokratischen Widerstands bis zum zivilen Ungehorsam, den Andersch fordert, vorzubereiten und so den „Meister“ zu finden, der in Gestalt der demokratischen Öffentlichkeit die Zauberlehringe, ob subjektiv mit Schrecken und Scham erfüllt oder nicht, objektiv zwingt, den Besen in die Ecke zu bannen.

In Helsingör — bei der Konferenz europäischer sozialdemokratischer Parteien — hat Helmut Schmidt das kapitalistische Gesellschaftssystem gegen alle Angriffe seiner ausländischen sozialdemokratischen Genossen verteidigt und seine Rolle als Vertreter einer antikommunistischen Ordnungsmacht voll ausgespielt — so sehr, daß der Parteivorsitzende Willy Brandt anschließend etwas differenzieren mußte: Sprechen sollte man schon mit den Kommunisten, aber nur dort, wo sie schon eine Macht sind. Im eigenen Land sei die DKP möglichst „so klein zu halten, wie das bisher gelungen ist“. Womit von kompetenter Seite immerhin bestätigt wurde, Welch besonderer Anstrengungen es bedarf, die Kommunisten „klein zu halten“.

Die Kommunisten passen nicht hinein in diese bewehrte Festung des Kapitalismus, als deren Kommandanten, von Ankara über Madrid bis Rio de Janeiro, die offiziellen Vertreter der BRD heute auftreten. Aber sie können sogar im eigenen Land nicht verhindern, daß sich die Forderungen nach mehr materieller Sicherheit, nach mehr Mitbestimmung, nach mehr demokratischen Rechten verstärken. Sie können Demokraten und eben gerade auch Kommunisten zwar behindern, aber nicht daran hindern, aktive Verfechter unserer Interessen zu sein, die Vorschläge für die Zukunft haben, über die es sich lohnt, miteinander zu reden. Dazu gehört auch die Idee, daß Erziehung, Wissenschaft und Kunst mithelfen sollen bei der Verbesserung der Lebensbedingungen aller Menschen, daß sie kein Privileg für eine Elite sind, sondern der Entwicklung und Entfaltung selbstbewußter Persönlichkeit aller arbeitenden Menschen dienen müssen.

Zur Bestandsaufnahme im Wahljahr gehören auch die Erfahrungen der Menschen, die für grundlegende Veränderungen unserer Gesellschaft kämpfen, gehört die DKP, die es seit 1968 gibt. Um die Kommunisten zu isolieren, bietet das Herrschaftssystem alle verfügbaren Kräfte auf. Jeder reale Gewinn an Einfluß — und seien es nur zehntausend Stimmen — wird von den Herrschenden

als Warnsignal registriert. Je stärker die DKP auftreten kann — und wer das will, muß auch Ja sagen zur Kleinarbeit, ohne die keine große politische Zielsetzung verwirklicht werden kann —, um so wirksamer können alle demokratischen Kräfte Sozialabbau, konservativer „Tendenzwende“, staatlichen Repressionen mit Erfolg entgegentreten.

Daß auch intensivste Kampagnen der Massenmedien die Betroffenen auf die Dauer nicht über die eigenen Interessen hinwegtäuschen können, wurde schon oft bewiesen — ein weiteres Mal und recht eindrucksvoll auf der Bundesdelegiertenkonferenz des VS in Stuttgart.

Die Konferenz hat Beschlüsse gefaßt, die für eine erträgliche Arbeitssituation der Schriftsteller notwendig sind: Gegen die Berufsverbote — namentlich für Dr. Beutin und Dr. Schütt —, die das geistige Klima vergiften, gegen die Parteihatz, mit der dem SPD-Mitglied J.-P. Stössel die Mitarbeit in „linken“ Zeitungen und Zeitschriften verboten werden sollte, gegen die Zensur im Fall Alfred Andersch.

Die Bundesdelegiertenkonferenz protestierte gegen den Paragraphen 88 a, und der SPD-Bundestagsabgeordnete Dieter Lattmann mußte sich scharfe Fragen gefallen lassen, warum er, als es zur Abstimmung kam, gegen die Interessen der Autoren und damit auch gegen seine eigenen Interessen gestimmt habe. Die Auskünfte von Dieter Lattmann, der immerhin gegen die ernsten Folgen dieses Gesetzes seine Stimme erhoben hat, verdeutlichen, daß die zwangsläufige Alternative vom geringeren Übel, mit der viele Sozialdemokraten seit Jahren ihre Hoffnungen zu Grabe getragen hatten, schließlich zu der Alternative führen würde, was nun schlimmer wäre — „sich selbst umzubringen oder sich von anderen umbringen zu lassen“.

Die Ergebnisse der Bundesdelegiertenkonferenz des VS lassen erkennen, daß der Verband deutscher Schriftsteller eine solche Zwangsalternative nicht anzunehmen bereit ist, sondern die Interessen der Autoren und die Aufgaben einer demokratischen Kultur wahrnehmen will.

Grundlegend für die Verteidigung der Kultur in unserem Land ist die Forderung der Konferenz, in den öffentlichen Haushalten mehr Gelder für Kultur bereitzustellen. Dazu wurde eine Resolution angenommen, die das Problem bewußtsein schärfen hilft, warum sich die Lage der Kulturschaffenden „weiter alarmierend verschlechtert hat“ und wieso die Bundesregierung, trotz Kenntnis dieser Situation, daraus keine Konsequenzen gezogen hat. In Übereinstimmung mit Beschlüssen des DGB und ihrer Gewerkschaft Druck und Papier forderten die Delegierten, „die finanzielle Situation im Kulturbereich mit Zahlen zu verdeutlichen, um in diesem Zusammenhang auch die Höhe der Rüstungsausgaben zu nennen und auf die Notwendigkeit ihrer Reduzierung hinzuweisen. Der VS soll die Parteien anlässlich der Bundestagswahlen mit den Fakten konfrontieren und sie zur Stellungnahme auffordern.“

Carl Amery, der neue Vorsitzende, sprach — unter dem Beifall der Delegierten — der Gewerkschaft seinen Dank für die Geduld und die Solidarität der IG Druck und Papier und ihres Hauptvorstands gegenüber dem VS aus, als die Geschäftsunfähigkeit des in Frankfurt gewählten Vorsitzenden die Grenzen des Zumutbaren erreicht und den Verband an den Rand einer Krise gebracht hatte. Mit seiner Arbeit und der Lösung der Personalfragen hat die Bundesdelegiertenkonferenz des VS die Erwartungen der Gewerkschaftsfeinde durchkreuzt, die auf Chaos spekulierten und meinten, den Niedergang des Verbands vorhersagen zu können. Das Gegenteil ist eingetreten: Die Bundesdelegiertenkonferenz hat den Verband stabilisiert und den Weg zu einer kontinuierlichen gewerkschaftlichen Arbeit auf allen Ebenen und zur etappenweisen Realisierung der Mediengewerkschaft gewiesen.

München, Januar/Februar 1976

Redaktion kürbiskern

Alfred Andersch
Artikel 3 (3)

1.
niemand darf wegen
seines geschlechtes
seiner abstammung
seiner rasse
seiner sprache
seiner heimat und herkunft
seines glaubens
seiner religiösen oder
politischen
anschauungen
benachteiligt oder
bevorzugt werden

2.
eine nation von
ex-nazis
und ihren
mitläufern
betreibt schon wieder
ihren lieblingssport
die hetzjagd auf
kommunisten
sozialisten
humanisten
dissidenten
linke

3.
wer rechts ist
grinst

4.
beispielsweise
wird eine partei zugelassen
damit man
die existenz
ihrer mitglieder
zerstören kann
eigentlich waren
die nazis
ehrlicher

zugegeben
die neue methode ist
cleverer
5.
dreißig jahre später
gibt es wieder
sagen wir
zehntausend
die verhören
die neue gestapo
wehrt euch
vielleicht gibt es zeitungen
die eine rubrik einrichten
jeden tag in einem kasten
eine visage
die fotografie einer fresse
die verhört
mit namen
beruf
adresse
sowie
in den meisten fällen
mitgliedsnummer der
nsdap
dann selbstverständlich
keine gewalt
sondern
geht hin
und zeichnet
die wohnungstüre
das haus
des folterers
mit hakenkreuzen
ich garantier euch
der wird es sich überlegen
ob er noch einmal
verhört
der läuft zu
seinem boss
und sagt

sorry boss
die machen mich
dingfest
das wird mir
zu gefährlich
dem geht der
arsch mit grundeis
hört auf zu winseln
wehrt euch
die beste verteidigung ist
der angriff
(clausewitz)

6.
als die nazis
während des krieges
in dänemark
den judenstern einführen wollten
trug der könig von dänemark
bei seinem nächsten ausritt
den gelben stern
auf seiner uniform

warum legen
der scheel
der schmidt
der willibrandt
der genscher
der maihofer
nicht den
judenstern an
wenn sie
beim frühstück lesen
daß man schon wieder
eine lehrerin
gefoltert hat
ah ich vergesse
daß sie eine solche meldung
mit der lupe
suchen müßten

wie wär's denn
bundesdeutsche zeitungen
wenn ihr
den deutschen dissidenten
wenigstens ein zehntel des raums
einräumen würdet
den ihr

den russischen
widmet
doch zieht ihr es vor
aus dem glashaus
mit steinen zu schmeißen
die splitter im fremden
anstatt den balken im eigenen
auge zu sehn

7.
das neue kz
ist schon errichtet
die radikalen sind ausgeschlossen
vom öffentlichen dienst
also eingeschlossen
ins lager
das errichtet wird
für den gedanken an
die veränderung
öffentlichen dienstes
die gesellschaft
ist wieder geteilt
in wächter
und bewachte
wie gehabt
ein geruch breitet sich aus
der geruch einer maschine
die gas erzeugt

Lissabon im Herbst

von den wänden blättert
die hoffnung ab
bleich bedeckt sie
die asche
des ausgetrockneten feuers

Marx

ihr sagt er war
hochmütig
unduldsam
rechthaberisch
ja er besaß
hohen mut
keine geduld
hatte recht

Artikel 3 (3) oder: was habe ich gesagt — Antwort an Günther Rühle

1.

Die Beleidigung ist so ordinär, daß sie mich langweilt. Langweilte sie mich nicht, so hätte ich niemals jenen Rühle, der ein brennendes deutsches politisches Gedicht mit der pornographischen Hetze eines zum Tode verurteilten Massenmörders in eins setzt, anrufen und ihn bitten können, mir Raum für eine Erwiderung zu geben. Er hat meiner Bitte entsprochen. Es blieb ihm nichts anderes übrig. Es gibt Bitten und Fassaden, die vorläufig noch nicht abgeschlagen werden können.

Die Fassade der FAZ, die demokratische Steinmaske dieses Zeughäuses rechts gerichteter Politik, spreche ich nicht an. Es gibt aber die Leser der FAZ. Ihre wegen hat es mich keine große Überwindung gekostet, im Zeughaus anzurufen. Mit ihnen spreche ich jetzt.

Die FAZ hat mein Gedicht ARTIKEL 3 (3) abgedruckt. Ohne mich um Erlaubnis zu fragen. Oder die *Frankfurter Rundschau*, in der es stand. Wenigstens die Maske des einfachsten journalistischen Anstandes läßt sie jetzt schon fallen. Das ist ein Fortschritt. Sie hat natürlich gewußt, daß ich ihr die Erlaubnis niemals erteilt hätte, denn sie vermutet, daß ich vielleicht nicht besonders intelligent, aber doch intelligent genug bin, zu wissen, was mit meinem Gedicht in ihrem Kontext geschehen würde. Dieses nämlich: daß es mit der pornographischen Hetze eines zum Tode verurteilten Massenmörders in eins gesetzt wird.

Die jüngeren unter den Lesern der FAZ können gar nicht wissen, was *Der Stürmer* eigentlich war. So bitte ich sie, sich in irgendeinem Archiv — es gibt sie ja — ein paar Nummern dieser deutschen Schande zeigen zu lassen, damit sie verstehen, warum ich gerade zur Peripetie in Rühles dramatischem Prozeß gegen mich schweige. Für eine Beleidigung, so ordinär, gibt es als Antwort stets und nur das Wort Friedrichs des Großen: „Man soll es tiefer hängen!“

2.

Da es aber zu den quälenden Eigenschaften nicht Friedrich des Großen, sondern meines Berufs gehört, nicht etwa nur Verständnis aufbringen zu müssen, sondern zu Verständnis für schlechthin alles und jedes verdammt zu sein, weiß ich natürlich, daß die FAZ und Günther Rühle subjektiv des Glaubens sind, sie hätten geradezu ein Modell von publizistischer *fairness* geschaffen, indem sie ihrer Diffamierung eines Gedichts dessen Wortlaut beigaben. Ja, ich vermute sogar, daß sie damit den Programmdirektor des Südwestfunks, Dieter Stolte, der mein Gedicht aus dem Fernsehprogramm ganz einfach herausnahm, eine Belehrung darüber erteilen wollten, was man alles „machen“ kann. (Ob sich dieser deswegen oder aus eigenem Nachdenken eines Besseren besonnen hat, weiß ich nicht. Jedenfalls hat der Südwestfunk mich gebeten, am 13. März im „Literaturmagazin“ des Dritten Fernsehprogramms S 3 mein Gedicht vorzulesen und mich anschließend Fragen zu stellen. Und jetzt gewähren mir die FAZ und Rühle sogar Raum für eine Erwiderung. Das ist fabelhaft demokratisch. Ich habe mich zu bedanken. Ich bedanke mich.

Ich wundere mich ein bißchen über Rühles Inkonsequenz. Er hat doch geschrieben: „Wo einer vom KZ spricht und etwas anderes meint als die historische Wirklichkeit von damals oder mit ihr Identisches, hört das Gespräch auf.“ Man

braucht nicht Wittgensteins TRACTATUS LOGICO-PHILOSOPHICUS zu bemühen, um zu erkennen, daß dieser Satz identisch ist mit dem Satz: „Wo einer anderer Meinung ist als ich, Rühle, hört das Gespräch auf.“ Da ist es eigentlich ziemlich inkonsequent, wenn er mir erlaubt, doch noch etwas zu sagen. Selbstverständlich entbinde ich ihn von der Pflicht, mir zuzuhören. Ich verstehe, daß er mir konzidiert, noch ein paar Abschiedsworte an die Leser der FAZ zu richten. Das Schlußwort, das dem Angeklagten nach der Urteilsverkündung zugebilligt wird. Ich mache von dieser Lizenz Gebrauch.

3.

Immerhin hat Rühle mit dem zitierten Satz den Grundgedanken meines Gedichts richtig wiedergegeben. „Wo einer vom KZ spricht und etwas anderes meint als die historische Wirklichkeit von damals oder mit ihr Identisches“ — ja, so einer bin ich, ich gesteh's ohne Umschweife. Ich bin felsenfest überzeugt davon, daß die Politik der Berufsverbote mit faschistischem Denken, faschistischer Praxis identisch ist. Übrigens ist dieser Gedanke nicht von mir. Lange vor mir haben ihn Tausende ausgesprochen. Inzwischen ist er Allgemeingut geworden. Denn ein Gedanke wird in einem Volk zum Allgemeingut, wenn es in ihm allein 500 000 Menschen gibt, die verhört worden sind. Und wenn weitere Millionen auf ihre Verhöre warten. Das wissen alle. Nur in der Realitätsferne eines Zeughäuses rechts gerichteter Politik weiß man es nicht.

Hingegen behauptet mein Gedicht nicht und nirgends, die Politik der Berufsverbote sei die Gleichung des Weges der zweiten Republik mit der Geschichte der ersten. Solches interpretiert Rühle in mein Gedicht hinein. Mein Gedicht zeigt die Politik der Berufsverbote als faschistischen Einschluß, als Krebsgeschwür im Körper einer bürgerlichen Demokratie, die noch eine ist. Deshalb ist seine erste Strophe der Verfassungs-Paragraph. Deshalb appelliert es noch an die Verantwortlichen, indem es sie auffordert, den Judenstern anzulegen. Deshalb erinnert es die Presse an ihre Pflicht, zu informieren.

Schon tadelt mich deshalb — und aus Gründen, die mich fast schon überzeugen — die Linke, wirft mir vor, ich mache nicht die Verantwortlichen verantwortlich, sondern ihre Schergen und Handlanger. Immerhin gibt sie zu: „Der Kadavergehorsam des deutschen Beamten ist Voraussetzung und Bedingung jeglicher Form staatlicher Repression. Dieser Beamte war und ist im Schutze seiner Anonymität zu jeder Schweinerei bereit, die ihm aufgetragen wird. Ihn an den öffentlichen Pranger zu stellen, hätte schon Sinn.“

Hätte? Es hat. Dazu habe ich aufgerufen. Meine Aufforderung an die Verfolgten, sich zu wehren, meine Vorschläge, wie sie es tun könnten — durch *civil disobedience*, eine alte demokratische Tradition —, ist die Folge meiner Beobachtung, daß die 500 000 Verhöre und die Tausende von verbalen Protesten gegen sie nichts, nichts, nichts bewirkt haben. Im sechsten Jahr arbeitet nun schon die Maschine, die Gas erzeugt. Dabei glaube ich nicht, sondern ich weiß, daß die Verantwortlichen sie lieber heute als morgen abstellen möchten. Schrecken und Scham erfüllt sie im Anblick der Geister, die sie gerufen haben. Es ist meine letzte Hoffnung, daß ein Meister unter diese Zauberlehrlinge tritt, dem es gelingt, den Besen in die Ecke zu bannen.

4.

Rühle: „Wo ist eine Lehrerin gefoltert, wie einst die Gestapo folterte?“
Dort und so: die junge Lehrerin, in *jedem* bisher bekanntgewordenen Fall eine beruflich erstklassig beurteilte Person, hört zunächst gerüchtweise, später auch von Amts wegen, daß sie ein „Fall“ ist, der Fall einer möglichen Verfassungsfeindin, der überprüft werden muß. (Sie ist niemals eine Feindin der Verfas-

sung, sie hat keine „extremistischen“ Ansichten, sie wünscht nichts weiter als die Veränderung der bestehenden Gesellschaftsordnung, und das ist nach der Verfassung der Bundesrepublik kein verbotener Wunsch.) Bis zum Verhör vergehen Wochen, Monate. (Die Verhörer sind überlastet — man denke: eine halbe Million „Fälle“!) In dieser Zeit weiß sie, daß sie entlassen werden wird, wenn das Verhör schlecht für sie verläuft. Endlich findet es statt. Es ist, in *jedem* bisher bekanntgewordenen Fall, hochnotpeinlich, niederträchtig, eine heimtückische und feige Terrorszene. (Wo jede Menge von Beweisen dafür, in hunderten von Berichten, Fallstudien, Verhörprotokollen, Prozessen und Protesten nachgelesen werden kann, wissen Sie, Rühle! Nicht in Ihrer Zeitung natürlich.) Dem Verhör folgt die Bestrafung, aber erst nach weiteren qualvollen Wochen, Monaten, bis die Gehetzte endlich erfährt, daß sie die Schule zu verlassen hat. Über den Rest schweigen wir besser, nicht wahr, Rühle? Oder wollen Sie jetzt noch immer behaupten, es handle sich bei solchen Prozeduren nicht um Folterungen? Bestehen Sie weiter darauf, es gäbe einen Unterschied zwischen der geistigen und seelischen Folterung und derjenigen mit dem Ochsenziemer?

5.

Kurz in eigener Sache. Rühle maskiert sich mit ein paar Phrasen der „Achtung“ vor mir, die ihn nichts kosten. Hinter der Maske agiert er mit kleinen schäbigen Tricks. Dem Trick von meinem „Rückzug in den Tessin“. Dem Trick „Die Verhältnisse hier“ (er meint Deutschland) „werden ihm“ (er meint mich) „immer fremder“. Mit den kleinen hingewissten Bemerkungen, die viel wirkungsvoller sind als die große Infamie. Mit den „mildernden Umständen“, die keine sind, sondern ihr Gegenteil, wenn man die Infamie der Anklage bedenkt. Ich werde auf diese so wenig antworten wie auf jene. Die deutsche Realität kenne ich weit besser als jeder FAZ-Redakteur. Das ist allerdings nicht schwer. Irgendwann einmal werde ich mein Leben erzählen. Aber nicht jetzt und hier. Das könnte Rühle so passen, gelänge es ihm, mich auf mich abzulenken.

6.

Ich schließe. Es wäre mir ein Leichtes gewesen, mich auf den Standpunkt zurückzuziehen, daß das deutsche politische Gedicht von Heine und Herwegh bis Brecht und Enzensberger die Übertreibung als Stilmittel benutzt. Ich habe auf ästhetische Rückzüge verzichtet. Nicht, weil ich die Übertreibung als literarisches Stilmittel ablehne. Sondern weil *mein* Gedicht überhaupt nicht übertreibt. Es ist ein feststellendes Gedicht. Es macht ein Verbrechen und seine Täter dingfest.

Sein Vorbild ist überhaupt kein literarisches, sondern in der bildenden Kunst zu finden und heißt George Grosz. So lange er in Deutschland zeichnete, hat man ihn verfolgt. Heute weiß man, daß er die Wahrheit gezeichnet hat. Seine Zeichnungen waren ein einziges Hakenkreuz, geschrieben auf die Türe, hinter der sich der Unmensch in der Weimarer Republik verbarg. Mit der Peitsche seiner Zeichenfeder hat er in die Fressen, die Visagen geschlagen, die schon damals den *Stürmer* lasen. Ich weiß nicht, ob mein Gedicht so gut ist wie eine Zeichnung von George Grosz. Ich wollte, es wäre so genau.

Alfred Andersch

Wolfgang Bächler
Aalenerlaß

Ergänzt den Radikalenerlaß
durch einen verschärften Aalenerlaß!
Die Maschen müssen verengt werden.
Die Aale müssen verdrängt werden.

Sie müssen in unsren Gewässern
gefangen werden und sieden,
auf kleiner Flamme verhört,
gedünstet oder gar gekocht,
zerstückelt in Aspik gelegt,
gefressen und verdaut werden.
Dann erst ist Frieden
auf deutschen Erden.

Auch Aale
sind Radikale.
Sie schlüpfen durch die Netze,
sie schlüpfen durch die Gesetze.
Sie schlüpfen glatt und naß
auch durch den Radikalenerlaß.

Ihre Larven verändern die Gestalt,
unterwandern uns in Flüssen und Meeren.
Sie lassen sich nicht bekehren.
Da hilft nur Gegengewalt.

Wir sprachen im Zug
von Lorca, Alberti, Machado:
„Pienso en España, vendida toda
de río a río, de monte en monte, de mar a mar.
Ich denke an Spanien, das ganze verkaufte Spanien
von Fluß zu Fluß, von Berg zu Berg, von Meer zu Meer.“
Und draußen die ausgetrocknete Erde, so trocken,
als hätte es Jahre, Jahrhunderte nicht geregnet.
Verbrannte Erde, verkrustete Erde,
zersetzte Erde, Staub.
Rot, braun, grau, rein und vermischt,
nur selten ein Grün, selten ein Gelb.
Berge, Felsen, Steine . . .
Geröll im ausgetrockneten Bett
der Flüsse, versteinerte Bäche,
Steinpfade von den Bergen herab.
Steine in Ackern und Wiesen,
Ulzbäume dazwischen, nur selten ein Haus,
noch seltener Dörfer, ganz selten Städte,
gehäufte Steine, durch die nur der Wind geht.
Er kommt durch die Berge über die Felder,
die Flüsse, die Bäume, die Dächer,
ist überall da wie Erde und Stein,
hebt den Staub auf, der sich gesetzt hat,
hebt die Zeit auf, die sich gesetzt hat,
trägt das Echo von Schüssen durch die Provinzen,
bringt die Zeit, bringt das Land in Bewegung.

Seine Eltern schlugen ihn
und seine Geschwister
er war der Jüngste.
Die Nachbarn schlugen ihn
er war der Ärmste.
Die Lehrer schlugen ihn erst recht
er war der Dümmlste.
Einmal schlug er zurück
und traf
das Kind eines Polizeibeamten
da prügelte ihn ein Richter mit Paragraphen.
In den Zellen hieb man ihm das letzte bißchen Seele aus dem Leib
jetzt spielt er den Rohen, den Harten
den König vom Knast.
Die Liebe verlacht er
mit einem Mißtrauen vor romantischen Geisterbahnen.
Für ihn ist es Freiheit
die Älteren zu schlagen
die Reichen und die Klugen
an ihnen schlägt er
sich in die Flucht.
Die paar Kumpel, die er hat
verschont er —
wahrscheinlich aus Trotz.
Einmal wird er hoffentlich lernen
daß Schläge nichts helfen
dann wird er vermutlich zu einer Waffe greifen
dann wird er sein Leben
als Spießrutenlauf verstanden haben.
Er wehrt sich
wie ein Toter
mit aller Gewalt
gegen alle Gewalt.
Man hat ihn zum Verlierer geschlagen
ich merke den Verlust.
Wir alle sollten für seinesgleichen die Wahrer *dieses Friedens*
bekämpfen.

Die Wege der legalen und illegalen Gastarbeiter

I. Das Beispiel Mohamed

Mit untergeschlagenen Beinen hockte Mohamed Bajú zusammen mit zehn anderen Afrikanern auf dem Boden eines Lieferwagens, der auf der Straße von San Feliú nach Gerona, knappe hundert Kilometer vom Kamm der östlichen Pyrenäen entfernt, in Richtung auf die französische Grenze raste. Vor einer Stunde hatte man ihn und die anderen in einer menschenleeren Bucht der Costa Brava abgesetzt. Eine Barkasse hatte sie drei Stunden vorher auf offener See von einem spanischen Frachter übernommen, in dessen Laderaum sie sich seit der Abfahrt aus Dakar versteckt gehalten hatten. Mohamed stammte aus einem kleinen Flussdorf des Senegal — er war auf dem Weg nach Frankreich, um dort zu arbeiten.

Die Afrikaner wurden heftig durcheinandergeschüttelt, als der Lieferwagen von der Landstraße ab bog und die erste Kehre einer schlecht geteerten und nur von Gebirgsbewohnern benutzten Paßstraße nahm.

Anhand seiner Finger zählte Mohamed seine Schulden. Zweitausend Francs schuldete er einem Gefährten aus seinem Dorf, der als Straßenkehrer in Bordeaux arbeitete. Mohamed hatte sich den Betrag vor drei Jahren geliehen und sich damit einen Paß und ein Flugticket nach Paris gekauft. Im Flughafen von Orly ließ ihn die Polizei nicht durch die Sperre. Der Paß war in Ordnung, aber Mohamed hatte keinen Arbeitsvertrag und verfügte auch nicht über die fünfzehnhundert Francs, deren Besitz einreisende Touristen den Behörden auf entsprechende Anfrage nachweisen müssen. Man begleitete ihn zur nächsten Maschine nach Dakar. Sein erster Aufenthalt in Frankreich hatte sechs Stunden gedauert.

Mohamed war der Jüngste von dreizehn Geschwistern, eine Rückkehr in sein Dorf kam für ihn nicht in Frage. Er ging nach Liberia und arbeitete drei Monate lang auf einer Kakaoplantage. Als die Erntezeit vorüber war, kehrte er nach Dakar zurück. Dort suchte er eine Wahrsagerin auf, die die Zukunft aus den Muscheln des Meeres las. Sie wußte ihm zu prophezeien, seine Füße würden französischen Boden berühren. Die Weissagung veranlaßte Mohamed zu einem Brief an einen älteren Bruder, der in den Kupferminen des Kongo arbeitete. Der Bruder schickte ihm dreitausend afrikanische Francs und Mohamed setzte sich mit den professionellen Vermittlern in Kontakt. Der billigste Mann verlangte sechstausend afrikanische Francs für die Schiffspassage bis Marseille, die garantierte Einreise nach Frankreich inbegriffen. Da Mohamed nur die Hälfte besaß, machte er sich auf eigene Faust auf den Weg nach Norden. Er durchquerte die mauretanischen Steppen zu Fuß, hielt auf den Wüstenpisten Lastwagen an und übernachtete in kleinen Dörfern, in denen Angehörige seines Stammes, der Saracollé, lebten. Vier Wochen nachdem er aufgebrochen war, traf er auf dem Waggondach eines Erzzugs in Tunis ein. Die dreitausend Francs stckte ein tunesischer Vermittler in die Tasche, als Gegenwert für eine Flugreise nach Zü-

rich und den weiteren Transport bis Paris. In Kloten hielt die schweizerische Polizei Mohamed und drei andere Afrikaner zwei Tage lang fest. Dann schob man alle vier wieder nach Tunis ab. Der Vermittler entschuldigte sich — irgendetwas sei anders gelaufen als vorgesehen — und rückte einen Teil des Geldes wieder heraus.

Mohamed kehrte nach Dakar zurück. Leute seines Stammes verschafften ihm eine Stelle auf dem Markt. Zwei Monate lang karrte er Gemüse durch die Stadt, bis ihm schließlich ein Vetter seiner Mutter, der in Dakar lebte, die 6000 Francs vorstreckte, die Mohamed für einen Platz auf eben jenem Schiff brauchte, das er vor wenigen Stunden auf offener See über die schwankende dunkle Gangway verlassen hatte.

Sobald er in Frankreich Arbeit hatte, wollte er das Geld — in umgekehrter Reihenfolge wie er es geliehen hatte — wieder zurückzahlen. Zuerst seinem Onkel in Dakar, dann seinem Bruder und zuletzt seinem Freund in Bordeaux. Wenn er von dem ausging, was dieser Freund verdiente, und wenn er für sich selbst nur das Nötigste zum Leben ausgab, dann hätte er, so rechnete Mohamed, in genau zwei Jahren und drei Monaten seine Reise bezahlt.

Mohamed hatte sein Dorf bereits im Alter von dreizehn Jahren verlassen und seitdem alles mögliche versucht. Er hatte im Bahnhof die Koffer von Touristen geschleppt und im Hafen Schiffe ausgeladen, er hatte Fahrräder und Motorräder repariert und Schlangenhäute verkauft. Wenn er je in sein Dorf zurückkehrte, dann nur mit neuen Kleidern und Schuhen, einer Uhr und einem Transistorradio. Wenn sie ihn diesesmal wieder nicht über die Grenze ließen, würde es ihm beim nächsten Mal gelingen, er kannte welche, die hatten die Reise sechs Mal gemacht. Mohamed hatte den festen Glauben an die Muscheln und Vertrauen in seine Jugend.

In Setcasas war die Straße zu Ende. Der spanische Fahrer des Lieferwagens ließ die Afrikaner aussteigen und führte sie eine Stunde lang durchs Gebirge. Die Morgendämmerung brach an, als sie in der Ostflanke des 2874 m hohen Pic Monelict einen Sattel erreichten. Mit ausgestrecktem Arm wies der Fahrer nach Norden. In den Hochtälern hing Nebel. „Nach Frankreich immer geradeaus“, sagte der Fahrer. „France“, wiederholte er auf französisch, „la France“, und Mohamed sagte: „Merci, Patron.“

Diese Geschichte erzählte Mohamed ein Jahr später einem französischen Journalisten, der eine Reportage über die Wohnbedingungen der afrikanischen Arbeiter schrieb. Mohamed arbeitete inzwischen in einer kleinen Autowerkstatt und wohnte zusammen mit 270 anderen Schwarzen in einer alten Wäscherei bei Paris. In einer verwahrlosten Küche zählte der Reporter sechs Kochplatten für sämtliche Bewohner. Zehn Schlafstellen kamen im Durchschnitt auf je zwanzig Quadratmeter. Die Räume waren dunkel und ungelüftet, weil man die Fenster vernagelt und mit Bettgestellen blockiert hatte. Mohamed klagte nicht. Er war in Frankreich und hatte Arbeit, und mit Hilfe von Überstunden waren seine Schulden schon fast auf die Hälfte verringert.

Mohamed Bajú ist einer von etwa 500 000 illegalen Gastarbeitern in Europa. Ihre genaue Zahl kennt man nicht. Sieben Millionen Ausländer arbeiten unter legalen Verhältnissen in den Industrieländern nördlich der Alpen. Zusammen

mit den Familienangehörigen waren es zu Beginn der siebziger Jahre dreizehn Millionen Menschen, die ihre Heimat Richtung Mitteleuropa verlassen hatten, um dort ihren Lebensunterhalt zu suchen — eine ökonomische Wanderbewegung, vergleichbar nur den großen Emigrationswellen über den Atlantik.

II. Die Legalen

Wer im neunzehnten Jahrhundert und zu Anfang des zwanzigsten in Europa keine Zukunft hatte und sich gezwungen sah, auszuwandern, der schiffte sich nach Übersee ein. Für die sizilianischen Fischer waren die Vereinigten Staaten das Ziel; für die galizischen Bauern und die Fischer der katalanischen Küste waren es die spanischsprechenden Länder Lateinamerikas, für die Portugiesen Brasilien.

Unter den europäischen Ländern gab es nur in Frankreich eine bedeutende Einwanderungsbewegung. Alle übrigen Migrationen waren vereinzelte oder begrenzte Erscheinungen. Nach Deutschland kamen Polen, die sich vor dem Ersten Weltkrieg im Ruhrgebiet niederließen oder als Saisonarbeiter in der sächsischen Landwirtschaft ihren Lebensunterhalt suchten. Sie waren Fremdarbeiter wie die Belgier und Italiener, die in den nordfranzösischen Bergwerken und Fabriken arbeiteten.

Während in den Vereinigten Staaten zwischen 1900 und 1939 die Bevölkerung um 72 % zunahm, in Deutschland um 36 % und in Italien um 33 %, war Frankreich mit einem Bevölkerungszuwachs von nur 3 % Prozent im gleichen Zeitraum das Land mit dem höchsten Durchschnittsalter aller Völker Europas. Entsprechend war der Bedarf an fremden Arbeitskräften unter allen Ländern Europas in Frankreich am größten. Während des Ersten Weltkriegs holte Frankreich mehr als 300 000 Menschen aus seinen afrikanischen Kolonien in das Mutterland, vor allem Senegalesen und Algerier, die unter französischer Fahne kämpften und in den Rüstungsbetrieben Frankreichs arbeiteten. 1936 lebten in Frankreich 2 198 000 Ausländer. Italiener, Belgier, Schwarzafrikaner und Algerier machten sieben Prozent der Gesamtbevölkerung aus.

Doch das Land der Verheißung war bis 1950 vor allen anderen Amerika — Nord und Süd. Zwischen 1890 und 1910 ließen sich in New York und Chicago mehr als zwei Millionen Einwanderer aus Sizilien und Neapel nieder. Allein Buenos Aires erlebte eine Einwanderungswelle von einer halben Million Italienern im gleichen Zeitraum. Die zahlreichen spanischen Auswanderer jener Jahre gingen zu annähernd gleichen Teilen nach Argentinien, Venezuela und Peru.

Obwohl die amerikanische Regierung im Jahre 1921 Maßnahmen zur Beschränkung der Einwanderung ergriff und sowohl Weltwirtschaftskrise wie Zweiter Weltkrieg die Auswanderungsbewegungen nach Übersee drosselten, war bis 1956 die Zahl der Menschen, die Europa Richtung Amerika verließen, größer als die der Menschen, die innerhalb Europas von armen in reichere Länder zogen.

Ziel der Wanderbewegungen aus den unterentwickelten Ländern des Mittelmeerraums sind seit 1956 vor allem Frankreich, Deutschland und die Schweiz. Paris und Lyon, Genf und Zürich, Frankfurt und Stuttgart sind die magischen

Namen, die von Mund zu Mund gehen. Man hört sie in den Dörfern des italienischen Mezzogiorno, auf den Olivenplantagen Andalusiens und den kargen Feldern der kastilischen Hochebene, im Piräus, in Makedonien und Thraxien sowie in den ländlichen Gebieten der Osttürkei, wo das Einkommen pro Kopf und Jahr sich auf den Gegenwert von 130 Mark beläuft.

Die Möglichkeit, in Mitteleuropa Arbeit zu finden, ist das Ventil für die angespannte soziale Lage ganzer Provinzen und Länder. In Spanien hatte sich die Auswanderung nach Übersee auf die katalanischen Küstengebiete, auf Galizien und die Biskayaprovinzen beschränkt. Für die Tagelöhner Innerspaniens war die Entfernung zu den Häfen zu groß gewesen, die Kosten für die Reise von ihren Hütten bis in die Unterdeckskabine eines Auswandererschiffs zu hoch. Die Türkei, die wegen der tiefen Verwurzelung des einzelnen in der Familie nie eine nennenswerte Auswanderung nach Übersee gekannt hatte, ist heute der größte Lieferant menschlicher Arbeitskraft in die Industrieländer Europas. Allein in der Bundesrepublik Deutschland arbeiten eine halbe Million Türken. Eine weitere Million von Namen ist auf den Wartelisten des Auswanderungsbüros in Istanbul verzeichnet.

Aber obwohl im Laufe der fünfziger und sechziger Jahre Länder wie Frankreich, die Schweiz und die Bundesrepublik zum Mekka für das Land- und Stadtproletariat der Zuliefererländer werden, hat die Gastarbeitermigration nach Mitteleuropa einen überwiegend vorübergehenden Charakter und erscheint für den einzelnen weit weniger abenteuerlich als früher die Auswanderung in überseeische Länder. Die romantischen Erwartungen des neunzehnten Jahrhunderts sind vorbei — kein Goldrausch und kein Traum vom Tellerwäscher, der Millionär wird. Wer heute sein Zuhause verlässt, will nicht mehr als einen Lohn, von dem er leben kann, und er denkt immer an die Rückkehr.

Im Jahre 1955 arbeiten bereits 100 000 ausländische Arbeiter in der Bundesrepublik. Die Gewerkschaften messen dieser Zahl hinreichendes Gewicht bei, um auf die gesetzliche und tarifliche Gleichstellung der Ausländer mit den deutschen Arbeitern zu drängen. Sie befürchten, die Unternehmer könnten die freie Verfügung über ausländische Arbeitskräfte dazu benutzen, die Löhne der deutschen Arbeitnehmer niedrig zu halten. Im Jahre 1959 steigt die Zahl der in der Bundesrepublik registrierten ausländischen Arbeiter auf 166 000.

Deutschland — bei Kriegsende ein Land in Ruinen, mit zerstörten Städten, demontierten Fabriken und einer halbverhungerten Bevölkerung, schließt zwölf Jahre später mit den Siegern, mit Frankreich, den Beneluxländern und Italien die Verträge von Rom, die Schritt für Schritt die Wege für den Export freimachen. Ende der fünfziger Jahre setzt in Europa mit zehnjähriger Verspätung gegenüber den Vereinigten Staaten die technologische Revolution ein, mit der elektronischen Industrie entwickelten sich die Produktionszweige der Zukunft. Die deutschen Arbeiter tun den Schritt von der reinen körperlichen Arbeit zum industriellen Facharbeiter, Tausende von Stellen im Bereich der Akkordarbeit werden frei. Diese freien Arbeitsplätze werden zum Teil von den deutschen Frauen eingenommen, die auf diese Weise infolge industrieller Zwänge den ersten Schritt auf dem Wege der sogenannten Emanzipation tun, und zum anderen Teil von den Arbeitern aus dem Ausland.

Im Jahre 1959 sind es 166 000, zwei Jahre später 507 419 — mehr als eine halbe Million. Im gleichen Zeitraum steigt die Automobilproduktion um 70 %, die Kunststoffproduktion um 100 % und die Fabrikation von Kunstfasern um 235 %. Ein derart rapides Wachstum wäre weder in der Bundesrepublik noch in Frankreich oder der Schweiz ohne den Import fremder Arbeitskraft möglich. Zu der allgemein niedrigen Geburtenrate kommen in jenen Jahren in Frankreich die Folgen der Kolonialkriege in Indochina und Algerien. In Deutschland, dessen männliche Bevölkerung während der sechs Kriegsjahre erheblich dezimiert worden ist, entzieht der Aufbau der Bundeswehr seit 1955 der Industrie zahlreiche junge Arbeitskräfte. 1960 schließlich verstopft der Bau der Berliner Mauer die letzte Quelle, die der Bundesrepublik jahrelang täglich einen Zufluss von durchschnittlich 1000 potentiellen Arbeitern gebracht hat.

Die Bundesrepublik, die bereits 1955 einen bilateralen Vertrag mit Rom über die rechtliche Situation der italienischen Arbeiter in Deutschland geschlossen hat, unterzeichnet 1960 Verträge mit anderen, nicht zum Gemeinsamen Markt gehörenden Ländern, die gleichermaßen Zulieferer von Arbeitskräften sind: so mit den Regierungen von Griechenland und Spanien sowie — später — mit Portugal, der Türkei und Jugoslawien. Von nun an muß kein Tagelöhner oder Bauer mehr seine Schweine oder Ziegen verkaufen oder sein Stückchen Land verpfänden, um die Kosten für die Reise aufzubringen. Die deutschen Unternehmen, allen voran die Metall- und Bauindustrie, kommen — mangels eigener deutscher Arbeitskräfte — für die Transportkosten auf und öffnen so zunehmend ausländischen Arbeitern die Tore ihrer Fabriken.

Von 1961 an treffen fast täglich Sonderzüge mit Tausenden von Gastarbeitern in der Bundesrepublik ein. Zweimal wöchentlich laufen auf dem Bahnhof von Köln-Deutz die Züge aus Spanien und Portugal ein, im Münchner Ostbahnhof verlassen Italiener, Türken und Jugoslawen die Waggons. Im Jahre 1966 haben bereits 1 313 491 fremde Arbeiter die Grenzen der Bundesrepublik überschritten, 1972 sind 2 355 392 bei der Ausländerpolizei registriert. 1974 arbeiten in der Bundesrepublik dreieinhalb Millionen Ausländer, eine Million in der Schweiz und annähernd vier Millionen in Frankreich. In den Ländern des Gemeinsamen Marktes macht die Zahl der fremden Arbeiter samt ihren Familienangehörigen runde dreizehn Millionen aus.

Bis 1960 folgt der Zustrom ausländischer Arbeiter nach Deutschland ausschließlich dem Gesetz des freien Marktes, er richtet sich nach Angebot und Nachfrage. Es sind ausschließlich die Unternehmen, die — mit der Zustimmung der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung — Anwerber in die Zulieferländer entsenden, um dort Arbeiter zu rekrutieren.

Seit 1960 aber übernimmt die Bundesanstalt in dem Maße, in dem mit den Zulieferländern bilaterale Abkommen getroffen werden, die Verantwortung und das Monopol für die Anwerbung und die Vermittlung ausländischer Arbeiter, und zwar in Zusammenarbeit mit den entsprechenden Behörden des Vertragslandes. Die Bundesanstalt entsendet Vertretungen nach Verona, Athen, Madrid, Istanbul, Lissabon, Belgrad und anderen Städten, die deutschen Beamten wickeln an Ort und Stelle die Vertragsformalitäten ab. Im einzelnen verläuft die Vermittlung so: Ein deutsches Unternehmen, das ausländische Arbeitskräfte benötigt,

tigt, reicht bei der zuständigen Landesbehörde ein Antragsformular ein, das genaue Angaben über den Industriezweig, die zu besetzende Stelle, die erforderliche Qualifikation, den Grundlohn, die Bezahlung von Überstunden, Verpflegung und Unterbringung durch den Betrieb, Urlaub und voraussichtliche Dauer der Beschäftigung enthält. Die Landesbehörde reicht die bei ihr einlaufenden Anträge an die Bundesanstalt in Nürnberg weiter, die ihrerseits den Behörden der Vertragsländer entweder direkt oder über ihre Vertretungen die Anzahl der benötigten Arbeitskräfte, die Art der angebotenen Arbeit und die jeweiligen Bedingungen mitteilt. Außerdem gibt die Bundesanstalt regelmäßige Informationen über die allgemeinen Lebens- und Arbeitsbedingungen in der Bundesrepublik heraus, insbesondere über die Tariflöhne, über die steuerlichen Abzüge, die Beiträge zur Sozial- und Arbeitslosenversicherung und die Sicherheitsvorkehrungen sowie die Unfallschutzbestimmungen am einzelnen Arbeitsplatz. Die ausländischen Behörden unterrichten ihrerseits die Bundesanstalt über die Anzahl der zur Verfügung stehenden geeigneten Arbeiter. (Sie können im übrigen auch unabhängig von den jeweiligen Angeboten aus der Bundesrepublik Listen mit Kandidaten schicken, soweit es sich um Facharbeiter oder Anwärter mit einer Mindestfahrung in bestimmten Arbeitsbereichen handelt.)

Die ausländischen Behörden bestellen die in ihren Listen notierten geeigneten Anwärter schriftlich zu einer ersten ärztlichen Untersuchung. Diese erstreckt sich auf Herz, Kreislauf, die Funktionen der Atemwege und des Bewegungsapparats, das Sehvermögen und das Gehör. Die Lunge wird geröntgt, das Blut wird serologisch untersucht, um eine Syphilisinfektion mit Sicherheit auszuschließen, und der Urin wird auf weiße Blutkörperchen, Zucker und Harnsedimente hin analysiert. Soweit erforderlich, werden weitere Untersuchungen veranstaltet. Eine besondere ärztliche Überprüfung weiblicher Anwärter auf eine mögliche Schwangerschaft hin ist allerdings nicht vorgesehen. Durchschnittlich 10 % der Bewerber werden aus gesundheitlichen Gründen zurückgewiesen. Bei 41 % dieser Fälle handelt es sich um krankhafte Veränderungen der Lunge, bei 20 % um Befunde auf Grund der Blut- und Urinuntersuchung, bei 11 % um mangelndes Seh- oder Hörvermögen, bei 8,3 % um Herz- und Kreislaufschwächen, bei 5,1 % um Schäden an der Wirbelsäule, den übrigen Teilen des Knochengerüsts und der Muskulatur, bei 3,9 % um Defekte der inneren Organe sowie der Genitalien und bei 2,9 % schließlich um eine erhebliche Schwäche des allgemeinen Gesundheitszustands.

Wer diese Voruntersuchung mit positivem Ergebnis hinter sich gebracht hat, erhält eine Bescheinigung über seinen Gesundheitszustand und sein körperliches Allgemeinbefinden.

Neben dem Personalausweis mit Fotografie und einer Personenstandsurkunde gehört diese Bescheinigung ebenso zu den Papieren, mit denen sich der Bewerber anschließend bei der deutschen Kommission zu präsentieren hat, wie ein polizeiliches Führungszeugnis. Die ausländischen Behörden dürfen der deutschen Kommission keine Bewerber zuleiten, die zu einer Gefängnisstrafe von mehr als drei Monaten verurteilt worden sind. Von der Bewerbung ausgeschlossen sind auch alle Personen, denen die Behörden des Landes aus irgend einem Grund einen Paß verweigern können. Die deutsche Kommission unter-

wirft den Bewerber einer zweiten und zugleich abschließenden ärztlichen Untersuchung. Diese findet in den Räumen der Kommission statt, die ihren Sitz entweder wie etwa in der Türkei in der Hauptstadt des Landes hat oder durch Unterkommissionen in den größeren Provinzstädten vertreten ist. Es geht jetzt vor allem darum, ob der Bewerber die speziellen körperlichen Voraussetzungen für die vorgesehene Arbeit mitbringt.

Anschließend wird die definitive Entscheidung über seine Einstellung getroffen. Die Entscheidungsbefugnis liegt im Prinzip bei den deutschen Unternehmen, die sie entweder durch eigene Vertreter an Ort und Stelle wahrnehmen oder aber den Kommissionen übertragen. Die großen Gesellschaften und insbesondere Unternehmen, die spezielle Anforderungen an die Hitze-, Staub- und Gasverträglichkeit der Bewerber stellen, entsenden ihre eigenen Leute nach Istanbul, Athen oder Madrid. In allen anderen Fällen schicken die deutschen Unternehmen unterschriebene Einstellungsverträge an die Kommissionen, denen sie die Auswahl der Bewerber überlassen.

Gelegentlich werden die angebotenen Stellen ausgerufen wie bei einer Versteigerung — nur daß keiner den anderen überbietet kann. Vor dem Mann der deutschen Kommission und dem Vertreter der Auswandererbehörde, der in den meisten Fällen zugleich die Rolle des Dolmetschers innehat, gibt es ein lautstarkes Gerangel um die besten Plätze. Was die Bewerber am meisten interessiert, ist — da es sich überwiegend um Hilfsarbeiter-Jobs handelt — der Lohn. Ob die Reise nach Frankfurt, Stuttgart oder Nürnberg geht, ist für den einzelnen nur dann von Bedeutung, wenn in der jeweiligen Stadt schon Familienangehörige oder Nachbarn arbeiten. Wer ins Ausland geht, muß verdienen, und diesem Gesichtspunkt sind alle anderen Wünsche und Bedürfnisse untergeordnet. Es geht also in erster Linie um den Lohn, die Bezahlung der Überstunden, die Trennungsschädigung und das Kindergeld. Darüber hinaus interessiert man sich für Fragen wie die Vertragsdauer, das Kündigungsrecht und den arbeitsrechtlichen Schutz. Spätestens zu diesem Zeitpunkt sollen nach Auffassung der Bundesanstalt die Bewerber umfassend über die allgemeinen Lebens- und Arbeitsbedingungen in der Bundesrepublik informiert werden. Die Hälfte der ausländischen Arbeiter betrachtet jedoch später die ihnen vor dem Verlassen ihrer Heimat zuteilgewordene Unterrichtung als unzutreffend oder nicht ausreichend. Zu Mißverständnissen kommt es vor allem immer wieder bei den Angaben über Brutto- und Nettolohn, und die größten Enttäuschungen erleben die Ausländer, wenn sie feststellen müssen, daß sie in Baracken untergebracht werden, daß sie zu mehr Personen als im Vertrag angegeben in einem Raum leben müssen, daß die versprochene Küche in einer elektrischen Kochplatte für ein Dutzend oder mehr Bewohner besteht und daß mit sanitären Einrichtungen ein Kaltwasserhahn und die nächste öffentliche Bedürfnisanstalt gemeint waren. Die Arbeitsverträge sind von dem Augenblick an in Kraft, in dem sie von den Bewerbern unterschrieben sind. Die Bewerber haben sich für die Abreise bereitzuhalten, mit der im allgemeinen vierzehn Tage später zu rechnen ist. In der Zwischenzeit reicht die deutsche Kommission die von ihr abgezeichneten Verträge bei der Auswandererbehörde oder dem Arbeitsministerium des betreffenden Landes ein. Diese stempelt ihrerseits die Verträge ab und sorgt da-

für, daß jeder Bewerber in den Besitz eines gültigen Passes gelangt. Die deutsche Kommission stellt jedem Einreisenden eine Legitimationskarte aus, die zugleich als Arbeitserlaubnis gilt, ohne die kein Ausländer in der Bundesrepublik eingestellt werden darf. Die deutsche Kommission organisiert zusammen mit der Auswandererbehörde des jeweiligen Landes den Transport der Arbeiter vom Heimatort bis zu der Stätte ihrer neuen Arbeit. Aus allen Ecken und Enden des Landes treffen die Arbeiter in der Hauptstadt ein. Hier händigt man ihnen ihren Paß, den Arbeitsvertrag, ein Proviantspaket sowie einen bestimmten Geldbetrag für die Reise aus. Sie erhalten eine kalte Mahlzeit in einem Café, wo Vertreter der Banken ihnen ihre Dienste anbieten. Dann werden sie mit Kleinbussen zum Bahnhof verfrachtet, wo der Sonderzug schon bereitsteht. Die Reisekosten werden von der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung vorgeschnitten, die sie sich ihrerseits von den Unternehmen erstatten läßt. Bis 1966 betragen die Reisekosten 60 Mark pro Kopf für Italiener und 168 Mark für Spanier, Jugoslawen, Türken und Griechen. 1975 beliefen sie sich auf einheitlich 326 Mark pro Kopf. Es ist eine Erhöhung bis zu tausend Mark vorgesehen, um den Zustrom ausländischer Arbeiter zu bremsen. In den Jahren des größten Zustroms treffen einmal wöchentlich Sonderzüge aus den verschiedenen Ländern auf dem Bahnhof Köln-Deutz und dem Münchner Hauptbahnhof ein. Jeder einzelne Transport wird von Privatfirmen im Auftrag des Zulieferlandes organisiert. Zum Begleitpersonal gehören ein Vertreter der Auswandererbehörde, ein Arzt und ein Dolmetscher. Ein Pappsschild mit einer Nummer um den Hals, entsteigen die Männer und Frauen aus Estremadura, Anatolien und dem Peloponnes den Zügen. Lautsprecher oder Megaphone brüllen Zahlen über die Menge, und die Menschen gruppieren sich auf dem Bahnsteig nach ihren Ziffern und dem fernerem Ziel ihrer Reise. Es folgen Begrüßungsansprachen von Angestellten ihrer Botschaften oder Konsulate, Segenssprüche von Priestern und Poppen, Reden von Gewerkschaftern und Sozialarbeitern. Im Wartesaal des Bahnhofs gibt es ein Frühstück, dann geht es zur Weiterfahrt in kleineren Gruppen zu den fahrplanmäßigen Zügen. Ein Beamter der Bundesanstalt begleitet sie auf der Fahrt durch die deutsche Landschaft mit dem ungewohnten Grün der Wiesen und Wälder, durch die pathetischen Industriekomplexe der Ruhr und das von den Häuserzeilen sauberer Eigenheim-Siedlungen überzogene schwäbische Land. Am Bestimmungsort werden sie von einem Mann der Personalabteilung ihrer Firma in Empfang genommen oder — wenn es sich um ein kleines Unternehmen handelt — vom Chef selber. Dann geht es, je nach der Stunde der Ankunft, gleich in die Fabrik oder zur Unterkunft, die in mehr als der Hälfte der Fälle zunächst eine Baracke ist.

Auf diesem Weg gelangen etwas mehr als fünfundvierzig Prozent aller ausländischen Arbeiter nach Deutschland, im Gebiet Frankfurt beispielsweise 77 % aller Spanier, 63 % der Jugoslawen, 58 % der Türken und 45 % der Griechen. Nur die Italiener machen als Angehörige eines EWG-Landes nur geringen Gebrauch von den vorhandenen offiziellen Stellen. Etwa 5 % aller ausländischen Arbeiter kommen auf namentliche Aufforderung hin in die Bundesrepublik, das heißt auf Grund der Empfehlung eines Freundes, eines Verwandten oder Nachbarn, der bereits in einem deutschen Betrieb arbeitet. Der Betrieb wendet

sich über die Kommission der Bundesanstalt an den betreffenden Bewerber, der im übrigen dem gleichen Verfahren unterworfen ist wie alle anderen. 35 bis 40 % der Gastarbeiter kommen mit einem Vermerk eines deutschen Konsulats im Paß, demzufolge sie zum Zwecke der Arbeitssuche einreisen und der die Voraussetzung für die spätere Gewährung einer Aufenthaltserlaubnis ist. Manche allerdings, die verbleibenden zehn bis fünfzehn Prozent — ihre genaue Anzahl entzieht sich der Feststellung — überqueren selbst ohne diesen Vermerk die Grenze, um in Deutschland ihren Lebensunterhalt zu verdienen.

Es sind die Illegalen. Ihr Los ist hart.

III. Die Illegalen

Nach Paragraph 1, Absatz 2 des Ausländergesetzes braucht jeder Fremde, der den Boden der Bundesrepublik in der Absicht betritt, sich dort für längere Zeit niederzulassen, eine Aufenthaltsgenehmigung. Paragraph 5, Absatz 1 desselben Gesetzes verlangt von jedem Ausländer, der in der Bundesrepublik arbeiten will, daß er zuvor in seinem Land bei der deutschen Botschaft oder einem deutschen Konsulat ein Einreisevisum beantragt. Ohne diesen Vermerk in seinem Paß erhält er vom Ausländeramt der zuständigen Polizeibehörde keine Aufenthaltsgenehmigung. Die Ausländerpolizei verweigert in der Regel jedem, der nur mit einem Touristenpaß eingereist ist und anschließend eine Arbeitserlaubnis beantragt, die dafür erforderliche Aufenthaltsgenehmigung. Wer dennoch in der Bundesrepublik arbeiten will, kehrt entweder spätestens nach drei Monaten in sein Heimatland zurück und unterwirft sich dem üblichen Verfahren oder er bleibt in Deutschland und taucht unter. Ähnliche Vorschriften gelten in der Schweiz und in Frankreich. Doch werden sie in der Schweiz und in der Bundesrepublik am strengsten angewandt.

In der Schweiz gibt es kein der Bundesanstalt entsprechendes zentrales Amt für die Vermittlung von ausländischen Arbeitern. Wer in der Schweiz arbeiten will, muß auf dem üblichen konsularischen Weg seine Aufenthaltsgenehmigung beantragen. Die Konsulate reichen die Anträge an die Bundesbehörde in Bern weiter, die sie ihrerseits an die Ausländerpolizei der einzelnen Kantone weiterleitet. Jedem Kanton ist ein bestimmtes jährliches Kontingent von ausländischen Arbeitern zugewiesen. Die Zahl richtet sich nach den Bedürfnissen der Industrie wie auch nach dem Grad der bereits herrschenden Überfremdung. Die Bevölkerung des Kantons Genf etwa besteht zu 34 % aus Nichtschweizern. Die Angst vor einer Überfremdung des Landes ist hier besonders hoch. Wer sich hier ohne vorherige Genehmigung niederläßt, hat kaum eine Chance, später seinen Aufenthalt zu legalisieren. Im Jahre 1970 begrenzte der schweizerische Bundesrat die Zahl der jährlichen Neuaufnahmen von ausländischen Arbeitern auf 20 000 und legte für den Fall des Verstoßes empfindliche Sanktionen fest, die nicht nur die illegalen Arbeiter, sondern auch die sie einstellenden Unternehmen treffen.

In Frankreich gibt es seit 1945 eine Behörde, die ONI, die das alleinige Recht zur Rekrutierung ausländischer Arbeitskräfte hat. Ihr obliegt ebenfalls die Organisierung des Transports zu. Die französischen Unternehmen beantragen bei der ONI die gewünschte Zahl von Arbeitern, indem sie gleichzeitig namentliche

Arbeitsverträge oder Blankoverträge einreichen. Die ONI versichert sich ihrerseits bei den Arbeitsämtern der einzelnen Departements, ob die Verträge den gesetzlichen und tariflichen Bestimmungen entsprechen und das Prinzip der Bevorzugung inländischer Arbeitskräfte berücksichtigen. Gibt es genug französische Arbeiter, von denen zu erwarten ist, daß sie die betreffende Stelle annehmen, wird der Vertrag zurückgewiesen. Eine Bestimmung, derzufolge der Unternehmer verpflichtet wäre, eine Unterkunft für die ausländischen Arbeiter nachzuweisen, gibt es in Frankreich nicht.

Die bestätigten Verträge werden von den Departementsbehörden an die ONI zurückgeschickt, die sie ihren Vertretungen im Ausland oder den jeweiligen französischen Konsulaten zuleitet.

Bei der Auswahl der Bewerber verfährt man in ähnlicher Weise wie in der Bundesrepublik. Maßgeblich ist neben der körperlichen Gesundheit die besondere Eignung für den vorgesehenen Arbeitsplatz, auch sollen moralisch-charakterliche Gesichtspunkte berücksichtigt werden. Die ausgewählten Bewerber erhalten einen unterschriebenen Arbeitsvertrag sowie einen Paß und werden bis Paris oder bis in die anderen industriellen Zentren des Landes transportiert.

Doch der Weg über die ONI ist die Ausnahme. Die heimliche Einwanderung und Stellensuche, die erst nachträglich legalisiert wird, überwiegt bei weitem. Die Illegalen machten 1960 53 %, 1964 69 %, 1967 79 % und 1968 86 % aller zugewanderten Arbeitskräfte aus. Dieser Umstand erklärt sich zum Teil daraus, daß in Frankreich vier Ministerien für die ausländischen Arbeiter zuständig sind, die Ministerien für Arbeit, Gesundheitswesen, Inneres und Äußeres. Das bringt erhebliche bürokratische Verzögerungen bei der Bearbeitung der Anträge mit sich. Die Praxis sieht einfacher aus: die Ausländer kamen, und die Unternehmer brauchten nur die Tore der Fabriken zu öffnen und konnten sich ihre Leute aussuchen. Du, du und der da auch — die anderen brauchte ich jetzt nicht. Auf diese Weise sparte man sich monatelanges Warten. Und schließlich wurde dieses Verfahren zum ungeschriebenen Gesetz, da die Polizeibehörden in der Regel nachträglich die Aufenthaltsgenehmigung erteilten, sofern die Arbeiter die schriftliche Zusage eines Arbeitsvertrages vorwiesen und sich ärztlich untersuchen ließen. Die ONI büßte ihr Monopol ein. Die heimliche Arbeitssuche im Ausland wird im übrigen durch die zahlreichen bürokratischen Schwierigkeiten gefördert, denen viele, die sich offiziell bewerben, schon in ihrem Heimatland begegnen. So mußte in Portugal bis 1970 jeder, der zum Zwecke der Auswanderung einen Paß beantragte, folgende Unterlagen vorweisen: Geburtschein als Identitätsnachweis, Gesundheitszeugnis, eine Bescheinigung über die Befähigung zu körperlicher Arbeit; Männer zwischen achtzehn und fünfundvierzig Jahren hatten nachzuweisen, daß sie den Militärdienst geleistet hatten, Ehefrauen und Frauen unter einundzwanzig Jahren hatten die schriftliche Erlaubnis des Ehemanns beziehungsweise des Vaters beizubringen, und allen oblag der Nachweis beruflicher Ausbildung und der gesetzlichen Schulbildung. In einem Land mit vierzig Prozent Analphabeten schied darum von vornherein der überwiegende Anteil der Bewerber aus — die Betroffenen entschieden sich für den illegalen Weg. Und viele andere, die wußten, daß es Monate dauern konnte, bis die politische Polizei und die Kirche, die beide an dem Prüfungs-

und Auswahlverfahren beteiligt waren, ihre Genehmigung erteilten, die überdies wußten, daß dem schleppenden Verfahren in Portugal eine relativ rasche Erledigung der Formalitäten durch die französische Polizei gegenüberstand, viele junge Männer, die einem vier- oder fünfjährigen Militärdienst in Guinea Bissau, Angola oder Mozambique entgehen wollten, entschieden sich, mit oder ohne Paß den Marsch über das Gebirge anzutreten, das die iberische Halbinsel von Frankreich trennt.

Ahnlich verhielt es sich mit der schwarzafrikanischen Einwanderung in Frankreich. Im Prinzip hat jeder Bewohner einer ehemaligen französischen Koloniekraft einer Konvention vom Jahre 1960 das Recht, mit einem Personalausweis, einem Impfzeugnis und einer Bankkaution über 600 Francs nach Frankreich zu reisen. Seit 1963 wurden durch die Regierungen jedoch die Einreisebedingungen verschärft. Eine Reihe besonders kalter Winter hatten die ungesunden und unmenschlichen Wohnverhältnisse, von denen vor allem die Portugiesen sowie die nord- und schwarzafrikanischen Arbeiter betroffen waren, zum öffentlichen Skandal werden lassen. Eine Mitleidswelle ging durch die Presse, und die Regierung griff aus Angst vor einem „Negerproblem in Frankreich“ zu restriktiven Maßnahmen. Sie kontingentierte die Zahl der neu hinzukommenden ausländischen Arbeiter. Die Regierungen von Senegal und Mali, die eine Entvölkerung ganzer Gegenden befürchteten, versuchten ihrerseits die Abwanderung zu bremsen, indem sie die Buchung von Schiffspassagen mit Schwierigkeiten verbanden, nachdem die Franzosen für die Einreise nicht einmal einen Paß verlangten. Die Regierung von Mali verbot ein Lied, das die Auswanderung in die fernen reichen Länder pries und in ihren Augen für die Entvölkerung ganzer Ortschaften an den Ufern des Niger und des Senegalflusses verantwortlich war. Wer in den fünfziger und zu Beginn der sechziger Jahre die französischen Büros in Dakar oder Bamako nicht kannte oder bewußt mied und auf eigene Faust auswandern wollte, tat dies, indem er der klassischen Route der sogenannten „senegalesischen Bootsmänner“ folgte und sich in Dakar eine Schiffs-karte nach Marseille besorgte. Und wer keine Verwandten oder Nachbarn in Frankreich hatte, der konnte darauf vertrauen, daß der „senegalesische Bootsmann“ ihm irgendeine Adresse in Marseille verschaffen und die Angelegenheit mit der Hafenpolizei regeln würde, so daß er ungehindert französischen Boden betreten konnte. Die Mehrzahl kam so nach Frankreich, nur wenige wurden bei der Einreisekontrolle wieder zurückgeschickt. Die bürokratischen Erschwerungen hatten, da mit ihnen die Zahl der Arbeitsplätze im Heimatland nicht erhöht wurde, nur den Effekt, daß sie die Phantasie der Arbeitsuchenden belebten und zugleich die Phantasie derer, die daraus ein Geschäft machten. Als Ziel der Reise wurde nicht mehr Frankreich angegeben, sondern Marokko oder Algerien. Von dort ging die Reise weiter in der Hoffnung, daß die französische Polizei eher ein Auge zudrücken würde als sich einem lästigen Abschiebeverfahren auszusetzen. In dem Maße, in dem die Kontrollen auf französischer Seite schärfer wurden, begannen afrikanische und europäische Vermittler, den Transport und den Verleih schwarzer Arbeiter zu organisieren und bauten das auf, was bald ein internationales Netz von Menschenhändlern wurde.

Die Kosten von Transport und Vermittlung belaufen sich heute auf mindestens

3000 Francs, die im voraus zu bezahlen sind. Um diese Summe aufzubringen, sind die meisten illegalen Arbeiter gezwungen, sich auf Jahre hinaus zu verschulden. Die Strapazen, Risiken und Gefahren, denen Portugiesen, Afrikaner, Inder und Pakistanis ausgesetzt sind, bevor sie Frankreich, Deutschland oder England erreichen, stehen in keinem Verhältnis zu dem Leben, das sie dort erwarten. Es ist das Leben von Sklaven und Tieren, und daß die Illegalen es auf sich nehmen, versteht nur, wer ihre Not kennt, ihre Unwissenheit und ihre Träume.

Im Falle der Arbeiter aus Senegal und Mali fließt der Strom menschlicher Arbeitskraft über folgende Nachschubwege nach Frankreich: Vom Inneren des Landes machen sich die Männer zu Fuß auf nach Bamako, oder sie erreichen die malinesische Hauptstadt auf einem Lastwagen oder einem gemieteten Auto, mit dem sie zu mehreren die Steppen und Wüstenzenen durchqueren. Von Bamako fährt zweimal pro Woche ein alter Zug an die senegalesische Küste. Von Dakar werden sie mit einem Schiff nach Agadir oder Casablanca verfrachtet, nach Spanisch Marokko oder den Kanarischen Inseln. Bis 1971 war ein spanisches Transitvisum ohne nennenswerte Schwierigkeiten zu bekommen, und die Reise ging weiter nach Barcelona, Valencia oder Bilbao und von dort per Lastwagen, Mietwagen oder Kleinbus nach Irún, dem spanisch-französischen Grenzort an der Biscaya.

In Irún wartet man in einem Café auf die Ankunft der baskischen Bergführer. Dann überqueren sie irgendwo landeinwärts auf einer improvisierten Seilfähre oder in kleinen Ruderbooten aus Kunsstoff, oder schwimmend und watend, den Grenzfluß Bidassoa, bevor sie sich auf den nächtlichen Weg über die Pyrenäen machen. Für die Bewohner der französischen Gebirgsdörfer ist der Haufen dunkler Gestalten, die im Morgengrauen am Rande der Erschöpfung talwärts schwanken, kein seltener Anblick.

Eine andere Route führt über den Landweg nach Tunesien. Zu Fuß oder per Anhalter bringen die Männer Steppen und Wüstenstriche hinter sich — wer Glück hat, schafft es in zwei Wochen — nachts schlafen sie in kleinen Dörfern bei Angehörigen ihres Stammes, und eines Tages strecken sie sich auf dem Wagondach eines mauretanischen Erzzugs aus, der sie ans Meer bringt. Über die Spanische Sahara, Marokko und Algier schlagen sie sich bis Tunis durch. Dort sitzt der Vermittler, der sie auf einem Schiff nach Genua oder einem anderen italienischen Hafen unterbringt. Mit Lastwagen oder Lieferwagen werden sie, zum Teil auf dem Weg über Österreich und die Schweiz, nach Paris gebracht. Bis 1971 war für die afrikanischen Arbeiter der Weg über die Spanische Sahara und die spanischen Inseln der gebräuchlichste. Als aber schließlich französische Forstbeamte die Leichen von sechs erfrorenen Afrikanern in den Pyrenäen fanden, erschwerte Madrid auf Intervention der französischen Regierung hin die Ausstellung von Transitvisa. Die organisierten Vermittler gaben zunächst die spanische Route auf und wickelten die Transporte vornehmlich über Tunesien und Italien ab. Eine Variante dieses Nachschubwegs führte über Jugoslawien und andere sozialistische Länder.

Im Jahre 1972 kontrollierten schweizerische Zollbeamte in Savoyen einen plombierten Kühltransporter. Unter Obst und Gemüse fand man sechzig halb-

verhungerte, unter den Symptomen lebensgefährlicher Unterkühlung leidende und zu Tode geängstigte Männer aus Mali. Die mitteleuropäischen Länder verschärfen die Kontrollmaßnahmen, und die Vermittler kehrten teilweise zur spanischen Route zurück. Man entdeckte die Luftfracht für den Menschenhandel. Mit der Maschine Dakar/Madrid verließ man den afrikanischen Kontinent. Vom Flughafen Barajas aus setzten sich die Transporte per Lastwagen oder Taxi über die kastilische Hochebene nach Irún fort. Der Grenzabschnitt von Irún wurde bald stärker überwacht, und zwar sowohl auf französischer Seite wie auf spanischer, denn die spanischen Behörden wollten verhindern, daß von den französischen Grenzstellen zurückgewiesene Afrikaner in Spanien untertauchten und die Zahl der inzwischen in den spanischen Industriegebieten arbeitenden Ausländer, insbesondere Nordafrikaner, noch vergrößerten. Also lenkten die Vermittler den Strom der illegalen nach Frankreich zu schleusenden Arbeiter nach Katalonien. Südlich der französischen Grenzstation port Bou lud man sie auf kleine Küstenschiffe, die in irgendeiner Bucht der Gegend von Collioure wieder festmachten und ihre Fracht an dort wartende Lastwagen weitergaben. Der Weg über das Meer erwies sich schließlich für die Menschenhändler als die beste Lösung. Er ist einfacher, billiger und birgt letzten Endes das geringste Risiko. Die afrikanischen Häfen sind heute wieder wie zuvor der entscheidende Ort für die Transaktionen. Nur daß das Ziel jetzt häufiger ein bretonischer Hafen ist, denn dort werden die Kontrollen nicht so streng gehandhabt wie in Marseille oder Bordeaux. Man trifft leichter auf einen großzügigen Polizisten, der einen schwarzen Arbeitsuchenden wie einen Touristen passieren läßt — und auf den einzelnen Beamten am Schlagbaum oder hinter dem Schalterfenster der Paßkontrolle kommt es fast immer an — und findet auch eher einen unbewachten Durchschlupf, um notfalls eine Handvoll Männer ungesehen an Land zu schmuggeln.

Die Reise eines Illegalen kann Monate dauern. Manchem geht das Geld schon unterwegs aus, und er hockt wochenlang in einer elenden Pension herum oder in einem jener Hafencafés, in denen die Kontakte mit den Vermittlern stattfinden, und wartet darauf, daß ein Verwandter das fehlende Geld für das Honorar des Vermittlers und die Kosten der weiteren Reise schickt. Und keiner ist davor sicher, daß er kurz vor dem Ziel nicht doch noch in die Hände der Polizei fällt. In den Pyrenäen kommt es vor, daß der Bergführer auf halbem Wege stehen bleibt, mit der Hand vage nach Norden deutet und sagt: Wenn ihr immer geradeaus geht, kommt ihr nach Frankreich. Und immer wieder heißt es im Gebirge, an der Küste, auf den Flughäfen, in den Bahnhöfen oder bei einer Routinekontrolle auf den Landstraßen: Zurück — geht dahin, wo ihr hergekommen seid.

Wer zurückgeschickt wird, verzweifelt nicht, sondern versucht es von neuem. Zwei oder drei Anläufe sind durchaus üblich. In Frankreich arbeiten Senegalese und Malinesen, die es bis zu sechs Mal versucht haben. Zwei oder drei Jahre haben sie damit verbracht, Zehntausende von Kilometern in der Luft, zu Wasser und zu Lande zurückzulegen. In den Laderäumen von Frachtern, in der Dunkelheit versiegelter Lastwagen, in Güterwaggons haben sie halbe Kontinente durchquert, haben auf den durchlegenen Matratzen dürftiger Quartiere, in

Hafenkneipen und Lagerschuppen lange Wochen und Monate auf die nächste Gelegenheit gewartet und haben sich auf Jahre hinaus verschuldet — nur um das Land der Verheißung zu sehen. Manche Afrikaner, die nicht aufgeben konnten, wurden irgendwann unterwegs von ihren Kräften verlassen, sie gaben ihr Leben an den bescheidenen Traum von Arbeit und Lohn. Ihre Zahl geht in die hundert, und keiner hat die Fälle gezählt, die nie ans Licht kamen. Auf dem Friedhof Irún liegen zwischen den langen Reihen steinerner Grabmäler, die nur mit einem kleinen Holzpflock markierten Gräber unidentifizierter Afrikaner und Portugiesen — einige der vielen, die im Laufe der Jahre in den heimtückischen Löchern des Grenzflusses Bidassoa ertranken.

Die Illegalen aus Portugal haben einen kürzeren Weg nach Frankreich. Doch waren sie in den sechziger Jahren kaum geringeren Gefahren ausgesetzt, und die Geschäfte, die die Vermittler mit ihnen machten, waren nicht weniger lukrativ. In den letzten Jahren der Diktatur sah das Bild so aus:

Wie in den afrikanischen Ländern war der erste Mann des Netzes, mit dem es die illegalen Auswanderer zu tun hatten, ein Landsmann. Der Mann reiste durch die ärmsten Regionen des Landes und sagte den Leuten: „Für fünfzehnhundert oder zweitausend Francs bringe ich jeden von euch nach Frankreich.“ Oft wurde der größere Teil der Strecke zu Fuß zurückgelegt, ein bis zwei Wochen lang ging es in Tag- und Nachtmärschen durch das heiße portugiesische Hinterland und die regennassen Provinzen Nordspaniens. Viele brachen unterwegs zusammen und mußten von ihren Gefährten auf den Schultern getragen werden.

Andere starben an Hunger, Erschöpfung und Frost. Ihre Leichen fand man an den Hängen der Pyrenäen und in den Betten der vereisten Gebirgsbäche.

Die erste Etappe legten die portugiesischen Arbeiter gewöhnlich in Gruppen von vier bis fünf Leuten zurück. An bestimmten Stellen der spanischen Grenze vereinigten sie sich mit anderen Gruppen. Sie versteckten sich in verlassenen Scheunen und Ställen oder in Höhlen, bis die spanischen Verbindungsleute eintrafen, die sie durch Spanien führten und am Fuße der Pyrenäen den baskischen Bergführern übergaben. Jenseits der Grenze wurden sie dann von den französischen Verbindungsleuten in Empfang genommen und in die Gegend von Paris verfrachtet, wo die meisten Portugiesen leben.

Als sich die Todesfälle häuften, versuchten die portugiesischen Illegalen zu verhindern, daß sie von den baskischen Bergführern in den Pyrenäen im Stich gelassen wurden. Vor ihrer Abreise zerrissen sie ein Foto von sich, von dem sie die eine Hälfte mit auf den Weg nahmen. Der Organisation durfte das Geld erst von der Familie ausgezahlt werden, wenn die eine Hälfte des Fotos in einem Umschlag zum Zeichen der wohlbehaltenen Ankunft in Frankreich bei den Angehörigen in der Heimat eingetroffen war. In anderen Fällen wurde das Geld nicht im voraus oder nachträglich sondern zu einem bestimmten Zeitpunkt unterwegs übergeben. Einige merkwürdige Zwischenfälle in diesem Zusammenhang wurden nie aufgeklärt. So fand man einige baskische Bergführer tot in der Nähe der Grenze, auch kam es zu mehreren mysteriösen Autounfällen.

Im Laufe der Zeit verbreitete sich unter den portugiesischen Arbeitern das Ge-

rücht, sie würden von den französischen Behörden mit offenen Armen empfangen, man bezahle ihnen, sobald sie auf französischem Boden seien, sogar die Bahnkarte bis Paris. Die Gewinne der Vermittler und Menschenschmuggler sanken, weil die Portugiesen ihre Dienste nur bis zum ersten Dorf hinter der spanisch-französischen Grenze in Anspruch nahmen. Einige Organisationen stellten sich um. Sie holten vier oder fünf Portugiesen im Personenwagen aus ihren Heimatorten und fuhren sie bis kurz vor die spanisch-französische Grenze. Dort zeigten sie ihnen einen sicheren Weg. Auf der französischen Seite luden sie sie dann wieder in den Wagen.

In der Mitte der sechziger Jahre folgten zum ersten Mal in größerem Maße die portugiesischen Frauen ihren Männern nach Frankreich. In den langen Kolonnen, die auf den Ziegenpfaden der baskischen Berge durch Schnee und Nebel gingen, sah man die unverkennbaren Silhouetten der Frauen, die in der einen Hand den Koffer schleppen und auf dem anderen Arm ein Kind trugen. Im Jahre 1964 ging durch die französische Presse eine Notiz, die die Polizei eine Weile zu erhöhter Wachsamkeit veranlaßte. Ein Beamter der französischen Staatsbahnen öffnete im Gare Austerlitz einen plomierten Güterwaggon, in dem sich laut Frachtschein Mastochsen befanden, die für den Schlachthof von La Vilette bestimmt waren. Dem Beamten war aufgefallen, daß aus dem Innern des Wagons nicht das übliche melancholische Gebrüll des Schlachtviehs drang. Der Mann schob die schwere Schiebetür zur Seite, und aus dem Dunkel des Wagons starrten ihn zweihundzwanzig hungrige Augenpaare aus unrasierten Gesichtern an. Es waren Portugiesen. Sie hatten fünf Tage ohne einen Bissen Brot in der Dunkelheit verbracht. Ein Viehhändler hatte sie, nachdem sie bei Saint-Pied-de-Port zu Fuß über die Grenze gekommen waren, in den Wagon verladen. Wie er erklärte, erhielt er von gewissen Unternehmern 500 Francs für jeden billigen Arbeiter, den er ihnen verschaffte. Im gleichen Jahr wurden bei einer Straßenkontrolle in der Nähe von Touriers 57 Portugiesen im Laderaum eines Kühlwagens entdeckt. In Bayonne wurden zwei Busfahrer festgenommen, als sie sich mit 92 Portugiesen auf den Weg nach Norden machen wollten, die gerade illegal über die Grenze gekommen waren.

Das tragische Schicksal vieler portugiesischer Arbeiter blieb nicht ohne Folge auf die öffentliche Meinung in Spanien. Die spanische Regierung beschloß — trotz ihrer damaligen guten Beziehungen zur portugiesischen Regierung —, den portugiesischen Arbeitern auf spanischem Boden rechtlichen Schutz zu gewähren. Die spanische Polizei nahm mehrere Mitglieder eines Vermittlernetzes fest, das in Madrid seine Zentrale hatte und eine Paßfalscherwerkstatt betrieb. Die Gründe, die Tausende von türkischen Bauern veranlassen, als angebliche Touristen in die Bundesrepublik Deutschland einzureisen und sich dort nach Ablauf von drei Monaten in die Illegalität zu begeben, sind im Prinzip dieselben, aus denen die Schwarzen aus Senegal und Mali, die Portugiesen aus der Beira Alta auf Schleichwegen nach Frankreich gehen: Not und Armut zu Hause und die Furcht, auf legalem Wege nie das Gelobte Land zu erreichen. Ein vierzig Jahre alter türkischer Landarbeiter, der sich für einen alten Mann hielt, kaufte einem jungen Nachbarn eine Flasche Urin ab. Es gelang ihm, die Flasche in das Untersuchungszimmer zu schmuggeln und etwas von ihrem In-

halt der Laborantin als eigene Harnprobe abzuliefern. Die Zuckeranalyse erbrachte einen positiven Befund, und der Mann wurde wegen fortgeschrittenem Diabetes zurückgewiesen. Wer befürchtet, wegen seines Alters oder wegen seines schlechten körperlichen Zustandes von den Ärzten der deutschen Kommission in Istanbul abgewiesen zu werden, wer tausend oder mehr Kilometer aus dem Inneren des Landes bis Istanbul zurückgelegt hat und aus gesundheitlichen oder anderen Gründen nicht angenommen wird oder wer es sich einfach nicht leisten kann, zwei, drei oder gar sieben Jahre auf einen offiziellen Arbeitsvertrag zu warten, der geht den Weg der Illegalität. Und das tun viele, denn auf den Wartelisten stehen die Namen von mehr als einer Million türkischer Arbeiter und Bauern. Unweit der deutschen Kommission haben sich in Istanbul eine Reihe von kleineren Unternehmen etabliert, die, als Reisebüros getarnt, den Transport von Türken ohne Arbeitsvertrag in die Bundesrepublik organisieren.

Mit einem gültigen Reisepaß und den für jeden Touristen, der nach Österreich einreist, erforderlichen Barmitteln im Gegenwert von 200 Dollar in der Tasche, könnten sie im Prinzip die jugoslawisch-österreichische Grenze überqueren. Das einzige Hindernis, das es hier zu überwinden gilt, ist die sogenannte Kontrolle nach dem Augenschein. Wenn die Grenzbeamten im Gepäck eines Türkens kein Hemd zum Wechseln, sondern kiloweise Ziegenkäse finden, dann nützt es ihm auch nichts, wenn er tausend Dollar in der Tasche hat — er wird als potentieller Gastarbeiter betrachtet und zurückgeschickt. In der Nähe der Grenze befindet sich auf jugoslawischem Boden ein Gebäude, in Gastarbeiterkreisen als „türkisches Konsulat“ bekannt, wo die an der Grenze zurückgewiesenen Türken vorübergehend von den Vermittlern untergebracht werden, bis sie, von den „Türken-Trafikanten“ über die grüne Grenze geleitet, durch Österreich bis an die deutsche Grenze geschleust werden. An den bundesdeutschen Schlagbäumen erwarten sie keine Schwierigkeiten. Woher sollen wir wissen, sagt ein bayrischer Grenzer, ob der Mann mit dem stinkenden Ziegenkäse im Pappkoffer nicht wirklich seinen Vetter in Göppingen oder seine Schwester in Dingolfing besuchen will, wie er behauptet?

Da Deutschland seine Rolle als Kolonialmacht bereits vor mehr als einem halben Jahrhundert ausgespielt hat, gibt es in der Bundesrepublik kein Farbigenproblem wie etwa in Frankreich oder England, wo ein Lastwagenfahrer oder der Kapitän eines Cutters 200 bis 500 Pfund Sterling für jeden India oder Pakistani kassieren kann, den er illegal ins Land bringt, und wo auf siebenundzwanzig weiße Einwohner ein farbiger kommt, zwei Millionen insgesamt auf den britischen Inseln. Bei den illegalen Gastarbeitern der Bundesrepublik vollzieht sich die Einreise zunächst einmal durchaus ohne Heimlichkeit und ohne Verstoß gegen irgendwelche Gesetze. Erst nach Ablauf von drei Monaten beginnt für den Ausländer ohne Arbeitserlaubnis und Aufenthaltsgenehmigung das Leben im Gastarbeiter-Untergrund.

Für viele Gastarbeiter wurzelt die Illegalität paradoxeise in dem Umstand, daß sie Angehörige haben, die legal in der Bundesrepublik arbeiten. Im allgemeinen darf ein Gastarbeiter nach drei Jahren seine Familienangehörigen nachkommen lassen, sofern er nachweist, daß er sie angemessen unterbringen kann.

In der Praxis aber holen viele Ausländer schon vorher ihre Frauen und Kinder nach Deutschland. Die Frauen verrichten, ohne polizeilich gemeldet zu sein, meist Putzarbeiten, und häufig verdienen auch die Kinder Geld. Oft findet sich auch die weitere Verwandtschaft ein. Diese Illegalen werden von ihren Angehörigen meist in kleineren Betrieben untergebracht oder arbeiten in den Geschäften von Freunden und Bekannten.

Eine illegale Arbeit suchen sich auch ausländische Arbeiter, die den legalen Arbeitsvertrag gebrochen haben, auf dem ihre Aufenthaltserlaubnis beruht, und die nun fürchten, zurückgeschickt zu werden, ferner Ausländer, die in ihrem Heimatland politisch verfolgt werden und denen ihre Konsulate die Verlängerung des Reisepasses verweigern, die ihrerseits Voraussetzung für die Verlängerung der Aufenthaltsgenehmigung durch die deutschen Behörden ist. Studenten und Praktikanten, die ihre Examina in der Bundesrepublik nicht bestehen oder aus einem anderen Grunde Studium und Ausbildung abbrechen, ziehen es oft vor, als illegale Hilfsarbeiter am Rande des Existenzminimums in der Bundesrepublik zu leben, anstatt als Gescheiterte nach Hause zurückzukehren. In halb-legalen rechtlichen Verhältnissen leben schließlich ganze Belegschaften oder Teams, die von ausländischen Firmen an deutsche Unternehmen vermietet werden.

Von den insgesamt sieben Millionen Fremdarbeitern Europas sind schätzungsweise eine halbe Million illegal beschäftigt. In Frankreich sind es zweihunderttausend, vornehmlich Afrikaner und Portugiesen; in der Schweiz 10 000, überwiegend Türken; 15 000 bis 25 000 Marokkaner und Türken in den Benelux-Ländern; und zweihundertfünftausend in der Bundesrepublik, ebenfalls in der Mehrzahl Türken.

Zu denen, die mit den Illegalen ihr Geschäft machen, gehören nach den Vermittlern, die den Transport vom Heimatland bis über die Grenze des Bestimmungslandes organisieren, als letztes Glied in der Kette, die Verleihfirmen, die als Subunternehmen oder Vermittlungsagenturen firmieren und innerhalb weniger Jahre mit der Arbeit der Illegalen ein Vermögen verdient haben.

Diese Verleihfirmen sind Kleinstunternehmen, die oft nur aus einem Mann mit Telefon und Kleinbus bestehen. Sie schließen mit anderen Firmen, vornehmlich im Bereich der Bauindustrie, Globalverträge über die Ausführung bestimmter Arbeiten ab. Die Arbeiter sind bei den Verleihfirmen angestellt, die ihnen nur einen minimalen Anteil von dem bezahlen, was sie ihrerseits pro Mann von den Auftragsfirmen kassieren. Von den sechzehn, vierzehn oder zwölf Mark Stundlohn zahlen sie in der Regel nur sechs, vier oder drei Mark an den einzelnen Arbeiter weiter. Die Verleihfirma spart überdies den Arbeitgeberanteil der Sozialversicherung und die Lohnsteuer.

Die Industrie — und zwar sowohl Kleinbetriebe wie Großunternehmen —, für die sich die feste, mit allen gesetzlichen und tariflichen Verpflichtungen verbundene Anstellung eines Arbeiters durchschnittlich erst nach sechs Monaten rentiert, machte in zunehmendem Maße, vor allem in den Jahren der Rezession, Gebrauch von den Leiharbeitern.

Die illegalen Gastarbeiter sind die ersten Opfer, die in die Falle widersprüchlicher Interessen geraten. Auf der einen Seite ist die Industrie, die billige und je-

derzeit leicht ein- und auszustellende Arbeitskräfte benötigt. Auf der anderen Seite sind die Regierungen, die die Bedürfnisse der Industrie mit denen der Infrastruktur und der einheimischen Bevölkerung in Einklang bringen möchte und zur Vermeidung von Arbeitslosigkeit, Ghettobildung und Kriminalisierung den Zustrom ausländischer Arbeiter einzuschränken versucht.

Die Illegalen erhalten die niedrigsten Löhne, die überhaupt in der Bundesrepublik gezahlt werden. Ein Hamburger Gastwirt beschäftigte dreißig nichtgemeldete afrikanische Arbeiter, deren Namen er nicht einmal kannte. Er bezahlte ihnen einen Stundenlohn von DM 1,50. Seine Lohnbuchhaltung bestand aus einem Notizbuch mit den Eintragungen „erster Neger, zweiter Neger, dritter Neger...“ Drei Mark bis drei Mark fünfzig ist der Stundenlohn eines Türkens, der seit fünf Jahren illegal in der Bundesrepublik arbeitet. Nach Auskunft eines Beamten der Frankfurter Polizei beträgt der Durchschnittslohn eines Illegalen immerhin vier Mark die Stunde, während ein evangelischer Pfarrer in der Sozialarbeit auf zahlreiche Fälle stieß, in denen der Monatslohn nicht höher als einhundertfünfzig Mark war.

Ohne rechtlichen und sozialen Schutz sind die Illegalen den Verleihfirmen auf Gedeih und Verderb ausgeliefert. Als im Frankfurter Westend ein von Gastarbeitern bewohntes Haus abbrannte, entdeckte man unter den Toten eine Anzahl illegal beschäftigter Jugoslawen. Da für sie keine Sozialversicherung bestand, sind ihre Angehörigen auf die öffentliche Fürsorge angewiesen. Wer von den Illegalen sich bei den Behörden über Unterbezahlung und andere Benachteiligungen beschweren will, tut das nur zu seinem eigenen Schaden, denn er riskiert die umgehende Ausweisung. Sie leben wie Viehherden in leerstehenden Fabriken und Scheunen zusammengepfercht, in Abbruchhäusern und halbverfallenen Pensionen. Im Münchner Bahnhofsviertel entdeckte man bei einer Razzia illegale Arbeiter, die laut Polizeibericht in winzigen Zimmern mit vier Betten hausten, unter Decken, von denen der Gips fiel, und zwischen Müll und Abfall, Ratten und Mäusen. Neunzehn Personen waren auf sechzehn Quadratmetern untergebracht, drei Personen teilten sich in eine Schlafstelle. Und trotzdem bezahlen sie, dem gleichen Bericht zufolge, Wuchermieten in Höhe von vierundzwanzig Mark pro Quadratmeter, Preise, wie sie nicht einmal für Luxuswohnungen verlangt werden.

In Frankreich ist die Lage der Illegalen noch bei weitem katastrophaler. Die portugiesischen, algerischen und schwarzafrikanischen Arbeiter, denen es gelingt, ins Land zu kommen, kriechen zunächst bei ihren Landsleuten in den Baracken unter, in ehemaligen Fabriken, Wäschereien und Ruinen, und warten darauf, eines Tages etwas besseres zu finden. Oft sind es die Behörden selbst, die sie zunächst einmal „provisorisch“ in alten Kasernen unterbringen, wo sie oft Jahre später noch leben.

Die französische Presse berichtete von einer algerischen Familie, die zwischen feuchten Wänden auf zwölf Quadratmetern hauste — die Eltern mit sieben Kindern zwischen acht und vierzehn Jahren. Sie warteten seit zehn Jahren auf eine bessere Wohnung, als der Reporter sie besuchte.

Ein portugiesisches Ehepaar lebte jahrelang auf zwölf Quadratmetern. Sie verdienten gemeinsam das Geld für den Unterhalt ihrer fünf Kinder, die sie in

Portugal zurückgelassen hatten. Unter ihnen wohnte ein Mann, der in die Wand, die sein Zimmer von der angrenzenden Küche trennte, ein Loch geschlagen hatte, um nachts seine Füße ausstrecken zu können. Monatsmiete je hundertfünfzig Francs.

In einer Hütte in Pres de Saint German wohnt Mustafa mit seiner Familie. Die vier Kinder leben in einem Raum von acht Quadratmetern. Alles lacht und hustet durcheinander, als der Reporter von der Zeitung ungläubig seinen Kopf schüttelt. „Was wollen Sie“, fragen sie, „sollen wir auch noch weinen?“

Achmed ist stolzer Bewohner einer Zweizimmerwohnung in Hauts de Seine. Fünfunddreißig Quadratmeter. Der eine der beiden Räume dient zugleich als Küche, Klo und Eßzimmer.

In ständiger Furcht vor der Polizei leben die Illegalen wie die Kellerasseln. Sie fliehen das Licht des Tages. Im Morgengrauen werden sie in die Lieferwagen der Verleihfirma geladen und zur Arbeit gefahren. Ihr Arbeitstag währt zehn bis dreizehn Stunden. Nachts werden sie wieder in die Wohnhöhlen ihrer Ghettos geschafft. Sonntags und an Feiertagen gehen sie nicht aus, weil ein Polizist sie nach ihren Papieren fragen könnte. Sie gehen nicht zum Arzt, auch wenn sie krank sind. Die Nässe und der Schmutz ihrer Unterkünfte fördern Darminfektionen und Lungentuberkulose, vor allem bei den Schwarzafrikanern, die unter der nördlichen Kälte leiden. Wer krank wird, büßt seinen ohnehin miserablen Lohn ein, und wer verunglückt und stirbt, weiß, daß seine Angehörigen nie einen Pfennig Rente sehen werden.

Aber er weiß, daß alle anderen an ihm und seinesgleichen reich geworden sind. Die Schlepper und Werber in seiner Heimat, spanische und tunesische Lastwagenfahrer, britische und marokkanische Bootseigner, deutsche und schweizerische Verleiher und schließlich die Unternehmen, die ihre Arbeitskraft vorübergehend mieten, weil sie das von allen weitergehenden Verpflichtungen entbindet. Mit zehn illegalen Ausländern im Angebot kann man in Frankfurt monatlich 20 000 Mark machen. Ein Verleiher hat nach eigenem Bekenntnis in acht Monaten 1,4 Millionen Mark verdient.

Das Bild, das die Situation der illegal in den europäischen Ländern arbeitenden Ausländer bietet, ist ein einziges Chaos. Es zeigt, zu welchen Extremen es in einer Gesellschaft kommen kann, die vom Gewinnprinzip beherrscht ist. Während Hunderttausende spanischer Arbeiter in die mitteleuropäischen Länder auswandern, arbeiten etwa fünfzigtausend Nordafrikaner in Spanien, die noch weniger Lohn erhalten als die zu Hause gebliebenen Spanier. Und während die Sizilianer in der Bundesrepublik Arbeit suchen und oft alle Nachteile der Illegalität in Kauf nehmen, kommen Tunesier über das Meer nach Sizilien, wo sie als besonders billige Arbeitskräfte begrüßt werden.

Gegenwärtig nimmt die Zahl der Illegalen zu. Von den restriktiven Maßnahmen, die die Regierungen der Industrieländer zur Eindämmung des Zustroms fremder Arbeiter ergreifen, fühlt sich der einzelne der fünfzig Millionen potentiellen Gastarbeiter in den unterentwickelten Ländern nicht betroffen. Und für die mitteleuropäischen Unternehmer, die — um es mit den Worten eines deutschen Gewerkschafters zu sagen — in den Jahren der wirtschaftlichen Rezession gelernt haben, mit dem Bleistift in der Hand zu rechnen, ist die leicht verfügbare und rechtlose Masse der illegalen ausländischen Arbeiter höchst willkommen, denn in Krisenzeiten können sie ohne Umstände, ohne arbeitsgerichtliche und gewerkschaftliche Mitwirkung entlassen werden. Die Gewerkschaften gehen davon aus, daß es keine illegalen Arbeitnehmer ohne illegale Arbeitgeber gäbe und fordern, daß Verstöße gegen die gesetzlichen Bestimmungen durch die Unternehmer nicht mehr als Kavaliersdelikte mit Geldbußen von ein paar tausend Märk aus der Welt geschafft werden können, sondern hart bestraft werden sollen, notfalls mit Entzug des Gewerbescheins.

Aber dort allein liegt nicht die Wurzel des Problems, sie liegt auch in der Kluft zwischen den armen und den reichen Ländern, in der Not und Sehnsucht derer, die auf der armen Seite leben und an die jener überarbeitete Sozialhelfer in einer deutschen Industriestadt dachte, als er vor seinem Auge den endlosen Marsch von fünfzig Millionen arbeitsuchenden Frauen und Männern auf die mitteleuropäischen Metropolen sah.

Aus dem Spanischen von Walter Fritzsche

Bernd Preßler
Die Kollegen und Eluard

Gut, sagten sie: gut
deine Gedichte sind nicht schlecht.
Du mußt sie kurz schreiben
daß wir sie am Feierabend
zwischen Abendessen und Grundeinheit
lesen können
so wie das
was du uns vorgelesen hast
wo einer nach dem Krieg nach Hause kommt
und seine Frau in den Arm nimmt
wie die sich gefreut hat:
So mußt du Gedichte schreiben.

Siegfried Grundmann Das Testament des Herrn Brummbichler

Was im folgenden geschildert wird, ereignete sich in der Firma Raubein & Dimpfl, abgekürzt RAUDI, eine größere Fabrik der chemischen Branche, die sich bei ihrer Gründung im Jahre 1874 noch mit der Herstellung von Sprengstoffen für den Eisenbahn- und Tunnelbau befaßte, also für friedliche Zwecke, wie in der Broschüre zum 75jährigen Bestehen der Firma im Jahre 1949 hervorgehoben wurde, ein Zusatz, den man bei der Hundertjahrfeier für überflüssig hielt. Heute produziert Raubein & Dimpfl neben Farben und Lacken auch Chemikalien zur Konservierung — vom Gartenzaun bis zum Rollmops und zum Präparieren von Tierekadavern sowie eine Spezialität, von der noch die Rede sein wird.

Es begann mit einer auffälligen Geheimnistuerei um das Zimmer 07 im Keller des alten, noch aus der Gründerzeit stammenden Verwaltungsgebäudes. Was sich in diesem Zimmer lange Zeit befand bzw. abspielte, klang einigermaßen übertrieben, so daß Gerüchte darüber nicht ernst genommen wurden, bis dann doch alles auf überraschende Weise ans Tageslicht kam. Um die Hintergründe der mysteriösen Vorgänge aufzuhellen, müssen wir uns etwas näher mit einem ehemaligen Angestellten der Firma, dem Herrn Brummbichler, gewesener Materialverwalter, befassen, dessen Büro sich bis zuletzt in eben jenem Zimmer 07 im Keller befand.

Der Brummbichler ist schon als Fünfzehnjähriger in die Firma eingetreten, in der sein Vater vorher als Arbeiter beschäftigt war, wo er nicht nur durch Fleiß und Tüchtigkeit auffiel, sondern auch durch gewerkschaftliches und sozialdemokratisches Engagement mißfiel. Doch kehrte er aus dem Ersten Weltkrieg nicht mehr zurück. Die Witwe war schließlich froh, daß sie ihren Sohn auch bei Raubein & Dimpfl unterbringen konnte, und da der junge Brummbichler als intelligent und aufgeweckt galt, sollte er die kaufmännische Laufbahn einschlagen, um es einmal besser zu haben als sein Vater.

Um Politik kümmerte er sich nicht. Ältere Angestellte, die ihn noch als Lehrling gekannt haben, schilderten ihn als „hübschen, lebenslustigen Burschen mit schwarzen Locken und feurigen dunklen Augen“, der den Lehmädchen und jungen Arbeiterinnen in den Gewölbten des Materiallagers nachstellte, wo er später ebenso erfolgreich, wenn auch mit weniger Lustgewinn, als Verwalter tätig war.

Leute, die einen dicklichen — bayerisch ausgedrückt: wamperten — Brummbichler um die Fünfzig im „Speckjackettl“ durch die Gänge schlürfen sahen, der auf ihr Grüßen allenfalls mit einem mürrischen Grunzen antwortete, konnten sich ihn als „feurigen jungen Mann“ überhaupt nicht vorstellen und glaubten, er sei schon immer so gewesen.

Dabei wußten sie freilich nicht, daß ihn zwei Ereignisse gebrochen hatten: Einmal, als er mit seinem feurigen Temperament an einer wohlhabenden Bürgertochter scheiterte, einem hübschen, ziemlich hochnäsigem Ding mit gesellschaftlichen Ambitionen, die ihn erst ein bißchen an der Nase herumführte und dann abblitzten ließ. Zum zweiten, daß sich die erhofften und auch versprochenen

Siegfried Grundmann: Das Testament des Herr Brummbichler

Aufstiegsmöglichkeiten nicht verwirklichen ließen, als ihm ein ehemaliger Offizier vor die Nase gesetzt wurde, der zwar keine Fachkenntnisse, dafür aber wenig Skrupel hatte, ihn als „Ungedienten“ zu schikanieren und auf ein Abstellgleis zu schieben, in die Materialverwaltung. Hier also, im Keller, war er schließlich nach Meinung seiner Vorgesetzten am richtigen Platz.

Er überwand alle Enttäuschungen, indem er sich in die Arbeit vergrub, und war bald mit der Firma verheiratet: Er blieb Junggeselle, lebte mit seiner Mutter zusammen und ließ sich von ihr verwöhnen. Als sie starb, war er dreivierzig Jahre alt. Raubein & Dimpfl wurde sein Zuhause.

Vielen wird die Feier zu seinem 40. Betriebsjubiläum in Erinnerung sein, als es sich der alte Kommerzienrat Dimpfl nicht nehmen ließ, aus seiner Villa, wo er sonst kaum noch herausfand, herüberzukommen, um dem Jubilar persönlich die Hand zu schütteln und ein paar bewegte Worte des Dankes an ihn zu richten, wobei ihm mitten im Satz „... und wie wir gemeinsam in guten und schweren Zeiten und in den harten Jahren nach dem Krieg ...“ die Stimme versagte und auch dem Jubilar die Tränen in die Augen traten. Alle waren gerührt, vom alten Hilfsarbeiter Habermoser über die Sekretärin Dinglmeier bis hin zum Prokuristen Großkopf, und sogar der Betriebsrat schluckte ein paarmal. Nur die beiden langhaarigen Lehrlinge grinsten unverschämt und kichernten in die vorgehaltene Hand, aber die heutige Jugend weiß eben nicht, was es bedeutet, vierzig Jahre lang an einem Arbeitsplatz auszuhalten.

Nach diesem Jubiläum allerdings, an dem der Brummbichler schon ein Mittfünfziger war, machten sich gewisse Veränderungen in seiner Persönlichkeit immer penetranter und peinlicher bemerkbar: er ließ sich gehen und verlor allmählich die Distanz zu sich selbst und seiner Umgebung.

In seinem Schreibtisch befand sich eine Brotzeitschublade. Neben dem täglichen Bedarf an Lebensmitteln, wie belegten Brot oder Semmeln, Eiern, Wurst und Tomaten, Rettichen, Joghurt und Käse, Äpfeln und Orangen sammelte sich im Laufe der Zeit darin ein ständiger Vorrat an Süßigkeiten an, wie Schokolade, Ostereier, Pralinen, Lebkuchen, Printen, Bonbons, Pfefferminz, Kaugummi, Gummibärle, an denen er fast ununterbrochen kaute, schmatzte und lutschte.

Eine Schublade tiefer befand sich das Zubehör zu seinen Tafelfreuden: ein kleines Bierglas, ein Maßkrug, ein Weißbierglas, ein Schnapsglas, eine Kaffeetasse, Neskaffee, Kondensmilch, Würfelzucker, Salz, Senf, ein Büchsenöffner, ein Flaschenöffner, ein Obstmesser, ein Korkenzieher, Löffel, Gabeln, Teller und so weiter ...

Im Fach darunter lagerten die Medikamente, die Brummbichler in bunter Reihenfolge zu sich nahm: Schmerztabletten, Herztabletten, Grippetabletten, Kopfwehtabletten, Hustensaft, Nervenpillen, Schlafmittel, Aufputschmittel, Beruhigungsmittel, Kreislaufstärkungsmittel, Abführpillen ...

Da er oft unter kalten Füßen litt, kaufte er sich eines Tages im Reformhaus zwei Fußbadewannen, füllte in die eine heißes, in die andere kaltes Wasser, stellte sie unter seinen Schreibtisch und steckte, nachdem er sich vorher die Schuhe und Socken ausgezogen und die Hosenbeine samt Unterhosen hochgeklempt hatte, die Füße abwechselnd mal in das heiße, mal in das kalte Wasser. Um während dieser Zeit nicht untätig zu sein, sah er die Post durch, blät-

terte in Akten oder diktierte sogar Briefe, so daß ihm niemand wegen vergeudeter Arbeitszeit Vorwürfe machen konnte. Nur wenn er während dieses Fußbades in eine andere Abteilung gerufen wurde oder Kunden kamen, sagte seine Bürohilfe am Telefon: „Bitte gedulden Sie sich noch einen Moment, der Herr Brummbichler macht gerade sein Fußbad.“

Das Wechselbad war zu seinem Privileg geworden, nicht dem einzigen, und wenn das jemand in Frage stellte, hieß es, der Herr Brummbichler kann sich das erlauben, wo er doch schon über vierzig Jahre im Hause ist. Den Jungen immer noch als Vorbild an Pflichtbewußtsein und Betriebstreue hingestellt, wurde er immer mehr zum Sonderling, der es sich angewöhnte, sogar in Filzpantoffeln herumzulatschen.

Als er einmal in diesem Aufzug zum Kantineessen erschien, ermahnte ihn der Personalchef: „Aber Herr Brummbichler, Sie sind doch hier nicht zu Hause!“ Da sah ihn der Brummbichler ganz erschüttert an und fragte: „Wie? Hier nicht zu Hause?“

Er war hier zu Hause, und sogar sein einziges Hobby hing noch zusammen mit der Firma, seine umfangreiche Käfer- und Insektensammlung, deren Einzel-exemplare er mit den chemischen Konservierungsmitteln von Raubein & Dimpf präparierte, wobei er sogar Forschungsarbeit leistete, als er einen großen Mistkäfer zum erstenmal mit dem neuen „Raudiol XL 16“ konservierte und damit die Wirksamkeit des Mittels auch für diesen Zweck bewies.

RAUDI dankte es ihm mit einer Anerkennungsprämie, über seine Käfer- und Insektensammlung berichteten Betriebs- und Lokalzeitung, und eines Tages fand sich Direktor Schwarzmüller von der Werksleitung bei ihm ein, um seine Sammlung einmal „ganz persönlich“ in Augenschein zu nehmen. Bei einer Zigarette und einem Cognac kam man sich auch menschlich näher, und der Direktor erwähnte „streng vertraulich und ganz unter uns“, daß die Forschungsabteilung der Firma gewissermaßen nebenbei auch ein Mittel zur Einbalsamierung von Leichen entwickelt habe, das besser und billiger sei als alles, was bisher dafür verwendet wurde. Nur sei es leider noch nicht möglich gewesen, „Raudiform Mumikal“ auch am Menschen auszuprobieren.

„Es fehlt uns halt noch 'ne passende Leiche, lieber Herr Brummbichler“, plauderte der Direktor gutgelaunt, „wir brauchen einen Beweis. Na, das wird sich schon finden. Ich persönlich sehe da jedenfalls einen neuen Markt vor mir ...“ „Glauben Sie wirklich?“ meinte Brummbichler schüchtern.

„Aber ja doch“, sagte Direktor Schwarzmüller, „alle Leute wollen heutzutage möglichst lange jung bleiben, und es graust ihnen vor dem Gedanken an den Verfall ihres Körpers. Wenn wir ihnen die Möglichkeit bieten, sich zu erschwinglichen Preisen einbalsamieren zu lassen, werden sie Gebrauch davon machen, da bin ich ganz sicher.“

Brummbichler sah ihn nachdenklich an, und in seine blauen Augen trat ein schwärmerischer Glanz, der dem Direktor nicht entging. Er hatte es plötzlich eilig und verabschiedete sich mit dem Hinweis auf einen Termin. Ein paar Tage später suchte ihn Brummbichler in seinem Büro auf und überraschte ihn mit einem Angebot, das der Direktor zunächst eindeutig bestürzt zurück-

wies. Nach einem kurzen, menschlich offenen Gespräch trennte man sich jedoch in Zufriedenheit.

Kaum ein halbes Jahr nach dieser Unterredung erlag Brummbichler an seinem Arbeitsplatz einem Herzinfarkt, als er wieder einmal — natürlich unbezahlte — Überstunden gemacht hatte. Ein Nachtwächter entdeckte ihn gegen Mitternacht, als er einen Blick durch die halboffene Bürotür warf und den Materialverwalter zusammengesunken in seinem Sessel sitzen sah. Als das Testament des so plötzlich aus einem schaffensreichen Leben Gerissenen eröffnet wurde, gab es für die Herren der Firmenleitung, ausgenommen Direktor Schwarzmüller, eine große Überraschung. Brummbichler hatte außer seiner gesamten Habe und seinen Ersparnissen auch seinen Leichnam der Firma zu Forschungszwecken mit dem neuen Einbalsamierungsmittel vermachte unter der Bedingung, daß er nach geglückter Einbalsamierung „nicht irgendwo im Lager oder im Labor“ verstauben sollte. „Bitte ich daher, mich bzw. meine Mumie an meinem alten Arbeitsplatz im Zimmer 07 aufzubewahren. Auch soll dort mindestens einmal in der Woche Staub gewischt werden, am besten durch Frau Matschke, meine Bürohilfe, die auch täglich einmal nach mir sehen und immer frische Blumen auf meinen Schreibtisch stellen soll. Auch bitte ich, einmal im Jahr eine so schöne Feier bei mir bzw. meiner Mumie abzuhalten wie damals zu meinem Vierzigsten ...“

Die Erben des Brummbichlerschen Vermögens reagierten unterschiedlich. Während der immer etwas zur Sentimentalität neigende Kommerzienrat Dimpf bewegt ausrief: „Getreu bis in den Tod und darüber hinaus!“, sagte der Personalchef ungehalten: „Was denn, soll uns jetzt der Kerl ewig vor der Nase sitzen? Und wenn die andern auch mit solchen Wünschen kommen, dann haben wir eines Tages ein ganzes Bürohaus voller Mumien.“ Schließlich behielt wie immer der nüchterne Geschäftssinn die Oberhand, der eine günstige Gelegenheit wahrnehmen konnte, um die Wirksamkeit von „Raudiform Mumikal“ zu testen.

Nach dem Test saß der Materialverwalter also wieder in seinem alten Büro am Schreibtisch, so wie man ihn von Fotos in der Werkzeitung kannte: in der Hand eine Liste, am Ohr den Telefonhörer. Das Zimmer 07 war verschlossen, nur einmal in der Woche kam Frau Matschke, staubte Schreibtisch und Mumie ab und stellte frische Blumen auf den Tisch. Auch fand sich am Jubiläumstag einer der Prokuristen ein und richtete die üblichen Worte des Lobes und der Anerkennung an den einbalsamierten Brummbichler, wünschte der still vor sich hingrinsenden Mumie alles Gute und leerte auf ihr Wohl ein Glas Sekt, wie es gute Sitte im Hause war.

Natürlich fiel die Geheimnistuerei auf, und die Antwort auf die Frage nach dem Verbleib des Gestorbenen, er habe seinen Körper der Wissenschaft zur Verfügung gestellt, machte die Sache noch geheimnisvoller. Gerüchte gingen um. Man mußte ihnen begegnen, aber wie?

Raubein junior, Partygänger und in gesellschaftlichen Dingen auf der Höhe der Zeit, hatte einen Einfall. „Wir führen Brummbichlers Mumie in die Gesellschaft ein“, schlug er vor. „Ich gebe eine Party im Materiallager unter dem Motto ‚Zu Gast bei Herrn Brummbichler‘. Im flackernden Kerzenlicht wird die Mumie bestimmt gut ankommen und für eine Gänsehaut sorgen. So was mögen die

Leute. Schon aus Neugierde werden alle, die 'in' sein wollen, mitmachen. Eine bessere Reklame können wir uns nicht denken, und die Mumie ist auf einmal da, es wird keine Schwierigkeiten mehr geben. Wir laden uns noch einen Professor von der Uni dazu ein und lassen ihn über das Thema 'Einbalsamierung' referieren, dann hat das Ganze noch einen wissenschaftlichen Anstrich."

Die Kellerparty „Zu Gast bei Herrn Brummbichler“ fand an einem Samstagabend statt. Das Interesse war groß, dementsprechend der Andrang der sensationslüsternen Gäste. Die düsteren Gänge des Kellergewölbes waren durch Kerzen und Fackeln in ein unruhiges Licht getaucht. Man saß auf Kisten, Fässern und Säcken oder stand herum. Nach dem Kurzreferat eines Experten zum Thema „Die Mumifizierung im Laufe der Jahrtausende — Von den alten Ägyptern bis zu Herrn Brummbichler“ öffnete Raubein junior die Tür zum Zimmer 07, in dem der ehemalige Materialverwalter einbalsamiert auf seinem Stuhl saß. „Und nun, meine lieben Freunde“, sagte Raubein junior mit erhobener Stimme, „wollen wir unseren Party-Ehrengast begrüßen, unseren lieben, so unvergesslichen wie unverweslichen Alois Brummbichler, der nun schon über fünfzig Jahre hier an seinem Schreibtisch sitzt, ein treuer Mitarbeiter, der auf eigenen Wunsch als erster mit unserem neuen Einbalsamierungsmittel 'Raudiform Mumikal' präpariert wurde, und sehen Sie selbst, mit welchem Erfolg. 'Raudiform Mumikal' garantiert auch Ihnen Unverweslichkeit, meine Damen und Herren, und wer sich schon heute in die hier aufliegende Bestell-Liste einträgt, dem gewähren wir einen Preisnachlaß von mindestens zwanzig Prozent. Treten Sie näher, prüfen Sie unser Angebot ...“ Danach erhob der junge Raubein sein Sektkglas, um der Mumie zuzuprosten, und alle Partygäste stimmten in das Hoch auf Brummbichler mit ein, der damit posthum noch in die Gesellschaft aufgenommen war, die ihn zu seinen Lebzeiten verachtet hatte.

Danach wurde die Mumie zur Besichtigung freigegeben, und manch kluge Bemerkung fiel, zum Beispiel: „Mehr als fünfzig Jahre hat der hier unten zugebracht, da muß ja einer zur Mumie werden“, oder: „Findste das nicht ein bißchen übertrieben, was se heute mit den Proleten für einen Kult treiben?“

Die Party war ein Erfolg. Zeitungsberichte über „Raudiform Mumikal“ erschienen, und Bestellungen kamen bald aus aller Welt. RAUDI konnte den Preis so hochhalten, daß er immer noch attraktiv war und trotzdem eine gewisse Exklusivität gewahrt blieb. Denn die Leute, die sich die Einbalsamierung leisten konnten, wollten auch als Mumien unter sich bleiben.

Nach dem Partyabend geriet der mumifizierte Brummbichler in Vergessenheit. Erst als eine Rezession kam, von der auch Raubein & Dimpf betroffen waren, nahm das Unternehmen die Gelegenheit war, sich der mit dem Testament übernommenen Verpflichtungen auf unanfechtbare und gleichzeitig elegante Weise zu entledigen. Eines Morgens begab sich der Personalchef in Begleitung von Direktor Schwarzmüller in den Keller und las der Mumie ein Kündigungsschreiben vor, in dem es unter anderem hieß: „... zwingt uns die schlechte Absatzlage des Unternehmens zu einschneidenden Einsparungsmaßnahmen ... Müssen wir unproduktive Tätigkeiten abbauen ... Sehen wir uns daher leider gezwungen, Sie zu entlassen ... Bieten wir Ihnen als Abfindung eine komfor-

table Gruft auf dem städtischen Waldfriedhof an ... Dürfen wir annehmen, daß Sie mit dieser Lösung einverstanden sind ...“ Da der ehemalige Materialverwalter gegen diesen Vorschlag nichts einzuwenden hatte, wurde er ein paar Tage später in aller Stille auf dem städtischen Waldfriedhof beigesetzt. Und so war Alois Brummbichler wieder mal am richtigen Platz und fand, nachdem er der Firma bis über den Tod hinaus gedient hatte, endlich seine Ruhe.

Harald Kruse
Erklärung

Um Gottes Willen nein!

Hier ist keine Bombe eingeschlagen!

Hier haben auch keine Terroristen gewütet.

Nicht einmal Jugendliche mit überschüssigen Kräften waren am Werk.

Und ich muß doch wohl nicht ausdrücklich betonen, daß das Ganze kein Dummerjungenstreich ist.

Hier läßt ganz einfach ein wohlhabender Mitbürger eines seiner Häuser abreißen ...

Bernd Eberle
Die Verhinderung einer Reportage über Lisa Salfrank

Als ich im Ort Loos an der Bundesstraße 11 ankam, wirkten Hauswände und Platzflächen abweisend auf mich. Die hinter den Hauswänden leben, dachte ich, werden dir nichts sagen wollen. Du wirst ihnen die Worte herauslocken müssen, zuerst durch scheinbar harmlose Fragen, dann durch Einschütern, Drohen. Sie werden glauben, daß du mit dem, was du herausfindest, etwas tun wirst, was gegen sie ist, sie zum Gespött macht, zumindest ins Gerede bringt, dachte ich, mit dem Fotografen Robert A. Piek über den Platz gehend. In langen schwarzen Wintermänteln gingen wir, mit klappernden Absätzen, als wären wir fremde Besucher aus einem Wildwestfilm, an vor Feuchtigkeit schwarzen Bäumen vorbei, die, mitten im Winter, erste, schüchterne Knospen trieben.

Ohne uns mit Worten verständigt zu haben, bewegten wir uns auf das Gasthaus „Schwan“ oder „Zum Schwan“ zu, wobei ich versuchte, trotz meines schweren Körpers meinen Gang federnd aussehen zu lassen. Über drei Stufen gelangten wir sogleich ins Innere der Wirtschaft, die aussah, als wolle sie keine Gäste. Als wir auf dem Holzboden hinüber zu dem einzigen besetzten Tisch steuerten, stiegen mir die vielfältigen Gerüche der vergangenen Nacht in die Nase. Gerüche nach säurehaltigen Reinigungsmitteln, schwach der Geruch nach

kaltem Rauch, Speisen, ausgekotztem Bier. Vor einem frischen Weißbierglas, in dem sich das hereinströmende Licht zu sammeln schien, saß der freie Mitarbeiter Fritz Lang aus Loos, dessen Gesicht, obwohl er das vierzigste Lebensjahr noch nicht erreicht hatte, bereits einer zerrißenen Landschaft glich. Für meine Ohren überlaut begrüßte der Fotograf den Mitarbeiter, der großzügig so genannt wurde, obwohl er nur ein gelegentlicher Informant war.

Mit beiden Händen sein Bierglas umfassend, sagte Fritz Lang sogleich mit leiser Stimme zu mir, noch ehe ich ihm gegenüber Platz genommen hatte: „Lisa Salfrank ist seit der vergangenen Nacht verschwunden, ist nicht zu ihrem Vater nach Hause gekommen, der hilflos in seinem Rollstuhl sitzt und sich ohne sie kaum zu helfen weiß, ja ohne sie ausgeliefert ist.“

Fritz Lang, dessen Gesicht nur im Rausch Festigkeit und Meinung zu bekommen schien, jetzt aber, im entlarvenden Licht des Morgens, nach allen Seiten auseinanderzufließen drohte, zog seine Arme und Beine näher zu sich, als wolle er auf der Sitzbank möglichst wenig Platz einnehmen. Mit den Worten: „Die Herren Reporter sind meine Gäste“, näherte sich der Wirt mit zwei Weißbiergläsern, die er unbemerkt an der Schenke eingefüllt hatte und mit einem „Prost“ vor uns aufstellte. Ich sah mich mit schwerem, zu schwerfälligem Körper ungelenk aufzustehen und trotz der frühen Stunde, unter der Piek und ich noch litten, mein Gesicht zu einem freundlichen Ausdruck ordnen. „Wir wollen mit Lisa Salfrank sprechen, die in ihrem Ort durch ihre Ungewöhnlichkeit so viel Aufsehen gemacht hat, und Herr Lang sollte so freundlich sein, uns ein Gespräch zu ermöglichen.“

„Alles, was Sie hier sagen, weiß ich bereits“, sagte der Wirt, mit der Hand abwinkend, „wir haben gestern an genau dieser Stelle über Ihre Ankunft gesprochen und es sehr begrüßt, daß Sie kommen, um über unseren kleinen, aber bemerkenswerten Ort, wie ich wohl sagen darf, zu berichten. Lisas Verspätung ist mir allerdings unerklärlich, da es das erste Mal ist, daß sie sich verspätet, aber sicher kommt sie jeden Moment durch diese Tür da.“ Der Wirt, zur Tür blickend, die leer blieb, stand im Licht vor uns, sein junges fragendes Gesicht schimmerte rosa, ich sah, wie feiner blonder Haarflaum sein ganzes Gesicht bedeckte: vergeblich suchten meine Augen nach der Wölbung eines Bauches unter dem Gürtel beim Wirt.

„Ich sage Ihnen, Herr Welser“, wandte sich Fritz Lang eifrig und leise an mich, „daß das Mädl heute nicht mehr kommt, mehr kann ich nicht sagen, ich habe das aber im Gefühl, wenn ich auch nichts Bestimmtes weiß.“

Der Wirt lachte, beugte sich mit seinem Lachen über den Tisch, fuhr mit einem Tuch über den sauberen Tisch, säuberte ihn immer wieder, als wolle er die Aussage des Informanten wegwischen: „Das ist doch purer Unsinn, ein Unsinn ist das, auf den Sie bitte nicht hören wollen, sicher kommt Lisa noch.“

Fritz Lang widersprach plötzlich nicht mehr, war wie abgeschaltet still, sagte nach einer Pause, er müsse jetzt zur Ziegelfabrik, wo er angestellt sei und sein Brot verdiene. Er stand behutsam von seiner Bank auf, wobei sein stummes Gesicht mir über dem Tisch mit einer eindringlichen, beschwörenden Geste ganz nahe kam. Durch ein Nicken des Kopfes verabschiedete er sich von mir,

zwängte sich an Wirt und Fotograf vorbei und ging, leicht vornübergebeugt, zur Tür.

Wir warteten nun schon längere Zeit in dem stillen Raum. Einen Moment war ich ratlos, mußte mir erneut klar machen, warum ich überhaupt hier angekommen war. Unvermittelt stieg in mir ein Bild auf, in dem ich als Reporter verletzt oder getötet würde. Immer hatte ich bei Reportagen diese Angst, und tatsächlich war ich in Erding einem wütenden Bauern entkommen, der, als im Radio eben durchgegeben worden war, daß der Münchner Großflughafen in die Nähe von Erding kommen würde, in die Küche gestürzt war, um ein unterarmlanges Messer zu holen, mit dem er mich nur nicht „abstach“, wie er brüllte, weil ihn zwei kräftige Männer festhielten.

„Obwohl ich seit Jahren als Bayernreporter die Dörfer aufsuche, habe ich immer noch nicht gelernt, die hier lebenden Leute richtig einzuschätzen. Ihre Handlungen sind mir oft genug rätselhaft geblieben, wobei ich mich vor einer vorschnellen und oberflächlichen Beurteilung stets gescheut habe“, sagte ich aus meinen Gedanken heraus. Ich merkte, aufblickend, daß ich Robert A. Piek, der zu mir schon eine Weile gesprochen hatte, mitten im Satz unterbrach. Während ich mich jetzt zu erinnern suchte, was der Fotograf gesagt hatte, ging dieser sofort auf mein Thema ein, als hätte ich alles laut ausgesprochen: „Diese Menschen hier sind oft keine Menschen, sondern Tiere, die nur ihre Instinkte befriedigen.“ Dabei schlug er mit der Hand auf die Tischplatte.

Ich widersprach, hob die Hand um zu widersprechen, da berichtete Piek bereits von seiner Fallschirmjägerausbildung, bei der er gelernt habe, Menschen „schnell und lautlos kalt zu machen“, wenn es Feinde seien. „Ich breche jedem, der mich hier anruht, sofort alle Knochen“, sagte er. Ich dachte undeutlich an einen anderen Fotografen, der in den sechziger Jahren, als in München die Demonstrationen der Studenten begannen, von einem Stein getroffen und getötet worden war, und an seine Frau, die eine hohe Versicherungssumme erhalten hatte, mit der sie fröhlicher und besser als zuvor lebte.

Als Piek und ich aufstanden, hob der Wirt die Hände, bewegte ihre Flächen auf uns zu, als wolle er uns zurück an den Tisch schieben. Sein Mund gab unzusammenhängende Laute von sich, während seine beredteren Hände uns zum Bleiben, Niedersitzen aufforderten. Wir atmeten rasch, als wir durch die Hintertür auf das Kopfsteinpflaster des Hofes gelangt waren, über das mit schnellen Schatten Katzen huschten, so daß meine Augen sie kaum als Katzen ausmachen konnten. Wie die Katzen floh hier alles vor uns, versteckte sich, um uns aus sicherer Entfernung zu belauern, dachte ich. Die Leute hier würden sich mit Bruchteilen der Geschichte über Lisa Salfrank in ihre Häuser zurückziehen, nichts verraten, hinter sich abschließen. Nichts für uns zu holen! Ich spürte es am falschen Rhythmus, mit dem hier unsere Ankunft abließ.

„Aber, die Herrn Reporter!“ hörte ich den Wirt zwischen unseren davoneilenden Schuhen und sah bei einem Zurückdrehen des Kopfes die schmale, weiß gekleidete Gestalt im dunklen Rechteck des Ausgangs nach vorne gebeugt, mit weißen, unnatürlichen, langen Armen, die sich nach uns streckten. Die Entfernung machte seinen Protest lachhaft. Wir trabten durch die Gassen, Gänge,

Toreinfahrten, durchquerten, ohne ein Wort miteinander geredet zu haben seit unserer Flucht aus dem Gasthaus, Zimmer, von einer Tür zur anderen, auf der Suche nach neuen Gassen. Dahinlaufend keuchte Piek: „Die lügen uns was vor, was sie sagen ist Erfindung.“ Ich holte beim Laufen Atem zum Reden, fühlte die Fettpolster über meinen Hüften auf- und abspringen: „Sie lügen schon mit Gesten“, schrie ich, während wir durch ein Waschhaus liefen, in dem erst kürzlich Schlachttag gewesen sein mußte, denn auf dem Betonboden hatte sich Blut zu Krusten verhärtet, lief eine breite Blutbahn geronnen zum Abflußloch, „sie lachen uns in ihren Verstecken aus“, pfiff mein Atem. Mir wurde schwarz vor Augen, wir waren wieder im Freien, gingen unter einem Torbogen, der sich mit seinem Schatten auf uns warf, als wolle er uns erschlagen.

Um weiterzukommen hatten wir vor, als nächstes entweder im Pfarrhof oder im zweiten Gasthaus von Loos, dem „Gelben Bock“, etwas Näheres über Lisa Salfrank und ihren Aufenthaltsort zu erfahren, gingen dann jedoch, nachdem wir Auskunft in einem Lebensmittelladen am Hauptplatz geholt hatten, in dem die einkaufenden Frauen mit stumpfem Blick an uns vorbei ins Leere geschaut hatten, zur Poststelle. „Die Poststelle wird von der Bürgermeistersfrau verwaltet“, hatte die Ladenpächterin lachend gesagt. „Die soll entscheiden, ob ihnen überhaupt etwas erzählt werden darf.“

Nach dem Geruch von Käse im Lebensmittelladen nahm ich in der Poststelle den Geruch von Ölfarbe wahr. Vor einer Staffelei saß in einem weißen Mantel eine Frau, die, wie ich seitlich sah, an einem Ölbild malte, das ein Hochzeitspaar zeigte. Piek nahm jetzt das Wort, erklärte, was wir wollten. Während der Klang von Pieks überlauter Stimme den engen Postraum zu sprengen drohte, beobachtete ich das Gesicht der Bürgermeistersfrau, in dessen Wülsten und Fettschichten zwischen Augen und Kinn Pieks Fragen zu erstickten schienen.

Im folgenden erwachte die Frau aus ihrem Gleichmut, blühte zornig auf. Sie beschimpfte allgemein die Reporter, denen nichts Besseres einfiele, als das Land Bayern und dessen Bewohner als Trottel und Hinterwäldler hinzustellen, weil dies nun einmal modern sei. Außerdem würden von den Reportern „aus reiner Sensationslust“ die Ereignisse falsch und einigen wenigen, immer wiederkehrenden Klischees folgend dargestellt. „Es gibt zwei Wahrheiten, eine, wie sie in der Zeitung steht und eine andere, die den tatsächlichen Gegebenheiten entspricht.“ Während sie unaufhörlich Reporter und Zeitungen beschimpfte, färbte sich unter ihrer kunstvoll aufgetürmten gelben Frisur das Gesicht rot, sie stemmte ihren Körper hoch, wobei sie die Hände auf ihre vom kurzen Mantel nicht bedeckten Oberschenkel stützte, wo die Finger, als sie die Hände wegnahm, weiße Druckstellen hinterließen.

Ich sah mich in einem Film, in dem ich zu spielen glaubte, die Unterlippe vor Ärger zwischen die Zähne nehmen, darauf beißen bis Blut kam, sah die Frau näher gegen den Schalter kommen, während ich mich von meiner Seite vorbeugte, sah uns beide reden, hörte uns reden, wobei ich zuerst Worte sagte und dann erst über meine Worte nachdachte: „Nicht alle Reporter sind gleich, Sie

können nicht alle über einen Kamm scheren, Gnädigste, Reporter sind verschieden, wie die Zeitungen, für die sie arbeiten. Hören Sie zu, mir kommt es zum Beispiel nicht darauf an, eine oberflächliche Story zu machen, an der sich zum Glück nur wenige Leser erheitern oder aufgeilen würden. Mir liegt daran, die Umgebung aus Häusern und Menschen darzustellen, um zu erklären, warum etwas so kommen konnte. Wenn ich aus aktuellen Gründen über einen Mord zu berichten habe, weil jede andere Zeitung am nächsten Tag auch über den Mord berichtet, komme ich Monate später, wenn es lohnend erscheint, noch einmal in den Ort, um die Umstände zu schildern, in denen Mörder und Ermordete lebten, denn oft sind welche am Mord schuld, die keinen Finger gerührt haben — meine Dame!“

Während wir schrien, hörten wir uns zuerst gegenseitig nicht zu. Erst nach einer Weile, während wir noch unbeherrscht dem Gegenüber unsere Ansicht zubrüllten, gingen wir aufeinander ein, beantworteten Fragen in unserer ohnmächtigen Wut falsch, weil wir nicht richtig zugehört hatten, und dies, während Piek „gut“, schrie, auf den Auslöser seiner Kamera drückte, „macht weiter“, auf den Schalter sprang, von dort die Optik auf unser Geschehen richtete. Gleichzeitig fielen uns keine Worte mehr ein.

Ich bin ganz leer, dachte ich.

„Ich muß mich immer an irgendetwas berauschen“, lachte die Frau und war noch atemlos. „Ob mit Malen, Schreien oder Alkohol. Hier muß man immer in einem Rauschzustand sein um zu leben, weiterleben zu können, verstehen Sie?“ In ihr Gesicht, das in der Aufregung glatt und schlank gewirkt hatte, schoben sich wieder Fettpölsterchen um Mund und Augen, die das Gesicht einschlossen.

Im „Gelben Bock“ waren die Tische bis weit hinein in den schlauchartigen Raum dicht besetzt mit Dorfbewohnern. Es schien eine Art Versammlung stattzufinden, von der wir, und ein Tisch mit Straßenarbeitern neben uns, ausgeschlossen waren. Noch immer hatten wir nichts über Lisa Salfrank erfahren, die hier und in der weiteren Umgebung, bis Landshut hinein, eine Berühmtheit war, weil sie, ansehnlicher als andere junge Frauen, die Männer in ihrer Leidenschaft zu ihr gegeneinander aufbrachte. Während zahlreiche Rauferien um ihretwillen bisher mit leichteren Verletzungen abgegangen waren, hatte vor einer Woche ein Maurer einen Maschinenhändler erschossen, weil er diesen von Lisa Salfrank bevorzugt glaubte. „Schaut euch die Dame einmal an“, hatte der leitende Redakteur zu uns gesagt und uns losgeschickt. „Wir sind steckengeblieben, haben bisher nichts in Erfahrung bringen können“, sagte ich zu Piek. Gelegentlich wandte sich aus dem Schatten des gewölbeartigen Raums ein (so schien mir) spöttisch verzogenes Gesicht in unsere Richtung, das jedoch durch Abwenden schnell wieder in die anderen schattenhaften Gesichter einging, zu einem einzigen riesigen Gesicht, das uns ablehnend anblickte. Obwohl mir die Augen vom Rauch brannten, blickte ich, die Lider zusammenpressend, in den Gastraum, und als ich an einem der größeren Tische Fritz Lang, unseren Informanten, zu entdecken glaubte, stemmte ich mich auf, wobei ich mit dem Bauch gegen die Tischplatte stieß, und lief in den Raum hinein. Gleichzeitig erhoben sich, wie zufällig, einige an gegenüberliegenden Tischen Sitzende und gingen ge-

stikulierend aufeinander zu, wobei sie mir den Weg versperrten. Ich blieb, trotz Schubsen und Vordrägen, im Gewirr von Armen und Beinen hängen, wurde festgehalten, stürzte auf den Holzboden. Ich kehrte langsam, damit sich mein vor Erregung rotes Gesicht beruhigen konnte, wieder einmal geschlagen zurück. Auf die freien Plätze an unserem Tisch hatte sich inzwischen eine Frau mit harten Gesichtszügen, das Gesicht braun, und ein dunkelhaariges schlankes Mädchen gesetzt, denen mich Piek mit einer ironischen Floskel vorstellte.

Ganz zog ich mich jetzt in mich zurück, versuchte, mich möglichst wenig zu bewegen, um in meiner Konzentration nicht aufzufallen. Dabei verfolgte ich das Gespräch zwischen den Frauen und Piek, aus dem hervorging, daß die Frau Zahnärztin in Loos war und das Mädchen nicht ihre Tochter, wie Piek angenommen hatte, sondern eine Assistentin. Nach einem Schnaps schien Piek in Lärm und Gelächter unterzugehen, seine Augen begannen zu glitzern, als finde er jetzt Spaß an unserem Auftrag. Er hatte eine Hand auf dem Schenkel der Zahnärztin und griff jetzt aus der Mitte des Tisches eine Maggi-Flasche, spritzte daraus etwas auf die Hand des Mädchens, führte die Hand zum Mund, leckte die braune Flüssigkeit vom Handrücken, wobei er wie verzückt mit dem Kopf wackelte und die Augen verdrehte. Als die Finger an der anderen Hand des Mädchens über den Tisch auf meine Hand zugekrochen kamen, erschienen sie mir wie Spinnenbeine. Ich sah, wie ich vorsichtig aufstand, um mit dem Bauch nicht an den Tisch zu kommen, und fühlte die Blicke der beiden Frauen auf mir, die mich ansahen, als hätte ich einer Spielregel nicht gehorcht.

Durch Rauch und Stimmengewirr an den Tischen drängte ich mich, um ein gleichgültiges Gesicht bemüht, in den Hintergrund des „Gelben Bock“, fand die Toilette mit stinkender bräunlicher Pisssrinne, die mir den Ort widerwärtig erscheinen ließ, hielt die Luft an, behielt sie in meinen Lungen, bis ich durch das ungewöhnlich breite Fenster ins Freie gesprungen war. Auf dem Hof meinte ich zu ersticken vom Rauch und Stimmengewirr der Gastwirtschaft. Leicht, wie ich nur im Rausch Strecken und Höhen überwand, flog ich — so kam es mir vor — zur Steinmauer des Hofes, stemmte mich hoch, hinüber, landete auf einer schmalen Gasse. Wie auf Glas hörte ich meine Schuhe aufschlagen, als müßten sie bis ins Rathaus von Loos zu hören sein.

Die vom Alkohol bestärkte Selbstverständlichkeit, mit der ich Handlung an Handlung setzte, wich von mir im selben Maß, wie die Wirkung des Alkohols nachließ. Umstellt vom Ort fühlte ich mich eingemauert von den Mauern. Widerwillig gaben die Gassen Meter um Meter preis. Etwas Lebendes, das von einem Herzschlag belebt und angetrieben wurde, war mir Loos, zwischen dessen Atembewegungen ich hin- und hersprang. Die Kirche tanzte vor mir, hoch- und niedergerissen vom Lufteinholen und Ausatmen. Die Gassen zogen sich zusammen und weiteten sich, selbst die wenigen mir begegnenden Gesichter und Gestalten waren einmal breit und einmal schmal wie Striche mit Rosettenmündern unter den Nasenlinien. Ein dampfendes, lebendes, keuchendes Dorf, zwischen dessen Haut- und Fleischpolstern ich stak, festsaß. Ein verfaulendes, geschlechtsloses Fleisch, dachte ich, zwischen dessen Wülsten und Fettmassen das Dorf aufwuchs, selbst Fett- und Fleischmasse. Gassen öffneten sich auf Plätze,

die ich nicht gesucht hatte. Je lächerlicher, sinnloser es mir vorkam, mich in dem Ort, den ich zuerst für klein und überschaubar gehalten hatte, zu verlaufen, um so mehr ging ich in ihm unter.

Von der Leichenfrau, die ich unterwegs ansprach, sahen unter dem gebauschten Rock nur die schwarzen Schuhspitzen hervor. Das Gesicht schien schon jede mögliche Regung ausgedrückt zu haben: Es war zu einem Netz unbeweglicher Falten erstarrt, in denen die kräftig blauen Knopfaugen wirkten wie eingesetzte Glaskugeln. Sie hatte einen watschelnden Gang, bei dem der Körper nach rechts und links schaukelte, erinnere ich mich. An die Stimme der Frau neben mir kann ich mich kaum erinnern, sie ist mir vorgekommen wie „schon immer auf der Welt“. Mein Gesicht, dem ich, so meine ich, einen „verbindlichen“ Ausdruck aufsetzte, beobachtete sie nicht, sie sah nicht auf den, der neben ihr herging.

„Daß sie fremd sind, hab ich gleich gemerkt, denn ein Einheimischer würd mit mir nicht den gleichen Weg gehn!“ Lisa Salfrank kannte sie gut. „Die ist ein kleiner Teufel gewesen.“ Sie sei groß, immer größer als die anderen gewesen, mit langen Gliedern, feingebildeten Fingern und Zehen. „Ihre Zehen und Füß“, sagte die alte Frau, die sich vorwärtsgehend zurückersinnerte, „hat sie manchmal in Kuhdung gewärmt. Sie hat die nackten Füße in Kuhscheiße gesteckt, hat gewartet, bis sie getrocknet war, und ist dann wie mit richtigen Schuhen damit rumgegangen, denn sie war arm, nachdem ihr Vater alles verspielt hat und die Tochter nur mehr im Winter Schuhe g’habt hat, die ihr Nachbarn geschenkt ham.“ Die Leichenfrau ging vornübergebeugt dahin, schüttelte den Kopf, der wie eine runzelige, im Herbst vergessene Frucht wirkte: „Sie war klüger als die anderen im Dorf, immer schon. Immer hat sie alles durcheinander gebracht. Einmal, als sie in die Schule kommen ist, hat sie auf dem Weg zur Schul mit andern Kindern zusammen auf dem Friedhof gespielt und die Blumen auf einem Grab kaputt gemacht. Da hab ich sie geschlagen, ins Gesicht. Da lief sie ins Leichenhaus, in meine Wohnung, hat eine Schüssel geholt und das Blut aus ihrer Nase hineinlaufen lassen. Das Blut in der Schüssel hat sie noch Stunden später, während das Blut an ihrer Nase längst getrocknet war, im Dorf herumgezeigt, damit jeder gewußt hat, daß ich sie geschlagen hab.“

Tische und Stühle im Gasthaus „Gelber Bock“ waren, wie nach einem plötzlichen Aufbruch, verlassen. Einige Stühle waren umgekippt, als wären ihre Benutzer unvermutet aufgestanden, Tische waren aus ihrer Ordnung geschoben, Biergläser waren halb geleert. Wenn wir uns nicht schneller bewegen, schneller als die Dorfbewohner, dachte ich, wird unser Bemühen, ein Portrait von Lisa Salfrank zu recherchieren, in Zigarettenrauch und satten Bierrülpsern untergehen. Als Piek mich bemerkte, stand er mitten im Satz, den er zu den Straßenarbeitern sagte, auf. Die Arbeiter verbargen hinter ihren Händen Bemerkungen, die sie zueinander machten, während sie mich dabei ansahen. Seine Fototasche aufnehmend, ging Piek langsam hinter mir her, in einem Abstand, als wolle er ausdrücken, daß es sowieso sinnlos sei, mit mir hinauszugehen. Im Auto sagte Piek, er habe die Zeit nicht nur mit Trinken und Unterhaltung zugebracht, sondern von Einheimischen, von denen sich zwei eine Zeitlang zu

ihm gesetzt hätten, erfahren, daß sich Lisa Salfrank im Krankenhaus befindet, weil sie vor einigen Tagen bei einer Wirtshausrauferei verletzt worden sei, und zwar von einem Bierglas, das ein Förster quer durch den Raum geworfen habe, um den Wirt zu treffen. Lisa Salfrank sei noch nicht lange Bedienung, sagte Piek, sondern habe früher in der Miederwarenfabrik des Dorfes gearbeitet. „Dort ist sie dann, als viele Frauen dazu übergingen, nichts mehr aus Miederwarenfabriken zu tragen, entlassen worden. Zuvor hatte sie noch vor dem Fabrikator mit einem Plakat gegen die Tatsache protestiert, daß Männer trotz derselben Arbeit höhere Löhne bekommen als Frauen.“

Wir hielten am Hauptplatz an und waren beim Aussteigen überrascht, daß das Dorf mit einer weißen Schneeschicht — weißer Kalk, wie mir vorkam — beworfen war. Piek knöpfte den Mantel vorne auf, öffnete das Hemd und ließ die Flocken auf seine Haut fallen, atmete tief, als wolle er den Tag, der jetzt zu Ende ging, ausatmen. Beim Anblick der zahlreichen Autos vor der Gaststätte „Zum Schwan“ sagte Piek: „Ich hatte schon die ganze Zeit über den Eindruck, daß im Dorf irgendein Ereignis im Gange ist, und hatte fälschlicherweise angenommen, die Aufmerksamkeit gelte uns.“

Der Gastraum wirkte jetzt erweitert. Offenbar waren die Türen zu den Nebenräumen geöffnet worden, sämtliche Tische waren besetzt, nur einer, nahe dem Eingang, nicht. Piek schüttete sein Bier, das eine ältliche, aufgedonnerte Bedienung vor uns abstellte, mit einem Zug in sich hinein. Der Raum war mit grünen Girlanden geschmückt, die zwischen Fenstern und Wand angebracht waren. Ich trank kaum mehr am Bier, lehnte mich zurück, fühlte mich unwohl in meinem Körper, den ich am liebsten gegen einen anderen getauscht hätte. Eine schnell erstarrende Schicht aus Kalk schien sich über die Ereignisse in Loos, über uns, über den ganzen Tag zu legen und ihn ungeschehen zu machen. Ich beobachtete den jungen Wirt, der, anders als am Morgen, sich davor hütete, uns zu bemerken. Unter den vielen Dorfbewohnern in Trachtenanzügen bemerkte ich einen im Rollstuhl und dachte an Lisas Vater. Ich hörte Musik im Hintergrund. Ich saß schwerfällig am Tisch, mein Körper atmete heftig, ich hörte ihn, als könnte ich unbeteiligt zuhören, atmen. Immer war mein Körper schwerfälliger und grobschlächtiger als meine Gedanken. Ich schloß in dem entstandenen Lärm die Augen, schien in mich einzusinken, endlich wegzugleiten aus der Geschichte, fort, als ich ganz nahe eine Stimme hörte, die nach einem Räuspern sprach: „Ich bin hier der Bürgermeister, Seraph Hörmann, ich setz mich halt zu Ihnen, wenn's erlaubt ist.“

Ich blickte in Augen, die mich betrachteten, als schätzten sie den Wert eines Klafters Holz ab. Ebenso wie ich schien der Mann seinem Körper nur langsam in dem zu folgen, was sein Mund ausdrückte. So kamen die Worte aus seinem Mund, ohne daß sein Gesicht sogleich den entsprechenden Ausdruck annahm. Erst hinterher, fand ich, den Bürgermeister betrachtend, als stünde sein Gesicht auf einer Filmleinwand vor mir, nahm sein Gesicht einen zu den Wörtern passenden Ausdruck an. Der Bürgermeister wandte sich um, winkte dem Wirt, der uns jetzt erst zu bemerken schien und freundlich grüßte, während wir zurückgrüßten, bestellte neues Trinken. „Auf das Wohl des Paares“, sagte unvermit-

telt der Bürgermeister, der seinen Gamsbarthut nicht abgenommen hatte. „Ich will Sie nicht an der Nase herumführen, wollte es nie, aber die Braut ist Lisa Salfrank, sie hat heute mit meinem Sohn vor dem Traualtar gestanden.“ Ich blickte in den riesig erweiterten Wirtshaussaal und bemerkte zwischen den Tischen im schwarzen Kleid die Bürgermeisterin mit einem zum Lachen verzerrten Gesicht, wie sie ihr Glas zu uns hinhob.

Das Gesicht des Bürgermeisters verwandelte sich erst nach einer Pause in ein gerührtes, fast weinerliches, das ihm zum letzten Satz zu passen schien. Noch weinerlich wirkend, sagte der Bürgermeister: „Sie wußten ja selbst nicht genau, was Sie hier wollten, schreiben wollten, sonst wären Sie ja weiter gekommen mit ihren Nachforschungen. Braut und Bräutigam sind übrigens bereits in den Süden abgereist, was ihnen bei dem hier herrschenden Wetter niemand übel nehmen kann.“ (Piek hatte nach seiner Fototasche gegriffen.) Seines Sieges sicher fuhr der Bürgermeister fort: „Ich habe heute mit Herrn Schrädinger, Ihrem Verleger, telefonisch gesprochen. Er ist ja, wie Sie sicherlich wissen, hier in der Nähe auf dem Schrädinger-Hof geboren und unterhält noch immer eine Pferdezucht, sucht, sozusagen, auf dem Rücken der Pferde das Glück auf Erden, hä. Sie müssen nichts befürchten, meine Herren, und können heute abend ohne weiteres an der Feier teilnehmen, auch wenn das Brautpaar über alle Berge ist. Ich wünsche Ihnen jedenfalls einen schönen Abend.“ Ich sagte: „Gratuliere vielmals“ und hob erst, nachdem dieser Satz schon Sekunden ausgesprochen war, meine Mundwinkel zu einem Lächeln. Piek prostete ihm mit starrem, plötzlich betrunkenem Blick zu.

Nach einigen Minuten, die ich unbeweglich dasaß, drang plötzlich Piek auf mich ein und schlug mit Fäusten und Knien auf mich los. Doch da er betrunken war, konnte ich ihn abwehren und zur Seite schieben. Er fing bereits wieder eine Unterhaltung mit dem Nachbartisch an, als ich hinausging, um nach München zu telefonieren. Ich beschrieb in der Küche, neben einem Tisch, auf dem Berge von Fleischstücken lagen, kurz die Ereignisse des Tages. Ich solle mich so bald wie möglich bei Schrädinger melden, doch erst, wenn ich morgen aus Landshut zurückgekehrt wäre, wo ein Lehrer heute drei Kinder aus dem Fluß gerettet hätte, erfuhr ich.

Hans Meier Filsers Ende

Wir kannten ungefähr die Stelle, wo das Haus gestanden hatte. Aber die Straße war sehr lang, und alle Häuser waren zerstört. Nach den Bombenangriffen war die Straße kaum zu erkennen, sie war nur noch ein Pfad, der sich zwischen Bergen von Schutt dahinwand. Sehr oft verschluckte ein Bombentrichter den Pfad, und wir balancierten um den Rand des Kraters, bis wir das abgerissene Ende des Weges wiederfanden.

Ich dachte die ganze Zeit an Blindgänger, die sicher noch unter den Trümmern lagen, und die hochgehen konnten, wenn man sich unvorsichtig bewegte. Es war ein heiterer, etwas windiger Frühlingstag und sehr warm, nur der Gedanke an die Blindgänger beunruhigte mich ein wenig.

Wir wollten eigentlich an diesem Morgen schwimmen gehen. Aber wir waren auch in diesen Maitagen 1945 voller Rachsucht, und wir wollten keine Zeit verlieren, um Filser zu finden und zu töten.

Ich war dafür, ihn zu erschlagen wie einen räudigen Hund, oder zu erwürgen. Das schien mir die angemessene Todesart für einen Gestapospitzel.

Berthold war anderer Meinung: „Keine unnötigen Grausamkeiten, wir stellen den Kerl an die nächste Wand und erschießen ihn.“

Berthold besaß eine Pistole, er hatte sie an diesem Morgen bei sich. Wir kannten den Mann nicht, den wir suchten. Wir wußten nur, daß er Filser hieß und daß er Besitzer des bekannten Gartenlokals „Zur Wassermühle“ war. Das Lokal lag in dieser Straße. Wir fanden es auch, und es war, wie alle Häuser, völlig zerstört. Ich war überzeugt, daß wir in dieser Wüstenei niemand finden würden. Wir sollten lieber schwimmen gehen. Ich sagte es Berthold.

„Wahrscheinlich hast du recht. Vielleicht liegt er unter den Trümmern seines Hauses. Vielleicht lebt er bei Bekannten oder Verwandten, wer weiß. Wir sollten doch noch mal im Garten nachsehen, wir können nachher baden gehen.“ Ich schämte mich ein wenig. Wie konnten wir an unser Vergnügen denken, so lange dieser Filser, dieser Halunke, sich vielleicht noch irgendwo frei bewegte? Hoffentlich lagen im Garten keine Blindgänger herum.

Wir bestiegen vorsichtig den Trümmerhaufen der „Wassermühle“. Von oben konnten wir einen Teil des Gartens überblicken. Auch hier sah es wüst aus — Steinbrocken, zerbrochene Fenster, Türen und Gartenstühle durcheinander. Eine Badewanne lag in einem Bombentrichter und halbverkohlte Matratzen, aus denen Sprungfedern herausquollen.

Hinter dem Garten lag das Gelände der Firma ALMEKO, einer Kohlensäurefabrik. Die Hallen waren eingestürzt, und der große Schornstein, früher ein Wahrzeichen dieses Wohnviertels, war von einem Geschoß halbiert.

„Laß uns einmal zur Fabrik hinüberschauen“, sagte Berthold.

Wir arbeiteten uns bis an das Fabrikgelände vor, das durch einen Wassergraben vom Garten getrennt war.

Ich sah den Mann zuerst. Er kam aus einem kleinen Nebengebäude heraus, vielleicht war's ein Magazin oder Geräteschuppen, was weiß ich. Er bemerkte uns

auch sofort. Er blieb mit einem Ruck stehen und sah sich ein paarmal unschlüssig um, als suchte er nach einem Fluchtweg.

Wir sprangen über den schmalen Graben und gingen geradewegs auf ihn zu. Er war so um die sechzig herum, schätzte ich, ein kleiner zerknitterter Kerl, hageres Gesicht und schon ziemlich ergraut.

„Was sucht ihr hier“, sagte er. „Hier ist nichts mehr zu holen. Da braucht ihr gar nicht reinzugehen, da drin ist alles kaputt, alles Werkzeug ist gestohlen.“

„Wofür hältst du uns“, sagte ich. „Wir wollen nichts klauen, wir suchen jemanden“. Ich bemühte mich, ihn mit einem sogenannten durchbohrenden Blick zu fixieren. Es muß mir ziemlich gelungen sein, er wurde nervös. „Hier ist niemand. Hier ist außer mir keine Menschenseele.“

„Wir suchen einen Mann mit Namen Filser, vielleicht kennst du ihn,“ fragte Berthold.

„Nie gehört, was wollt ihr denn von dem?“

Wir hatten gemerkt, wie er bei dem Namen Filser zusammenzuckte. Klar, er log uns an, und wir gingen aufs Ganze. „Wie heißt du“, fuhr ich den Alten an, „war das da hinten deine Kneipe? Bist du Filser?“

„Was wollt ihr von mir“, schrie er plötzlich los. „Was soll diese Fragerei.“

Berthold holte die Pistole aus der Jackentasche.

„Also du bist Filser. Das ist ja großartig, daß wir dich so schnell gefunden haben. Wir haben mit dir zu reden. Belüg uns ja nicht, hörst du. Los, mach dein Maul auf, du weißt doch genau, was wir von dir wollen.“

Die Pistole und unsere entschlossenen Mienen müssen ihm einen ordentlichen Schreck eingejagt haben. Er wurde richtig grün im Gesicht.

„Seid ihr wahnsinnig geworden. Ihr wollt mich umbringen, was habe ich euch getan?“

Ich sagte: „Du hast uns nichts getan, aber wir hätten gerne von dir gehört, wer Frido Koopmann 1943 an die Gestapo verraten hat.“

„Los, erzähle“, schrie Berthold und entsicherte die Pistole. „Du warst ja dabei, als sie ihn aus deiner Bruchbude holten. Du hast doch die Gestapo angerufen, wer denn sonst. Am besten, wir schießen dich hier gleich über den Haufen.“

„Ich war es nicht, ich war es bestimmt nicht. Es waren noch mehr da an dem Abend. Sie spielten Karten, und dann kamen sie rein und nahmen ihn mit. Keiner wußte, warum er verhaftet wurde. Glaubt mir, ich habe nichts damit zu tun.“

Und dann fing der alte Mann doch wahrhaftig an zu weinen. Es war einfach scheußlich.

„Was machen wir mit ihm“, wandte sich Berthold an mich, „es könnte ja sein, daß er es nicht gewesen ist.“

Ich stimmte ihm zu. Mir war sowieso die ganze Zeit über mulmig bei dem Gedanken, einen Menschen umzubringen. Wir hatten keinerlei Übung darin, jemanden zu erschießen oder gar zu erschlagen. Wir waren nur so furchtbar in Rage geraten, als wir die Sache mit Koopmann erfuhren: Daß er damals am späten Abend in der „Wassermühle“ verhaftet worden sei und daß Filser es wohl gewesen sein müsse, der die Gestapo informiert habe: daß in seiner Gaststube ein Mann namens Koopmann sitze und aus einem Flugblatt vorlas, das englische

Flugzeuge abgeworfen hatten. Filser sei übrigens Nazi gewesen und Koopmann das genaue Gegenteil, vor 1933 Kassierer im Arbeitergesangverein, ein Antifaschist also. Und wegen dieses Flugblatts sei er zum Tode verurteilt und im Zuchthaus Brandenburg mit dem Fallbeil hingerichtet worden. Und jetzt sitze die Frau mit drei kleinen Kindern da.

Das alles hatte uns wenige Tage nach Kriegsende die Mutter von Koopmann erzählt, den wir übrigens gar nicht persönlich kannten. Aber was machte das schon. Wir waren so maßlos empört über diese ganze Gemeinheit, daß wir sofort mit der Suche nach Filser begannen. Und jetzt hatten wir ihn gefaßt, und wir trauten uns nicht, ihn zu töten. Wir hätten es an diesem Morgen, zehn Tage nach Ende des Krieges, tun können, wir hätten seine Leiche mit Steinen zu decken können. Es lagen noch so viel Tote unter den Trümmern. Es wäre völlig gefahrlos für uns gewesen. Auf einen mehr oder weniger kam es in diesen Tagen gar nicht an.

„Hör auf mit der Heulerei“, sagte Berthold, „erzähl uns genau, wie das an dem Abend war und wer alles dabei war, und vergiß ja keinen.“

Und dann erzählte Filser. Er nannte sechs oder sieben Namen. Einige kannten wir sogar.

„Leben die alle noch“, fragte ich.

„Soviel ich weiß, leben sie alle noch, aber wo sie jetzt wohnen, weiß ich nicht.“

„Wir werden sie schon finden“, sagte Berthold, und steckte seine Pistole wieder ein.

„Wir werden alles genau prüfen“, fügte er hinzu. „Wir werden es schon noch herausbekommen, und wenn du es warst, dann gnade dir Gott.“

Dann ließen wir ihn stehen und gingen zum Schwimmen. Es war, ich erinnere mich, ein herrlicher Tag, und die sonnenüberglänzten Trümmerhaufen boten einen unerhört malerischen Anblick.

Wir suchten weiter nach dem Denunzianten. Wir suchten alle auf, die an dem Abend in der „Wassermühle“ waren. Einen nach dem anderen nahmen wir uns vor. Aber es kam nichts dabei heraus. Die Monate gingen dahin, der Winter kam. Nur einen hatten wir bisher nicht gefunden, einen Mann namens Meinike, einen kleinen Metallwarenfabrikanten. Wir wären fast zu spät gekommen. Als wir ihn ausfindig gemacht hatten — er hauste in einem Kellerloch in der Neustadt — lag er im Sterben.

„Der Filser war's“, erzählte Meinike. „Ich habe es selbst gehört. Ich war auf der Toilette, und das Telefon war auf dem Gang. Filser sprach mit der Polizei. Ich hörte, wie er den Namen Koopmann nannte. Es gibt überhaupt keinen Zweifel. Eine halbe Stunde später kamen sie rein und verhafteten ihn. Warum er Koopmann angezeigt hat? Ist doch klar, der hatte Schiß, der hatte selbst Angst, daß ihn die Gestapo verhaftet, wenn das rausgekommen wäre, daß da einer in seiner Kneipe aus englischen Flugblättern vorliest, ohne daß er das meldet.“

Als wir wenige Tage danach den Meinike noch einmal aufsuchten, damit er die ganze Geschichte aufschreibt und seinen Namen daruntersetzt, erfuhren wir, daß er im Krankenhaus gestorben war. Das war keine gute Sache. Wir wußten jetzt, wer Koopmann denunziert hatte, aber wir hatten nichts Schriftliches, und

so erreichten wir auch nichts bei den Amerikanern. Sie wollten der Sache nachgehen. Bei dieser Versicherung blieb es.

Natürlich erlahmte mit der Zeit unser Eifer. Filser hatten wir völlig aus den Augen verloren. Er war verschwunden. Aber aufgeben kam nicht in Frage. Und so haben wir doch immer wieder versucht, ihn zu finden, haben herumgefragt und herumgeschnüffelt, ohne Ergebnis, er war und blieb verschwunden.

Es war im November 1946, als wir gleichlautende Schreiben von einem Rechtsanwalt bekamen. Dieser Mann schrieb uns:

„Sehr geehrte Herren! Schon über einen längeren Zeitraum verfolgen Sie meinen Klienten, Herrn Carlo Filser, mit Ihren Nachstellungen. Sie verbreiten dabei grobe Unwahrheiten und unerhörte Verdächtigungen, indem Sie Herrn Filser mit einem Vorfall in Verbindung bringen, der sich im August 1943 in seinem Lokal ereignete und bei dem ein Gast von der Polizei festgenommen wurde. Herr Filser hat mit der Sache nicht das geringste zu tun. Ich fordere Sie hiermit auf, Ihre Belästigungen sofort einzustellen, andernfalls werde ich gerichtlich gegen Sie vorgehen.“

Damit war alles klar, wir hatten nichts mehr zu bestellen, wir hatten nicht mehr die geringste Chance, Filser vor ein Gericht zu bringen. Sein Verbrechen würde für immer ungesühnt bleiben.

„Hätten wir ihn damals doch bloß erschossen“, sagte Berthold, „und unter den Trümmern seines Hauses begraben.“

Und doch haben wir Filser noch gestellt, das war kurz vor dem Weihnachtsfest. An einem frostklaren Dezembertag starb er, mitten auf der belebten Hindenburgallee. Die Sache war so:

Wir sahen ihn plötzlich an der Ecke Tannenbergstraße und Hindenburgallee in der Menge. Er war etwa zwanzig Meter von uns entfernt. Sofort beschleunigte er seinen Schritt, wir immer hinter ihm her. Wir wollten ihm noch mal gründlich unsere Meinung sagen. Jawohl, das war unsere Absicht. Mehr konnten wir ja nicht tun.

Immer wieder drehte er sich nach uns um. Als wir nur noch wenige Schritte hinter ihm waren, muß er wohl die Nerven verloren haben. Er fing plötzlich an zu laufen und rannte dann quer über die Fahrbahn.

Alles andere spielte sich in Sekunden ab. Ein Lastwagen der Kiesbaggerei Roth, bis oben hin beladen, überrollte Filser. Es war kein schöner Anblick, als er da in dem Schneematsch lag. Wir hielten uns auch nicht lange an der Unfallstelle auf. Daß er sofort tot war, erfuhren wir erst am nächsten Tag, als wir im „Kleinen Ratskeller“ ein Bier tranken. Berthold reichte mir das Blatt mit den Traueranzeigen rüber: „Lies mal.“

Ich las, daß der Wirtverein von 1889 erschüttert sei über den tragischen Tod seines langjährigen Schriftführers, Herrn Carlo Filser.

„Hör zu“, sagte ich, „hier steht, daß er ein lauterer Charakter gewesen sei.“

„Wir wissen es besser,“ sagte Berthold.

Natürlich, wir wußten es besser, und ich sage das hier ganz offen, daß uns sein unvermutetes Ende nicht sonderlich zu Herzen gegangen ist.

Zur staatlichen Kulturförderung in der Bundesrepublik

Alle Parteien haben in ihren Programmen stehen, daß die Ausgaben für Kulturpolitik ... gesteigert werden sollen ... Alle Parteien tun das Gegenteil ...¹
(FDP-MdB Jürgen Möllemann)

Warum eigentlich öffentliche Gelder ausgeben für Kultur? Und wenn schon — wieviel dann und wofür? Ausgesprochen oder nicht — solchen Fragen ist ständig ausgesetzt, wer mit Kulturpolitik zu tun hat. Kulturpolitik ist dabei in Abbildung gegenwärtiger Ressortenteilungen verstanden als von Interessen bestimmte Einflußnahme auf Kunst und Künstlerförderung, Kunstvermittlung und Erbepflege, Erwachsenenbildung und schöpferische Selbsttätigkeit mit der Tendenz zur Ausweitung in Richtung auf unterhaltende, kommunikationsfördernde, erholsame und körperlich ausgleichende Freizeitangebote. Finanzielle Förderung hier verlangt Begründung. Führte man bis in die sechziger Jahre hinein das Selbstverständnis als abendländischer Kulturstaat an, rechtfertigte Ausgaben für Kunst und Künstler mit den entstehenden ästhetischen Meisterwerken, verstand Volksbildung weithin als Seelenbildung, Denkmalpflege als Erhalt in sich selber wertvoller Überlieferung, so hat sich die Beweisführung in der letzten Zeit auf kennzeichnende Weise verändert.

Kulturdezernenten und Künstlerverbände, Kulturproduzenten und Parteipolitiker berufen sich auf die gesellschaftliche oder gar gesellschaftsverändernde Wirkung von Kunst, auf Bedürfnisse und Interessen der Bevölkerung; sie wollen die Lage der Künstler und Kultureinrichtungen nicht um der Kunst willen verbessern, sondern um gute Voraussetzungen für die Entfaltung schöpferischer Fähigkeiten und selbstbewußten Handelns in breiten Kreisen zu schaffen. Prominente Künstler und Kritiker starteten eine große Aktion, um sich vom Mann auf der Straße durch Unterschrift bestätigen zu lassen, daß Kunst kein Luxus sei. Ergebnisse von Umfragen des Instituts für Projektstudien werden angeführt: 89 % der Bevölkerung haben — insgesamt sehr reiche und vielfältige — Vorstellungen von einer positiven Bedeutung der Kunst in ihrem Leben.² Unter ihren Partnern, den Künstlern, findet sich ebenfalls eine Mehrheit für ein

¹ In „Kunst machen und von Kunst leben“, Loccumer Protokolle 5/1975, S. 75. — Soweit die in diesem Aufsatz verwendeten statistischen Daten nicht besonders nachgewiesen sind, wurden sie entnommen oder berechnet aus folgenden Quellen: Die öffentlichen Kulturausgaben 1952—1966 nach Willi Albert, Christoph Oehler, Die Kulturausgaben der Länder, des Bundes und der Gemeinden 1950 bis 1967, Weinheim 1972; Statistisches Bundesamt, Fachserie I — Finanzen und Steuern, Reihe 5 — Sonderbeiträge zur Finanzstatistik, Ausgaben der öffentlichen Haushalte für Bildung, Wissenschaft und Kultur 1970, 1971, 1972. Das Statistische Jahrbuch Deutscher Gemeinden, Braunschweig, bringt im zweijährigen Turnus die „Gemeindlichen Kulturausgaben“. Angaben über Theater und Konzerte bringt die jährlich in Köln erscheinende „Theaterstatistik“ des Deutschen Bühnenvereins. Weitere Angaben enthalten das Statistische Jahrbuch Deutscher Gemeinden sowie das Statistische Jahrbuch der BRD, Mainz, in seinem Teil „Kulturelle Einrichtungen“. Die weiteren Angaben über BSP, Bevölkerung usw. wurden ebenfalls diesen beiden statistischen Jahrbüchern entnommen.

² Karla Fohrbeck, Andreas Johannes Wiesand, Der Künstler-Report, München 1975, Tabelle 8, S. 521.
Ebd., Tabelle 10, 11, S. 523, 524.

Selbstverständnis, das nicht allein auf individuelle Selbstverwirklichung und Aufnahme in den Olymp der großen Meister zielt.³ Mehrheiten der Bevölkerung drückten bei einer repräsentativen Befragung aus: daß ein erschwingliches Musiktheater auch durch höhere öffentliche Mittel gesichert werden müsse (46 % gegen 33 % für geringere Förderung); daß in Zeiten finanzieller Schwierigkeiten Sparmaßnahmen nicht zuerst bei der Kulturflege ansetzen dürfen, sondern man das Angebot noch zu erweitern habe (56 % gegen 17 %); daß die Politiker sich mehr um die kulturellen Aufgaben kümmern sollten (53 %).⁴

Aus dem neuen gesellschaftlichen Bezug, in den Kultur und Kunst gesetzt werden, folgen auch neue Maßstäbe für die Bewertung des Ist-Zustandes und für die Prinzipien kulturpolitischer Veränderung. So stellen Künstler, Verbandsvertreter und Wissenschaftler in den Thesen des „Worpssweder Kreises“ fest, „daß die Qualität von Kunst die Summe der Qualitäten darstellt, die ihr im sozialen Prozeß ihrer Herstellung und Rezeption zuwachsen.“ „Es geht vor allem darum, den künstlerischen Ausdrucksmitteln eine Funktion für die Lebensbedürfnisse anderer sozialer Schichten zu geben“.⁵ Unter dem Blickwinkel der angeführten kulturellen Massenbedürfnisse ist das Ergebnis einer Untersuchung gegenwärtiger Kulturpolitik: „Es zeigt sich ein sehr negativer Trend in Richtung eines Kulturabbaus.“⁶

Die Berufung von Kulturproduzenten und Kulturpolitikern auf verbreitetes Interesse an ihrem Gegenstand ist nur eine und letztlich nicht die entscheidende Seite des Wechselverhältnisses mit der Bevölkerung: es wird darauf ankommen, wie weit von dieser Seite Ansprüche angemeldet und Initiativen ergriffen werden. Da läßt sich eine erfreuliche Bilanz kultureller Basisarbeit vor allem in Verbindung mit politischen Organisationen der Werktätigen ziehen. Im gewerkschaftlichen Bereich geht es im allgemeinen nur schwer voran; die Diskussion der Genossenschaft Deutscher Bühnenangehöriger im DGB über ein kulturpolitisches Programm⁷ stellt aber sicher einen weiteren Schritt nach vorn dar.

Die kurz umrissenen Vorstellungen von einer Demokratisierung der Kultur haben ohne Zweifel ihre Probleme und nicht selten illusionäre Züge.⁸ Sie sind aber sicher nicht allein aus der Verlegenheit der Kulturverwalter geboren, neue Rechtfertigung und starke Hilfstruppen für ihr Ressort aufzubieten; in ihnen drückt sich auch der Wandel zu einer neuen Qualität kultureller Bedürfnisse und Ansprüche der arbeitenden Menschen unseres Landes aus. Olaf Schwenke verlangt im Sinn neuer Schwerpunkte und Zielsetzungen, man müsse jetzt endlich „Kultur als Politik betreiben“.⁹ Da frage ich mich: als was wurde sie bisher betrieben von denen, die in unserem Lande die öffentlichen Gelder verwalteten?! Im folgenden sollen einige Seiten der Kulturförderung in der Bundesrepublik untersucht werden, um Gewichtsverteilung, Absichten und Ergebnisse

³ Musiktheater — Schreckgespenst oder öffentliches Bedürfnis? Bevölkerungsumfrage zur Kulturpolitik und zum Musiktheater von Andreas Johannes Wiesand und Dr. Karla Fohrbeck, Bühnengenossenschaft 10/1975, S. 15/16.

⁴ Zitiert nach „Kunst machen ...“, a.a.O. S. 94, 95.

⁵ Andreas Johannes Wiesand, ebenda, S. 34.

⁶ 25 Fragen zu einem Programm gewerkschaftlicher Kulturpolitik, Bühnengenossenschaft 11/1975, Beilage.

⁷ Vgl. dazu Kaspar Maase, Massenkultur und Demokratisierung, *tendenzen* 95, 1974, S. 42—49.

⁸ „Kunst machen ...“, a.a.O. S. 11.

herrschender Kulturpolitik seit den fünfziger Jahren genauer bestimmen zu können.

In den 21 Jahren von 1952 bis 1972 sind die offiziell ausgewiesenen Kulturausgaben (Bildung, Wissenschaft, Kunst, Erwachsenenbildung, Heimatpflege, Kirchliche Angelegenheiten) absolut und relativ gestiegen. 1972 wurden für diese Zwecke von der öffentlichen Hand 42,376 Mrd. DM ausgegeben, ziemlich genau das Zehnfache der Summe von 1952 (4,202 Mrd.). Selbst bei einer Geldentwertung von 50 % — sie ist bei allen folgenden Beträgen zu beachten! — ist das eine Steigerung auf 500 %; sie bedeutet zugleich, daß von 100 DM, die Bund, Länder und Gemeinden ausgaben, 16,90 DM für die Kultur gebucht wurden (1952: 10,40 DM). Der Vergrößerung des Kultanteils am Staatshaushalt entsprach ein Wachstum des Anteils der öffentlichen Kulturausgaben am Brutto-sozialprodukt (BSP) von 3,0 auf 5,1 %.¹⁰ Das heißt, mehr vom gesellschaftlichen Reichtum wird für Kultur investiert.

Sollen diese Zahlen beweisen, daß es keinen Anlaß für Kritik an der materiellen Ausstattung der Kultur in unserem Land gäbe? Das hieße doch wohl sehr viel Augenzudrücken von den Bürgern verlangen. So muß schon vor einer genaueren Aufschlüsselung das bisherige Ergebnis eingeschränkt werden: Kultur ist hier eine Sammelbezeichnung der amtlichen Statistik. Damit ist nicht gesagt, daß alle staatlichen Ausgaben etwa zur Wissenschaftsförderung an Hochschulen und privaten Forschungseinrichtungen humanen und demokratischen Zwecken dienen. Vernichtungsforschung und Unterdrückungstechnologien haben so wenig mit Kultur im Sinne der arbeitenden Menschen zu tun wie Wehr- und Ostkunde in den Schulen. Außerdem werde ich im folgenden die staatlichen Zuschüsse an die Religionsgemeinschaften aus den Kulturausgaben im engeren Sinn (zu denen sie die offizielle Statistik rechnet) ausklammern — soweit eindeutige Angaben dies überhaupt erlauben. Ohne mögliche Kulturfunktionen im Rahmen der Kirchen ganz zu verneinen, scheint mir ihre pauschale Unterstützung durch den Staat keine notwendige und gerechtfertigte Kulturförderung darzustellen.

Herrschende Kulturförderung gewinnt langsam Profil, wenn ich die globalen Zuwächse der untersuchten 21 Jahre näher aufschlüssele.

Bildungs-ausgaben	Hochschul- und Wissenschafts-ausgaben	Ausgaben für Kunst, Erwachsenenbildung, Heimatpflege	Zuwachs in %
1952—1972	721,0	1883,0	747,3
1952—1962	193,6	334,1	325,1
1962—1972	179,6	356,8	99,3

Die Ausgaben für Wissenschaft und Hochschulwesen wuchsen mehr als zweieinhalb mal so schnell wie die für Volksbildung und Kultur (im Sinn der auch im folgenden geltenden Einschränkung auf Kunst, Erwachsenenbildung, Hei-

¹⁰ 1972 vorläufiges Ergebnis für das BSP.

matpflege). 1952 entfielen von 100 DM 73,80 auf Bildung, 17,20 auf Wissenschaft/Hochschulen und 9 auf Kulturförderung; 1972 war das Verhältnis 60,5 : 34,1 : 5,4. Die absoluten Zahlen für 1972 sind: 25,444 Mrd. DM für das Schulwesen, 10,312 Mrd. für Hochschulen und Studenten, 4,017 Mrd. für die Forschung außerhalb der Universitäten, 0,353 Mrd. für die Kirchen und 2,250 Mrd. für „Kulturelle Angelegenheiten.“

Sehen wir einmal ab von den Problemen der Bildungs- und Wissenschaftspolitik im einzelnen, so ist die Steigerung der Ausgaben für Schulen, Universitäten und Forschung nicht verwunderlich und wahrlich nicht als übermäßig zu bewerten. In der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre setzte auch in der BRD die wissenschaftlich-technische Revolution ein: die Wissenschaft wird zur unmittelbaren Produktivkraft, höhere Qualifikation der Arbeitenden und ein weitaus größerer Anteil technisch-wissenschaftlich ausgebildeter Fachkräfte werden zur Voraussetzung für wirtschaftliches Wachstum — damit auch für die Profite des herrschenden Großkapitals und für seine imperialistische Politik. Es ist kein Zufall, daß dabei die Ausgaben für die Volksbildung sehr viel langsamer wuchsen als die für Wissenschaft und Forschung: Höhere Bildung für die Massen sahen die Herrschenden zu Recht stets als Risikofaktor an; noch im Februar 1975 verkündete CDU-Ministerpräsident Filbinger, daß bei uns „zu viele Menschen zu hoch ausgebildet werden.“¹¹

So suchte man in den Konzernzentralen und Unternehmerverbänden Varianten, um technologischen Welthöchststand zu ermöglichen ohne breite Anhebung des Qualifikationsstandes der Produzenten. Der Druck auf die Regierungen gleich welcher Parteikombination, Industriesubventionen und Rüstungsexpansion zuallererst zu sichern, engte die Bandbreite für eine Ausdehnung der Bildungskosten ohnehin ein. So liegt 1972 der Anteil der gesamten Bildungsausgaben mit 4,3 % des BSP deutlich unter dem Stand etwa Norwegens im Jahr 1966 (5 %). Waren 1970 in der BRD 11 % aus den Staatshaushalten für das Bildungswesen bestimmt, so ließen sich Italien und Belgien dies schon 1960 15 % kosten — 1970 liegt der Anteil in Frankreich, Italien und den Benelux-Ländern bereits bei 19 %. In diesem Jahr kamen in der Sowjetunion auf einen Lehrer 15 Grundschüler, in der BRD 37. Selbst an Hochschulabsolventen leistet sich die Bundesrepublik nur die Hälfte von Ländern wie Belgien.¹² Die einmal angestrebten magischen 8 % des BSP für Bildung und Wissenschaft sind in unerreichbarer Ferne geblieben.

So ist aus dem Rückgang des Anteils von Kunst, Erwachsenenbildung und Heimatpflege am gesamten Kulturetat (1952: 6,3 %; 1962: 8,3 %; 1972: 5,3 %) weiß Gott nicht zu folgern, wir hätten zuviel Geld für Schulen, Lehrer und Forschungsstätten investiert: jeder der 25 % Schulabgänger ohne Hauptschulabschluß, jeder arbeitslose Lehrer, jeder BaFöG-Student, jeder Teilnehmer eines 150-Personen-Seminars ist lebende Widerlegung. Die Gründe und Motive für

¹¹ Süddeutsche Zeitung, 22. 2. 1975.

¹² Diese Unterschiede zwischen kapitalistischen Ländern wären genauer zu diskutieren unter Berücksichtigung der besonderen Nachhol- und Expansionsbedürfnisse des deutschen Imperialismus nach dem verlorenen Zweiten Weltkrieg, der relativen Schwäche von Sozialdemokratie und Gewerkschaften, des 1945 übernommenen relativ hohen Qualifikationsniveaus der Arbeiterschaft und des Zufusses aus der DDR bis 1961. Auf jeden Fall widerlegen diese Daten fatalistische Betrachtungsweisen, es könne in einer kapitalistischen BRD nicht besser sein als heute.

das Zurückbleiben der Kulturausgaben im engeren Sinn seit 1962 sind andernorts zu suchen.

Keinesfalls sind sie zu finden in einem vielleicht gesunkenen gesellschaftlichen Bedarf an entsprechenden Angeboten und Einrichtungen. Das belegen die Zahlen über die Nutzung der verschiedenen Institutionen, die in den letzten Jahren steigende Tendenz hatten, ebenso wie Erfolge bei der Gewinnung neuer Publikumskreise dort, wo eingefahrene Wege etwa der Hoftheatertradition verlassen wurden. Empirische Untersuchungen ergeben immer wieder, daß unter den Bedingungen der Bundesrepublik Vielfalt, Intensität und Niveau kultureller Bedürfnisse und Tätigkeiten entscheidend vom Bildungsstand abhängen. So war zu erwarten, daß längere Schulzeiten auch eine stärkere Nachfrage auf den Gebieten der Erwachsenenbildung, der Kunstvermittlung und ästhetischer Umweltgestaltung zur Folge hatten. Ähnliches gilt für die mit der wissenschaftlich-technischen Revolution verbundenen Veränderungen im unmittelbaren Arbeitsprozeß und in der Lebensweise der Werktätigen. Wachsende nervlich-psychische Belastung, höhere Anforderungen an Beweglichkeit und Einsatzbereitschaft der (wenigstens teilweise auch beruflich höher qualifizierten) Arbeitskraft verstärken objektiv die Bedeutung ausgleichender, körperlich-nervlich erholsamer und zugleich geistig anregender Freizeitaktivitäten: Kultur wird immer wichtiger für die erweiterte Wiederherstellung der Arbeitskraft. Von einer Politik, die sich an den Interessen und Bedürfnissen der arbeitenden Menschen orientiert und der es um realen Humanismus geht, also um die vielseitige Ausbildung schöpferischer und genußbringender Fähigkeiten, Bedürfnisse und Beziehungen möglichst vieler Gesellschaftsmitglieder, wären die Konsequenzen aus den objektiven Entwicklungen im Produktionsbereich zu ziehen gewesen: die Ausweitung der Bildungschancen und die Verwissenschaftlichung der Arbeit zu vervollständigen durch eine entsprechende Vergrößerung der öffentlichen Kulturangebote.

Eher war das Gegenteil der Fall. Stieg der Anteil der Kulturausgaben im engeren Sinn an allen öffentlichen Haushalten von 0,66 % im Jahr 1952 auf 1,03 % 1962, so sank er in der Krise 1967 wieder auf 0,79 % und pendelte sich in den siebziger Jahren knapp unter einem Prozent (1972: 0,96 %) ein. Man braucht nicht erst den Hinweis auf das Drittel der Bundesausgaben zu bemühen, die für offene und verdeckte Rüstungsfinanzierung draufgehen — im Vergleich mit der BRD von heute erscheinen selbst Kaiser Wilhelm II. und der Notverordnungskanzler Brüning als vorbildliche Kulturförderer: für Kunst, Erwachsenenbildung und Heimatpflege wurden 1913 1,2 % der öffentlichen Haushalte verwendet, 1925 1,5 % und selbst in der Weltwirtschaftskrise 1932 noch 1,3 %.¹³ Nun hat sich die Zusammensetzung der Staatsbudgets mit der Entwicklung zum staatsmonopolistischen Kapitalismus verändert, ein größerer Teil des Nationalprodukts wird von der öffentlichen Hand umverteilt. Insofern ist ein unmittelbarer Vergleich problematisch und zur Nostalgie kein Anlaß — aber ebenso wenig zur Zufriedenheit.

Nimmt man vereinfachenderweise das Bruttosozialprodukt zum Maß des von

¹³ Wirtschaft und Statistik 11/1964, S. 682.

den Werktägigen der BRD erzeugten gesellschaftlichen Reichtums, so muß man feststellen, daß 1972 relativ weniger davon in öffentlicher Kulturförderung erscheint als 1962: der Anteil der Kulturförderung sank von 3,1 % des BSP auf 2,7 %. Das in einem der reichsten Länder der Erde zu einem Zeitpunkt, da mit wachsender Produktivität der menschlichen Arbeit eine Veränderung in der Struktur der gesellschaftlichen Ausgaben möglich wird, um einen steigenden Teil auf Kultur, auf die soziale Ausbildung vielseitig entwickelter Individuen zu verwenden!

Nun umschreibt der Komplex gesellschaftlicher Einrichtungen und Maßnahmen, den die Statistik als „Kulturelle Angelegenheiten“ ausweist, nur einen begrenzten Ausschnitt aus den Bestimmungsfaktoren produktiver Persönlichkeitsentfaltung. Sie ist vor allem nicht denkbar ohne die Bereiche von Bildung und Ausbildung, ohne die Freisetzung der schöpferischen Betätigungs möglichkeiten in der sozial nützlichen Arbeit. Gerade daher ist jede wie immer geartete Entgegenseitung von Ausgaben für Volksbildung und Kultur im engeren Sinn äußerst falsch, schädlich und nur im Interesse derer, die den Lohnabhängigen beides verweigern möchten.

Während Bildung und Ausbildung als öffentliche Aufgaben in der BRD immer weiter hinter den Bedürfnissen der Werktätigen zurückbleiben, durchdringt die Massenkultur, vornehmlich produziert von privaten Konzernen, den Alltag aller Bürger, Radio, Fernsehen, Platten und Kassetten, Zeitungen, Zeitschriften, Romanhefte, Comics, Bücher erreichen heute praktisch jeden. Selbst ein schrumpfender Zweig wie das kommerzielle Kino (1960: 3033 Gemeinden mit 6950 Filmtheatern und 596 Millionen Besuchern — 1973: 1507 Gemeinden mit 3107 Kinos und 144 Millionen Besuchern)¹⁴ erreicht noch ein ebenso großes Publikum wie der gesamte öffentlich geförderte Bereich. Da kann man nicht stehenbleiben bei der Selbstverständlichkeit öffentlicher Kulturförderung, die doch jedem Nicht-Banausen klar sein müßte — es gilt, ihre soziale Funktion für heute und die Zukunft näher zu bestimmen und von daher auch die Etat-Forderungen zu begründen.

Gehen wir die Bereiche im einzelnen durch. Den ersten Stein des Anstoßes stellt oftmals die Tatsache dar, daß der größte Einzelposten der öffentlichen Kulturausgaben, 1972 39,9 %, an das Theater ging — also an Schauspiel, Oper, Operette, Musical, Ballett und Theaterorchester. Die Bundesrepublik hat (über mehrere Stationen) aus dem deutschen Duodezfürstenunwesen ein so weitverzweigtes und hochdifferenziertes Theaterwesen geerbt, wie es kaum ein anderes Land der Welt besitzt. Damit besteht ein Feld für Entdeckung, Förderung und Betätigung künstlerischer Talente der verschiedensten Sparten, das die Massenmedien, vor allem die kommerziellen, niemals darstellen können — was sie nicht hindert, unentgeltlich vom öffentlichen Förderungssystem zu profitieren. Entscheidend ist aber sicher, daß in der Spielzeit 1973/74 17,34 Millionen Besuche der öffentlichen Bühnen und 4,47 Millionen in den privaten, meist eben-

¹⁴ Neben der Durchsetzung des Fernsehens und der Vorherrschaft monopolistischen Schunds im Angebot hat sicher auch die Wegerationalisierung des „Kinos um die Ecke“ (oder lieblicher: Pantoffelkino) zu gunsten von profitabler Kinocentren in den Städten seinen Teil zum Publikumsschwund beigetragen; hier also ebenfalls kein unaufhebbarer Trend, sondern auch imperialistischer Kulturbau.

falls subventionierten Theatern gezählt wurden. Das waren weniger als in der Spitzensaison 1964/65 (20,35 und 5,09 Millionen in den Theatern, 3,1 Millionen Gastspielbesuche), doch etwas mehr als im Jahr zuvor.

Theaterbesuche sind nicht Theaterbesucher. Gängig ist das Vorurteil, nur eine kleine bürgerliche Schicht bilde überhaupt das Theaterpublikum, treibe dort Selbstbespiegelung und Repräsentation. Kaum weniger häufig zu hören ist die Folgerung, diese Einrichtungen geringer zu subventionieren — „Sollen doch die Bürger höhere Eintrittspreise zahlen!“ Seit dem Sommer liegt nun eine empirische Untersuchung des Instituts für Projektstudien zum Publikum des Musiktheaters vor. Wenn auch manches dafür spricht, daß die erfreulichen Ergebnisse etwas zu hoch liegen, so bleibt doch genug, um überkommene Vorstellungen zu erschüttern. Nach dieser Umfrage besuchten allein in der Spielzeit 1974/75 21 % der Bevölkerung ab 16 Jahren mindestens eine Veranstaltung des Musiktheaters. Interessant ist aber vor allem die soziale und bildungsmäßige Zusammensetzung dieses Publikums: 17 % kamen aus Familien, deren Haushaltsvorstand qualifizierter Arbeiter ist, 8 % aus sonstigen Arbeiterhaushalten. 34 % gehören zu Familien qualifizierter, 22 % zu Familien einfacher Beamter und Angestellter. Mit 30 % war der Arbeiteranteil übrigens bei den Ballettbesuchern am höchsten. 54 % des Musiktheaterpublikums hatten die Volksschule besucht, 30 % die Mittelschule, 16 % waren Abiturienten.¹⁵

Angesichts dieser Daten kann man nur von einem extrem elitären Standpunkt aus für höhere Eintrittspreise als Ergebnis gekürzter Zuschüsse eintreten: bei einem bedeutenden Teil des jetzigen und gerade für die zu gewinnenden Schichten des Publikums spielen Kosten für einen Theaterabend durchaus eine Rolle. Ohnehin hat in den letzten Jahren der finanzielle Hebel einiges aus unserem Theatersystem herausgebrochen. Die Subventionen stiegen zwar absolut auf 1083 Millionen DM, der Anteil der Theater- und Musikförderung an den gesamten Kulturausgaben sank jedoch von 47,1 % 1962¹⁶ auf 42 % 1972. Bei insgesamt ausreichender Dotierung wäre gegen eine solche Gewichtsverschiebung sicher wenig einzuwenden. Faktisch jedoch sank die Zahl der Orte mit öffentlich getragenen Theatern von 79 in der Saison 1969/70 auf 75 in 1973/74, die Zahl der Plätze fiel mit 122 579 unter den Stand von 1965/66. Die Vergrößerung der Anzahl von Bühnen durch neue Sparten wie Werkraum- oder Kinder- und Jugendtheater hebt nicht auf, daß hier kulturelles Potential und kulturelle Versorgung abgebaut wird. Allein 1975 wurde das Landestheater Niedersachsen-Mitte in Verden geschlossen, legte man die Bühnen in Flensburg, Rendsburg und Schleswig zusammen, ließ der Westberliner Senat das private Forum-Theater verhungern, wurde die Schließung der rheinland-pfälzischen Landesbühne in Neuwied, die gerade die kleinen theaterlosen Gemeinden bedient, mit Ende der Spielzeit 1975/76 angekündigt. Die Zahl von 38 Theaterorchestern ist die gleiche wie in der Saison 1961/62, eines weniger als in den Jahren 1971-1973. In der Spielzeit 1973/74 gab es zwei öffentlich betriebene Kulturorchester mehr als 1961/62: 43; über die Auswirkungen der Rotstiftpolitik der beiden

¹⁵ Musiktheater . . ., a.a.O., S. 13.

letzten Jahre — man denke nur an die Streichungen bei den Hamburger Symphonikern — liegt noch keine Statistik vor.

Die Kulturorchester (man verzeihe mir die Verwendung dieses amtlichen Terminus) zählten 1973/74 1.357 Millionen Zuhörer, die Theaterorchester 411 000. Das Angebot an öffentlichen Konzerten mit E-Musik ist insgesamt jedoch noch weit größer. Die letzte mir bekannte Statistik aus der Spielzeit 1967/68 führt aus 253 Gemeinden der BRD — also durchaus unvollständig, z. B. fehlt Hamburg — 12 319 Orchester, Kammer-, Chor-, Solisten- und Kirchenkonzerte mit 6,141 Millionen Besuchern an.¹⁷ Gerade unter dem Gesichtspunkt der räumlichen Erreichbarkeit von Kulturangeboten ist es eine traurige Tendenz, wenn es nach Angaben des Statistischen Jahrbuchs Deutscher Gemeinden 1953 45 Gemeinden mit öffentlich finanzierten Kulturorchestern gab, 1963/64 noch 39 und 1971/72 36 Gemeinden.¹⁸

Das Publikum des öffentlich subventionierten Theater- und Musikbetriebes zählt nach vielen Millionen, es reicht deutlich in die Lohnabhängigen hinein und wäre, da dort Interesse vorhanden ist, bei entsprechender Spielplangestaltung, Ansprache und Erleichterung des Zugangs auch in diesen Kreisen noch kräftig zu erweitern. Dabei kommt dem Kinder- und Jugendtheater für die Gewinnung des Publikums der nächsten Generation besondere Bedeutung zu. Aber selbst wenn die Theater heute nur von Unternehmern und Managern, Künstlern, Beamten, Ärzten und Rechtsanwälten frequentiert würden — damit wäre ihre Bedeutung als ein Kernbereich der kulturellen Substanz unseres Landes, relativ entfernt von direktem Einfluß der Konzerne und relativ offen für fortschrittliche Perspektiven, um keinen Deut geschmälert. Theater- und Musikbetrieb brauchen gegen ihre Austrocknung außer guten Ideen zur Gewinnung neuer Anhänger auch mehr als bisher vom warmen Regen der öffentlichen Zuschüsse — keinesfalls jedoch zu Lasten anderer Kultursparten.

Den zweiten großen Brocken neben dem Theater macht mit 31 % die „Sonstige Kunst- und Kulturpflege“ aus. Darunter fallen die allgemeinen Verwaltungsausgaben im Kulturbereich, Förderung des Schrifttums und Filmwesens, Erhaltung des kulturellen Heimaterbes der Vertriebenen, Betreuung der heimatlosen Ausländer, Förderung der christlich-jüdischen Zusammenarbeit, kommunale Ausgaben für Kunst- und Kulturpflege sowie für kirchliche Angelegenheiten. Einige Posten erwecken den Eindruck, daß dabei für die Entwicklung und Befriedigung humanistischer Kulturbedürfnisse der Bundesbürger kaum etwas herausspringt. Eine genauere Aufschlüsselung ist nur auf der Ebene der Gemeindeetats möglich, sie wird später erfolgen. Den dritten größeren Titel stellen in den amtlichen Angaben die Zuwendungen für kirchliche Angelegenheiten mit 13,6 % (353,4 Mio.).

Den Museen, Sammlungen, Kunstausstellungen, zoologischen und botanischen Gärten sowie zur Förderung der Bildenden Kunst stellten die öffentlichen Kassen 1972 3,6 % ihrer Kulturausgaben (94,1 Mio.) zur Verfügung. Nach einer

¹⁶ Wirtschaft und Statistik, a.a.O.

¹⁷ Statistisches Jahrbuch Deutscher Gemeinden 1972, Braunschweig, S. 254/55.

¹⁸ Ausgabe 1954, S. 238; 1964, S. 232; 1973, S. 129. Hinzu kommen allerdings noch die Sinfonieorchester der Rundfunkanstalten.

Untersuchung der Städte- und Gemeindeverbände gab es 1971 in unserem Land 1299 Museen, davon 871 kulturhistorische und Heimatmuseen, 153 Kunstmuseen und 275 sonstige wie etwa das technische Deutsche Museum in München. Die 522 von der Gemeindestatistik erfaßten Sammlungen meldeten für 1972 17,4 Millionen Besucher, davon 21,7 % Schüler, die mit ihren Klassen durch das Museum gingen. Für 1974 werden rund 18 Millionen Besucher gemeldet.¹⁹ Die soziale Zusammensetzung hängt sicher wesentlich vom Sammlungsgebiet ab; sie entspricht in einem Spielkartenmuseum, dem Deutschen Museum oder auf der Burg Eltz zweifellos der Bevölkerungsstruktur eher als im Folkwangmuseum. Dessen Besucher waren im Winter 1970/71 zu 34,2 % noch in der Ausbildung (v. a. Schüler und Studenten), 2,8 % Arbeiter, 34,2 % Angestellte, 17,0 % Beamte und 11,8 % Selbständige. Von denen mit abgeschlossener Ausbildung hatten 71,4 % einen höheren Schulabschluß als die Mittlere Reife.²⁰ Bei relativ geringer öffentlicher Förderung erreicht das Museumssystem der Bundesrepublik also ebenfalls ein Millionenpublikum; viele Sammlungen bemühen sich um Breitenarbeit, Heranziehung von Kindern und Jugendlichen. Angesichts der Tatsache, daß die Ankaufsets in den letzten Jahren vielfach auf Null sanken und statt Sammlungspolitik die Gunst von Mäzenen entscheidet, kann auch hier nicht von übermäßiger Förderung gesprochen werden.

3,2 % der Kulturmittel wurden 1972 für die Denkmalpflege ausgegeben: 83,8 Millionen DM. Das reicht vorn und hinten nicht, um bedrohte Kulturdenkmale, Ensembles und Stadtteile zu sichern oder gar zu sanieren. Dennoch ist es mehr als die 79,9 Mio. (3,1 %), die für Volkshochschulen und sonstige Erwachsenenbildung zur Verfügung standen. 1974 wurden 3,327 Mio. Teilnehmer an Kursen und Arbeitsgemeinschaften gezählt (27,7 % mehr als 1972!) und 3,947 Mio. Teilnehmer an Einzelveranstaltungen (+ 5,4 %). Der Nachfrageboom hielt auch 1975 unvermindert an. 29 Volkshochschulen meldeten für das Herbstsemester eine Zunahme der Belegungen um 13 %; 23 teilten mit, daß trotz vorliegender Einschreibungen 847 Kurse nicht stattfinden konnten aus Mangel an Geld, Räumen oder Dozenten. Zur gleichen Zeit gab der hessische Kultusminister bekannt, die Förderungsmittel seines Landes müßten ab 1976 eingefroren werden.²¹ Stieg von 1970 auf 1972 die Zahl der Kursteilnehmer um 57,8 %, so die Zuschußsumme um 55,3 %. Zieht man davon die Inflationsrate mit 10,7 % ab, so ist eine unleugbare Verschlechterung der Finanz- und Arbeitssituation der Volkshochschulen festzustellen. Es mehren sich auch die Nachrichten von Kürzungen im Angebot und Erhöhung der Teilnehmergebühren. Das Angebot der Volkshochschulen ist inhaltlich sehr weit gespannt. Für eine genauere Bestimmung von Entwicklung und Funktion dieser Einrichtungen müssen daher noch die einzelnen Stoffgebiete betrachtet werden. Die Untersuchung einer größeren Anzahl von VHS-Arbeitsplänen zwischen 1948 und 1970 ergab folgendes Bild:²² 32,6 % der Kursabende 1970 dienten dem Fremdspra-

¹⁹ Frankfurter Allgemeine Zeitung, 3. 3. 1975.

²⁰ Joachim Scharloth, Kulturinstitutionen und ihre Besucher, Diss. Bochum 1974, Tabelle 20, S. 79, Tabelle 19, S. 78.

²¹ Frankfurter Allgemeine Zeitung, 10. 11. 1975.

²² Deutscher Volkshochschulverband — Pädagogische Arbeitsstelle, Die Arbeitspläne der Volkshochschulen — Längsschnittanalyse 1948 — 1970, Arbeitspapier, Frankfurt/M. o. J.

chenstudium. Gerade in den letzten Jahren nahm die Beteiligung hier sehr zu. Im Vordergrund stehen Englisch und Französisch, so daß man als Motive den Erwerb beruflicher Qualifikation, den Wunsch, Kindern beim schulischen Lernen zu helfen, touristische Gründe und die Wirkung sozialer Normen, die Fremdsprachenkenntnis verlangen, vermuten kann.

11,5 % der Kursabende entfallen auf Fragen der kaufmännischen Berufspraxis. Absolut gab es hier in den letzten Jahren noch einen Zuwachs, relativ nimmt die Bedeutung jedoch ab. 10 % der Kursabende dienen dem Malen und Werken, Singen und Musizieren, Sprechen und Laienspiel sowie Freizeitaktivitäten (Foto, Film, Schach). Der Anteil am Gesamtangebot ist seit langem rückläufig; am stärksten im Laientheater, weniger im Musikalischen, konstant blieb das Interesse an Malen und Werken.

Den stärksten Zuwachs während der letzten Jahrzehnte hatte das Angebot für Gesundheit und Körperpflege (1958—1970 mehr als verdreifacht), dem 9,4 % der Abende gelten. Sport, Gymnastik und autogenes Training sollen steigende körperliche und nervliche Belastung kompensieren, Kosmetik- und Erste-Hilfe-Kurse nützen im Alltag, letztere werden außerdem für den Führerscheinerwerb verlangt. 6,9 % der Abende dienen bei sehr stark steigender Tendenz vor allem dem Erlernen der deutschen Sprache durch Ausländer, aber auch dem Thema „Deutsch für Deutsche“.

Beim leicht unterdurchschnittlichen Wachstum des Interessengebiets „Gesellschaft und Politik“ (5,5 %) schlägt vor allem der relative Rückgang der Themen Recht und Allgemeine politische Bildung zu Buch. Geschichte und Zeitgeschichte, aktuelle Politik, vor allem Soziologie sowie Fragen von Wirtschaft und Betrieb dehnten sich kräftig aus. 5,4 % der Abende behandeln hauswirtschaftliche Themen, bei durchschnittlichem Wachstum in den letzten Jahren. Hier lassen sich vor allem Hausfrauen über richtige Ernährung, Textilgestaltung, Gartenpflege und Wohnungseinrichtung beraten.

4,7 % des Programms nehmen Kurse für Rechnen und Mathematik ein, bei in den letzten Jahren steigender Tendenz. Mit 4,1 % folgen die Gebiete Naturwissenschaft und Technologie, ebenfalls deutlich zunehmend. Der Anstieg wird in erster Linie getragen von Lehrangeboten für Meß-, Steuer- und Regeltechnik sowie EDV; stark vertreten sind hier Kurse zur Vorbereitung auf die Meisterprüfung. 3,4 % der Abende stehen im Zusammenhang des Zweiten Bildungswegs zum Erwerb formeller Schulabschlüsse. Nach großem Aufschwung in den sechziger Jahren ist das Wachstum jetzt eher unterdurchschnittlich.

3,2 % macht der Themenbereich „Menschenkunde“ aus. Philosophie und Religion spielen keine größere Rolle; der leicht überdurchschnittliche Zuwachs der letzten Jahre wird vor allem vom wachsenden Interesse für Gesundheitsfragen, Pädagogik und Psychologie getragen. Dann erst folgt mit 2,5 % und geringem absolutem Wachstum der Bereich Kunst und Literatur. Am Schluß stehen mit insgesamt 0,8 % die Gebiete Heimat-, Länder- und Naturkunde.

Versucht man, die Funktionen der Volkshochschule grob zu bestimmen, so steht im Vordergrund mit 50 % bis knapp zwei Dritteln der Erwerb beruflicher Qualifikationen — unmittelbar oder, wie in Teilen der Bereiche Fremdsprachen und Deutsch, mittelbar. Von den Sprachen her sind die Übergänge

fließend zu den Funktionen „Lebenspraktische Hilfe im Alltag“ (ca. 15—20 %) und „Weltanschauliche, soziale und politische Orientierung für den Alltag“ (ca. 10 %). Kunst und Laientätigkeit machen 12,5 % aus.

Sicher schlagen sich in verschiedenen Gebieten noch Motivationen der Aneignung einer — objektiv ziemlich praxisfernen — Allgemeinbildung herkömmlichen Zuschnitts nieder. Mit dem traditionellen idealistischen Kulturverständnis hat das gegenwärtige VHS-Angebot dennoch nur mehr recht wenig zu tun; eine andere Sache ist, daß heute zum Beispiel Gruppenpsychologie und Yoga die gleiche Funktion haben können, durch idealistische Bildungskonzeptionen weltanschaulich vom Engagement für entscheidende soziale Fragen wegzuführen wie früher die Versenkung in Gotik und Goethe.

Infolge der Semester- oder Trimestereinteilung der VHS-Arbeit sowie wegen der Mehrfachbelegungen ist die genaue Zahl der Personen, die die Volkshochschulen nutzen, nicht anzugeben. Als Untergrenze für ein Jahr kann man jedoch zwei bis zweieinhalb Millionen Besucher schätzen. Eine Untersuchung 1958 stellte fest, daß 14 % der Bürger im entsprechenden Alter schon einmal an einer VHS-Veranstaltung teilgenommen hatten, darunter 9 % der Befragten mit Volksschulabschluß und 33 % derer mit mittlerer Schulbildung, 36 % der Angestellten, 34 % der Beamten, 12 % der Facharbeiter, 5 % der übrigen Arbeiter und 10 % der Hausfrauen.²³ Der soziale Einzugsbereich der Erwachsenenbildung erstreckt sich also offensichtlich weiter als der von Theater, Konzert, Kunstmuseen.

Ähnliches trifft zu für den gleichgelagerten Bereich der öffentlichen Büchereien. 1972 erhielt er mit 57,5 Millionen 2,2 % der Kulturzuschüsse. Das ist noch nicht einmal eine Mark pro Kopf der Bevölkerung — lächerlich wenig im Vergleich etwa mit den skandinavischen Ländern, z. B. Dänemark, wo pro Einwohner ca. 15 DM für diese Zwecke zur Verfügung stehen.²⁴ Im Jahr 1971 liehen die öffentlichen Bibliotheken 96,5 Millionen Bücher und andere Informationsträger aus.²⁵ Eine unvollständige Statistik aus dem Jahr 1968 nennt bei 35,5 Millionen Ausleihungen 1,384 Millionen aktive Ausleihen.²⁶ Danach kann man für heute über 2 Millionen aktive Bibliotheksbenutzer annehmen — hinzu kommen noch die nicht erfaßten Mitleser in Familie und Bekanntschaft. Untersuchungen in einigen großstädtischen Bibliotheken lassen für die Entleiher ab 15 Jahren folgende Zusammensetzung annehmen: in der Ausbildung zwischen 40 und 60 %, Hausfrauen und Rentner zwischen 15 und 30 %; von den Berufstätigen 8—20 % Arbeiter, 50—70 % mittlere Angestellte und Beamte, 13—25 % leitende Angestellte und Beamte. Der Anteil der Volksschüler liegt zwischen 30 und 45 %.²⁷

2,1 % der öffentlichen Kulturausgaben fließen in den Bereich der Musikpflege als Zuschüsse an selbständige Orchester und Chöre, an Gesangvereine, Musik-

²³ Willy Strzelewicz, Hans-Dietrich Raapke, Wolfgang Schulenberg, Bildung und gesellschaftliches Bewußtsein, Stuttgart 1966, S. 177.

²⁴ Süddeutsche Zeitung, 5. 6. 1975.

²⁵ Nach Karla Fohrbeck, Andreas Johannes Wiesand, Bibliotheken und Bibliothekstantieme, Pullach 1974, S. 46.

²⁶ Statistisches Jahrbuch der BRD 1970, S. 88.

²⁷ Nach Alois Klotzbücher, Zur Soziologie des Bibliotheksbenutzers, Börsenblatt für den Deutschen Buchhandel 77/1973, Tabellen 2, 3, 5, S. 1505, 1506.

hallen und Musikschulen. Die Zahlen für die Konzertbesucher habe ich schon angeführt. Die Analyse der kommunalen Infrastruktur führt für 1971 558 Musikschulen auf;²⁸ 425 im Verband deutscher Musikschulen vertretene hatten 1974 fast 350 000 Schüler²⁹ und damit eine außerordentliche Bedeutung für die musikalische Laientätigkeit vor allem von Kindern und Jugendlichen. Auf der Warteliste standen 85 000.³⁰ Insgesamt steht 146 000 Bundesbürgern eine Schule zur Verfügung, während es in Ungarn, Schweden und Österreich zwischen 23 000 und 34 000 sind. Besteht in Belgien und Jugoslawien beispielsweise Schulgeldfreiheit, so tragen bei uns die Eltern 50 % der Kosten.³¹

Geht man nicht von Konzert und Oper (einschließlich der dort gültigen Bekleidungsnormen für Besucher) aus, so muß man feststellen, daß der musikalische Kulturbereich wahrscheinlich der mit dem größten Publikum und dem meisten Zeitaufwand ist (Radio, Schallplatten und Kassetten, Fernsehen) und daß heute noch aktive musikalische Betätigung wie Spielen eines Instruments und Singen zu den relativ verbreitetsten kulturellen Aktivitäten in der Bevölkerung gehören. So hatte allein der Deutsche Sängerbund Mitte 1974 in seinen 17 447 Chören 351 586 Männer und 88 188 Frauen als aktive Mitglieder — und es gibt viele Gesangvereine und Singegruppen außerhalb. Während bei den Männern von 1972 bis 1974 eine Abnahme von 1,5 % zu verzeichnen ist, stieg die Zahl der Frauen um 11,8 %.

Nur noch ein schneller Blick auf die Situation bei den Freizeiteinrichtungen für Jugendliche und alte Menschen. 1971 gab es in der Bundesrepublik und Westberlin insgesamt 2305 Altentagesstätten³² — im Schnitt eine für etwa 5160 Bürger ab 60 Jahren. 1973 bestanden 15 264 Jugendverbands- und gruppenheime, die fast ausschließlich für Mitglieder da sind. Offene Freizeit- und Bildungsstätten für Jugendliche waren 3321 — eine für etwa 2400 Jugendliche von 12 bis 20. Trotz der viel höheren Ausgangsbasis nahmen die Verbandsheime von 1963 bis 1973 um 69,2 % zu, die offenen nur um 30,7 %.³³ — Ausdruck der vor allem von Unionsseite gehegten Ideologie, der in der Freizeit organisierte Jugendliche sei doch bei weitem der bessere Jugendliche. Seit 1970 wurden die Wachstumsunterschiede zwar kleiner, aber mit einem Plus von 19,6 % lagen die Gruppenheime immer noch vor den offenen mit 16,2 %. Kommunale Finanznot und politisches Mißtrauen gegen die dort betriebene pädagogische Arbeit führen dazu, daß ein Teil der gezählten offenen Freizeitstätten ganz oder teilweise geschlossen ist oder unter äußerst eingeschränkten Bedingungen dahinsiecht. Daß die Behauptung, der gegenwärtige Zustand entspreche den Freizeitbedürfnissen der großen Mehrheit der Jugendlichen in keiner Weise, nicht Nörgelei um jeden Preis ist, beweisen die mehr als 1200 Initiativen für Jugendfreizeitheime, die sich 1975 für ihre Forderung öffentlich einsetzten.

Weit mehr als die Hälfte der angeführten Kulturausgaben tragen die Gemeinden — ihr Anteil stieg von 1966 bis 1972. Von seinen 2,6 % förderte der Bund

²⁸ Deutscher Städtetag u. a. (Hg.), Infrastruktureinrichtungen, Köln 1973.

²⁹ Frankfurter Allgemeine Zeitung, 10. 5. 1975.

³⁰ Frankfurter Allgemeine Zeitung, 2. 5. 1975.

³¹ Frankfurter Allgemeine Zeitung, 10. 5. 1975.

³² Infrastruktureinrichtungen, a.a.O. S. 185.

³³ Zahlen für 1963 nach Wirtschaft und Statistik 11/1964, S. 681; für 1970 bis 1973 nach Statistisches Jahrbuch der BRD 1975, S. 391.

neben Orchestern und dem Naturschutz vor allem den Film und zentrale Einrichtungen wie die Stiftung Preußischer Kulturbesitz, das Germanische Museum, das Bundesarchiv usw. Aus dem 36,8 % Anteil der Länder fließen ca. ein Drittel der Theaterzuschüsse sowie jeweils der Großteil der anderen bisher genannten Posten. Der Gemeindebeitrag (60,6 %) bringt den Rest der Theaterfinanzierung sowie fast die gesamte „Sonstige Kunst- und Kulturflege“ auf — damit im wesentlichen auch die Künstlerförderung. Die Gemeinden sind also nicht allein der Ort, wo Kultur für die Menschen konkret wird, in ihr Leben eingeht (oder nicht) — sie verteilen auch den größten Teil der entsprechenden Finanzmittel. Daher sollen die gemeindlichen Kulturausgaben noch etwas genauer durchleuchtet werden. Die folgenden Angaben betreffen allerdings nur die größeren Orte und Städte, die sich überhaupt nennenswerte Kultureinrichtungen und -ausgaben leisten können. 1972 waren das 415 Kommunen mit insgesamt 32,3 Millionen Bürgern, also mit etwa 52 % gerade die „bessere Hälfte“ der BRD-Bewohner.

Die Orte ab 20 000 Einwohner meldeten einen Anstieg der Zuschüsse zur Kulturflege von 12,36 DM pro Kopf im Jahr 1954 auf 73,66 DM 1972. Den größten Beitrag zur Wachstumsrate (827,7 %) macht auch hier der Posten Wissenschaftsfinanzierung aus (Hochschulen, wissenschaftliche Einrichtungen usw.). Für diese Zwecke waren von den 3,316 Mrd. gemeindlicher Kulturausgaben im Jahr 1972 1,254 Mrd. bestimmt. Rechnet man die Wissenschaftszuschüsse von den genannten Kulturmitteln ab,⁸⁴ so geht die Entwicklung von 7,89 DM 1954 über 17,52 DM 1962 auf 34,65 DM 1972 (je Einwohner). Die folgende Tabelle setzt den Zuwachs dieser Kulturzuschüsse zu dem des Bruttosozialprodukts in Beziehung.

Zunahme der Kulturzuschüsse Zunahme des BSP
je Einwohner gegenüber dem letzten genannten Jahr
in %

1954	—	—
1962	122,1	94,6
1966	26,4	30,1
1970	37,3	36,3
1972	12,3	19,7
1954—1972	339,2	315,7
1962—1972	97,8	113,6

Wenn über den langen Zeitraum die Kulturförderung ein wenig stärker anstieg als die gesellschaftliche Leistung, so allein wegen ihrer relativ besseren Ausstattung bei allerdings enormem Nachholbedarf in den fünfziger Jahren; für das letzte Jahrzehnt, vor allem seit 1970, bleiben die Kulturzuschüsse klar hinter dem Bruttosozialprodukt zurück.

Im Lauf dieser Entwicklung wuchsen die schon bestehenden Unterschiede der Kultursorgung zwischen großen städtischen und kleinen ländlichen Gemein-

⁸⁴ Unter der Voraussetzung, daß auch 1972 wie 1970 und 1966 die gesamten Wissenschaftsausgaben Zuschüsse waren.

den weiter schnell an. Gaben die Millionenstädte 1972 pro Einwohner 346 DM aus, so die Städte von 500 000 bis 1 Mio. 111 DM, die Orte von 200 000 aufwärts 74 DM, die zwischen ein- und zweihunderttausend 59 DM, die Kommunen über 50 000 brachten 34 DM auf und die kleinste erfaßte Kategorie ab zwanzigtausend 17 DM. Wie schon erwähnt: die Hälfte der Bürger unseres Landes lebt in noch kleineren Gemeinden! Sicher ist eine gewisse Mitversorgung des Umlands durch die Großstädte sinnvoll — aber wirklich in den Alltag einbezogen werden kulturelle Angebote erst in dem Maß, wie sie ohne großen Weg- und Zeitaufwand zugänglich sind.

1972 schlüsselten sich die gemeindlichen Kulturzuschüsse (ohne Wissenschaft) auf wie folgt: für Volkshochschulen je Einwohner 1,78, für Büchereien 5,75; für Theater und Theaterorchester 16,87 DM, für Musikpflege 3,28; für Heimatpflege und Kirchen 5,19 DM; die Kunstpflage bekam 1,85 DM pro Einwohner. 46,3 % davon gingen an die Bildende Kunst (Galerien, Kunstvereine, Künstlerbünde, Ankäufe für kommunale Bauten, Preise, Ausbildungsbeihilfen u. ä.). Aus dem Rest werden unter anderem die Literaturförderung und Aktivitäten wie Straßenkunst und kommunale Kinos finanziert.

Während die Mittel für die Bildende Kunst seit 1962 zunächst sanken und 1972 den Ausgangspunkt erst um 9,5 % überstiegen, wuchsen die sonstigen Kunstu- schüsse um 207,6 %. Das drückt eine stärkere Vielfalt der gemeindlichen Kun- stförderung aus, bei klarer Verschlechterung der Bildenden Kunst und innerhalb eines völlig ungenügenden Gesamtrahmens. Mit 277,6 % blieb der Zuwachs der Kunstpflage — innerhalb derer die Künstlerförderung sich abspielt — deutlich hinter der Entwicklung der gesamten gemeindlichen Kulturausgaben zurück. 39,1 % mehr von 1962—1972 bedeuten reale Stagnation angesichts der Erhö- hung der Lebenshaltungskosten um 37,9 %. 61,7 Millionen DM im Jahr 1972 sind keine Summe, auf die ein Kulturstaat stolz sein könnte — und der Künstlerreport zeigt auch die Folgen in der materiellen und sozialen Misere der Künstler, ebenso wie bekanntgewordene Berichte über ältere Schriftsteller.

Versuchen wir zu einem Gesamtbild der staatlichen Kulturförderung zu kom- men — von der hier allein untersuchten materiellen Seite her. Im Vordergrund steht das Bildungs-, Wissenschafts- und Forschungssystem, für das im Verlauf der Jahre seit 1952 absolut und auch relativ mehr öffentliche Gelder ausgegeben wurden. Wahrscheinlich ist es keine unerlaubte Vereinfachung zu sagen: Die Bereitschaft zu überproportionaler Steigerung staatlicher Zuschüsse ist dort am größten, wo die Wirkung der Mittel zur privaten Profitmaximierung der Kon- zerne unmittelbar ist — in der Förderung der außeruniversitären Forschung und bestimmter Wissenschaftszweige. Der vorgenommene Ausbau des Schul- und Hochschulwesens hat den Stand ärmerer Nationen nicht erreicht, keine gleichen Bildungschancen für alle Bevölkerungsgruppen gebracht und schon von dieser materiellen Seite her nicht die versprochene Demokratisierung des Bildungswesens geschaffen. Die aber ist unerlässliche Voraussetzung einer De- mokratisierung anderer Kulturbereiche, einer größeren Vielfalt und Produk- tivität der Beziehungen der arbeitenden Menschen zu ihrer natürlichen und sozialen Umwelt, ihrer Fähigkeiten, Bedürfnisse und Genüsse (schon unter kapitalistischen Bedingungen).

Geht man davon aus, daß die Erhöhung der formalen Bildung und beruflichen Qualifikation, anknüpfend an materielle Interessen breiter Kreise für einen besseren Verkauf ihrer Arbeitskraft und mehr Sicherheit gegen Verlust des Arbeitsplatzes, ein Hauptweg kulturellen Fortschritts ist, dann ist besonders die absolut und relativ kümmerliche Ausstattung der Erwachsenenbildung und des öffentlichen Büchereiwesens erschreckend. Sie haben von den außerschulischen Kultureinrichtungen (abgesehen vom Freizeitangebot) den breitesten sozialen Wirkungsbereich und auch die vielfältigste Palette des Angebots. Gerade unter Berufung auf diese Eigenschaften wurde von nicht wenigen kulturpolitischen Stimmen in den letzten Jahren gefordert, mit der Schaffung einer neuen, gesellschaftsrelevanten Kultur durch Ausbau solcher Bereiche zu beginnen — ohne Scheu, dann auch in den etablierten Kultursparten einmal zu kürzen. Noch heute argumentiert leicht demagogisch Olaf Schwenke: „80 % der Bevölkerung in der BRD spricht sich indirekt gegen die öffentliche Kultur aus, wie sie in den etablierten Häusern unserer Städte geboten wird. Nur eine kleine — schwankend, nicht mehr als 4 bis 8 % — Bevölkerungsschicht, bestimmte bürgerliche, hochbürgerliche Gruppen, identifiziert sich durch Teilnahme mit dem etablierten Kulturangebot ausreichend (Oper, Theater, Orchester, Museen). Der andere Teil (mehr als 90 % der Bürger) möchten — soweit er ‚Kunst‘ überhaupt will — eine andere ‚Kunst‘ bzw. will eine qualitative ‚kulturelle‘ Partizipation.“³⁵

Die Behauptung des sozialdemokratischen Kulturpolitikers, 80 % der Bevölkerung sprächen sich gegen das öffentliche Kulturangebot aus, ist ungefähr so beweiskräftig und demokratisch wie die, 70 % sprächen sich gegen eine höhere Bildung aus, indem sie Realschulen und Gymnasien nicht benutzten. Spätestens seit der „Opernstudie“ ist die Behauptung vom elitären Charakter der etablierten Kultur nicht aufrechtzuerhalten. Straßenkunst, urbane Kommunikationsnischen, Mitspielangebote haben sicher ihr Gutes — aber ihr Beitrag zu einer bewußten, interessenbezogenen und anhaltenden „Partizipation“ der arbeitenden Menschen steht doch nicht in alternativer Konkurrenz zu Bemühungen aus etablierten Bereichen wie Theater, Literatur, Film, Malerei und Grafik, realistische Kunst an ihr Publikum zu bringen. Es hat dem gemeinsamen Interesse, eine wirksame Front gegen Kulturdemontage zu schaffen, nicht genutzt, daß unter Berufung auf sozialkulturelle Innovation Theater, Orchester und Museen Einbußen erlitten — ohne daß auf der anderen Seite bei Kindergärten, Volkshochschulen, Kommunikationszentren oder Kulturläden ein bedeutender Aufschwung erreicht worden wäre.

Erfreuliches Engagement gerät hier leicht in eine falsche Frontstellung. Polemik gegen angeblich etablierte Repräsentationskultur ist gegenwärtig vor allem Wasser auf die Mühlen der Technokraten; für sie geht es in erster Linie um höhere Qualifikation der Arbeitskräfte und um soziale Befriedung durch sozialhygienische Maßnahmen („Kultur ist, was Spaß macht, Aggressionen abbaut, die Atmosphäre verbessert, die Leute zufrieden macht und positive Einstellung zu Arbeit und Staat schafft“). Isolierte Verteidigung der ererbten Kulturein-

richtungen steht plötzlich in der Nachbarschaft reaktionärer Kräfte. Wenn die Bundesländer Bayern und Baden-Württemberg den höchsten Anteil der gesamten Kulturmittel für kulturelle Angelegenheiten im engeren Sinn ausgeben (von den untypischen Stadtstaaten abgesehen), so vor allem wegen ihrer großen Förderung der Repräsentationskultur. Und allein das neue Sudetendeutsche Zentrum ist der bayerischen Staatsregierung 22 Mio. wert. Volkshochschulen und Bibliotheken — vom Schulwesen ganz zu schweigen — geht es hier keinesfalls besser als in den meisten sozialdemokratisch regierten Ländern. Bei CDU/CSU-Regierungen herrscht noch das idealistische, massenfeindliche Kulturkonzept — und so sehen viele von ihnen subventionierte Spielpläne, Ausstellungen, Akademietage denn auch aus. Das kann also ebenfalls keine Alternative gegen Kulturbau sein.

Geht man vom Stand anfangs der sechziger Jahre aus, so scheint die Situation für die ästhetisch wirkenden Kulturbereiche am meisten verschlechtert. Musik und Musikerziehung, Theater, Literatur, Bildende Kunst haben relative, meist sogar absolute Einbußen zu verzeichnen. Das trifft nicht nur Angebot und Publikum als Schrumpfung. Von 1950 bis 1970 sank die Zahl der künstlerisch Befruchteten in der Bundesrepublik (Literatur ausgeklammert) um 18,4 %.³⁶ Durch eine solche Politik wird mittelfristig die reale künstlerische Potenz unseres Landes verringert. Es fällt schwer, in dieser Tendenz öffentlicher Kulturförderung Unachtsamkeit oder Zufall zu sehen, denkt man an bewußt ausgelöste gleichgerichtete Maßnahmen im Bildungsbereich: Reduzierung musischer Fächer (Musik, Werken) und der Beschäftigung mit Kunst (Deutsch, visuelle Kommunikation) in den reformierten Lehrplänen der Schulen. Wie immer solche Schritte im einzelnen begründet werden, Ergebnis ist in Perspektive die Ausschaltung der Schule als eines Ortes, an dem die junge Generation ästhetische Genuss- und Kritikfähigkeit erwirbt und in der Beschäftigung mit Kunst humanistische Glücks- und Sinnansprüche für ihr Leben in dieser Gesellschaft stärkt, bereichert, emotional verankert. Damit wird den Absichten derer entsprochen, die von ihrer Profit- und Herrschaftsperspektive her wie eh und je auf dem Standpunkt stehen, „daß der Arbeiter seinen ganzen Lebenstag durch nichts ist außer Arbeitskraft, daß daher alle seine disponibile Zeit von Natur und Rechts wegen Arbeitszeit ist, also der Selbstverwertung des Kapitals angehört. Zeit zu menschlicher Bildung, zu geistiger Entwicklung, zur Erfüllung sozialer Funktionen, zu geselligem Verkehr, zum freien Spiel der physischen und geistigen Lebendkräfte ... — reiner Firlefanz!“³⁷

Mögen da und dort auch gut gemeinte Absichten hinter den Einzelentscheidungen stehen, die zu den untersuchten Entwicklungslinien der Kulturförderung führen — letztlich passen sie sich ein in die staatsmonopolistische Politik, deren Schwerpunkte bestimmt sind von Profitmaximierung, Ausbau der Unterdrückungsapparate (Polizei, Bundeskriminalamt, Verfassungsschutz hatten in den letzten Jahren Zuwachsraten bis zu 50 %!) und imperialistischer Planung eines Kurses ökonomischer und militärischer Stärke. Daran hat sich unter der SPD/FDP-Regierung nichts geändert: Konzernsubventionen und Investitions-

³⁵ „Kultur machen . . .“, a.a.O. S. 4.

³⁶ Fohrbeck, Wiesand, Der Künstlerbericht, a.a.O. S. 20.

³⁷ Karl Marx, Das Kapital Band 1, MEW Bd. 23, S. 280.

zulagen, Rüstungswachstum und Freiheit für Spekulationsgewinne, Wirtschaftskriminalität und Steuerflucht fressen die Gelder, die einer Verbesserung der Lebensbedingungen der Werktägigen — auch der untersuchten Kulturangebote — zugute kommen müßten. Der Anlauf, die Bildung an die Spitze der Reformen zu setzen, blieb bald stecken, wo er klare Maßnahmen gegen großkapitalistische Übermacht erforderte; der Krisenzyklus tat ein übriges dazu, daß unter diesen Bedingungen das von Willy Brandt angekündigte „Wagnis“ „Mehr Demokratie“ auch in der Kultur nicht zu finanzieren war (Mitbestimmung kostet zwar kein Geld, aber ...).

So stehen einem unzureichenden Mehraufwand im Bildungswesen Einbußen und Stagnation der anderen untersuchten Bereiche der Kulturförderung gegenüber. Technokraten und Rotstiftpolitiker sorgen dafür, daß von staatlicher Seite nicht mehr als angesichts öffentlicher Forderungen unvermeidlich getan wird zur kulturellen Bedürfniserweiterung und Emanzipation der arbeitenden Menschen. Das ginge denn doch zu weit, wenn aus den Massensteuern auch noch Beiträge zur Stärkung und Bildung der Arbeiterklasse für ihren Kampf gegen das Großkapital finanziert würden!

Grund also für die, denen Kultur am Herzen liegt, sich in die vergleichsweise goldenen fünfziger Jahre zurückzuwünschen oder auf ihre Wiederkehr nach der Bundestagswahl 1976 hinzuarbeiten? Die Gleichschaltung des Bayerischen Rundfunks, die 69 gestrichenen Personalstellen am Badischen und am Württembergischen Staatstheater, die Kulturkürzungen im bayerischen Staatshaushalt oder das Verbot, Kroetz' „Oberösterreich“ in Passau mehr als nur einmal aufzuführen, sind Visitenkarten, die aus der Ecke der Kohl, Strauß, Dregger und Stoltenberg nur Schlimmes erwarten lassen, von der CDU-offiziellen Erklärung des unbedingten Primats der Militärausgaben vor allen übrigen Staatsaufgaben gar nicht zu reden.

Kulturabbau hierzulande hat eben doch etwas mit den gesetzmäßigen Tendenzen kapitalistischer Gesellschaftsentwicklung zu tun. Ein entscheidender Hebel ist die Austrocknung der Gemeindefinanzen als Ergebnis finanzpolitischer Zentralisierung, mit der kommunale Demokratie minimiert und die monopolfreundliche Umverteilung durch Bonn gesichert wird. Im Ergebnis verfügen die Kommunen heute nur über 11 % des gesamten Steueraufkommens. Schon 1973 mußten 30 % davon wieder verwendet werden, um Zinsen und Tilgung aufgenommener Kredite (1968–73 pro Kopf um 80 % mehr auf 1108 DM) zu zahlen. Und die Verschuldung steigt weiter. Die letzte Steuerreform brachte den Kommunen Mindereinnahmen von 2,5 Milliarden, und nach der Erhöhung der Mehrwertsteuer 1977 werden sie noch schlechter dastehen. Während CDU/CSU und FDP das Heilmittel in der Privatisierung von Verkehr, Energiebetrieben, Müllabfuhr, Schlachthöfen usw., also in noch höheren Marktpreisen für die Bürger sehen, legte die SPD auf dem letzten Parteitag die Forderung ihrer eigenen Kommunalpolitischen Konferenz, den Gemeinden statt 14 endlich 18 % von der Lohn- und Einkommensteuer zu geben, still in den Papierkorb. Ergebnis sind dann Empfehlungen wie die des Städ tetages Nordrhein-Westfalen an seine Mitglieder, doch folgende Sparmaßnahmen zu erwägen: „Überprüfung“ der Anschaffungsetats und Eintrittspreise in Museen und Theatern,

„Reduzierung der Zahl der Neuinszenierungen“, keine Ausweitung der Mittel für Konzerte und Musikschulen, höhere Mindestteilnehmerzahlen für die Kurse und niedrigere Honorare für die Dozenten der Volkshochschulen, Einschränkungen der Anschaffungsetats der Bibliotheken, weniger Zuschüsse an Sportvereine.³⁸ 1964 wurde in den Hamburger Museen das Eintrittsgeld abgeschafft — mit Beginn des Jahres 1976 kommt es wieder. Das ist also die Perspektive der Kulturpolitik unterm Diktat des Rotstifts, den Konzern-Lobbies, Militärpolitiker und dem Kapital verpflichtete Ministerialbürokraten außerhalb ihrer Belange so energisch ansetzen.

In einer offiziösen Darstellung der Kulturförderung in der BRD für die Unesco wird 1974 unter Bezug auf die grundgesetzlich verbürgte Entfaltung der Persönlichkeit jedes Bürgers die zufriedene Bilanz gezogen, „daß das Angebot selbst inzwischen in recht weitgehender Weise vorhanden ist und, wo nicht, doch in absehbarer Frist erstellbar ist, soweit ein Erfordernis besteht.“³⁹ Denkt man daran, daß wir im — gemessen an der Pro-Kopf-Produktion — zweitreichsten Land der Welt leben, dann steht es schlecht um die kulturelle Situation (Angebot, Bedürfnisweckung und Bedürfnisbefriedigung) der Bevölkerung; und die Tendenz geht abwärts. Zwanzig Jahre Verwaltung der kapitalistischen BRD durch die Union legten ein festes Fundament dafür; sozialliberale Politik in Bonn und anderwärts hat — bei nicht wenigen fortschrittlichen Bemühungen vor Ort — die politisch-ökonomischen Gesetze nicht durchbrochen, aus deren Analyse Marx den Schluß zog, diese Gesellschaft sei kunstfeindlich, und die Möglichkeiten der Arbeitenden, den von ihnen geschaffenen Reichtum als Kultur sich anzueignen, würden relativ kleiner statt größer.

³⁸ Nach „Unsere Zeit“, 18. 12. 1975.

³⁹ Deutsche Unesco-Kommission, Kulturförderung und Kulturschutz in der Bundesrepublik Deutschland, Pullach 1974, S. 85.

Georg Herde
Deutsche Nationalstiftung

Im Dienst der Konservierung des Revanchismus

Am 18. Januar 1973 kündigte der damalige Bundeskanzler Willy Brandt in seiner Regierungserklärung vor dem Bundestag die Gründung einer „Deutschen Nationalstiftung“ an. Er erläuterte: „Ansätze dazu böte die ‚Stiftung Preußischer Kulturbesitz‘¹), an der neben dem Bund Bundesländer beteiligt sind. In einer Nationalstiftung könnte auch das lebendige Erbe ostdeutscher Kultur eine Heimat finden.“

Der Sprecher der CDU/CSU-Opposition, Dr. Richard von Weizsäcker, bejahte während der Aussprache zur Regierungserklärung Brandts Ankündigung

¹ Die „Stiftung Preußischer Kulturbesitz“ wurde am 25. 7. 1957 durch Bundesgesetz gegründet. Sie gibt sich als Eigentümerin zahlreicher Kulturgüter aus, die durch die Kriegsergebnisse von ihrem ursprünglichen Standort auf dem Territorium der DDR nach Westberlin und Westdeutschland gebracht wurden. Diese Kulturgüter werden seit Jahren von der DDR unter Berufung auf die Haager Konvention zum Schutz von Kulturgut bei bewaffneten Konflikten vom 14. 5. 1954 zurückfordert.

und erklärte u. a.: „Die Deutsche Nationalstiftung kann nach innen und außen, nach Ost und West Impulse geben.“

Impulse gab die Ankündigung vor allem den revanchistischen Organisationen der BRD, deren erklärtes Ziel nach wie vor die Revision der bestehenden, von der Bundesrepublik in den Ostverträgen und der Schlußakte der KSZE in Helsinki als unantastbar anerkannten Grenzen ist. Direkt angesprochen fühlten sich die mit den Landsmannschaften eng verbundenen kulturellen Einrichtungen und Organisationen, die sich als „Kinder und Wahrer des Erbes ostdeutscher Kultur“ ausgeben. Die Funktion der „ost- und sudetendeutschen Kulturwerke und Stiftungen“ war und ist, die „Heimatpolitik“ der Landsmannschaften zu unterstützen, durch Hinweise auf die „deutschen Kulturleistungen in Ost- und Südosteuropa“ die „Berechtigung territorialer Ansprüche“ zu begründen. Die Funktionäre der „ost- und sudetendeutschen Kulturwerke, Stiftungen“ u. a. m. erhoffen, mit Hilfe der „Deutschen Nationalstiftung“ eine sichere materielle Basis und ideellen Rückenwind für die Fortsetzung ihrer Tätigkeit zu erhalten.

Schon kurz nach der Ankündigung Brandts gab der damalige Bundesinnenminister Genscher, dessen Ministerium die Federführung für das Projekt „Deutsche Nationalstiftung“ übertragen wurde, Erläuterungen und Erklärungen ab, die die Hoffnungen der revanchistischen Kulturfunktionäre durchaus rechtfertigten. Vor dem Innenausschuß des Bundestages entwickelte Genscher am 14. 2. 1973 lt. Pressemitteilung des „Bundes der Mitteldeutschen“ die Vorstellungen der Regierung über eine künftige Nationalstiftung u. a. wie folgt: „Zeitgemäße Kulturpflege sei fester Bestandteil der Gesellschaftspolitik der Bundesregierung. Besinnung auf diese Aufgabe und Engagement des Bundes zur Erhaltung und Mehrung unseres nationalen kulturellen Erbes wären überdies sinnvolle Mittel zur Wahrung der geschichtlichen Kontinuität unserer Nation. Dazu gehöre auch die Erhaltung und Pflege des ostdeutschen Kulturgutes, die außerdem hilfreich beim Brückenschlag zu unseren östlichen Nachbarn sein könnten.“ Am 21. 2. 1973 ergänzte Genscher in der Sitzung des Innenausschusses des Bundestages: „Ostdeutsches Kulturgut soll eine wesentliche Säule dieser Nationalstiftung sein. Natürlich müssen hier öffentliche Mittel bereitgestellt werden. Darüber hinaus soll auch versucht werden, private Initiativen in viel stärkerem Maß zu mobilisieren, als das in der Vergangenheit der Fall war.“ Und in einem Interview im Westdeutschen Rundfunk am 6. 4. 1974 lud Bundesminister Genscher neben der „Stiftung Preußischer Kulturbesitz“ auch die schon bestehenden Einrichtungen wie die „Stiftungen, Kulturwerke der Vertriebenen und Flüchtlinge zur Mitwirkung an der Deutschen Nationalstiftung“ ein, „ohne daß diese ihren bisherigen Standort etwa aufgeben müßten.“

Der „Bund der Vertriebenen/Vereinigte Landsmannschaften“ (BdV) und der „Bund der Mitteldeutschen“ (BMD) setzten schon im Frühjahr 1973 „Ständige Arbeitsgruppen Deutsche Nationalstiftung“ ein.

Der Ausschuß für Vertriebenen- und Flüchtlingsfragen beim Parteivorstand der SPD bildete einen „Arbeitskreis Deutsche Nationalstiftung“. Zum Leiter der Arbeitsgruppe der CDU/CSU-Fraktion „Deutsche Nationalstiftung“

wurde der ehemalige SS-Obersturmführer und jetzige Funktionär des „Bundes der Vertriebenen“, Freiherr von Fircks (MdB/CDU), bestimmt.

Im Bundesinnenministerium wurde für das Projekt „Deutsche Nationalstiftung“ die Abteilung „Vertriebene und Kultur“, also der ins Innenministerium eingegliederte Restbestand des ehemaligen Bundesministeriums für Vertriebene, verantwortlich. Diese Abteilung des Bundesinnenministeriums ist vor allem für die Förderung der landsmannschaftlichen Organisationen und Einrichtungen gem. § 96 des Bundesvertriebenengesetzes (BVFG) aus dem Jahre 1953 zuständig, wonach „Bund und Länder ... das Kulturgut der Vertreibungsgebiete in dem Bewußtsein der Vertriebenen und Flüchtlinge, des gesamten deutschen Volkes und des Auslandes zu erhalten“ haben. Ein enger Konsens zwischen der für das Projekt „Deutsche Nationalstiftung“ verantwortlichen Abteilung und den von dieser Abteilung betreuten Vertriebenenorganisationen und deren „Arbeitsgruppen Deutsche Nationalstiftung“ war also von vornherein gesichert.

Aus den Reihen der revanchistischen Organisationen wurde auch bald der Vorschlag unterbreitet, Westberlin — und zwar konkret das ehemalige Reichstagsgebäude — zum Sitz der geplanten Stiftung zu machen. Der damalige Bundesinnenminister Genscher unterstützte dieses Verlangen und sprach sich in einem Interview im Süddeutschen Rundfunk am 11. 3. 1973 für Westberlin als Standort der „Deutschen Nationalstiftung“ aus.

Der damalige Präsident des „Bundes der Mitteldeutschen“ und Leiter der Außenstelle des Bundesministeriums für innerdeutsche Beziehungen in Westberlin, Hermann Kreutzer (SPD), schrieb am 1. 6. 1973 in der vom „Ostdeutschen Kulturrat“ herausgegebenen „Kulturpolitischen Korrespondenz“: „Insgesamt gesehen ist die Nationalstiftung der großartige Versuch ... dem Zusammenhalt der Nation eine feste Substanz zu geben. Von daher gesehen, dürfte es eine Selbstverständlichkeit sein, daß das Zentrum der Nationalstiftung in Berlin liegen muß.“

Laut SPD-Pressedienst vom 28. 8. 1973 stimmte der damalige Bundeskanzler Brandt während eines Gespräches mit dem Präsidium des „Bundes der Mitteldeutschen“ dem Vorschlag des BMD, Westberlin als Standort der geplanten „Deutschen Nationalstiftung“ zu wählen, zu.

Im April 1974 legte das Bundesinnenministerium einen internen Gesetzentwurf vor, der vor allem mit den Ländern und am Rande auch mit Gemeinden und Künstlerverbänden beraten wurde.

In diesem vertraulichen Entwurf ist kein Hinweis auf den ursprünglich geplanten Standort Westberlin enthalten. Die Kritik daran aus den Reihen der mit der CDU/CSU verbundenen revanchistischen Kreise und der Springerpresse wies der Leiter der CDU/CSU-Arbeitsgruppe „Deutsche Nationalstiftung“, Freiherr von Fircks, in einem in der Welt vom 19. 6. 1974 veröffentlichten Leserbrief zurück. Er schrieb: „Diese Zurückhaltung entspringt nach meinen Informationen der Absicht, die Bestimmung des Sitzes der Stiftung dem Stiftungsrat zu überlassen, nachdem die Stiftung durch Gesetz errichtet ist. Ein solches Vorgehen würde ausschließen, daß die Sowjetunion Einwände geltend

machen und an die Bundesregierung richten kann, falls der Stiftungsrat die Stiftung in Berlin errichtet.“

Ende Januar 1975 teilte Bundesinnenminister Maihofer in einer Sendung des Zweiten Deutschen Fernsehens mit, daß die Bundesregierung zur Verwirklichung einer „Deutschen Nationalstiftung“ im Haushaltplan 1976 zunächst 25 Millionen DM zur Verfügung stellen werde, die „die Inangriffnahme vorrangig wichtiger Aufgaben ermöglichen sollen“. Die „vieldiskutierte Standortfrage“ werde sich, so meinte Maihofer, „von selbst lösen, sobald die Sachfragen im einzelnen geklärt sind“.

Der Kultusminister von Nordrhein/Westfalen, Girgensohn (SPD), erklärte zu den Äußerungen Maihofers, für die „Deutsche Nationalstiftung“ werde es Aufgaben geben, „die der Kulturhoheit der Länder nicht entgegenlaufen, beispielsweise die Pflege ostdeutschen Schrifttums“. Und weiter: Die Kultusminister der Länder seien in der Frage der „Deutschen Nationalstiftung“ an einer engen Zusammenarbeit mit dem Bund interessiert, weil sie glaubten, „daß die Deutsche Nationalstiftung sehr wohl bündesrepublikanische Aufgaben erfüllen kann, für die wir in den einzelnen Ländern nicht genügend Mittel haben.“

Anfang Juni 1975 beantwortete die Bundesregierung eine Anfrage des Freiherrn von Fircks und anderer CDU/CSU-Abgeordneten, die im Namen ihrer Fraktion Auskunft „über den Stand der Planung für die Errichtung der Deutschen Nationalstiftung“ verlangten. Der Kritik, daß die vorgesehenen 25 Mill. DM, die 1976 im Haushalt eingesetzt würden, zu gering seien, begegnete die Bundesregierung mit der Erklärung: es handle sich um zusätzliche Förderungsmittel, und die Bundesregierung erhoffe die Mobilisierung privater Stifter. Weiter wurde mitgeteilt, daß die Stiftung nur Einrichtungen und Leistungen fördern solle, die „besonders bedeutsam“ sind und „in denen der kulturelle Rang der Nation zum Ausdruck kommt“. Und weiter: Die deutsche Kultur solle in „ihrer Gesamtheit“ gewahrt und dargestellt werden; „dazu gehört untrennbar, daß die Stiftung der Bedeutung der ostdeutschen Kulturleistungen angemessen Rechnung trägt“. Verfassungsrechtliche Bedenken wegen der Zuständigkeit der Länder (Kulturhoheit) wies die Bundesregierung mit dem Hinweis zurück, der Bund trage „Verantwortung für die Wahrung des kulturellen Ranges der Nation“.

Mit Genugtuung registrierten der „Bund der Vertriebenen“ und vor allem jene landsmannschaftlichen Einrichtungen, die sich mit „ostdeutscher Kulturarbeit“ befassen, die Antwort der Bundesregierung.

Am 11./12. September 1975 beriet die Konferenz der Kultusminister der Länder in Westberlin über die Errichtung einer „Deutschen Nationalstiftung“. Über Inhalt und Ergebnis der Beratung gab es keine öffentliche Erklärung. Am 16. September 1975 tagte im ehemaligen Reichstagsgebäude in Westberlin die CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Dort forderte der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende, Carstens, die „Errichtung der Deutschen Nationalstiftung in Berlin“ als „ein wichtiges Mittel zur Unterstützung der Position der Stadt“.

Von dem Projekt „Deutsche Nationalstiftung“, das nach dem Willen der Bundesregierung im Laufe des Jahres 1976 verwirklicht werden soll, erwarten einige Verbände der Kulturschaffenden und ihre Mitglieder — das geht aus ent-

sprechenden Äußerungen hervor — eine Besserung ihrer bedrängten Lage. Die bisher bekanntgewordenen Absichten über die Zweckbestimmung der „Deutschen Nationalstiftung“ — erkennbar im Gesetzentwurf und in Erklärungen führender Politiker aller Bundestagsparteien — lassen nicht darauf schließen, daß demokratisch gesinnten Kulturschaffenden ein Vorteil aus diesem Projekt erwächst.

Vieles weist indessen darauf hin, daß mit der „Deutschen Nationalstiftung“ ein perfektes, gesetzlich abgesichertes Instrument zur staatsmonopolistischen Reglementierung von Kunst und Kultur geschaffen werden soll. Mit der „Deutschen Nationalstiftung“ ist offensichtlich beabsichtigt, den revanchistischen Alleinvertrittungsanspruch auf dem Felde der Kulturpolitik weiter zu demonstrieren. Der Begriff „Einheit der Nation“ soll mit dieser Einrichtung und ihrer Tätigkeit unterstrichen und damit auf kulturpolitischem Sektor eine Position verstärkt werden, die weder mit der Entwicklung einer progressiven Kultur in der Bundesrepublik noch mit einer Normalisierung und Erweiterung der kulturellen Beziehungen zur DDR und anderen sozialistischen Nachbarländern vereinbar ist. Die „ost- und mitteldeutschen kulturpolitischen Organisationen und Einrichtungen“, die von der Zeit des Kalten Krieges an bis heute revanchistische Ansprüche auf Territorien in Ost- und Südosteuropa unterstützen und begründen halfen, sollen durch die „Deutsche Nationalstiftung“ besondere Förderung erhalten, und zwar Förderung zusätzlich zu den Fördermaßnahmen des Bundes, der Länder und Kommunen gem. § 96 BVFG.

„Sudetendeutsche“, „Pommersche“, „Schlesische“ und andere „Stiftungen“ als Unterbau der „Deutschen Nationalstiftung“

Geht man von den Ankündigungen der Bundesregierung aus, daß die „Deutsche Nationalstiftung“ die „Kontinuität unserer Nation bewahren“ und „ostdeutsches Kulturgut eine Säule dieser Nationalstiftung“ sein soll, dann muß angenommen werden, daß die in den vergangenen Jahren von den revanchistischen Landsmannschaften mit Hilfe der Regierungen ihrer Patenländer gegründeten Stiftungen den Unterbau der geplanten „Deutschen Nationalstiftung“ bilden. Die „Sudetendeutsche Stiftung“ z. B. wurde im Jahre 1970 gegründet auf Grund eines Gesetzes des Patenlandes für die „Sudetendeutsche Landsmannschaft“, Bayern. Bei der Überreichung des Gesetzestextes an die führenden Funktionäre der Landsmannschaft in der Bayerischen Staatskanzlei erklärte Ministerpräsident Goppel (CSU): „Die Sudetendeutsche Stiftung soll den vielfältigen Formen des Selbstbehauptungswillens der Sudetendeutschen ... eine materielle Grundlage bieten.“ Während des Bundestreffens der „Sudetendeutschen Landsmannschaft“, des „Sudetendenzen Tages 1972“ in Stuttgart, erklärte der „Patenschaftsminister“, der bayerische Staatsminister für Arbeit und Sozialordnung, Dr. Fritz Pirkl (CSU): „Hauptzweck der Sudetendenzen Stiftung ist, die Sudetendeutsche Landsmannschaft als umfassende Volksgruppenorganisation mit ihren sämtlichen Gliederungen, Einrichtungen, Organisationen und Vereinigungen zu fördern und somit deren heimatpolitischen und kulturpolitischen Zielen zu dienen.“

Das „heimatpolitische Ziel“ der „Sudetendeutschen Landsmannschaft“ ist entsprechend der gültigen Satzung, „den Rechtsanspruch auf die Heimat, deren Wiedergewinnung ... durchzusetzen“ — d. h. den Anspruch auf Gebiete der ČSSR zu realisieren. Die „Sudetendeutsche Stiftung“ ist diesem Vorhaben verpflichtet. Ähnlichen Aufgaben dienen die von den Landsmannschaften ins Leben gerufenen „Stiftungen Pommern, Schlesien, Oberschlesien, Ost- und Westpreußen“ usw.

Mit den Stiftungen ist die „ostdeutsche Kulturpolitik“ landsmannschaftlicher Organisationen und Einrichtungen insgesamt der revanchistischen Zielsetzung untergeordnet. Das bestätigte z. B. Landgerichtsrat Dieter Radau, der Stellvertreter des Sprechers der „Pommerschen Landsmannschaft“, Dr. Philipp von Bismarck (MdB/CDU), in der „Pommerschen Zeitung“ vom 3. 5. 1975. Unter der Überschrift „Kulturpolitik der Landsmannschaften — Gesamtdeutsche Aufgabe“ schrieb Radau: „Unsere Pommersche Landsmannschaft hat Grundlagen und Ziele der Kulturpolitik, des kulturpolitischen Auftrages, umschrieben in ihrer Satzung; dort heißt es nämlich: „Die Pommersche Landsmannschaft er strebt als gesamtdeutsches Anliegen die Wiedervereinigung Deutschlands einschließlich der deutschen Ostgebiete und die Erhaltung des deutschen Volksstums in seiner pommerschen Prägung.““

Finanziert werden die mit den Landsmannschaften verbundenen kulturpolitisch tätigen Organisationen und Einrichtungen durch Bund, Länder und Kommunen. Im Jahre 1975 erhielten sie gemäß Art. 96 BVFG mehr als 30 Millionen DM aus öffentlichen Haushalten.

29 Millionen DM erhielten die landsmannschaftlichen Einrichtungen an Extrazuwendungen mit Inkrafttreten des Westvermögensabwicklungsgesetzes am 1. 9. 1974. Mit diesem Gesetz wurden die Guthaben von Kreditinstituten aus den ehemaligen Ostgebieten und dem Sudetenland aufgelöst. Es kassierten:

12,0 Mill. DM die „Sudetendeutsche Stiftung“

5,2 Mill. DM das „Schlesische Kulturwerk“, „Stiftung Haus Oberschlesien“, „Stiftung Schlesien“

5,0 Mill. DM das „Nordostdeutsche Kulturwerk“, „Kulturwerk Danzig“, „Erik-von-Witzleben-Stiftung“, „Stiftung Ostpreußen“, „Stiftung Kulturwerk Weichsel-Warthe“, „Stiftung Mark Brandenburg“

2,9 Mill. DM der „Ostdeutsche Kulturrat“

2,9 Mill. DM die „Ostdeutsche Galerie“ in Regensburg

1,0 Mill. DM die „Stiftung Pommern“

Die mit den revanchistischen Organisationen verbundenen „ost- und sudeten deutschen Stiftungen, Kulturwerke“ usw. erwarten von der „Deutschen Nationalstiftung“ verstärkte und kontinuierliche materielle und ideelle Förderung ihrer Tätigkeit. Es gibt genügend Anlaß zu befürchten, daß mit der geplanten „Deutschen Nationalstiftung“ Absichten verfolgt werden, die dem Entspannungsprozeß und dem friedlichen Nebeneinander der Staaten und Völker Europas zuwiderlaufen, und gerade davon haben die Kulturschaffenden nur weitere Restriktionen, die Bürger insgesamt nur weitere Einschränkungen ihrer sozialen und kulturellen Ansprüche zu erwarten.

I

Unsere Industrie produziert auf hohem Niveau bei wachsendem systematischen Einsatz wissenschaftlicher Forschungsergebnisse. Im Export spielen komplett Fertigungsanlagen samt dem zugehörigen Know-how eine wachsende Rolle. Eine Raketensonde nimmt Kurs auf die Sonne, und über eine andere Zukunftsbranche, die Meerestechnologie, schrieb die FAZ begeistert: „Die (bundes)deutsche Entwicklungsarbeit ist auf dem Weg in jene Bereiche, in denen alle an den Förderungstechniken interessierten Nationen nicht auf bereits vorhandene Technologien zurückgreifen können“ (H. J. Simmersbach, Meerestechnik — Investitionen für die Zukunft, 10. 5. 75).

Diese Erfolge sind auch ein Indiz für die Effektivität einer Forschungs- und Entwicklungspolitik, die sich in der Bundesrepublik lange Zeit durch vollkommene Konzeptionslosigkeit auszeichnete. In den ersten sechs Jahren seit 1949 gab es auf der Regierungsebene keine Verankerung, weder der politischen Leitungsaufgaben für Forschung und Entwicklung noch für wissenschaftliche Ausbildung. Weitere zehn Jahre vergingen, ehe an die Stelle spekulativer, zumeist auf vage Europagedanken, aber auch auf handfeste Rüstungspläne gegründeter Atomenergiepolitik ein Ressort für nationale Forschungspolitik trat. Und auch seitdem ist dieses Ministerium noch viermal umbenannt worden; schließlich wurde seine Arbeit auf zwei getrennte Ressorts — „Forschung und Technologie“ und „Bildung und Wissenschaft“ — verteilt. Fünfmal wurde seit 1965 allein der Forschungsminister ausgewechselt, alle zwei Jahre mußte sich ein neuer Mann in dieses Amt einarbeiten. Und auch die neue Organisation ändert nichts daran, daß nach wie vor große Teile entsprechender Aktivitäten auf andere Ressorts verteilt und weitgehend nur auf dem Papier koordiniert sind. Allein das Verteidigungsministerium verfügt über einen ausgewiesenen Forschungsetat von einem Drittel dessen, was das BMFT für Forschungs- und Entwicklungsarbeiten ausweist, und es betreibt mehrere Hoch- und Fachhochschulen in Regie der Bundeswehr. Kein Minister ist so sehr der Kritik aus den eigenen Reihen der Großbourgeoisie ausgesetzt wie der Forschungsminister, weil keiner mehr an der Subventionierung ihrer Geschäfte beteiligt ist und keiner es allen recht machen kann. Auch dem jetzigen Minister Matthöfer wurden die Schwierigkeiten schon vorausgesagt: „Eine Erfolgsgarantie wird der Minister allerdings auch dann nicht geben können, wenn das System rationalisiert ist.“ (Die Zeit, Wolfgang Hoffmann, Roulett mit Milliarden, 4. 4. 1975)

Dennoch unterscheidet sich Matthöfer von seinen Vorgängern, weil er konsequenter als sie die Forschung auf neue Technologie und schnellere Umsetzung ihrer Ergebnisse in die Produktion orientiert, rigorosier als alle anderen die Forschungspolitik der „Industriepolitik“ unterordnet.

Auf der Tagung der Wissenschaftsminister der OECD erklärte er, Forschungspolitik stehe „heute (1975) vor völlig neuen Problemen und Herausforderungen wirtschaftlicher, politischer und gesellschaftlicher Natur“ (Bulletin, Nr. 83, 28. 6. 75). Er meint damit zweierlei: die Forcierung des Technologieexports

und die Abwehr der wachsenden Forderungen großer Teile der Bevölkerung nach einer an ihren Interessen orientierten Forschungspolitik und wissenschaftlichen Kultur. „Forschungspolitik“, so Matthöfer, „muß an notwendigen Reformen und notwendigen Änderungen unserer Wirtschaftsstrukturen mitwirken. Wir müssen auf die Technologien, auf die Produkte, auf die Industriezweige und Dienstleistungsbereiche unsere Schwerpunkte legen, die langfristig für unsere Volkswirtschaften Schlüsselfunktionen haben.“ Und an anderer Stelle: „Zudem haben wir uns mit einer kritischen Haltung der Öffentlichkeit gegenüber Technologie und Forschung auseinanderzusetzen.“

Sein Staatssekretär Hauff spricht von einer „strategischen Operation“, die „nur gelingen kann, wenn Staat und Wirtschaft ein neues Verhältnis zueinander finden“. Die Bereitschaft dazu wachse auf beiden Seiten, wie „viele Gespräche mit verantwortlichen Unternehmern zeigen“. Zugleich gesteht Hauff ein, daß die Lohnabhängigen wenig Verständnis für ein solches „neues Verhältnis“ haben können: „Freilich wird es immer unterschiedliche Auffassungen geben. Niemand kann von einem Textilarbeiter verlangen, daß er die Abschaffung seines Arbeitsplatzes empfiehlt“ (Volker Hauff, Staat und Wirtschaft müssen zusammenarbeiten, in: *Die Welt*, 14. 8. 75).

Die erwünschte Orientierung der Industrie auf neue Technologien, die damit verbundene Intensivierung wissenschaftlicher Forschung, die Revolutionierung der Industrie durch Wissenschaft und Technik kann sich die Regierung offensichtlich nur so vorstellen und nur so praktizieren, daß zu gleicher Zeit der Interessengegensatz von „Staat und Wirtschaft“ auf der einen und der „Öffentlichkeit“ auf der anderen Seite wächst.

Die Ursachen dafür sind bekannt: Die Bundesregierung wie die Regierung jedes kapitalistischen Staates vollzieht die „strategische Operation“, zu der die wissenschaftlich-technische Revolution sie nötigt, nicht, indem sie die Entscheidungen der Unternehmer an sich zieht und einer umfassenden demokratischen Kontrolle unterwirft. Eine solche Selbstverleugnung des kapitalistischen Staates ist auch nicht zu erwarten. Sie versteht das „Verhältnis von Staat und Wirtschaft“ als eine Unterordnung ihrer Tätigkeit unter die Entscheidungen der großen marktbeherrschenden Konzerne; wie sie immer wieder betont, gilt für ihre Strategie die Maxime, die Eigentumsverhältnisse unangetastet zu lassen.

Beim Einsatz der Kernenergie, wo die „kritische Haltung der Öffentlichkeit“ zur Zeit am deutlichsten sichtbar ist, wird auch ihre Abweisung durch die Regierung am härtesten. Wirtschaftsminister Friederichs versicherte den Unternehmern auf der Jahrestagung der Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke 1975, die Bundesregierung werde Kernenergie gegen jeden Anspruch der „Öffentlichkeit“ auf Mitbestimmung entwickeln; er betonte, daß „Gewaltakte gegen den parlamentarisch gefaßten Beschuß und Plebiszite über einzelne Kernkraftwerke nicht geduldet werden könnten“ (*Die Welt*, 4. 6. 75).

Verstärkte Kontrolle der Konzerne über den Staat heißt hier: Forschungspolitik und entsprechende Ausbildungspolitik werden noch mehr als bisher ihrem Diktat unterstellt. Ihr Interesse gilt vor allem einer Forschung, die ihnen hilft, bezahlte Arbeitskraft zu sparen, um sich mehr unbezahlte anzueignen. Die Entwicklung der Fähigkeiten der Arbeiter steht so wenig auf ihrem Plan wie die

Befriedigung der Massenbedürfnisse. Und dennoch können sie es nicht verhindern, daß auch so die forcierte Entwicklung von Forschung und Technik das Bedürfnis nach umfassender, planvoller Gestaltung der Lebensverhältnisse steigert und die Tätigkeit jedes einzelnen in immer engeren Zusammenhang mit der Tätigkeit aller rückt. Durch die immer engere Durchdringung der ganzen Arbeit mit wissenschaftlich-technischen Fähigkeiten und Bedürfnissen in unserer Gesellschaft wächst die Unerträglichkeit der auf immer weniger „Unternehmer“ konzentrierten Herrschaft über diesen Prozeß.

In der gegenwärtigen Phase, so scheint mir, werden die folgenden Konsequenzen dieses Mißverhältnisses spürbarer:

1. Bei jeder wissenschaftlichen Entwicklung, auch bei fortgeschrittener Integration in der Produktion, wie es heute für uns gilt, ist mit Verlusten zu rechnen, die sich aus der Diskontinuität der Forschung ergeben. Unter unseren Bedingungen staatsmonopolistischer Lenkung wachsen diese Verluste aber zu einem für die Volkswirtschaft insgesamt gefährlichen Ausmaß an. Denn einerseits werden sie durch Parallelforschung konkurrierender Monopole enorm gesteigert. Das bekannteste Beispiel in der Forschungsgeschichte der Bundesrepublik gibt die Fehlfinanzierung der EDV-Technik, die nach offiziellen Angaben in die Hunderte von Millionen ging, ohne letzten Endes zu einem überhaupt vergleichbaren Verhältnis gegenüber dem Konkurrenten IBM zu kommen. Zum anderen werfen diese Verluste der Volkswirtschaft für die Konzerne sogar noch Profit ab, weil die von ihnen im Auftrag und mit Unterstützung des Forschungsministers geleisteten Forschungs- und Entwicklungsaufträge, die „Projekte“, im Rahmen kapitalistischer Warenproduktion angenommen werden. Sie liefern dem Abnehmer Staat gegen eine garantierte Profitrate das bestellte Produkt, dessen Brauchbarkeit sie nur bedingt interessiert. Auch wenn nichts dabei herauskommt, machen sie Profit. Täte sich eine bessere Verwertungsmöglichkeit für ihr Kapital auf, würden sie sich ihr trotz der schönsten Verheißungen der Regierung zuwenden. Das Geschäft mit der Regierung ist aber in der Regel das Schönste: „Lobbyisten sitzen bereits mit am Tisch, wenn über ein Forschungsprojekt entschieden wird — als Gutachter in den Fachausschüssen. Dort haben die Zuwendungsempfänger ebenso das Wort wie Professoren. Und die Professoren wiederum sind oft von der Industrie abhängig, die selbst Forschungsaufträge an Hochschulen vergibt“ (*Die Zeit*, 4. 4. 75). Das Blatt berichtet weiter, der Bundesrechnungshof habe mehrfach gerügt, „daß in mindestens 648 Fällen Zuwendungsempfänger mit mehreren Millionen weiter gefördert wurden, obwohl die Empfänger mit ihren Verwendungsnachweisen für die zuvor erhaltenen Mittel lange überfällig waren“. So treibt die staatmonopolistische Unterordnung der Forschungs- unter die Industriepolitik unvermeidliche Verluste wissenschaftlicher Forschung und Entwicklung in schwindelerregende Höhen.

2. Besonders profitabel ist die Rüstungsproduktion, der die gegenwärtige Regierung noch mehr Aufmerksamkeit zukommen läßt als alle ihre Vorgänger. Nicht nur, daß die „wehrtechnische Forschung“ einen hervorragenden Platz im Konzept Matthöfers besitzt (vgl. Bundesforschungsbericht V): 68 Prozent der gesamten ausgewiesenen Förderungsmittel des BMFT für die Wirtschaft, das sind 3,32 Milliarden DM, entfielen 1974 allein auf die Konzerne Siemens, AEG,

MBB, KWU, Interatom, BBC, HRB, Computer Konstanz und URANIT sowie die Finanzierung der Projekte Schneller Brüter 300 und Hochtemperaturreaktor 300. Diese Konzerne sind außerdem untereinander verbunden, und sie sind Hauptträger oder Partner der Rüstungsindustrie (zu den Daten vgl. Blick durch die Wirtschaft, FAZ, staatliche Forschungsförderung im Jahre 1974, Nur Wenige schöpfen den Rahm ab).

Diese gefährliche Orientierung wird noch bedrohlicher mit der Erleichterung des Rüstungsexports, zu dem die Schmidt-Regierung entschlossen ist. Sie führt zu weiterer Militarisierung der Wissenschaften und in der Folge auch der Ausbildung. Die Tendenz ist bekannt, hat aber in der „strategischen Operation“ des BMFT einen höheren Stellenwert als je zuvor. Im einzelnen bestehen die Konsequenzen auch darin, daß Matthöfer von ihm abhängige Wissenschaftler zur Unterordnung unter das Rüstungsprogramm durch die Drohung mit dem Arbeitsplatzentzug nötigt.

3. Die absolute Vorherrschaft weniger Konzerne bei der Orientierung der staatlichen Forschungspolitik erdrückt schließlich mit Gewalt die wissenschaftliche Freiheit und jede fortschrittliche Ausbildung. Besonders prägt sie der Arbeitsgestaltung die Inhumanität der Herrschaft weniger Konzerne über die gesellschaftliche Arbeit auf.

Die Verlogenheit der Forschungspolitik, in der angeblich die „Humanisierung der Arbeitswelt“ gleichrangig neben dem Ziel der Wettbewerbsförderung der Wirtschaft steht, hat die GEW in ihrer Stellungnahme zum Bundesforschungsbericht V aufgedeckt: „Forschungsprogramm „Humanisierung der Arbeitswelt“ ... heißt in zugespitzter Formulierung: Zunächst werden durch Modernisierung der Wirtschaft inhumane Arbeitsbedingungen geschaffen, danach werden diese inhumanen Arbeitsbedingungen durch ein Forschungsprogramm zur Humanisierung der Arbeitswelt untersucht. ... Wenn (aber) die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen oberstes Ziel der Forschungspolitik werden soll, so müssen die sozialen Auswirkungen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts untersucht und offen dargelegt werden. Der jetzt festgelegte Vorrang für die Forschungsprojekte, die der Modernisierung der Industrie dienen, macht es jedoch unmöglich. Die Durchführung der Projekte im Industriebereich ist der öffentlichen Diskussion entzogen, und sogenannte Sachzwänge der industriellen Entwicklung bestimmen das Forschungsgeschehen.“ (Zuviel Industrieförderung — Humanisierung der Arbeits- und Lebensbedingungen zu kurz gekommen, GEW nimmt Stellung zum Forschungsbericht V der Bundesregierung, in: Erziehung und Wissenschaft, 11/75, S. 13)

II

Wie die Bundesregierung mit Besorgnis feststellt, läßt sich die „strategische Operation“ der noch engeren Verknüpfung von „Staat und Wirtschaft“ nicht unbemerkt von der „Öffentlichkeit“ und nur gegen ihren zunehmenden Widerstand verwirklichen. In den letzten Jahren und besonders im Jahr 1975 verstärkte sich die Bewegung, die ein den praktischen Konsequenzen der Forschungspolitik entgegengesetztes Interesse repräsentiert. Ihren Schwerpunkt hat sie im Bildungsbereich. Obwohl diese Bewegung von der Formulierung einer

einheitlichen Alternative noch entfernt ist, gehen ihre Forderungen doch über Elemente alternativer Wissenschaftskultur schon hinaus.

Ein erster Problemkreis ergibt sich um die Auseinandersetzungen in Sachen Humanisierung der Arbeit. Im Oktober 1973 führten die Metallarbeiter in Nordwürttemberg-Nordbaden einen insofern besonders bedeutsamen Streik um den Lohnrahmentarifvertrag, als dabei die Einstellung der Arbeitsbedingungen auf neue Techniken eine große Rolle spielte. Die Bourgeoisie ließ in ihrer Presse die Streikenden als „moderne Maschinenstürmer“ beschimpfen. 1974 veranstaltete der DGB eine Konferenz zur „Humanisierung der Arbeit als gesellschaftspolitische und gewerkschaftliche Aufgabe“. Der DGB-Vorsitzende Vetter betonte damals: „Wir müssen mit dem weitverbreiteten Irrtum aufräumen, als sei der sogenannte Streß vorwiegend das bedauernswerte Schicksal der Jet-Set-Manager, die sich in der weltumspannenden Hetze des Alltags zerreißen. ... Es wäre wesentlich besser, wenn unsere Tageszeitungen von dem Schicksal und der Krankheitsanfälligkeit der 3,5 Millionen Nacht- und Schichtarbeiter berichten würden. ... Es ist bezeichnend, daß die sogenannte Managerkrankheit weniger die leitenden Angestellten im abgeschirmten Büro trifft als umgekehrt die Arbeiter am nervenaufreibenden Fließband“ (Nachrichten zur Wirtschafts- und Sozialpolitik, Juni 1974, S. 22). In der FAZ wurde ihm darauf von Kurt Pentzlin geantwortet: „Richtig verstandene und optimal gestaltete Fließarbeit verlangt eine so weitreichende und fein abgestimmte Arbeitszerlegung, daß durch Übung und Gewohnheit bald ein gleichförmig wiederholbarer, harmonischer Bewegungsablauf möglich wird, der dann aber auch keine Monotonie oder Langeweile aufkommen läßt; weil die Aufmerksamkeit so weit entlastet ist, daß der arbeitende Mensch frei denken kann.“ Zur Forderung nach mehr Qualifikation fügt er hinzu: „Es stellt sich die ernste Frage, ob nicht ein wenig Entfremdung bei sehr leichter Arbeit und viel Freizeitspielraum in der Freizeit und hohem Lebensstandard leichter zu ertragen ist, als die große Frustration von Millionen Menschen, die ihr Leben lang mehr können, mehr gelernt haben, als sie leisten müssen“ (Die modernen Maschinenstürmer, Humanisierung der Arbeit — eine Forderung unserer Zeit, FAZ, 13. 4. 74).

Als Matthöfer dann bei den Unternehmern für sein Forschungsprogramm zur Humanisierung der Arbeitswelt warb, fiel ihm auch nichts anderes ein als die „Motivationskrise der Industriearbeiterschaft“, die der „wichtigste Grund dafür ist, daß die Diskussion (des Themas) ... auch in den Kreisen der Unternehmer auf ein immer breiteres Interesse stößt“ (Forschungsprogramm zur Humanisierung der Arbeitswelt, Bulletin Nr. 75, 12. 6. 75). Die Klassenfronten sind eindeutig.

Einen zweiten wichtigen Impuls erhält die Bewegung durch die Bürgerinitiativen zur Umweltsicherung und für demokratische Kontrolle der Energiepolitik. Ich habe bereits die Reaktion des Wirtschaftsministers zitiert. Ängstlichkeit vor dieser Bewegung und Versuche, sie niederzuhalten, werden aus allen Regierungsäußerungen zum Thema deutlich. So gestand der Staatssekretär des Innenministeriums Hartkopf ein, daß „die Zeit überreif ist, zwei Typen des Umgangs politisch oder administrativ Verantwortlicher mit der Bevölkerung abzuschaffen: denjenigen, der die Bevölkerung verdummt ... und denjenigen, der als

Albino-Ausgabe des Cassius Clay die Waschmittelwerbungs-Phrasen von Hersteller und Betreiber grotesk überhöht". Anstelle dessen plädiert er für eine „bürgernahe Transparenz“ — aber nur, um die Regierungspolitik zu rechtfertigen (Kernenergie und Sicherheit, Bulletin Nr. 68, 29. 5. 75, S. 637 f). Bundeskanzler Schmidt erläuterte, wie welche Vorstellungen transparent gemacht werden sollen: „Mit der Autorität der Wissenschaft muß z. B. bezeugt werden, daß in diesem Lande keiner leichtfertig mit der Sicherheit der Bürger umgeht, was nukleare Reaktoren angeht. Wenn Sie“, so wandte er sich an die Forscher der Max-Planck-Institute, „ein solches Zeugnis ausstellen könnten, und zwar in einer Form, daß es auch beim breiten Publikum ankommt, dann würden Sie sich damit zugleich selbst helfen“ (Soziale Bindung von Wissenschaft und Forschung, Bulletin Nummer 81, 26. 6. 75, S. 752). Hier wird als „wissenschaftlich“ unterstellt: der Forscher gehört an die Seite der Regierung, damit des Konzerninteresses — die Distanz zur Masse der Bevölkerung wird in den Rang einer Verhaltensnorm erhoben.

Die eigenen Erfahrungen der Wissenschaftler sprechen gegen eine solche Anpassung, und sie haben in den letzten Jahren begonnen, ihrer Empörung über die Wissenschaftspolitik wiederholt auch demonstrativen öffentlichen Ausdruck zu geben. Zu erinnern ist an die großen Demonstrationen der Ärzte 1972 in Marburg und 1975 in Hamburg; an den hunderfachen Protest von Universitätswissenschaftlern gegen Berufs- und Theorieverbote, an die Proteste aus den staatlichen Forschungsorganisationen und der DFG gegen die Einschränkung der Grundlagenforschung und die erzwungene Planlosigkeit wissenschaftlicher Arbeit; an den Kampf um Mitbestimmung in der Gesellschaft für mathematische Datenverarbeitung und anderen Forschungseinrichtungen der Bundesrepublik, aber auch an solche scheinbar peripheren Forderungen wie sie der Deutsche Volkshochschulverband im „Strukturplan Weiterbildung“ aufstellt; statt der bisher 600 „für die ganze arbeitende Bevölkerung“ zur Verfügung stehenden hauptamtlichen Mitarbeiter 12 300 einzustellen, wie es dem Bedarf entspreche (dpa, Dienst für Kulturpolitik, 43, 1975, S. 47). Die Bestandsaufnahme lässt sich erweitern. Bemerkenswert ist auch, daß die Bewegung der Wissenschaftler sich keineswegs mehr auf Proteste gegen die Unterdrückung der Wissenschaftsfreiheit beschränkt. Zahlreiche Wissenschaftler nutzen inzwischen auch ihre Kenntnisse für eine direkte Aufklärung der Bevölkerung. Die jüngste Aktion dieser Art ist das Gegengutachten von 41 Wirtschaftswissenschaftlern zu den Weissagungen des Sachverständigenrats der Bundesregierung. Sie stellten sich mit ihren wissenschaftlich erarbeiteten Alternativen auf die Seite der Gewerkschaften.

Schließlich hat in den vergangenen Jahren die Bewegung von Schülern, Eltern und Lehrern, der Studenten und ganz besonders der Arbeiterjugend für eine demokratische, den Erfordernissen der industriellen Entwicklung angemessene Ausbildung ein Ausmaß angenommen, das es rechtfertigt, von einer wirklichen Massenbewegung zu sprechen. Die Tatsache, daß die Jugend von der Entwicklung der Produktivkräfte abhängt werden soll, daß die Entfaltung ihrer Fähigkeiten schon am Anfang unterbunden, sie von den Chancen einer wissenschaftlich-technischen Qualifikation, von ihrer umfassenden Persönlichkeitsbil-

dung ganz abgesehen, ausgeschlossen bleiben soll, ist ein Verbrechen, das sie nicht über sich ergehen läßt. In ihren Protesten wird die tiefe Wirkung der „strategischen Operation“ der Regierung und der Konzerne auf das Genaueste reflektiert, werden der Zerstörungsprozeß der gesellschaftlichen Arbeit unter den Gesetzen der kapitalistischen Forschungspolitik und die grundsätzliche Bedeutung des dagegen gerichteten Widerstandes deutlicher als irgendwo sonst. Dabei ist es von außerordentlicher Wichtigkeit, daß ihre Proteste mit einer klar umrissenen Konzeption einer angemessenen Berufsbildung mit der Proklamierung der Rechte der Jugend verbunden sind.

Diese ganz verschiedenartigen Aktionen und Proteste zeigen drei gleichartige Tendenzen, die es rechtfertigen, sie als eine große gemeinsame, wenn auch nicht einheitliche Bewegung zu sehen:

1. Als Maß des gesellschaftlichen Bedarfs an wissenschaftlicher Entwicklung und entsprechender Ausbildung stellen sie die Lebensbedingungen der Mehrheit unserer Bevölkerung gegen die Profiterwartungen der wenigen Konzernherren und deren staatliche Subventionierung.
2. Der Konzernmaxime, die Kosten der Arbeitskraft zu senken, um ihren Ausbeutungsgrad zu erhöhen, stellen sie die Forderung nach systematischer, kontinuierlicher Qualifikation entgegen.
3. Vor allem aber fordern sie übereinstimmend die Mitbestimmung und demokratische Kontrolle für die gesellschaftliche Arbeit über ihren Einsatz und ihre Resultate.

Diese Forderungen, besonders die letzte, sind mehr als Reaktionen auf die kapitalistische Aneignung des wissenschaftlichen Fortschritts. Es sind Reaktionen auf die sozialen Verzerrungen, die die beginnende wissenschaftlich-technische Revolution unter Bedingungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus hervorruft.

Die Bundesregierung und die von ihr bedienten Konzerne sind nach anfänglicher Verlegenheit über diese Veränderungen im Bewußtsein der „Öffentlichkeit“ jetzt darum bemüht, mit Mitteln der ideologischen Vernebelung und scharfen Eingriffen in das System demokratischer Grundrechte, solche Erkenntnisse aus den Köpfen wieder herauszutreiben und die Bewegung zum Stehen zu bringen. Sie machten hier große Anstrengungen, um eine „Tendenzwende“ einzuleiten, um die „kritisch gewordene Haltung ... der betroffenen Bürger“ abzufangen (Matthöfer, a. a. O.) und die „brisante Situation“, die durch den „Widerstand weiter Kreise der Bevölkerung“ entstanden ist, zu entschärfen (Hartkopf a. a. O.).

Die Kampagne begann mit dem Versuch, die Entdeckung gemeinsamer Interessen zwischen Arbeitern und Intelligenz, zwischen Arbeiterjugend und Studenten durch gezielte Diffamierungen der Studenten und der Intelligenz abzublocken. Sie wird jetzt ergänzt durch die Rücknahme der Proklamationen der Chancengleichheit zugunsten der Propagierung des Leistungswettbewerbs. Mit der Verbreitung der tausendmal widerlegten, infamen und im Kern rassistischen Theorie der biologischen, erbabhängigen Intelligenz wird die Wende geistig umhüllt. Im Zusammenhang damit wird auch die Behauptung des ungehemmten wissenschaftlich-technischen Fortschritts abgebaut. Diese ehemals von proimperialisti-

schen Konvergenztheoretikern lancierte These, die auf Vernebelung der fundamentalen Unterschiede sozialistischer und kapitalistischer Gesellschaften und damit auch ihrer wissenschaftlichen und technischen Entwicklungen gerichtet ist, hat für das Kapital den Nachteil, falsche Hoffnungen über die Bereinigung sozialer Konflikte zu wecken. An ihre Stelle rücken von der Krise stimulierte Bemühungen, die UnwÄgarkeit wissenschaftlicher Erkenntnisse wieder in den Vordergrund zu spielen und die Technik zu dämonisieren. Der ständige Kommentator der Deutschen Universitätszeitung/HD, Wolfgang Rieger, verbreitete sich in diesem Sinne über neueste Einsichten besonders amerikanischer und englischer Wissenschaftler: „Der Glaube an die Allmacht der Wissenschaft schwindet.“ Rieger zitiert dazu aus einer Diskussion der Britischen Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaft, in der u. a. die Behauptung aufgestellt wurde, „es sei nicht einmal mehr so dringend notwendig, Forschung um jeden Preis zu fördern. Der Gesellschaft müsse es vielmehr jetzt gelingen, die Forschung einzubinden (davon sprach bekanntlich auch Helmut Schmidt vor der Max-Planck-Gesellschaft in Hamburg, T. N.) — . . . moralische Voraussetzungen zu schaffen, um die Kräfte des Verfalls und der Zerstörung einzudämmen“. Den Kern der ganzen Phantasterei hält Rieger gar nicht verborgen: „Hier kommt ein Prozeß in Gang, der konsequent zu Ende gedacht, die bisherige Forschungspolitik auch in der Bundesrepublik viel näher an die Wirtschafts-, besonders die Industriepolitik binden muß.“ Matthöfer scheint ihm dazu der geeignete Mann zu sein (Wissenschaft ist nicht allmächtig, Im Kampf gegen die Ungleichheit ohne Erfolg, *Die Zeit*, 12. 9. 75). Natürlich reichen die ideologischen Eskapaden, die sich noch vor wenigen Jahren dieselben Auguren andersherum leisteten, auch so nicht aus, eine massenhafte demokratische Bewegung aus der Bahn zu werfen. In der Tat sind sie nur die Ergänzung der praktischen Maßnahmen der öffentlichen Gewalt, ihrer massiven Unterdrückung demokratischer Freiheiten: in den Gesetzen gegen die Mitbestimmung, bei dem Abbau der Berufsausbildung, dem Hochschulrahmengesetz, der Strafrechtsreform und dem System der durch überhaupt kein Gesetz zu regelnden verfassungswidrigen Berufsverbote. Die massive Reaktion auf die Ansprüche demokratischer Forschungs- und Wissenschaftspolitik kann trotz unbestreitbarer Wirkungen indessen keine Tatsachen aus der Welt schaffen. Und es ist eine Tatsache, daß der wissenschaftliche Fortschritt und die durch ihn bewirkte wissenschaftlich-technische Revolution die gesellschaftliche Arbeit qualitativ verändern.

Auf internationaler Ebene hat die Bundesregierung diese Veränderungen bereits anerkennen müssen. Die kürzlich von der UNESCO ausgearbeiteten Empfehlungen zur Stellung der wissenschaftlichen Forscher, die die Bundesregierung als Vertreter eines Mitgliedstaates veröffentlichen mußte, obwohl sie der Praxis hierzulande direkt entgegenstehen, geben einige Hinweise. Dort heißt es u. a.: „Jeder Mitgliedstaat soll sich bemühen, die wissenschaftlichen und technologischen Kenntnisse in den Dienst der Hebung des kulturellen und materiellen Wohlstands seiner Staatsangehörigen zu stellen und die Ideale und Ziele der Vereinten Nationen zu fördern. Zu diesem Zweck soll sich jeder Mitgliedstaat mit Personal, Einrichtungen und Vorrichtungen für die Entwicklung und Durchführung einer nationalen Politik im Bereich von Wissenschaft und Tech-

nologie ausstatten, die dazu dienen sollen, die Anstrengungen in der wissenschaftlichen Forschung und experimentellen Entwicklung auf die Erreichung der nationalen Ziele auszurichten, wobei allerdings der Wissenschaft als solcher ein angemessener Platz eingeräumt werden muß. Durch ihre Politik im Bereich der Wissenschaft und Technologie, durch die Art, wie sie Wissenschaft und Technologie zur Gestaltung ihrer Politik im allgemeinen verwenden, und vor allem durch ihre Haltung gegenüber den wissenschaftlichen Forschern sollen die Mitgliedstaaten zeigen, daß wissenschaftliche und technologische Tätigkeiten nicht isoliert ausgeübt werden dürfen, sondern daß sie Teil des gemeinsamen Bemühens der Völker sind, eine menschlichere und wahrhaft gerechte Gesellschaft aufzubauen“ (UNESCO-Empfehlungen zur Stellung der wissenschaftlichen Forscher, Drucksache, Deutscher Bundestag, 7. Wahlperiode, Nr. 7/3963, 14. 8. 75).

Neben der Bewegung in unserem Land, die eine objektive Grundlage im Interesse der körperlich und geistig Arbeitenden hat, wirkt noch ein weiterer Faktor der herrschenden Forschungspolitik entgegen. Sein Gewicht ist schwer einzuschätzen, meines Erachtens aber kaum zu überschätzen: das ist die Verwirklichung der wissenschaftlich-technischen Revolution in den sozialistischen Staaten. Auch dort läuft dieser Prozeß, wie jeder weiß, nicht widerspruchsfrei. Die Widersprüche betreffen aber nicht die Grundlagen, auf denen er sich ereignet. Die sozialistischen Staaten haben alle Voraussetzungen für die uneingeschränkte Entfaltung der schöpferischen Fähigkeiten der ganzen Gesellschaft geschaffen und treiben die wissenschaftlich-technische Revolution in einer für das Kapital beängstigenden, von ihm ganz und gar nicht beabsichtigten Geschwindigkeit und Richtung voran: kontinuierlich, systematisch und planvoll und stets im Interesse einer immer vollständigeren Befriedigung der materiellen und kulturellen Bedürfnisse der Bevölkerung. Es bewahrheitet sich hier das Wort von Lenin: „Dem Bündnis von Wissenschaft, Proletariat und Technik wird keine noch so finstere Macht widerstehen können.“

Wie kümmerlich ist dagegen Helmut Schmidts bedeutungsvoll gestellte Frage: „Gibt es Grenzen für den wissenschaftlichen Fortschritt? Wo liegen sie, wer erkennt oder bestimmt sie?“ (a. a. O., S. 749).

Richard Albrecht Marktbeherrschende Wissenschaftsverlage¹

Nach Angaben des „Börsenvereins des Deutschen Buchhandels“ in Frankfurt/Main erschienen im Zweijahreszeitraum 1972/73 etwa 25 000 wissenschaftliche Bücher. Davon waren zwischen 80 und 90 Prozent Neuauflagen.²

Das heißt, daß etwa ein Drittel aller 1972/73 veröffentlichten Buchtitel dem wissenschaftlichen Bereich zugeordnet werden kann. Da wissenschaftliche Bücher und Zeitschriften — u. a. bedingt durch relativ geringe Auflagen — teurer sind als vergleichbare Druckwaren, ist der Marktpreis pro Veröffentlichungseinheit höher als in anderen Bereichen. Aufgrund der geringen Auflagen liegt der Umsatz dieser Literatur etwa bei 1,25 Milliarden DM (der Gesamtumsatz des Buchhandels in der BRD dürfte 1973 zwischen 4 und 5 Milliarden DM betragen haben).³

Trotzdem sind unter den zehn umsatzstärksten Verlagen der Bundesrepublik drei Verlage bzw. Verlagsgruppen vertreten, die fast ausschließlich wissenschaftliche Literatur produzieren lassen. Sie rangieren neben Schul- und Jugendbuchverlagen sowie den der Bertelsmann-Konzerngruppe zugehörigen Verlagen hinsichtlich des Umsatzes 1973, bezogen auf Bücher und Fachzeitschriften, jeweils noch vor den großen Verlagshäusern der Holtzbrinck-Gruppe (Fischer-Verlag, Frankfurt/Main: 1973 30,9 Mill. DM; Droemer-Knaur, München: 1973 32,5 Mill. DM; Rowohlt-Verlag, Reinbek b. Hamburg: 1973 33 Mill. DM Umsatz). Im einzelnen ergibt sich folgendes Bild der „großen Zehn“:

Verlage	Umsatz 1973 (in Mill. DM)	Bereiche
1. Springer-Verlag (Heidelberg-Berlin/West-New York)	100	Wissenschaftliches (Bücher, Zeitschriften, Referatdienste)
2. Verlage des Bertelsmann-Konzerns	87	Wissenschaft, Fach/Sachbücher, Belletristik
3. Ernst Klett Verlag, Stuttgart	70*	Schulbücher
4. Otto Maier Verlag, Ravensburg	67	Kinder-/Jugendbücher
5. Georg-Westermann-Verlag, Braunschweig	44	Schulbücher
6. C. H. Beck Verlag, München	40	Wissenschaftliches
7. Hermann-Schroedel-Verlag	40*	Schulbücher
8. Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart	38	Wissenschaftliches
9. Langenscheidt KG, München/Berlin	35*	Sprach-/Wörterbücher, Schulbücher
10. Georg-Thieme-Verlag, Stuttgart	35	Wissenschaftliches

* Schätzwerte (Quelle: Die Konzentration im Presse- und Verlagswesen, S. 46); Schautafel der 5 größten siehe 3. Umschlagseite.

Damit sind unter den zehn größten Verlagsunternehmen auch die vier großen Wissenschaftsverlage; berücksichtigt man die einzelnen Verlage der Bertelsmanngruppe im Bereich des wissenschaftlichen Buches und der wissenschaft-

¹ Quellen: Olzog, Günter/Vinz, Curt, Hrsg.: Dokumentation deutschsprachiger Verlage. München-Wien 74 (5. Aufl.); Konzentration u. Kooperation in den Wirtschaftszweigen Druck und Papierverarbeitung. Hrgg. v. Hauptvorstand der IG Druck & Papier, Referentenmaterial Nr. 52, Stuttgart (März) 1975; Die Konzentration im Presse- und Verlagswesen der Bundesrepublik Deutschland (Loseblattsammlung, derzeit 2. Ergänzungslieferung, Stand: April 1975), Hrgg. v. Hauptvorstand der IG Druck & Papier o. O., o. J.; Wer gehört zu wem? Mutter- und Tochtergesellschaften von A—Z. Hrgg. v. d. Commerzbank AG, Frankfurt/M. 1975 (11. Aufl.).

² Buch und Buchhandel in Zahlen. Frankfurt/M. 1974, S. 16.

³ Ebenda, S. 57; FAZ 236/75, S. 10; FAZ 274/75, S. 15.

Richard Albrecht: Marktbeherrschende Wissenschaftsverlage

lichen Zeitschrift, dann finden sich hier sogar fünf marktbeherrschende Wissenschaftsverlage und -verlagsgruppen.

Führendes wissenschaftliches Verlagsunternehmen ist der *Springer-Verlag* (pers. haftende Gesellschafter). Seine Hauptbereiche: Medizin, Naturwissenschaften, Mathematik, Technik/Industrie/Handwerk/Gewerbe. Der Verlag wurde 1842 gegründet. Er hat neben vielen wissenschaftlichen Handbüchern und Standardwerken derzeit etwa 80 Buchreihen im Programm und gibt 113 wissenschaftliche Zeitschriften heraus. In 20 wissenschaftlichen Referatdiensten werden jährlich ca. 150 000 Dokumente referiert. Seit 1946 sind mehr als 6000 Einzeltitel herausgebracht worden. Der Verlag, der 1964 die Springer-Verlag New York Inc. gründete, ist zu 60 % exportorientiert und exportiert in mehr als 100 Staaten. Es werden eigene spezielle wissenschaftliche Taschenbuchreihen herausgegeben; darüber hinaus vertreibt das Unternehmen auch audiovisuelle Lehrprogramme. Der Springer-Verlag bzw. seine persönlich haftenden Gesellschafter sind neben zwei Druckereien beteiligt an:

- Springer-Verlag KG, Wien
- J. F. Bergmann-Verlag, München (Schwerpunkte: Medizin, Chemie)
- TR Verlagsunion GmbH, München

Über den Wiener Springer-Verlag (gegründet 1924) kommt eine Beteiligung an der BFF (Verlagsgemeinschaft Bildung — Fernsehen — Funk), Wien, zustande. Der Wiener Springer-Verlag brachte seit 1945 etwa 1000 Buchtitel heraus. Derzeit existieren ferner etwa 25 wissenschaftliche Zeitschriften Österreichs, die der Verlag betreut. Darüber hinaus startete das Unternehmen 1975 eine Reihe „Wissenschaft und Öffentlichkeit“, die sich an ein breiteres Publikum wenden soll.⁴

Die 1763 gegründete *C. H. Beck'sche Verlagsbuchhandlung Oscar Beck*, München, mit ihrem 40-Millionen-DM-Umsatz (1973) gibt derzeit etwa 20 wissenschaftliche Zeitschriften und Informationsdienste sowie etwa 40 wissenschaftliche Buchreihen heraus. Dabei sind die Hauptsparten: Altertumswissenschaft/Klassische Philologie, Archäologie, Geschichte, Kunsthistorie, Sozial- und Wirtschaftswissenschaften, Literaturwissenschaft und -geschichte, Theologie, Philosophie, Rechts- und Verwaltungswissenschaft.

Auch der Beck-Verlag, der als Gesellschafter am Deutschen Taschenbuch Verlag (dtv) beteiligt ist, gibt eigene Taschenbuchreihen heraus. Er ist u. a. am Biederstein Verlag Gustav End & Co (oHG), München, beteiligt, ebenso am Verlag Franz Vahlen GmbH, München — wobei sich der erstgenannte Verlag auf wissenschaftliche Veröffentlichungen aus den Sparten Politik/Geschichte und Naturwissenschaften, der letztgenannte auf Rechtswissenschaften und Wirtschaftswissenschaften konzentriert.

Der seit 1866 bestehende *Verlag W. Kohlhammer GmbH*, Stuttgart, wies 1973 etwa 38 Mill. DM Umsatz auf, bei 325 Beschäftigten. Zur Kohlhammer-Unternehmergruppe, die über die Robert-Kohlhammer-Verwaltungs-GmbH (Leinfeld) mit der fünfgrößten Mediengruppe der Welt, der International Publishing Corporation (IPC) Großbritannien, verbunden ist, gehören neben vier Druckereien und vier Werbeunternehmen die Verlage:

- Berliner Union GmbH, Berlin (West)
- Deutscher Gemeindeverlag GmbH
- G. Grote'sche Verlagsbuchhandlung KG, Troisdorf

Der Kohlhammer-Verlag, der seinen Umsatz von 26 Mill. DM 1971 auf 38

⁴ Vgl. *buchmarkt*, 10 (1975) 3, S. 12.

Mill. DM 1973 steigerte, kann derzeit ca. 4000 Buchtitel liefern. Er gibt etwa 40 Fachzeitschriften, 20 Buchreihen und 10 000 Formularsorten heraus. Die derzeit etwa 4000 jährlich neu aufgelegten Bücher sind im wesentlichen aus den Wissenschaftsbereichen: Geisteswissenschaften, Sozialwissenschaften, Jura, Wirtschaftswissenschaften sowie Verwaltungswissenschaften (einschl. Formulare).

Der *Georg Thieme Verlag KG*, Stuttgart, (seit 1886), erbrachte 1973 bei etwa 22 Beschäftigten einen Umsatz von 35 Mill. DM. Das Profil dieses viertgrößten westdeutschen Wissenschaftsverlages beruht auf den etwa 30 wissenschaftlichen Zeitschriften und mehr als 12 wissenschaftlichen Buchreihen, die hauptsächlich in den Bereichen Medizin und ihre Grenzgebiete sowie Naturwissenschaften herausgegeben werden. Seit 1945 erschienen an Buchtiteln und Zeitschriften etwa 3000 Verlagswerke, darunter auch verschiedene wissenschaftliche Taschenbuchreihen.

Der Thieme-Verlag ist neben der Beteiligung an der wissenschaftlichen Verbandsbuchhandlung „Stw — Schröbsdorf — Thieme — Weise — Fachbuch-Service-GmbH“, Stuttgart, am Ferdinand-Enke-Verlag, Stuttgart (der seit 1837 besteht) beteiligt. Dessen Programmschwerpunkt liegt auf Naturwissenschaften, Medizin, Sozialwissenschaften, Jura und Kriminologie. Der Enke-Verlag bringt derzeit etwa 10 Zeitschriften und mehr als 20 wissenschaftliche Buchreihen sowie Taschenbuchreihen heraus.

Obwohl nicht als Gesellschafter des Deutschen Taschenbuchverlages ausgewiesen, wurden seit 1969 in den wissenschaftlichen Reihen des dtv zunehmend Werke des Thieme-Verlages und des Enke-Verlages herausgebracht.

Seit Anfang 1975 ist auch *Bertelsmann*, der — rechnet man die Mehrheitsbeteiligung an Gruner + Jahr ein — mit einem Gruppenumsatz von 1,65 Milliarden DM 1972/73 zweitgrößte Medienkonzern der Welt (Verlagsgruppe Hachette, Frankreich: 2,20 Milliarden DM Umsatz 1972/73), im Bereich der wissenschaftlichen Literatur zunehmend engagiert. Durch Veränderungen in den Beteiligungsverhältnissen seit Anfang 1975 kann sich der Bertelsmann-Konzern, der die größten westeuropäischen Druckkapazitäten vor allem durch das Rollenoffset-System der Mohndruck in Gütersloh aufweist, in drei Bereichen zunehmende Umsätze ausrechnen: einmal auf dem Markt der *Fachzeitschriften*. Hier bringen die Bertelsmann Fachzeitschriften GmbH, Gütersloh (100prozentige Konzern-Tochter), der Bertelsmann-Thomson-Fachverlag, Gütersloh (66½%-Beteiligung), der Heinrich-Vogel-Verlag und -Vertrieb, München (Bereiche: Verkehr, Kraftfahrwesen; 100-Prozent-Beteiligung), der Verlag *Aktuelle Information* GmbH, Frankfurt/M. (55-Prozent-Beteiligung) sowie die Verlagsgesellschaft Otto Spatz, München (100 Prozent) derzeit mehr als 30 Fachzeitschriften heraus. Dabei ist der Konzern derzeit — so der Leiter der Verlagsabteilung — daran interessiert, weitere Fachzeitschriften aufzukaufen.⁵ Im Bereich der *Schulbücher* gehören zum Konzern der Pro-Schule-Verlag, Düsseldorf, und der Schulbuchverlag Vieweg; darüber hinaus ergibt sich gerade beim Bertelsmann-Konzern auf Grund anderer Unternehmensbereiche eine starke Orientierung auf dem Markt der Audio-Visions- (AV-) und Lernmedien. Im Bereich der *wissenschaftlichen Literatur* vereinigt der Konzern derzeit die Verlage: Gabler, Vieweg, Westdeutscher Verlag/Universitätsverlag, den Verlag für Buchmarktforschung sowie das Institut für Informations- und Lernsysteme, Darmstadt (75-Prozent-Beteiligung).⁶

⁵ Nach: FAZ, 274/75, S. 15.

⁶ Angaben neben den bereits genannten Quellen nach: *buchmarkt*, 10 (1975) 3, S. 18—21; Bertelsmann-Geschäftsbericht 1973—74, o. O., o. J.

Von den Verlagen der Bertelsmann-Gruppe im Bereich der wissenschaftlichen Bücher und Zeitschriften arbeiten der Westdeutsche Verlag (Opladen), an dem Bertelsmann derzeit mit 51 % beteiligt ist, im Bereich der Sozialwissenschaften; ebenso der Düsseldorfer Universitätsverlag, an dem der Konzern mit 100 % beteiligt ist. Beide Verlage zusammen dürften im letzten Berichtsjahr 1973 etwa 5,5 Millionen DM Umsatz erzielt haben. Am 1786 gegründeten Verlag Friedrich Vieweg und Sohn Verlagsgesellschaft mbH., Braunschweig, ist Bertelsmann derzeit mit 51 % mehrheitlich beteiligt. Der Verlag erbrachte 1973 mit seinem Schwerpunktprogramm im Bereich der Naturwissenschaften etwa 6 Millionen DM Umsatz. Die weitere, minderheitliche Beteiligung am Betriebswissenschaftlichen Verlag Th. Gabler KG (Wiesbaden) mit etwa 12,5 Mill. DM Umsatz 1973 konnte Anfang 1975 auf 49 % erhöht werden. Das Programm des Gabler-Verlages konzentriert sich traditionell auf Wirtschaftswissenschaften, vor allem Betriebswirtschaft. Derzeit existieren etwa 13 wissenschaftliche Zeitschriften, ebenso viele berufsbezogene Fernkurs-Systeme. Ferner werden Lexika der Wirtschaftswissenschaften sowie Taschenbücher herausgebracht.

Rechnet man diese Verlagsbeteiligungen des Bertelsmann-Konzerns zusammen, dann ergibt sich ein Umsatz in der Jahresgrößenordnung von etwa 25 Mill. DM (1973) nur für den Bereich wissenschaftliche Literatur.

Ein Überblick über die derzeitige Situation auf dem wissenschaftlichen Bücher- und Zeitschriftenmarkt muß neben den großen Wissenschaftsverlagen aber auch andere Organisationen einbeziehen. Zunächst den Deutschen Taschenbuchverlag (München), der 1960 von verschiedenen Verlagsunternehmen ohne Taschenbuchproduktion gegründet wurde. Er gibt seit 1969 eine wissenschaftliche Reihe heraus und arbeitet von den genannten Wissenschaftsverlagen mit dem Beck-Verlag im juristischen sowie mit Thieme und Enke im medizinischen und naturwissenschaftlichen Bereich zusammen. Von den fünf großen BRD-Wissenschaftsverlagen gehört dem dtv freilich nur die Beck-Verlagsgruppe an; dtv hatte 1973 bei 46 Beschäftigten etwa 18,5 Millionen DM Gesamtumsatz und soll 1975 25 Mill. DM erreichen.

Die bereits erwähnte *TR-Verlagsunion GmbH*, (Gesellschaft zur Verwertung von Radio- und Televisionssendungen — Deutsche Videothek), München — mit „Kooperationspartnern“ in Österreich und in der Schweiz⁷ — wurde am 15. November 1968 auf Anregung des damaligen Intendanten des Bayerischen Rundfunks, Ch. Wallenreiter, gegründet. Es handelt sich um den ersten westdeutschen *Fachverlag im Medienverbund* mit den Schwerpunkten Begleitmaterialien zu Funk- und Fernsehkursen, Ausbildungs- und Fortbildungsprogramme. Bis Ende 1973 wurden 168 Begleitbücher für Medienverbundprogramme herausgegeben.⁸

Als Multi-Media-Konzern soll die TR-Verlagsunion den AV- und Video-Kassetten-Markt erschließen helfen.

Die TR-Verlagsunion ist eine Gemeinschaftsgründung des Bayerischen Rundfunks (BR) und des Südwestfunks (SWF) sowie von Verlagsunternehmen aus verschiedenen Bereichen. Von den genannten marktbeherrschenden Wissenschaftsverlagen sind die Beck-Gruppe (München), die Bertelsmann-Gruppe und die Springer-Verlage (Berlin/West — Heidelberg — New York) beteiligt. Insgesamt waren neben dem BR und dem SWF 22 Verlage aus verschiedensten Verlagsbereichen (Belletristik, Sachbuch, Schulbuch, Jugendbuch, wissenschaftliche Literatur) an der Gründung als Gesellschafter bzw. assoziierte Verlage be-

⁷ Nämlich: TR-Verlagsunion in Österreich GmbH, Wien; TR-Verlagsunion AG, Zürich.

⁸ Die folgenden Angaben über die Verlagsunion nach: *buchmarkt*, 10 (1975) 5, S. 32—34.

teiligt. Dabei sind die Anteile am Stammkapital (bei der Gründung: 475 000 DM) nach einem Schlüssel festgeschrieben: ein Verhältnis von 60:40 muß hinsichtlich der Anteile der Beteiligengruppen Verlagsunternehmen (60 %) und Rundfunkanstalten (40 %) gewahrt bleiben. Seit dem 25. April 1975 sind infolge unerwartet geringer Umsatz- und Gewinnentwicklung der letzten Jahre und nach einer finanziell für notwendig erachteten Erhöhung des Kapitals auf 890 000 DM, sowie einer Kreditaufnahme von 400 000 DM auf zwei Jahre verschiedene Verlage als Gesellschafter der TR-Verlagsunion ausgeschieden. Freilich sind Bertelsmann, Beck und Springer nach wie vor unter den derzeit 16 Gesellschaftern, die sich mit dieser Organisation das Geschäft auf dem AV-Medien- und Kassetten-Markt versprechen dürften. Das Lenkungsorgan der TR-Verlagsunion, ein Aufsichtsrat, besteht derzeit aus W. Reichelt als Vorsitzendem (Klett-Verlag), Vertretern von BR und SWF sowie der Verlage Ehrenwirth, Langenscheidt und der Bertelsmann-Verlagsgruppe.⁹

Zu erwähnen bleibt schließlich die am 2. Oktober 1973 gegründete „Arbeitsgemeinschaft wissenschaftliche Literatur e. V.“, die eine „Studie zur Situation der wissenschaftlichen Literatur heute“ in Auftrag gab. Außer den Wissenschaftsverlagen des Bertelsmann-Konzerns, der ja bekanntlich seit Ende der 50er Jahre den westdeutschen Büchermarkt permanent ausforschen läßt und insofern keiner fremden sozialwissenschaftlich-marktstrategischen Auslotung des Büchermarktes oder seiner einzelnen Sektoren bedarf, gehören der „Arbeitsgemeinschaft“ sowohl die vier größten Wissenschaftsverlage (Springer, Kohlhammer, Beck, Thieme) als auch 25 weitere Wissenschaftsverlage an (obwohl die Differenzierung nicht immer eindeutig ist, sind bisher keine Schulbuchverlage Mitglieder der „Arbeitsgemeinschaft“). Als größere und bekanntere wissenschaftliche Verlagsunternehmen mit über 10 Millionen DM Umsatz (1973) sind dabei zu nennen: Paul Parey Verlag, Hamburg/Berlin-West, mit etwa 25 Mill. DM Umsatz (Bereiche: Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Naturwissenschaften, Land- und Forstwirtschaft), der Münchner Carl Hansen Verlag mit etwa 20 Mill. DM Umsatz 1973 (bei 140 Beschäftigten; Bereiche: Gesellschaftswissenschaften einschl. Sozial- und Wirtschaftswissenschaften sowie Literaturwissenschaften, Naturwissenschaften einschl. Medizin, Mathematik, Technik/Industrie/Handwerk/Gewerbe); der Verlag Chemie GmbH., Weinheim/Bergstraße, mit über 20 Mill. DM Umsatz 1973 (bei etwa 190 Beschäftigten) mit dem Schwerpunktprogramm Medizin, Naturwissenschaften, Mathematik, der R. Oldenbourg-Verlag GmbH., München, mit 18,5 Mill. DM Jahresumsatz 1973 (bei etwa 120 Beschäftigten) mit den Schwerpunktbereichen Technik, Geschichte/Philosophie/Politik sowie traditionelle und bekannte Wissenschaftsverlage mit geisteswissenschaftlichen Schwerpunkten wie Walter de Gruyter & Co., Berlin (West) mit etwa 16,5 Mill. DM Umsatz (1973), der Alfred Metzler Verlag, Stuttgart, mit etwa 10 Mill. DM Jahresumsatz 1973 und der Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen, mit ebenfalls etwa 10 Mill. DM Jahresumsatz 1973.¹⁰

Auch und gerade die großen und renommierten wissenschaftlichen Verlage sind objektiv öffentlich subventionierte Unternehmen. Wenn es zutreffend ist, daß die wissenschaftlichen Zeitschriften etwa die Hälfte der Druckwaren der Wissenschaftsverlage der BRD ausmachen¹¹ und die wissenschaftlichen Zeitschriften

⁹ Vgl.: *buchmarkt*, 10 (1975) 6, S. 16B.

¹⁰ Mitgliederliste nach: *Studie zur Situation der wissenschaftlichen Literatur heute*, Stuttgart 1975, S. 93/94; Umsätze nach: *Die Konzentration im Presse- und Verlagswesen*, S. 46/47; Verlagsbereiche nach: *Olzog/Vinz: Dokumentation deutschsprachiger Verlage*, München 1974 (5. Auflage).

¹¹ FAZ 236/75, S. 10.

vor allem (und in höherem Maße als die Fachzeitschriften) über öffentliche Haushalte indirekt finanziert werden — nämlich über das Literaturversorgungssystem der öffentlichen und wissenschaftlichen Bibliotheken —, dann handelt es sich mithin um einen typisch staatsmonopolistischen Wirtschaftssektor, in dem durch Vermittlung des Staates zwar die Kosten der Allgemeinheit aufgebürdet, die Gewinne freilich privatisiert sind. Es verwundert daher nicht, wenn sowohl von Seiten des Bundesverbandes Deutscher Zeitschriftenverleger als auch der Arbeitsgemeinschaft Wissenschaftliche Literatur zunehmend weitere und verstärkte öffentliche Subventionierung der Fach- und wissenschaftlichen Zeitschriften gefordert wird.¹²

Im Lichte dieser Tatsachen wird die Forderung nach demokratischer Kontrolle der von der Kostenseite her faktisch sozialisierten Bereiche verständlich. Schließlich unterwirft der Konzentrationsprozeß im Bereich der wissenschaftlichen Literatur auch diesen Bereich des Büchermarktes zunehmend dem Profitkalkül der großen Verlagsunternehmen, was wiederum handfeste Auswirkungen auf das Programmangebot hat. Es sei hier beispielsweise an die sogenannten „Verschlankungen“ gerade der tendenziell demokratischen politisch-wissenschaftlichen Reihen 1975 erinnert: beispielsweise daran, daß im Fischer-Taschenbuchverlag des Holtzbrinck-Konzerns ab April 1976 die beiden politisch-wissenschaftlichen Reihen „Arbeiterbewegung — Theorie und Geschichte“ und die für die öffentliche Diskussion ungleich wichtigeren „Texte zur politischen Theorie und Praxis“, auf Weisung der Konzernleitung eingestellt werden. Die „Verschlankungen“ politisch-wissenschaftlicher Literatur und das Scheitern wissenschaftlicher Projekte und Zeitschriften in Konzernverlagen¹³ zeigen, daß die entsprechenden Verlagsunternehmen ihre inhaltlich bestimmte Interessenpolitik mit Buch und Zeitschrift verstärkt wahrnehmen und versuchen, zunehmend rechte Programme zu realisieren.

Gerade der größte westdeutsche Medienkonzern Bertelsmann, der auch in der Gruppe der Buch- und Fachzeitschriftenverlage im Geschäftsjahr 1974/75 mit ca. 183 Mill. DM Umsatz wahrscheinlich die Spitzenposition einnehmen wird, orientiert zunehmend auf Erweiterung seiner Markt- und Machtstellung im Bereich von Fach- und wissenschaftlichen Büchern und Zeitschriften. Bertelsmann ist sowohl durch (druck-)technische Kapazitäten, durch die Finanzpolitik („hohe Selbstfinanzierungsrate“, u. a. durch ein apartes Zwangssparmodell der Belegschaft) sowie durch Profite und Rücklagen und organisatorische Maßnahmen, vor allem Rationalisierung, in der Lage, in diesen genannten Bereichen trotz des derzeitigen Anzeigenrückgangs beispielsweise im Fachzeitschriftengeschäft zu verdienen.¹⁴

Unter den derzeit herrschenden Produktions- und Distributionsverhältnissen aber bedeutet die zunehmende Konzentration im Bereich der wissenschaftlichen Literatur immer eine Einengung auch der inhaltlich antimonopolistisch-demokratischen Publikationen und Publikationsmöglichkeiten — was im Bereich der Gesellschaftswissenschaften offensichtlich ist, jedoch ebenso auf natur- und ingenieurwissenschaftliche Bereiche zutrifft. Das trifft nicht allein die Autoren, sondern vor allem die Öffentlichkeit als Bescheidung demokratischer Diskussionsmöglichkeiten über wissenschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung.

¹² Vgl. *Handelsblatt*, 202/75, S. 3; FAZ 236/75, S. 10; *Blick durch die Wirtschaft*, 249/75, S. 1.

¹³ Beispielsweise der „Zeitschrift für Frankreichforschung — Lendemains“, die aufgrund unannehmbarer Bedingungen des Verlages nicht im Fischer-Athenäum-Verlag des Holtzbrinck-Konzerns erscheinen konnte und nun im Verlag Sozialistische Politik, Berlin/West, erscheint.

¹⁴ So der Leiter der Verlage des Bertelsmann-Konzerns, U. Wechsler; zit. nach: FAZ, 174/75, S. 15; zur Selbstdarstellung der Bertelsmann-Verlage, s. *bertelsmann texte* 3, Gütersloh 1975, S. 5-10.

Blüte und Bedrohung der Theater sind hierzulande eng verknüpft mit Wirtschaftswachstum und Wirtschaftskrise. Nicht zum erstenmal nach den Jahren faschistischer Kulturbarbarei springt dieser Zusammenhang ins Auge. Schon kurz nach Etablierung der Bundesrepublik Deutschland wurde unseren Theatern der Existenzkampf von außen aufgezwungen. Damals führte man das Theatersterben auf Währungsreform und preistreibenden Korea-Krieg zurück. Die meisten der nicht-subventionierten Privattheater mußten diesem stummen Zwang der ökonomischen Verhältnisse erliegen. Doch mit dem Aufschwung wuchs wieder die Hoffnung. „Die vielberufene Theaterkrise ist tatsächlich überwunden“, stellte der Vorsitzende der Genossenschaft Deutscher Bühnen-Angehöriger (GDBA) 1953 erleichtert fest. Und: Einen „Todeskampf“ des Theaters hätte es nicht gegeben und würde es in Zukunft niemals geben.¹ „Muß das Theater sterben?“, fragt rund 20 Jahre später ein illustriertes Massenblatt auf der Titelseite.² Diesmal ringen die öffentlich subventionierten Stadt- und Landestheater um ihre Existenz. Mit der Begründung einer angeblichen Kosten-Explosion im Theaterbereich wird Stimmung gemacht, den „Moloch Theater“ einzuschrumpfen.³

Spartenabbau, Fusionen und Schließungen, kurz: die Demontage von Theatereinrichtungen bedeutet für die Bühnenangehörigen Erwerbslosigkeit. Von ihrem einheitlichen Vorgehen wird weitgehend abhängen, wie erfolgreich der Kampf um Erhalt und Ausbau der Theater geführt werden kann. Doch sind auf diesem Weg außerordentliche Hindernisse zu überwinden, vor allem Stadesbewußtsein und Konkurrenzverhalten. Noch immer lassen sich Bühnenkünstler leicht vereinzeln: ideologisch durch den tradierten Kult vom „frei“ geprägten Künstlertum, materiell durch weitgehend „frei“ ausgehandelte Gagen. Oft verstehen diese sehr konkreten Schwierigkeiten den Blick für allgemeine Zusammenhänge und Abhängigkeiten. Das erhöht die Verantwortung der organisierten Interessenvertretung und ihrer leitenden Organe. Zumal, wie sich zeigen wird, der Staat selbst zum Kontrahenten wird, nötigt er die Gewerkschaft zu einer übergreifenden, einer politischen Handlungsorientierung.

Wichtigstes Sprachrohr des Hauptvorstands der Bühnenengossenschaft ist die gewerkschaftseigene Zeitschrift. Im folgenden soll darum untersucht werden, ob sich im Zuge der gegenwärtigen Bedrohung der Theater ein Wandel des GDBA-Organs *bühnenengossenschaft* verzeichnen läßt. Doch bevor in einer solchen Inhaltsanalyse die Entwicklung gewerkschaftlicher Aktionen und Diskussionen nachgezeichnet werden kann (Teil II), ist in einem ersten Schritt eine Bestandsaufnahme der sogenannten Theater-Krise, ihrer Ursachen und möglichen Bekämpfung zu leisten (Teil I).

¹ Heinrich Wüllner in: „Die bühnenengossenschaft“ Nr. 2/1953, S. 29.

² „Muß das Theater sterben?“, in: „stern“ Nr. 8/1974, S. 28–36.

³ „Schrumpft die Oper gesund!“, in: „stern“ Nr. 46/1975, S. 119–124.

I. Hintergründe und Gegenwehr

„Der gewaltige Kampf, der am Ende des neunzehnten Jahrhunderts bei allen Nationen zugleich entbrannt ist, und der im wirtschaftlichen Verhältniß der Arbeitnehmer zu den Arbeitgebern seinen Ausgangspunkt hat — er hat auch in das sonst so friedliche Gebiet der Kunst hinübergegriffen, und hier (...) haben nun gewichtige principielle Kämpfe stattgefunden und die ‚sociale Frage‘, diese brennendste aller Fragen unseres Jahrhunderts, hat auch hier zu vielfachen Erörterungen (...), aber leider auch zu erbitterten Befehlungen Anlaß gegeben.“

Deutscher Bühnen-Almanach, 1891

„Noch wird unsere Gesellschaft von dem Grundkonflikt aller privatkapitalistischen Ordnungen beherrscht: dem Widerspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Verfügungsmacht und Aneignung.“

DGB-Vorsitzender Heinz Oskar Vetter, 1971

1. Hiobsbotschaften aus der westlichen Welt

Eine Theaterkunst, frei von allen Geldgeschäften und fern von allen Klassenkämpfen — diese einst gern gehegte Illusion wird nun von ihren eigenen Verfechtern über Bord geworfen. Sparkommissare haben die Regie übernommen. Und wenn nicht gekämpft worden wäre, eine ganze Reihe von Theatern wäre dem Rotstift zum Opfer gefallen. So sollten oder (wo es nicht verhindert werden konnte) mußten folgende Bühnen ihre Orchester auflösen, ihre Ensembles austauschen oder ganz ihre Häuser schließen: Lüneburg/Verden (1969), Hagen (1969), Wiesbaden/Darmstadt (1970), Hannover (1971), Cuxhaven (1971), Hildesheim (1971), Heidelberg (1971), Münster (1971), Flensburg/Rendsburg/Schleswig (1972), Dortmund (1972), Kiel (1973), Wiesbaden (1973), Frankfurt („TAT“/1973), Dortmund (1974), Bonn/Köln (1974), Hamburg („Thalia“/1974), Aachen (1974), Kleve (1974), Oberhausen (1974), Detmold/Bielefeld (1974), Verden (1975), Neuwied (1975).

Diese Bedrohung von Theatern und Orchestern wird hierzulande, sei's mit echtem oder mit gespieltem Bedauern, allzu schnell auf die „Finanzmisere deutscher Theaterstädte“⁴ zurückgeführt. Nun läßt sich die Verschuldung unserer Kommunen nicht von der Hand weisen, doch schon ein Blick über die Grenzen westwärts zeigt, daß die Finanzmisere keine „deutsche“ allein sein kann. Setzt man einmal die nur verstreut publizierten Pressemeldungen von 1975 wie Mosaiksteinchen zusammen, so ergibt sich folgendes Bild: USA: Sogar die Metropolitan Opera in New York, die wie alle größeren Musikinstitute hauptsächlich auf die Stiftungslaune privatkapitalistischer Mäzene angewiesen ist, kündigte Kürzungen bei Gehältern und Spielplänen an, um die Spielzeit 76/77 ohne „Zusammenbruch“ über die Bühne zu bringen. Während die kommerziellen Bühnen am Broadway in der abgelaufenen Saison 74/75 Rekordentnahmen verbuchen konnten, sind die institutionellen Theatergruppen vom Off-

⁴ So im „stern“ Nr. 8/1974, S. 31.

Broadway „dem Siechtum verfallen“, denn private Spenden und die ohnehin kärglich bemessenen Staatszuwendungen wurden erheblich gekürzt. *Italien*: Die Musiktheater sahen sich gezwungen, mit Bankkrediten ihre Spielpläne zu retten; trotz ausverkaufter Häuser und durchschnittlich 83prozentiger Staatssubvention standen zu Beginn des vergangenen Jahres 13 renommierte Opernhäuser „vor dem Abgrund“. In der Mailänder Scala pfändete der Gerichtsvollzieher Bühnenbestände, bis die italienische Regierung die Zigmillionen-Bürgschaft übernahm. *Frankreich* vermeldete die „kritische Finanzlage“ seiner Oper; erhöhte Eintrittspreise und ein außerordentlicher Staatszuschuß sollten aus der Krise helfen. *England*: Auch hier befanden sich die Theater in „ernsten Schwierigkeiten“, selbst die traditionell berühmtesten waren von Schließung bedroht. Da allen voran die Musiktheater mit „finanziellen Schwierigkeiten“ ringen, haben die Direktoren der bedeutendsten westeuropäischen und amerikanischen Opernhäuser für dieses Jahr eine gemeinsame Beratung verabredet. Bemerkenswerterweise treten trotz unterschiedlicher Finanzierungsformen die gleichen Finanzierungslücken auf, wie ein Vergleich zwischen den USA (extrem hohe Privatbeteiligung) und Italien (extrem hohe Staatsbeteiligung) deutlich macht. Angesichts solcher Gemeinsamkeiten war die Behauptung einer spezifisch „deutschen“ Finanzmisere nicht länger aufrechtzuerhalten. Und so entdeckte der *stern* 1975, daß die Musiktheater „in aller Welt“ von Krisen befallen seien⁵. Doch wieder zeigt ein Blick über die Grenzen, diesmal nicht nur westwärts, daß von einer „weltweiten“ Krise nur auf der halben Welt die Rede sein kann. Denn aus dem sozialistischen Teil der Welt sind weder Konjunkturflaute noch Hiobsbotschaften für Kulturschaffende zu vermelden. In der *Sowjetunion* übernimmt — gemäß dem Leninschen Dekret zur Nationalisierung aller Theater — nach wie vor der Staat den Unterhalt seiner Bühneneinrichtungen und garantiert den Schauspielern eine ständige Gage. Und in der *DDR*, wo (auch) am Theater nichts ohne die Gewerkschaft geht, sind die Schauspieler praktisch unkündbar bis ans Lebensende. Allein dieser, noch an der Oberfläche von Pressemeldungen haftende Eindruck zeigt: Existenzbedrohung für Theater scheint ein Symptom der hochentwickelten und hochgerüsteten Staaten der kapitalistischen Welt. Sie spitzt sich zu in Form von Sparmaßnahmen und Demontagevorhaben auf dem Tiefpunkt des wirtschaftlichen Krisenzyklus⁶. Wer jetzt von „Theater-Krise“ redet, der vertuscht, daß nicht das Theater, sondern diese Wirtschaftsordnung in der Krise steckt.

2. Relativer Kulturabbau in der Bundesrepublik und Westberlin

Die ökonomische Bedrohung der Theater kann nicht isoliert betrachtet werden von der ökonomischen Situation der kulturellen Einrichtungen allgemein. Zahlen belegen, daß bei der staatlichen Umverteilung des Nationaleinkommens die Kulturaufwendungen nicht Schritt halten mit dem Wachstum anderer Bereiche.⁷ Während den Städten und Gemeinden nur rund 11 % vom gesamten Steueraufkommen zufließt, tragen sie seit Beginn der 70er Jahre mehr als die

⁵ So im „stern“ Nr. 46/1975, S. 121.

⁶ Zu den Daten: siehe Kaspar Maase „Kultur als Politik betrieben“ in diesem Heft, sowie K. Fohrbeck/A. J. Wiesand, Der Künstler-Report, München—Wien 1975, vor allem Tabellen 34 und 35 auf S. 176.

Hälfte aller öffentlichen Ausgaben für Kunstpfllege und Erwachsenenbildung. Die relative Verknappung der Kulturausgaben macht sich darum zuerst in den kommunalen Haushalten bemerkbar. Vor dieser Tatsache nun kann auch der *stern* seinen Lesern nicht die Augen verschließen. Erwähnt wird immerhin, daß „der prozentuale Anteil der Kulturaufwendungen im Gesamthaushalt der Städte und Gemeinden rückläufig ist“ ...⁸ Sparmaßnahmen am Kulturetat sind leichter vorzunehmen als anderswo, weil dieser je nach Möglichkeiten und Bedarf erweitert und häufiger noch beschnitten werden kann. Wer könnte schon zwingend begründen, was kultureller Bedarf ist? Und wenn, ein Rechtsanspruch auf Kulturfinanzierung ist gegenüber den Kommunen nicht einklagbar. Verwaltungsrechtlich zählen die Kulturaufwendungen zu ihren „freiwilligen“ Selbstverpflichtungen.

Mit solchen Überlegungen jedoch läßt sich nur oberflächlich rechtfertigen, warum die Städte und Gemeinden den Roststift zuerst beim Haushaltsposten Kultur ansetzen. Denn die bewegenden Gründe, die zu solchem „Zugzwang“ treiben, liegen in ganz anderen Bereichen der Kommunalwirtschaft. An den Rand des Finanzkollaps ließen sich Städte und Gemeinden nicht etwa durch gestiegene Kulturanforderungen bringen; dieser Mini-Posten macht nicht mehr als 3 bis 6 Prozent ihres Gesamthaushalts aus! Immens gewachsen sind dagegen die Ausgaben für infrastrukturelle Dienstleistungen, welche von Großunternehmen zwar in Anspruch genommen, nicht aber angemessen honoriert werden. Hochgeschraubt sind ferner die Preise für Grunderwerb und Neubauten, welche den Kommunen aufgezwungen werden von privaten Bodenspekulanten und Baukonzernen; während auf der anderen Seite Billiggrundstücke und Geldspritzen aus Gemeindehand an Industrieansiedler gehen. Um das 29fache vergrößert hat sich auf diesem Weg die kommunale Schuldenlast von 1953 bis 1974, von 2,8 Milliarden DM auf 68 Milliarden. Doch selbst aus dieser enormen Verschuldung wird hierzulande Gewinn gezogen. Nach einer Berechnung des „Bundes Deutscher Steuerzahler“ kassieren die Großbanken pro Minute 18 000 DM Zinsen aus dem Steuersäckel der Kommunen!

Im August 74 sah sich der „Deutsche Städetag“ zu der Warnung veranlaßt: „Die Gemeinden nähern sich einer gefährlichen Haushalts- und Finanzkrise. Die Strukturkrise umfaßt alle kommunalen Einheiten. Die Städte haben alle Möglichkeiten bis zum Rand des Zumutbaren ausgeschöpft.“ Die „Möglichkeiten“ ausschöpfen heißt im Klartext: einerseits ständig neue Tarifsteigerungen für Nahverkehr, Gas, Strom und Dienstleistungen; andererseits Mittelkürzungen im Sozial- und Bildungsbereich. Und natürlich im Kulturetat, vorrangig beim Theater, das als personalintensivste und „kostspieligste“ Kulturinstitution gilt. Außerdem des Theaters also — und nicht, wie die Massenpresse weismachen will, bei schwindelerregenden Gagen und verschwenderischen Betriebskosten — liegt der eigentliche Grund dafür, daß „der Punkt erreicht (scheint), da die Stadtväter landauf, landab höhere Zuwendungen für den Moloch Theater als unvertretbar ansehen.“⁸

⁷ „stern“ Nr. 8/1974, S. 32.

⁸ Ebenda.

3. Theaterabbau in der Bundesrepublik und Westberlin

3.1. Kommunen im Finanznotstand: Theater trifft's zuerst

„650 Millionen Mark haben Länder und Gemeinden in der Bundesrepublik 1973 für ihre Bühnen bezahlt. Die Ausgaben steigen, die Einnahmen stagnieren. Stadtväter drohen mit der Schließung der Theater.“⁹ So simpel liest sich das in der Presse, wenn die wichtigsten Zusammenhänge verborgen bleiben! Eine solche Berichterstattung, die Halbwahrheiten aneinanderkoppelt, um der Schlussfolgerung den Anstrich von Vernunft zu geben, hat plumpen Rechtfertigungscharakter — selbst wenn sie ohne direkte Lüge auskommt. Denn es ist ungelogen, daß die Entwicklung von Ausgaben und Einnahmen auseinanderklafft. So liegt, nach einer Theaterstatistik des „Deutschen Bühnen-Vereins“, die Steigerung der Einnahmen aus dem Kartenverkauf bei 5,5 %, während die Gesamtausgaben der Theater um 8,5 % kletterten (berechnet für 1973 gegenüber der Spielzeit 71/72). Doch immerhin: die Einnahmen wachsen! Und im Vergleich mit einer allgemeinen Preissteigerung von 6 bis 7 % hat die Ausgabensteigerung der Theater nichts Außergewöhnliches mehr. Das mußte selbst der ehemalige Bundeskanzler Brandt bescheinigen, als er die gestiegenen Theaterkosten ins Verhältnis setzte zu den Kostensteigerungen in anderen Bereichen: „Der prozentuale Anteil der Theater an den allgemeinen Ausgaben hat sich jedoch, das sollte man nicht übersehen, nicht erhöht.“¹⁰ Wenn die Kommunen sich also „gezwungen“ sehen zu Einsparungen, dann erfolgt diese Nötigung keineswegs aus der Unersättlichkeit des „Molochs Theater“.

Niemand wird behaupten können, die Stadtväter nähmen leichten Herzens Abschied von ihren Repräsentanz-Theatern. Einsparungen am Theater gehen außerdem nie reibungslos über die Bühne. Denn anders als bei Rationalisierungen im Industriebereich, wo solche Maßnahmen ohne Vernichtung von Arbeitsplätzen immerhin möglich wären (wenn auch unter kapitalistischen Bedingungen selten möglich *gemacht* werden), lassen sich Einsparungen am Theater nicht vornehmen ohne massive Entlassungen. Der Personalkosten-Anteil bei Bühnen und Orchestern beträgt 80 %, jede Sparmaßnahme muß also Stellenabbau zur Folge haben.

Einerseits in die Enge getrieben von den Finanznöten, andererseits von der Vision geplagt, neuerbaute Schauspiel- und Opernhäuser verwiesen und soziale Unruhe in der Bürgerschaft riskieren zu müssen, baten die Stadtväter den nächsthöheren Finanzierungspartner zur Kasse. Im November 73 verabschiedete das Präsidium des „Deutschen Städtetages“ eine Erklärung über „Aufgaben und Finanzierung der städtischen Theater“. Sie enthielt zum einen die Aufforderung, die Finanzierung der Theater als „öffentliche Pflichtaufgabe“ anzuerkennen, zum anderen die deutliche Forderung an die Länder, ein Drittel des Finanzierungsbedarfs zu übernehmen.

Zwar lag nach Angaben der Theaterstatistik 72/73 der Anteil der Bundesländer an den notwendigen Theaterzuschüssen ohnehin bei 39 % (Gemeinden: 58 %, Bundesregierung: 0,3 %, Rest sonstige Stellen). Doch ist zu berücksichti-

⁹ Ebenda, S. 28.

¹⁰ Willy Brandt als Bundeskanzler am 17. 9. 1972 zum Thema „Theater als Politikum“.

gen, daß die Länder vorrangig Träger der Staatstheater sind und die städtischen Theater „freiwillig“ und ohne zwingenden Ausgleich der Fehlbeträge bezuschussen. Nach wie vor sind also Bühnen und Orchester auf fallweise Gnadendotationen vor allem der Kommunen angewiesen. Und daß sie — ob städtisch oder privat — zwar ein Anrecht auf Berücksichtigung, doch keinen Anspruch auf tatsächlichen Zuschuß haben, diesen feinen Unterschied hat der Bundesgerichtshof 1975 ausdrücklich festgehalten. Im jahrelangen Subventionsstreit zwischen der Westberliner „Kleinen Oper“ und dem Finanzsenator der Stadt wurde, grundsätzlich und geradezu richtungsweisend für folgende Fälle, geurteilt, daß Subventionen jederzeit widerrufbar sind: „Die kulturstaatliche Aufgabe, ein freiheitliches Kunstleben zu erhalten und zu fördern, schließt nicht aus, daß der Staat bei seinen positiven wirtschaftlichen Förderungsmaßnahmen im kulturpolitischen Raum auch wirtschafts- und finanzpolitische Gesichtspunkte berücksichtigen darf.“ Der konjunkturbedingte Rotstift im Kulturretat ist damit aktenkundig geworden! (Aktenzeichen III ZR 8/72)

3.2. Die Länder greifen ein: Mehr Geld für weniger Theater

Aus der Überforderung der Kommunen als Theaterträger hatte bislang nur das Land Baden-Württemberg die Konsequenz gezogen; seit 1968 übernimmt es 40 % der Kosten seiner kommunalen Theater. Der Unterschied zu anderen Ländern war gravierend. Während in Baden-Württemberg die Theater und Orchester 2,93 DM pro Einwohner jährlich aus der Länderkasse erhielten, machte der entsprechende Zuschuß im bevölkerungs- und theaterreichsten Land der Bundesrepublik, in Nordrhein-Westfalen, weniger als eine Mark aus. Nur zögernd und in modifizierter Form kamen weitere Länder der Forderung nach Drittelpartei-Beteiligung nach. Seit 1974 schließt Niedersachsen 40 % zu den Theater-Fehlbeträgen zu; Nordrhein-Westfalen entschloß sich Anfang 1975, die Landeszuschüsse für Theater von 15 auf 35 Millionen DM zu erhöhen und erstmalig im Finanzierungsausgleichgesetz zu verankern.

Freilich förderte die kommunale Entlastung zunächst ein neues Problem zutage: die Verlagerung der Theaterfrage in die Kultusbürokratie der Länder. Bereits 1973 hatten Nordrhein-Westfalen und Hessen Kommissionen beauftragt, welche die Neuorganisation des Theaterwesens vorbereiten sollten. Was die Aufteilung der Theaterzuschüsse betrifft, so kamen die Strukturkommissionen zu gleichen Ergebnissen. Hier wie dort wurde eine Drittelpartei-Beteiligung der Länder an den Kosten aller öffentlichen Theater vorgeschlagen. Ein weiteres Drittel sollte von der Region aufgebracht werden, die ihre Einwohner in die Theater der zentralen Kommunen schickt, das letzte Drittel hätten eben diese Kommunen zu übernehmen.

Über die vorgeschlagene Mitsubvention durch kleine Umfeldgemeinden läßt sich streiten (meines Erachtens wird hier ein falscher, weil wieder nur finanzschwacher Sündenbock angepeilt). Die angekündigte Erhöhung der Länderzuschüsse ist natürlich zu begrüßen — doch erwies sich das Versprechen erst einmal als Lockmittel mit Widerhaken. Es schlugen nämlich die nordrhein-westfälischen Reformer im gleichen Atemzug eine „wirklich flächendeckende Kulturversorgung“ vor. Dabei sollte ein Musiktheater ein Einzugsgebiet von

800 000, ein Sprechtheater von 400 000 Einwohnern haben. Wäre dieser Plan zur „Rettung“ der Theater durchgekommen, er hätte die Demontage von Theatern bewirkt. Der „flächendeckenden“ Planierung wären 6 der 14 Musikbühnen in diesem Land zum Opfer gefallen! Im November 1974 legten die Bürokraten Nordrhein-Westfalens einen zweiten Strukturplan vor.¹¹ Wieder wurden die Finanzversprechen zweckgebunden an Zwangsfusionen, wieder wurde der Rechenschieber als Maßstab für Kulturbedürfnisse eingesetzt. Zuteilung von Theater unterscheidet sich hier nicht von Zuteilung irgendeines Stückguts, und unter dem Vorwand großzügiger „Planung“ wird auf Landesebene dieselbe Ausweg angeboten wie auf kommunaler: Theaterabbau!

Erschreckenderweise haben unsere regierenden Parteien den Vorschlag einer Zwangsfusion als Bedingung für Theaterfinanzierung sogleich verallgemeinert wollen. In ihren kommunalpolitischen Programm-Entwürfen finden sich Formulierungen wieder wie: „Zuordnung ... zu tragfähigen Einzugsgebieten“ und „flächendeckendes Angebot“ (SPD, Oktober 1974); „Rentabilität ... durch Theaterverbund“ und „größere Flächenbedienung“ (FDP, Juli 1975). Nur zu Recht sind solche Demontage-Pläne schon im frühesten Stadium auf den erbitterten Widerstand von Bevölkerung und Gewerkschaft gestoßen. Zu Recht auch wurde der Dirigismus, mit dem Theater auf Landesniveau verschoben und zusammengelegt werden sollen, als gesetzeswidrig kritisiert. Nach Artikel 28 GG muß den Gemeinden „das Recht gewährleistet sein, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln“. Bliebe die Verwaltung der städtischen Theater nicht in der Verantwortung der Kommunen, so könnten überregionale Ring- und Verbundsysteme die ohnehin gestörte Bürgernähe des Theaters gänzlich zunichte machen. Bühnen, die nur von Gastensembles bespielt werden, und Schauspieler, die aus dem Koffer leben, werden sich kaum in der einheimischen Bevölkerung verankern und in Ruhe zu kollektiven Leistungen heraufarbeiten können. Der dirigistische Eingriff der Länderregierungen muß darum abgewehrt werden, ihre Kulturhöheit begrenzt bleiben auf die Schutzfunktion. Der Auftrag der Länderverfassungen, Kunst zu fördern, kann nur heißen, deren Entfaltung materiell zu gewährleisten.¹² Doch über die Länder hinaus muß der Bund in die Pflicht genommen werden. Die im Grundgesetz gebotene Garantie der Kunstfreiheit (Artikel 5, 3 GG) läßt sich, wie die Autoren des „Künstler-Reports“ empfehlen, durchaus als „Verpflichtung zur aktiven Förderung der kulturellen Vielfalt“ begreifen.¹³ Gesonderte Bundes-Zuschüsse für das Theater oder/und generell ein höherer Anteil aus dem Steuertopf könnten den Gemeinden und Städten zum Ausbau ihrer Theater verhelfen, ohne daß damit die Unabhängigkeit der Kommunalverwaltung oder die Kulturhöheit der Länder unterlaufen würde.

¹¹ Vgl. Rudi Treiber, Kulturdemontage? Detmold zum Beispiel, in: „Deutsche Volkszeitung“ Nr. 4/1975, S. 17.

¹² Vgl. die Argumentation von Wolfgang Storch, Zur Lage der Theater in der Bundesrepublik, in: „Deutsche Volkszeitung“ Nr. 45/1974, S. 11.

¹³ Karla Fohrbeck/Andreas Johannes Wiesand, Der Künstler-Report, a.a.O. S. 363.

3.3. Der Bund verbirgt sich hinterm Grundgesetz: Theater ohne Bildungsauftrag

Die Möglichkeit einer Bundesbeteiligung brachten 1973 die Kulturdezernenten Frankfurts und Nürnbergs in die Diskussion (und natürlich die GDBA, über deren Aktivitäten in Teil II die Rede sein wird). In einem Brief an den damaligen Bundeskanzler Willy Brandt forderten sie die Bundesregierung auf, „mit vordringlicher Eile einen Finanzierungsplan (zu) entwerfen, der den Gemeinden hilft, das Theater in die Zukunft hinein zu retten ...“ Brief und Antwort erregten darum soviel Aufsehen, weil das Bundeskanzleramt mit ungewohnter Schärfe das Grundgesetz herbeizitierte und auf die Kulturhöheit allein der Länder pochte. (Skrupel übrigens, die 1969, zwecks Vereinheitlichung der Bildungsplanung, per Verfassungskorrektur ausgeräumt wurden! Mit Artikel 91 a und b GG ist das „Mitwirken“ des Bundes an Länderaufgaben wie auch das „Zusammenwirken“ von Bund und Ländern im Bildungsbereich ermöglicht.) Hämischt kommentierte die großbürgerliche FAZ die Nöte und Vorschläge der beiden Kultur-Reformer: „So nimmt der Brief sich aus wie eine Gestikulation der Dezernenten, die von den Schwierigkeiten in ihrer Stadt unter Druck geraten.“¹⁴ Und mit dem Verweis auf die CDU-Lösung in Baden-Württemberg wird knapp beschieden: „Das Finanzierungsproblem muß auf Landesebene gelöst werden.“

In denkbar demagogischer Absicht griff die CDU/CSU die Initiative der beiden SPD-Kulturpolitiker Hoffmann und Glaser auf und machte sie zum Gegenstand einer parlamentarischen Anfrage. Die sozial-liberale Regierung gab der Opposition die — wohl erwünschte — Antwort: „Wenn der föderale Aufbau unseres Staates nicht ausgehöhlt werden soll, muß es Sache der Länder bleiben, dafür Sorge zu tragen, daß in ihrem Bereich Theater in dem Umfang angeboten wird, wie es den recht verstandenen Bedürfnissen der Bevölkerung entspricht.“¹⁵ Es scheint, als erführe hier das arithmetische Verfahren der (falsch verstandenen!) Bedürfnisermittlung von Nordrhein-Westfalen seine Legitimation durch den Bund. Und prompt haut der *stern* mit Millionenausgabe in dieselbe Kerbe, behandelt den abschlägigen Bescheid der Bundesregierung als unumstößliche Tatsache und fordert die Theater zur Selbstverstümmelung auf: „Das deutsche Theater muß weiterhin von den Ländern und Kommunen unterhalten werden. Weil von dort kaum mehr höhere Zuschüsse zu erwarten sind, werden sich die Bühnen endlich durch innere Reformen selber helfen müssen.“¹⁶ Daß diese „Reformen“ dem „allerhöchsten Kostenfaktor“ Personal, vor allem dem „gewerkschaftlich organisierten“ gelten sollen, wird nicht verschwiegen ...

Auffallend bei der Diskussion um Bundesmittel fürs Theater ist die Heftigkeit der Reaktionen. Bevor überhaupt finanzielle Möglichkeiten in Erwägung gezogen werden, verbarrikadieren sich Regierende und Hofberichterstatter hinter eng gefaßten Gesetzes-Interpretationen. Redet man soviel von Paragraphen

¹⁴ „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ vom 31. 8. 1973, S. 2.

¹⁵ Antwort der Bundesregierung vom 8. 1. 1974 auf eine „kleine Anfrage“ zur finanziellen Lage der Theater.

¹⁶ „stern“ Nr. 8/1974, S. 36.

und so ungern vom Gelde, weil dieses gar nicht so knapp ist, sondern nur in dunklen Kanälen verschwindet? Hält man den Wahnsinn einer Hochrüstung (und damit manch fette Dividende) etwa nicht der Rede wert? Wem nützt das riesige Vernichtungspotential, wenn doch die Völker Europas seit Helsinki ihre Grenzen respektieren und eine Ära friedlicher Zusammenarbeit eröffnen wollen? Fragen, die nicht länger Fremdkörper bleiben dürfen in der Kulturpolitik! Denn dem Fortschritt und Gedankenaustausch zum Trotz sollen die „Verteidigungs“-Kosten 1976 fast ein Drittel des Bundeshaushalts verschlingen (insgesamt 50 Milliarden DM, ausgewiesen 31 Milliarden DM für Rüstung), wird unter dem Deckmantel „innere Sicherheit“ ein kostspieliger Apparat zur Gesinnungsschnüffelei ausgebaut. Für die Verteidigung und Sicherung unserer Theater bleibt die Bundeskasse gesperrt.

4. Notwendigkeit gewerkschaftlicher Aktion: Erhalt und Ausbau unserer Theater

Im ausgehenden 18. und 19. Jahrhundert galt das Theater als Blüte unserer National-Kultur und war Stolz aller wohlhabenden Städtebürger. Im ausgehenden 19. und im 20. Jahrhundert konzentriert sich die Macht dieses Bürgertums auf eine immer kleinere Gruppe von Großindustriellen und Großbankiers. Multinational sind deren Transaktionen, mit denen sich ganze Volkswirtschaften beherrschen und auch erschüttern lassen. Zu ihren Gunsten sind die öffentlichen Hände mit der Umverteilung des National-Einkommens beschäftigt, und der Staat pumpt ihnen gesellschaftliche Mittel zu, die beispielsweise dem Theater (und längst nicht nur dem Theater!) fehlen. So wird heute ein erdrückender Überrest jener großbürgerlichen Kräfte, die das Theater einst förderten, zur Bedrohung des Theaters.

Verdienst des „Arbeitskreises Bertolt Brecht“ ist es, über die materielle Austrocknung der Theater hinaus den ideologischen Gesichtspunkt in die kulturpolitische Diskussion gebracht zu haben.¹⁷ Hervorgehoben wird, daß sich die Theaterkunst am längsten der Vermittlung reaktionärer Inhalte widersetzen konnte. Im Unterschied zu anderen Kunstgattungen, u. a. zu Druck- und Film-Medien, wird man auf unseren Bühnen nur selten direkte Verherrlichung von Gewalt, Krieg und Völkerfeindschaft finden. Klassische wie gegenwärtige Theaterstücke tendieren eher zur Kritik an herrschenden Verhältnissen. Eine Kunst aber, die sich nicht willig vermarkten und unmenschlichen Mächten unterwerfen läßt, die im Gegenteil festhält an der Darstellung eines fortschrittswilligen Menschenbildes, eine solche Kunst „verdient“ nicht mehr den hohen Preis. — Gewiß wird das *politische* Desinteresse am Theater in dieser Deutlichkeit kaum zu Bewußtsein, geschweige denn in Haushaltsdebatten zu Worte kommen. Hier zählen nur die ökonomischen Argumente des Sparkommissars.

Ideologische Rückendeckung aber wird der Theaterdemontage aus der scheinlinken Ecke gegeben, jedoch in sonderbarer Verkehrung der wirklichen Interessenlage: Theater gehöre abgeschafft, weil allzu „bürgerlich“ ... Gern bedienen sich dieser pseudorevolutionären Forderung mittlerweile auch bürgerliche

¹⁷ Vgl. These 13 in den „14 Thesen zur Theaterpolitik“, abgedruckt in: „abb-Nachrichtenbrief“ Nr. 89/1973, S. 16—19.

Staatsvertreter! Unter dem Vorwand, demokratisch und im Dienste des Volkes zu entscheiden, denunzieren sie Theater als Privileg einiger weniger Herrschäften: „Außerdem wird die Bedeutung des Theaters als Mittel der Bewußtseinsbildung, Aufklärung und Politisierung des Volkes von Kritikern in Frage gestellt. Ihr Hauptargument lautet: Nur acht Prozent der Bevölkerung gehen ins Theater. Ein Grund für viele, das Theater als reines Minderheitenvergnügen abzulehnen und die Schließung zu fordern.“¹⁸ Für die Rechtfertigung des Theaterabbaus ist wohl kein Argument verrückt genug! Selbst die geringe Teilhabe des Volkes an Bildung und Kunstgenuß soll herhalten, um dem Theater seine bildende Funktion abzusprechen und ihm den Todesstoß zu versetzen. Doch die zitierten „Kritiker“ haben sich gründlich verrechnet.

„Sicher ist nach den vorliegenden Erhebungen, daß Versuche der Einschränkung kultureller Vielfalt (Stichwort z. B.: „Theaterkrise“), seien sie nun finanziell, politisch oder ästhetisch motiviert, sich nicht auf eine Basis in der Bevölkerung berufen können.“¹⁹ Zu dieser Schlußfolgerung gelangten die Autoren der von der Bundesregierung in Auftrag gegebenen „Künstler-Enquête“. Nur ein geringer Teil der Bevölkerung, so ergab ihre repräsentative Umfrage, nämlich 11 %, hatte Kunst und Künstler für „überflüssig“ erklärt. Besonders überraschend fielen die Ergebnisse einer 1975 von denselben Autoren durchgeführten „Opernstudie“ aus.²⁰ Nicht 5 oder 8 %, wie bislang angenommen, sondern ein Fünftel der Bevölkerung nimmt Anteil am Musiktheater. 21 % aller Bundesbürger besuchen mindestens einmal jährlich Oper, Operette, Musical oder Ballett; 46 % stehen einer öffentlichen Finanzierung der Musiktheater sehr positiv gegenüber. Die Frage nach den Bildungsvoraussetzungen ergab: 16 % der Besucher mit Abitur, 30 % mit Mittelschulabschluß und immerhin über die Hälfte mit Volksschulabschluß. „Elite-Publikum“???

Schließlich: Wer käme auf die Idee, die Schließung unserer Sportstadien zu fordern, als Einschränkung des „Minderheitenvergnügens“ Fußball? Der Gedanke ist so absurd nicht, denn Theater kann sich, einmal quantitativ betrachtet, durchaus messen mit dem Massensport. Eine (sogar noch ergänzungswürdige) Statistik des „Deutschen Bühnen-Vereins“ erfaßt pro Saison 23 Millionen verkaufter Eintrittskarten — mehr als doppelt soviel wie für die Spiele der Bundesliga und der beiden Regionalligen zusammen. „Minderheitenvergnügen“??? Was übrigbleibt von all den Behauptungen der Demontage-Helfer ist wieder nur eine halbe Wahrheit. Denn nicht zu übersehen ist der Unterschied zwischen Bevölkerungsstruktur und Zusammensetzung des Theaterpublikums. Vorrangig sitzen Beamte und Angestellte sowie die Masse der herabgedrückten „kleinen“ Bürger im Parkett, zu wenig noch die Arbeiter aus Industrie- und Dienstleistungsbetrieben. Wer daraus aber einen Gegensatz konstruiert zwischen „arbeiterfeindlichem“ Theater und „theaterfeindlichem“ Arbeiter, der verkennt sowohl die Bündnismöglichkeiten mit dem jetzigen Theaterpublikum als auch die schlummernden Kulturbedürfnisse vieler Werktätiger. Nicht die Abschaffung

¹⁸ „stern“ Nr. 8/1974, S. 32.

¹⁹ Karla Fohrbeck/Andreas Johannes Wiesand, *Der Künstler-Report*, a.a.O. S. 348.

²⁰ Karla Fohrbeck/Andreas Johannes Wiesand, *Musiktheater — Schreckgespenst oder öffentliches Bedürfnis?* Bevölkerungsumfrage zur Kulturpolitik und zum Musiktheater, in: „bühnengenossenschaft“ Nr. 10/1975, S. 11—17.

von Theatern kann „demokratisch“ genannt werden, „sondern die Demokratisierung ihrer Strukturen, Spielpläne und Interpretationsweisen, die es dann möglich macht, ein Arbeiterpublikum zu gewinnen.“²¹ Die Erhaltung von Theatern allein reicht nicht aus, es gibt auch berechtigte Kritik am traditionellen Theatersystem. Seine hierarchische Struktur im Innern und seine auf Repräsentation beschränkte Funktion nach außen sind durch Mitbestimmung und Einflußnahme von Publikumsorganisationen zu verändern. Der künstlerisch verschleißende Einspielzwang und die sozial verunsichernden Zeitverträge müssen überwunden werden. Doch das bestehende Theater verändern wollen, heißt zugleich, seinen Bestand verteidigen! Ein Theater der Zukunft, das seine Türen weiter als bisher den Lohnabhängigen öffnen soll, darf nicht schon vor dieser Zeit geschlossen worden sein.

„Dem sozialen Auftrag der Gewerkschaften entspricht die Forderung, künstlerische Werke aus Vergangenheit und Gegenwart allen zugänglich zu machen. Gesellschaft und Staat sind verpflichtet, die Künste ideell und materiell zu fördern. Die Einrichtungen der Kunstpfllege, wie Akademien, Museen, Theater und Orchester, sind ein traditionell begründeter, wertvoller Kulturbesitz des Volkes. Sie müssen erhalten und ausgebaut werden.“²² So die kulturpolitische Forderung des DGB in seinem Grundsatzprogramm. Solche Forderungen dürfen in der gegenwärtig zugespitzten Situation nicht auf Eis gelegt, sie müssen gerade jetzt ins Feld geführt werden. Auch der Bundeskanzler sah sich zur Ermunterung der Kulturschaffenden veranlaßt: „Wir müssen — denke ich — noch viel tun, bis sich überall die Erkenntnis durchgesetzt hat, daß Kunst kein überflüssiger Luxus ist, dem man je nach finanzieller Lage die Mittel zugesteht oder streicht.“²³ Das ist ein Wort! Und da der Worte jetzt genug gewechselt, sollten wir zu Taten schreiten!

● Was die Erhaltung der Theater betrifft: Den organisierten Kulturschaffenden, hier insbesondere der Bühnengenossenschaft in der Gewerkschaft Kunst des DGB, kommt die unmittelbare Aufgabe zu, mit dem Kampf um ihre Arbeitsplätze zugleich den Bestand an kulturellen Einrichtungen zu verteidigen. Objektiv wächst so ihre Verantwortung über die Vertretung berufsständischer Interessen hinaus und nähert sich dem Allgemein-Interesse aller arbeitenden Menschen. Doch erst wenn diese vorwärtsweisende Gemeinsamkeit auch subjektiv bewußt wird, kann dem Abbau von sozialen und kulturellen Lebensbedingungen das einheitliche Handeln entgegengesetzt werden. Dabei dürfen Organisationsformen und Kampfmittel, wie bislang nur in der Arbeiterbewegung bekannt, auch von Künstlern nicht gescheut werden. Denn das Finanzierungsproblem der Theater wird sich auf Dauer nicht durch Spitzengespräche, Anhörungen und eventuelle Umschichtungen innerhalb der Kulturetats (möglicherweise auf Kosten anderer Kunstparten!) lösen lassen. Erst eine Neuverteilung des gesamten Steueraufkommens (zu Gunsten der kommunalen Kulturträger) sowie eine Neufestsetzung der Haushaltsschwerpunkte (auf Kosten von öffent-

²¹ Kaspar Maase, Volkspartei und Klassenkultur, München 1974, S. 176.

²² Grundsatzprogramm des Deutschen Gewerkschaftsbundes, beschlossen auf dem Außerordentlichen Bundeskongreß 1963, Nachdruck 1973, S. 19 (Hervorhebungen E. J.).

²³ Bundeskanzler Helmut Schmidt im April 1975 zur Eröffnung der Ausstellung des „Deutschen Künstlerbundes“ in Dortmund.

lichen Steuergeschenken, Subventionen und Rüstungsaufträgen) schafft das materielle Fundament für eine ausbaufähige Kulturförderung.

● Was den Ausbau der Theater betrifft: Die Theater jetzt verteidigen heißt, sie für die Zukunft erhalten. Strukturen und Inhalte sind zu verändern, damit auf den Bühnen mehr Menschen als bisher ihre gesellschaftlichen Interessen vorgeführt finden. Diese Interessen können nicht allein im Theater, sondern müssen zugleich außerhalb des Theaters aufgespürt und vorangebracht werden. Auch dazu braucht es eine engere Verbindung von Bühnenschaffenden und Werktaatigen, u. a. der Bühnengenossenschaft und der Industriegewerkschaften. Ausdrücklich setzt sich der DGB in seinem Grundsatzprogramm das Ziel, „eine Gesellschaftsordnung zu erkämpfen, die allen die freie Entfaltung ihrer Persönlichkeit ermöglicht“.²⁴ In diesem Ziel findet der aktuelle Kampf der Bühnengenossenschaften seine langfristige Perspektive: in einer Gesellschaft, die aufbaut auf einer demokratisch geordneten Wirtschaft. Worin dann künstlerische Beteiligung als gesellschaftliches Bedürfnis verstanden — und selbstverständlich finanziert wird.

II. Im Spiegel der „bühnengenossenschaft“

„Nirgends scheint es so schwer zu sein, die eigenen Erfahrungen verstehen zu lernen, wie im kulturindustriellen Bereich. Die ideologischen Kulissen, mit denen sich der kulturelle Arbeiter umstellt sieht, sind mit Standesparolen bemalt (...).“
Jedoch: „... der Grafiker und der Schauspieler und der Musiker und der Journalist und der Drucker und der Kameramann und der Vorführer und der Beleuchter und der Schriftsteller sehen sich einer Konzentration gegenüber, auf die sie nur durch gemeinsame Organisation antworten können.“ Martin Walser²⁵

„Von der Sichtbarmachung eines sozialen Problems bis zu seiner Bewältigung ist meist ein langer, mühseliger Weg zurückzulegen. Kein sozialer Prozeß vollzieht sich mit Naturnotwendigkeit.“
Hans Herlein²⁶

1. Gewerkschaftliche Zielsetzung der GDBA und einige Fragen

Die Satzung der Genossenschaft Deutscher Bühnen-Angehöriger hebt ausdrücklich den gewerkschaftlichen Charakter der Vereinigung hervor: „Die Genossenschaft Deutscher Bühnen-Angehörigen (alte Schreibweise, E. J.) ist die gewerkschaftliche Organisation aller beim deutschen Theater Tätigen ... Sie ist dem Deutschen Gewerkschaftsbund angeschlossen“ (§ 1). Neben der Vertretung der besonderen sozialpolitischen Interessen ihrer Mitglieder stellt sich die GDBA bereits in der Satzung allgemeine kulturpolitische Aufgaben, so die „Organisation aller demokratischen Kräfte für die Erhaltung und den Ausbau der Kultur auf überparteilicher Grundlage“ (§ 2, 2a). Zu den „Aufgaben“ zählen unter anderen auch die „Aufklärung der Mitglieder über ihre soziale Lage“ (§ 2, 2b),

²⁴ Grundsatzprogramm des Deutschen Gewerkschaftsbundes, a.a.O. S. 3.

²⁵ In: „Kürbiskern“ Nr. 4/1972, S. 531 f.

²⁶ In: „bühnengenossenschaft“ Nr. 5/1974, S. 190.

(Im folgenden sind alle Heft- und Seitenangaben, da sie sich durchweg auf die „bühnengenossenschaft“ beziehen, in den fortlaufenden Text gesetzt; E. J.)

die „Herausgabe einer eigenen Zeitschrift“ (§ 2, 2 l); auch die Arbeitsverweigerung, die traditionelle Kampfform der Arbeiterbewegung zur Sicherung ihrer Lebensbedingungen, wird unter den „Aufgaben“ aufgeführt: „Anwendung aller gewerkschaftlichen Mittel einschließlich des Streiks“ (§ 2, 2 f).

In Teil I wurde die Zusitzung der sozialen Lage der Bühnenangehörigen als Zusitzung gesellschaftlicher Widersprüche charakterisiert. Jetzt ist zu untersuchen, ob (und wenn, wie) dieser Prozeß sich in einem Argumentations- und Orientierungswandel niederschlägt. Als Untersuchungsgegenstand bietet sich die Zeitschrift der GDBA an. Ihre tatsächliche Vermittlungsfunktion in der innergewerkschaftlichen Willensbildung wie in der öffentlichen Meinungsbildung kann aus einer Inhaltsanalyse allein natürlich nicht bestimmt werden. Erlaubt sind allenfalls Rückschlüsse auf die von Hauptvorstand und Redaktion beabsichtigte Wirkung.

Als Organ der GDBA geht die *bühnengenossenschaft* allen Mitgliedern zu. Bei einem Mitgliederstand von rund 10 500 (Jahresmittel von 1969 bis 1975) und einer Druckauflage von 14 000 läßt die Differenz auf einen kleinen Verteilerkreis von Theaterinteressenten und Politikern über die GDBA hinaus schließen. Untersucht wurden die Jahrgänge 1969 bis einschließlich 1975, herangezogen wurden alle Artikel, die aktuell mit Theaterdemontage und in diesem Zusammenhang mit Fragen der Kulturpolitik befaßt waren. Ausgegrenzt bleiben also alle anderen Artikel sozialpolitischen Inhalts, selbst wenn sie sich mit solchen (nicht weniger wichtigen!) Fragen wie Kündigungsschutz, Mitbestimmung und Tarifauseinandersetzungen beschäftigen. Bei den herausgegriffenen Berichten und Kommentaren zur Theaterdemontage interessierten besonders folgende Fragen:

1. Wie gründlich wird der innere Wirkungszusammenhang der drohenden Theaterschließungen aufgedeckt? (Erklärungsmuster)
2. Welche gewerkschaftliche Handlungsorientierung wird daraus abgeleitet? (Handlungsmuster)

2. Auf dem Weg zu einer kulturpolitischen Offensive

1969

Aus Anlaß der drohenden Fusion des Stadttheaters Lüneburg mit der Landesbühne Verden findet in Lüneburg ein Podiumsgespräch statt: „Situation der deutschen Theater unter besonderer Berücksichtigung von Theaterfusionen“. Der Hamburger GDBA-Landesobmann stellt fest, „daß Fusionsbestrebungen schon seit Jahren, besonders im Zeichen der wirtschaftlichen Stagnation als Notlösung im Gespräch sind“ (Nr. 3, S. 92). Trotz dieser Einsicht führt er Fusionspläne auf die „Fehlkalkulationen“ der Verwaltungsbürokratie zurück. GDBA-Präsident Windgassen „appelliert“ an die „zuständigen Stellen“, das Lüneburger Theater zu erhalten. — „In Zeiten wirtschaftlicher Depression war es in Deutschland seit jeher das Theater, (...) auf das viele staatliche und städtische Rechner zuerst ihren Blick richten“, heißt es in einem Kommentar, der über den Bericht zur Bedrohung des Hagener Theaters gestellt ist (Nr. 4, 136). Die Verursacher der wirtschaftlichen Depression bleiben ungenannt.

Zu einem Höhepunkt wird der Genossenschaftstag im Oktober, nach Einschätzung der *bühnengenossenschaft* der „dynamischste“ der Nachkriegszeit (Nr. 11, S. 393). Nach den Worten des GDBA-Präsidenten habe man sich bewußt in Dortmund getroffen, um sich „im Herzen des Ruhrgebietes in aller Öffentlichkeit gegen Theaterrationalisierungen und Fusionen zu wenden“ (Nr. 12, S. 437). Ehrenpräsident Windgassen betont, wie sehr „in unserem Wohlfahrtsstaat der Wohlstand zwar groß geschrieben, die kulturelle Seite jedoch jeder labilen Schwankung der Wirtschaft, jeder Rezession gefährlich ausgeliefert ist“ (Nr. 11, S. 393). Er wehrt sich gegen „Pläne vom grünen Tisch“, gegen „Planspiele der Sandkastenkulturpolitiker“ (Nr. 12, S. 437). In einer Beteiligung von Bund und Ländern sowie der Erklärung der Theater zur „Pflichtaufgabe“ der Kommunen und der Länder wird eine Lösung gesehen. Ein Mitglied des DGB-Bundesvorstandes unterstützt auf dem Genossenschaftstag diese Forderung: „Das Theater brauche keine Subventionen, es brauche als Gemeinschaftsaufgabe für alle — nicht nur für kleine Schichten — die notwendige Förderung der Gesellschaft“ (Nr. 11, 394). Um die Verbindungswege zum DGB auszubauen, wird die Gründung von Ortsausschüssen der Gewerkschaft Kunst in allen Theaterstädten angeregt (ebenda).

1970

Für das Hessische Staatstheater in Wiesbaden liegt ein neuer Fusionsplan auf dem Tisch, diesmal soll es mit Darmstadt, nicht mehr mit Mainz zusammengelagert werden. Eine Erklärung des GDBA-Landesverbandes kritisiert die „überalterten Methoden der bisherigen Bürokratie“ (Nr. 4, S. 133). Die Gewerkschaft Kunst fordert von der Landesregierung Hessen die Anhörung ihrer Fachvertreter, und GDBA-Präsident Wüllner äußert auf einer Pressekonferenz, „daß man schließlich nicht für eine Theaterkrise ausgeben solle, was in Wahrheit eine Finanzkrise der öffentlichen Hand sei“ (Nr. 4, S. 134). In einem Nachdruck aus der FAZ warnt Heinrich Wüllner: „Beide (nämlich Ensemble und Publikum) werden der geplanten Fusion von Darmstadt und Wiesbaden Widerstand leisten, weil sie letzten Endes kulturpolitische Demontage bedeutet, die natürlich gewachsenen Theatern Schaden zufügen wird.“ (Nr. 4, S. 135)

1971

Im Januar findet sich ein Beitrag des neu gewählten Frankfurter Kulturdezernenten Hoffmann abgedruckt. Die Redaktion verspricht sich von Hoffmanns Beitrag, in dem auch die Befreiung des Theaters vom Einspielzwang gefordert wird, ausdrücklich eine kulturpolitische Diskussion (Nr. 1, S. 8 f). (Diese Diskussion bleibt, vorerst noch, aus.) Im Namen des Hauptvorstandes greift Heinrich Wüllner die Anregung einer „Gewerkschaft Kultur“ auf, allerdings zielen seine Argumente mehr auf „kollegiale Zusammenarbeit“ und kulturelle Repräsentanz als auf einen starken Kampfverband aller Kulturschaffenden (Nr. 5, S. 169). Kämpferische Worte dagegen findet Wüllner gegen die „Papiertiger der Bürokratie“ und anlässlich neuer Fusionspläne: „Letzten Endes sollen die verantwortlichen Behördenvertreter wissen, daß sie einer geschlossenen Abwehrfront gegenüberstehen, wenn sie Abbau- und Fusionspläne verhandeln. Der prozen-

tuale Anteil der Kultur- beziehungsweise Theater-Etats am Gesamthaushalt eines Landes oder einer Stadt ist so gering, daß statt Einsparungen Erhöhungen gefordert werden müssen“ (Nr. 6, S. 209). Eine Presse schau informiert über drohende Schließungen und Fusionen in Hannover, Cuxhaven, Hildesheim, Heidelberg und Münster. „Zur Situation der Theater“ wird kommentiert: „Viele Theater der Bundesrepublik Deutschland sind in Gefahr! (...) Eine in Jahrhunderten gewachsene Theaterkultur soll durch wenige Federstriche amputiert oder vollständig ausgeradiert werden, weil die Länder in finanzielle Schwierigkeiten — jedoch beileibe nicht durch die Theater! — geraten sind“ (Nr. 6, S. 210).

Deutlich wird hervorgehoben, daß eine von außen verschuldeten Krise nur auf das Theater abgewälzt werden soll. Doch wo der Grund für die Krise zu suchen ist, wird nur vage angedeutet: „Zurzeit betragen die staatlichen Zuschüsse (für Kultur, E. J.) nämlich nur 1,0 %!!! — der Verteidigungsetat im Gesamthaushalt der Bundesrepublik aber 22,8 %!“ (ebd.). Zwar wird eine Erhöhung der Kulturausgaben allgemein gefordert — wie dieses Ziel zu erreichen ist, von einer kulturpolitischen Offensive ist noch nicht die Rede. Dafür bringt das Juli-August-Heft einen aufschlußreichen historischen Rückblick auf 100 Jahre Genossenschafts-Geschichte. Unter anderem wird die Entwicklung der Zeitung vom vereinsmeierischen Vorstandsbatt zum gewerkschaftlichen Kampforgan nachgezeichnet. Wie schon in den 20er Jahren, so zwang auch in den 50er Jahren die existentielle Bedrohung der Bühnenkünstler zu einer vorrangig sozial-politischen Berichterstattung: „Dieses war und ist um so notwendiger, als die Genossenschaft seit Kriegsende fast unaufhörlich im Kampf gegen Theaterdemontage und Theaterschließungen und für den Wiederaufbau der deutschen Theaterlandschaft und damit Sicherung der Arbeitsplätze der Bühnenangehörigen steht. Die vielen Artikel zu diesem Thema bilden geradezu das Gerüst der Genossenschaftszeitung seit 1949“ (Nr. 7/8, S. 274). (Diese Tendenz wird sich, kaum vergleichbar mit den ersten zwanzig Nachkriegsjahren, in den 70er Jahren erheblich verstärken!)

1972

Das März-Heft steht ganz im Zeichen des Proteststurms: gegen die Kürzung der Landeszuschüsse für die Bühnen Schleswig-Holsteins, gegen die geplante Fusion der Theater von Flensburg, Rendsburg und Schleswig. Die Frage der Theaterfinanzierung rückt jetzt auf die Titelseite. Hier findet sich eine Stellungnahme des „Deutschen Städtebundes“ und des „Deutschen Städtetags“ abgedruckt, in der warnend auf die „Finanzierungslücke“ hingewiesen wird, „die von den kommunalen Trägern nicht zu schließen ist“ (Nr. 3, S. 85). Gemeinsam fordern die Städte Schleswig-Holsteins höhere Zuschüsse von Landeseite. Neben einer Materialsammlung zur Situation in Schleswig-Holstein findet sich im selben Heft ein „Hilferuf der Theaterstädte“ Bayerns abgedruckt, in dem auf die ungleiche Verteilung der Kulturlasten zwischen Kommunen und Land hingewiesen wird (Nr. 3, S. 99). GDBA-Präsident Wüllner greift in einem Kommentar „Zur Förderung des Theaters“ die neu entstandene Bündnismöglichkeit mit den Kommunen auf und betont die Notwendigkeit von Landes-

mitteln in Form einer verbindlichen Mitträgerschaft. Um auch der Bundesregierung eine rechtliche Beteiligung an der Theaterfinanzierung einzuräumen, schlägt er eine „Stiftung zu Gunsten der Theaterkultur“ vor, in Anlehnung an die Stiftungen zur Wissenschafts-Förderung (Nr. 3, S. 89).

Auch die April-Ausgabe stellt die bedrohliche Theatersituation in den Mittelpunkt. Informiert wird über GDBA-Spitzen-Kontakte mit Kultusbehörden und Parteien, ferner über einen Antrag der Gewerkschaft Kunst an den DGB-Bundeskongress. Hierin werden alle Gewerkschaftsmitglieder aufgefordert, sich entsprechend dem Grundsatzprogramm des DGB einzusetzen, „1. daß in der Bundesrepublik Deutschland die Theater und Kulturorchester als wertvolle kulturelle Einrichtungen erhalten bleiben und die notwendige Förderung auch für kulturelle Aufgaben erfahren, 2. daß Bund und Länder die Gemeinden finanziell in die Lage versetzen, Theater und Kulturorchester weiterhin unterhalten zu können“ (Nr. 4, S. 134 f.).

Die Orientierung auf den übergreifenden gewerkschaftlichen Zusammenhang kommt auch im Leitartikel zum 1. Mai zum Ausdruck, der den Aufruf zur Solidarität auf die besondere Situation der Kulturschaffenden bezieht (während in den Jahren vorher mehr oder weniger beziehungslos der DGB-Aufruf nachgedruckt worden war). „Die Gefährdung der Arbeitsplätze für Bühnen- und Orchestermitglieder zwang zum Zusammenstehen“, heißt es dort, und die Mitglieder werden aufgefordert, mit eigenen Initiativen die „Aufgabenstellung der Gewerkschaft“ noch mehr „von der Basis“ aus zu unterstützen. „Man verlasse sich nicht nur auf die Initiative von „oben““ (Nr. 5, S. 170). Das schnelle Reagieren auf Konfliktfälle „vor Ort“ in Verbindung mit einer langfristigen politischen Konzeption — das sind die im wesentlichen neuen Töne, die abweichen von der bisherigen Praxis der Gipfel-Gespräche und Hauptvorstands-Erklärungen. „Am Ende der Spielzeit“ wird eine Wandlung im Selbstverständnis der Bühnenkünstler thematisiert. Hätten sie bislang „ihren Dienst“ auf und hinter der Bühne geleistet, müßten sie jetzt zur Verteidigung ihrer Interessen an die Öffentlichkeit treten: „Wir müssen als gewerkschaftliche Organisation der Bühnenmitglieder auch den Mut aufbringen zu unpopulären Abwehrmaßnahmen! Bloße Solidaritätserklärungen genügen nicht. Die Kollegen der betroffenen Theater wissen, daß drastische Aktionen notwendig werden können“ (Nr. 6, S. 209).

Die „theatererhaltende Bedeutung“ einer engeren Verbindung zum DGB wird vom Landesverband Hessen-Rheinpfalz-Saar hervorgehoben. Neuester Anlaß ist der geplante Abbau des Musiksektors am Gießener Theater (Nr. 6, S. 210). Im September-Heft kündigt sich der „Fall Dortmund“ an (der sich noch über Jahre hinziehen wird). Laut Vorschlag des Kulturdezernenten Spielhoff sollen Oper, Operette und Philharmonisches Orchester Dortmunds aufgelöst werden. Das GDBA-Präsidium reagiert mit „geharnischtem Protest“, Präsident Wüllner greift vor allem die Person Spielhoffs an: „Kann sich eine Stadt wie Dortmund eine derartige katastrophale Kulturpolitik leisten, wie sie von ihrem beauftragten Stadtrat Dr. Spielhoff betrieben wird? Sein Verhalten ist unverantwortlich und provoziert Maßnahmen, die sonst im Theaterleben nicht üblich sind“ (Nr. 9, S. 293). Hier treten die vorher verallgemeinerten Erfahrungen wieder

zurück hinter das Vertrauen auf das (Stadt-)Parlament, es könne durch die Entlassung Spielhoffs eine Lösung in der Kulturpolitik herbeiführen.

1973

Zum 1. Mai bringt die GDBA ein eigenes Flugblatt heraus: „Laßt die Kulturlandschaft nicht veröden: Erhaltet die Theater!“ (Nr. 5, S. 161). Zwar wird kein Hinweis gegeben, warum der Kulturbereich materiell austrocknet und gegen wen sich der Protest zu richten hat, doch ist allein die Tatsache bemerkenswert, daß die GDBA auf solchem Weg an die Öffentlichkeit tritt. In Wiesbaden gehen die Bühnenangehörigen sogar auf die Straße, um auf die drohende Etat-Kürzung und Schließung der Opernbühne aufmerksam zu machen. Hans Herdlein, der neue GDBA-Präsident, bringt einen neuen Vorschlag in die Diskussion zur Theaterfinanzierung: „Die Finanznot der Länder und Kommunen ist bekannt. Sie kann nicht um den Preis eines Kulturbaus auf dem Bühnensektor behoben werden“ (Nr. 6, S. 205). Als Finanzierungspartner müßten die Umlandgemeinden hinzugezogen werden. Sie hätten, neben Kommunen und Ländern, ein Drittel der Fehlbeträge aufzubringen; eine Bundesbeteiligung scheint zunächst wieder aus der Diskussion zu verschwinden. — Im Mai wendet sich der Landesverband Hessen-Rheinpfalz-Saar mit einem Aufruf an die Öffentlichkeit: „Die Kulturlandschaft darf nicht veröden!“ (vgl. Nr. 7—8, S. 251). Im Juli-August rückt die Existenzbedrohung des Theater am Turm (TAT) durch die angekündigte Etatkürzung des Landes Hessen und der Stadt Frankfurt auf die Titelseite. Solidaritätserklärungen anderer Theater sind abgedruckt. Einen Monat später kann die Zeitschrift auf der ersten Seite vermelden: „TAT Frankfurt am Main gerettet!“.

Im Oktober-Heft reagiert Hans Herdlein auf die Strukturpläne des Kultusministers von Nordrhein-Westfalen: „Theaterlandschaft vom Reißbrett oder: Wie man Theater zu Tode ordnet“ (Nr. 10, S. 329). Neben der Kritik am undemokratischen Dirigismus wird eine neue Forderung angedeutet: „Die Grenzen des Kulturföderalismus zeichnen sich ab. (...) Was fehlt, ist eine Rahmenkompetenz des Bundes, mit der im Zusammenwirken mit den Ländern eine gesunde wirtschaftliche Struktur für alle Theater geschaffen wird“ (Nr. 10, S. 330). Eine Seite weiter ist der Brief an den damaligen Bundeskanzler Willy Brandt abgedruckt, in dem Herdlein den herkömmlichen Kulturföderalismus als „unzulänglich“ charakterisiert und ein „Rahmengesetz zur Förderung und Erhaltung der Theater“ vorschlägt (Nr. 10, S. 331).

Die Antwort des Bundeskanzleramtes: „Nach der durch das Grundgesetz gegebenen Aufgabenverteilung kann es (...) nicht Aufgabe des Bundes sein, Mittel bereitzustellen und einen Finanzierungsplan zu entwerfen, um den Gemeinden Erhaltung eines reichlichen Theaterangebots zu ermöglichen“ (Nr. 11, 374). In einem zweiten Brief an den Bundeskanzler verweist Herdlein auf Artikel 91 b des Grundgesetzes, der ein Zusammenwirken von Bund und Ländern in der Bildungsplanung ermöglicht. Gestehe man dem Theater einen Bildungsauftrag zu, ließe sich die Finanzierungsfrage unter Mithilfe des Bundes lösen; als weiterreichendes Ziel nennt der GDBA-Präsident ein Theaterförderungsgesetz ähnlich dem Filmförderungsgesetz (ebd.). Beide Vorschläge werden in einem

Grundsatzkommentar — „Von der Gnadenotation der Subvention zur Finanzierung der Theater“ — den Genossenschaftsmitgliedern nahegebracht (Nr. 11, S. 373 f). — Das Deckblatt des Dezember-Heftes vertieft die Forderung nach Bundesmitteln auf anschauliche Weise. Es zeigt einen Düsenbomber und vergleicht die Beschaffungskosten für 175 „Phantom“-Flugzeuge (600 Millionen DM) mit den Betriebszuschußkosten für die Theater im Jahr 1971 (604,7 Millionen DM). Waren bislang die Titelblätter meist schauspielerisch oder bühnentechnisch bebildert, so zeigt dieser Hinweis auf den Zusammenhang von Hochrüstung, Staatsverschuldung und Theaterabbau einen Wandel auch in der Aufmachung der Zeitschrift. (Wenngleich diese Einblicke noch die Ausnahme bleiben.)

1974

Im Untertitel der *bühnengenossenschaft* wird ab Januar ausdrücklich die Zugehörigkeit zur Einheitsgewerkschaft hervorgehoben. Das bisherige „Fachblatt für die deutschen Theater“ und „Amtliche Organ der GDBA“ (Nr. 12/1973) heißt jetzt: „Fachblatt der GDBA in der Gewerkschaft Kunst des DGB“ (Nr. 1/1974). Das Titelblatt der Januarausgabe veranschaulicht außerdem, wo das Geld hingehört, das den Theatern fehlt. Ein durch Augenbinde blinder Staatsvertreter kehrt bedauernd seine leeren Taschen heraus, während aus einem Koffer mit der Aufschrift „Milliarden für die Rüstung“ die Geldscheine nur so herausquellen. — In einer scharfen Kritik an den „Schlächtermethoden der Strukturplaner“ in NRW führt GDBA-Präsident Herdlein den geplanten Theaterabbau nicht nur auf den Unverstand der Kulturdezernenten, sondern auch auf den allgemeinen Maßstab der Profitorientierung zurück: „Es ist naheliegend, daß in einer Zeit angespannter Haushaltsslagen das administrative Denken Oberhand gewinnt. Kulturproduktion, die keinen substantiellen Gewinn abwirft, ist nicht gefragt — sie wird in Frage gestellt“ (Nr. 1, S. 6). Da jedoch noch immer nicht die Ursachen der drückenden „Finanzlast der theatertragenden Städte“ untersucht werden, bleibt es bei den bekannten Vorschlägen, diese Last zu erleichtern — durch stärkere Länderbeteiligung und Mitsubvention durch die Umlandgemeinden. Als längerfristige Lösung wird außerdem der Vorschlag der Bundesbeteiligung wieder aufgegriffen, gemäß Artikel 91 b GG: „Der unleugbar gegebene Bildungsauftrag des Theaters bildet eine Brücke, ohne eine Verletzung der Kulturhoheit der Länder Finanzhilfen des Bundes einfließen zu lassen“ (Nr. 1, S. 7). Eine andere Möglichkeit wird in gezielten Förderungshilfen gesehen, vergleichbar mit den Modellversuchen im Hochschulbereich. Sehr richtig weist Herdlein anhand dieser Beispiele auf den Widerspruch eines „je nachdem“ gehandhabten Kulturföderalismus hin. Ungesagt bleibt, daß hinter der staatlichen Stützung des Bildungsbereichs sehr viel mächtigere Interessen stehen: die der internationalen Konkurrenzfähigkeit, der breiteren Qualifikation und Austauschbarkeit der Arbeitskräfte. — Ans Staatsinteresse appellieren auch die Kulturdezernenten Hoffmann und Glaser, deren Brief an den Bundeskanzler (vom 15. Juli 1973) verspätet abgedruckt wird; die beiden Kulturreformer wollen Theater als Bestandteil der sozialen Umwelt sehen, dienlich der Integration der Bürger ins Gemeinwesen. Die heftige Ablehnung von Bun-

desmitteln durch das Bundeskanzleramt wird von der Redaktion als „unbefriedigende Antwort“ abgedruckt (Nr. 1, S. 9). Das Februar-Heft eröffnet den Kampf gegen den Dortmunder Kulturdezernenten Spielhoff im Schlagzeilen-Stil: „Dortmunds Kulturdezernent plant: Auflösung des Musiktheaters! Abschaffung des philharmonischen Orchesters! 400 Künstler werden arbeitslos — Jetzt reicht's! Treten Sie zurück, Herr Dr. Spielhoff!“ Der Protest nimmt hier, wenngleich noch konzentriert auf eine Person, sichtbar schärfere Formen an. Abgedruckt ist auch das Flugblatt einer Dortmunder Bürgerinitiative „Rettet das Theater“; anhand der Regierungswirklichkeit auf Landesebene werden die Regierungsversprechen in Frage gestellt (Nr. 2, S. 47). Auf der nächsten Seite der Abdruck einer Kanzlerrede, in deutlichem Widerspruch zur Bürgeraktion und dem von ihr kritisierten „abstrakten Prinzip“ des Kulturföderalismus (Nr. 2, Vgl. 48). Eine zunehmend kämpferische Haltung dokumentiert auch das März-Heft. Das Titelblatt zeigt Theaterleute mit Transparenten auf der Straße. In seinem Artikel „Streik am Theater“ kommentiert Herdlein die ungewöhnliche Situation, in der durch den ÖTV-Streik erstmals auch Theater in solche Arbeitskampfmaßnahmen einbezogen wurden (Nr. 3, S. 92). Doch obwohl die künstlerischen Bühnenmitglieder ihre Gagen aus demselben Etat beziehen wie die Arbeiter und Angestellten ihre Löhne und Gehälter, waren die Ensemblemitglieder an die Friedenspflicht gegenüber ihrem zuständigen Arbeitgeber („Deutscher Bühnen-Verein“ statt Öffentlicher Dienst) gebunden. Neue Formen der Theaterfinanzierung, so Herdlein, müßten endlich auch die „Bereinigung dieser Zweigleisigkeit“ bringen und damit den Weg freimachen zur Solidarisierung aller am Theater Beschäftigten.

Solidarität — diesmal zwischen Theaterschaffenden und Bürgern — bestimmt auch die Berichterstattung über die erfolgreichen Kampfmaßnahmen in Dortmund (Nr. 3, S. 94 f.). Die Aktionseinheit von Bürgerschaft und Bühnengenossenschaft half hier, das Musiktheater zu erhalten. Diese neuen Kampfformen ruft der GDBA-Präsident noch einmal im Geleitwort zum 1. Mai in Erinnerung. Klarer als je zuvor wird die Notwendigkeit einer gemeinsamen Abwehrfront aller Kulturschaffenden herausgearbeitet: „Nur in der Gemeinschaft aller in den Bereichen der Kunst Tätigen sind wir stark genug, unsere Grundsatzförderung zu verwirklichen: Die Abseitsstellung des Künstlers in dieser Gesellschaft abzubauen...“ (Nr. 5, S. 191). Das setzte auf Seiten der Künstler die Überwindung einer falschen „Standesideologie“ voraus. Die organisierte Zusammenfassung aller im Kultur- und Medienbereich Beschäftigten begründet ein Aufsatz von A. J. Wiesand „Über Aufgaben gewerkschaftlicher Kulturpolitik“ (Nr. 5, S. 200 f.). Diese Anregung einer Kulturpolitik, als „fester Bestandteil einer Gesellschaftspolitik“, wird jetzt auch vom GDBA-Präsidenten in die Diskussion gebracht (Nr. 5, vgl. S. 198).

Den vorläufigen Höhepunkt auf dem Weg zu einer übergreifenden kulturpolitischen Konzeption bildet die Berichterstattung über den außerordentlichen Genossenschaftstag. Thema: „Zur Lage der Theater“. Bereits das Titelblatt verkündet eine „Kulturoffensive gegen Theaterabbau“. (Unklar bleibt, was eine spezifisch „kulturelle“ Offensive ist; gemeint war wohl eine *kulturpolitische*.) Ein

neues Selbstverständnis der Künstler wird definiert: „Es ist an der Zeit, mit einem überholten Bild vom ‚Künstler‘ aufzuräumen und klarzumachen, daß auch Künstler als Arbeitnehmer zu begreifen sind“ (Nr. 6, S. 234). Neu definiert werden sollen auch die Aufgaben der Genossenschaft, beschlossen wird die Entwicklung kulturpolitischer Leitsätze, vorbereitend durch einen Ausschuß. Fazit: „Ein neuer Streckenabschnitt der Organisationspolitik wurde markiert. Eine offensive Organisationsstrategie ist der Garant dafür, daß die äußeren wie inneren Probleme des Theaters zukunftsweisend gelöst werden“ (Nr. 6, S. 243).

Bis ins Layout der Zeitschrift schlägt sich die Absicht nieder, die Genossenschaftsmitglieder für die neuen Aufgaben zu aktivieren. Kurze Auszüge aus der Diskussion spiegeln Verlauf und Stand der Debatten wider, allen gemeinsam ist die Überwindung der Defensivhaltung und die Forderung nach einer kulturpolitischen Strategie. Die verabschiedeten Resolutionen fassen die Vorschläge der letzten Jahre zum erstenmal systematisch zusammen. Unter anderem fordert der Genossenschaftstag die Aufhebung des überholten Subventionswesens und eine sichere Theaterfinanzierung, indem a) die Kommunen die Theaterfinanzierung als „öffentliche Pflichtaufgabe“ anerkennen, b) die Länder über eine „einheitliche Leistungsplattform“ ein Drittel des Finanzbedarfs übernehmen und c) die Bundesregierung im Zusammenwirken mit den Ländern die Finanzierung der Theater „als Gemeinschaftsaufgabe“ betrachtet und Bundesmittel gewährt (Nr. 6, S. 246).

In einem Interview mit Otto Schönfeld deckt der GDBA-Präsident als Ursache des Theatersterbens auch kommerzielle Kriterien auf: „Die Wurzel dieser Erscheinung scheint mir darin zu liegen, daß unserer Gesellschaft das Selbstverständnis zur Kulturfinanzierung fehlt. Man hat zwar Kultur, nur Kosten soll sie nichts“ (Nr. 6, S. 254 f.). Zum erstenmal wird auch der auffällige Zusammenhang zwischen den gewerkschaftsorientierten Forderungen der GDBA einerseits und dem „wachsenden ideologischen und finanziellen Druck gegen das Theater“ andererseits erkannt (ebd.). Diesem Druck zu begegnen, den bürgerlichen Medien Gegeninformationen gegenüberzustellen, aber auch die Aktivität der Bühnenangehörigen zu stützen, das alles sind Aufgaben der Genossenschaftszeitung. Sie trägt ihrer gewachsenen Bedeutung Rechnung, indem sie eine neue Sparte „Kulturpolitik in der Diskussion“ eröffnet. Nach der erklärten Absicht der Redaktion sollen die hier abgedruckten Beiträge auch „Auseinandersetzungen mit den verschiedenen kulturpolitischen Konzepten provozieren“ (Nr. 6, S. 256). Den Auftakt für dieses neue, diskursive Element bildet Martin Walsers Beitrag „Theater und Öffentlichkeit“ (Nr. 6, S. 256—258). Während hier die gesellschaftspolitische Funktion von Theater aus seiner — einstmals progressiven — bürgerlichen Tradition abgeleitet wird, schärft im folgenden Heft ein Beitrag von André Müller den Blick für die aktuelle Theatersituation (Nr. 7-8-9, S. 338—340). Hier wird schonungslos aufgedeckt, daß die Einsparungen bei ‚teuren‘ Kunstsparten vorgenommen werden zugunsten staatlicher Gewinngarantien für das Großkapital. Vom Standpunkt der arbeitenden Bevölkerung wird der Kampf um die Erhaltung der Theater eingeordnet in den Klassenkampf gegen die Herrschaft der Profiteure: „Was wir heute fordern müssen,

ist und bleibt: daß Kultur vor Kanonen zu gehen hat (...) Für das Theater heißt das: Bundeszuschüsse für das Theater auf Kosten des Wehretats!“ (Nr. 7-8-9, S. 340).

Nicht: Umverteilung der begrenzten Mittel innerhalb des Kulturetats, sondern generelle Steigerung der öffentlichen Kulturausgaben — das ist auch der Tenor Hans Herdleins anlässlich eines neuen Skandals. Die Schließung des Hamburger Thalia-Theaters hatte der Vorsitzende der SPD-Bürgerschafts-Fraktion vorgeschlagen. Herdlein stuft den Plan als „öffentliches Ärgernis“ ein und schreibt: „Mehr Mittel für die öffentlichen Aufgaben der Kulturträger, ob Theater, Museen, Volkshochschulen oder Büchereien — muß die Devise lauten. Man kann nicht immer nur von Kultur reden — man muß sie auch finanzieren“ (Nr. 10, S. 362). Daß diese Mittel denen abgekämpft werden müssen, die wenig Gerede, aber große Geschäfte machen, wird in dem Kommentar nicht angesprochen. Ersatzweise gibt wenigstens die Redaktion eine kleine Denkhilfe. In einer Statistik wird der Hamburger Kulturhaushalt (1,18 % des Hamburger Gesamthaushalts!) konfrontiert mit einer Zeitungsmeldung über die Zahlung von 1 Milliarde DM an die US-Aluminiumhütte Reynolds. Vielsagend, doch leider ohne Kommentar, ist eine weitere Notiz über den Stückpreis von 2,5 Milliarden DM pro MRCA-Prototyp abgedruckt (Nr. 10, S. 373).

„Theater im Umbruch“ heißt ein Leitartikel, in dem der GDBA-Präsident noch einmal verallgemeinernd die Auswirkungen des Theaterkampfes auf das Selbstverständnis der Theaterschaffenden beschreibt. Der traditionellen, feuilletonistischen „Überhöhung des Künstlers“ wird eine „neue Auffassung vom ausübenden Künstler“ gegenübergestellt, den man langsam auch als „arbeitenden Menschen“ begreifen lernt (Nr. 11, S. 418). Scharf wird die Torheit verurteilt, Theater zu schließen, anstatt für die werktätigen Menschen zu öffnen: „Der daraus resultierende Auftrag lautet vielmehr, das Theater weitesten Schichten der Bevölkerung zugänglich zu machen. Das heißt aber auch, Theater zu fördern und auf solche wirtschaftlichen Grundlagen zu stellen, daß sie diesem Auftrag nachkommen können...“ (ebd.).

1975

In einem Rückblick auf das Jahr 1974 stellt GDBA-Präsident Herdlein befriedigt fest, daß man die beabsichtigten Theaterschließungen habe verhindern können; er führt diesen Erfolg nicht nur auf die „Solidarität der Bühnenangehörigen“, sondern auch auf die „Einsicht der verantwortlichen Politiker“ zurück (Nr. 1, S. 2). Die Rechtfertigung von Theaterdemontage aus Gründen wirtschaftlicher Rezession wird zurückgewiesen. „Die Finanznot der öffentlichen Hand gibt keine Berechtigung dafür ab, den Theatern die Existenzgrundlage zu entziehen.“ Im Gegenteil: „Die aktive Förderungspflicht kultureller Einrichtungen ergibt sich aus dem Geist der Verfassung.“ Dieser Hinweis auf grundgesetzlich garantiertes Recht gibt der Forderung nach Theaterfinanzierung einen stärker politischen Akzent — auch wenn die ökonomischen Machtinteressen, die einer Verwirklichung der Grundrechte entgegenstehen, noch immer ausgeklammert werden. Wieder soll, abseits vom Kommentar, eine einfache Gegenüberstellung von Fakten dem Mangel in der Argumentation abhelfen. Einem Faksimile aus der FAZ — jeder bundesdeutsche Bürger bezahlt für

die Rüstung pro Jahr 600 DM! — wird die entsprechende Aufwendung für Kunstpfllege und Erwachsenenbildung — je Bürger 38,50 DM jährlich — gegenübergestellt (Nr. 1, S. 46).

In einer GDBA-Stellungnahme zum zweiten Strukturplan in NRW wird einerseits die gesetzliche Verankerung von 35 Millionen Landesmitteln für die Theater begrüßt, andererseits protestiert gegen die gleichfalls geplante Auflösung des Grenzlandtheaters Aachen, des Landestheaters Kleve, des Musiktheaters Oberhausen, des Musiktheaters Bielefeld und der Sprechbühne Detmold. Verlangt werden von der SPD-Landtagsfraktion „aufklärende Gespräche“ mit den Betroffenen und ihren Gewerkschaften (Nr. 1, S. 7). Das Februar-Heft kann, mit SPD-Kultusminister Girsengroß auf dem Titelblatt, einen ersten Erfolg vermelden: „Das Geld kommt“. Das Land Nordrhein-Westfalen hat den 35-Millionen-Zuschuß erstmalig im Finanzausgleichsgesetz für 1975 verankert, ohne daß sich die Theater der geplanten Zwangsfusion unterwerfen mußten. Sie müssen allerdings die Bereitschaft zur Mitarbeit an einer möglichen Umstrukturierung versichern. Hans Herdlein führt in seinem Leitartikel die Finanzierungsgarantie auf das „Einsehen“ der Regierungskoalition zurück und schlußfolgert aus der gelungenen Abfuhr beider Strukturpläne „den Erkenntnisprozeß bei den Politikern, daß auch an den Theatern die Interessen von Arbeitnehmern auf dem Spiele stehen, die Förderung verdienen“ (Nr. 2, S. 2). Äußerst optimistisch sieht er nun auch die Frage von Bundesmitteln fürs Theater; den ersten Schritten zur „Deutschen Nationalstiftung“ müßten nur weitere Schritte zu einem „Theaterförderungsgesetz“ folgen (ebd.).

Realistischer dagegen bleibt ein Kommentar zu Aussagen des NRW-Kultusministers von Otto Schönfeldt (Nr. 2, S. 11-13). Schönfeldt warnt vor voreiligen Illusionen, noch sei man von einer dauerhaften Finanzierungsgarantie weit entfernt: „Die Ursachen der Theatermisere sind schließlich nicht in der bestehenden Theaterstruktur zu suchen, sondern in einer überlieferten, konservativen Theaterpolitik, die immer noch weit davon entfernt ist, die Existenzberechtigung des Theaters vorbehaltlos anzuerkennen (...).“ Bislang sei das Denken und Planen gewisser „Kultur“-Experten „vorrangig kommerziell und weniger kulturell“ bestimmt (Nr. 2, S. 13). Hier wird der Theaterabbau in einen allgemeineren Zusammenhang gestellt, wird die Kulturfeindlichkeit zumindest andeutungsweise auf eine profitorientierte Politik zurückgeführt. Kein falscher Pessimismus, sondern eine realistische Einschätzung — das bestätigt bereits die nächste Ausgabe der Zeitschrift! Wieder hat Hans Herdlein Anlaß, gegen die „kulturellen Vernichtungsstrategen“ zu Felde zu ziehen. „Raubbau am Kulturerat“ heißt sein Leitartikel, der von neuen Demontageplänen berichtet (Nr. 3, S. 2). Diesmal steht Hamburgs Kultursenator Bialas im Schußfeld; ihm zufolge sollen Hamburgs Bühnen und Staatsorchester Etatkürzungen von 2,1 Millionen DM verkraften. Der GDBA-Präsident beruft sich auf „Arbeiter und breite Bevölkerungsschichten“, die, wie der „Künstler-Report“ enthüllt hatte, durchaus ein starkes Interesse an Kunst und Künstlern zeigen. Dieser Bericht von Karla Fohrbeck und Andreas Johannes Wiesand, den die *bühnenengenschaft* seit Februar auswertet oder auszugsweise abdruckt, trägt mit seinen Daten zur sozialen Lage der Künstler, den juristischen Ableitungen und den An-

derungsvorschlägen erkennbar zur Versachlichung und Absicherung der kulturpolitischen Orientierung der GDBA bei. Die „Opernstudie“ derselben Autoren, abgedruckt im Oktober (Nr. 10, S. 11 ff), liefert zum erstenmal gesicherte Fakten über das Interesse der Bevölkerung an (Musik-)Theater. Basierend auf den Ergebnissen einer repräsentativen Umfrage wird die politische Qualität kultureller Fragen hervorgehoben und der Ausbau kultureller Einrichtungen dringend nahegelegt.

Im Juni-Heft schätzt der Präsident die abgelaufene Spielzeit als einen „Balanceakt ohnegleichen“ ein (Nr. 6—7, S. 2). Rationalisierungsvorhaben und Schließungsdrohungen hätten nur „mit allem gewerkschaftlichen Nachdruck“ abgewehrt werden können. Im Hinblick auf den näherrückenden Genossenschaftstag erinnert Herlein an die Beschlüsse von 1974, an Auftrag und Notwendigkeit einer „neuen Kulturpolitik“. Kulturfinanzierung wird erneut als eine aus der Verfassung abzuleitende Aufgabe des Staates definiert. — In der folgenden Ausgabe kommen Betroffene selber zu Wort: Mitglieder des gerade geschlossenen Landestheaters Niedersachsen-Mitte und der ernstlich von Schließung bedrohten Landesbühne Rheinland-Pfalz (Nr. 8—9, S. 14—18). Hier ist nun, aus dem Blickwinkel der Abgebauten, keine Rede mehr von „Sozialpartnerschaft“, stattdessen von der „Unvereinbarkeit der Interessen“. Der Interessenkontrast zwischen den „Herren Chefs“ einerseits und den Schaffenden andererseits wird aufgedeckt, nicht nur im Theater, sondern auch im Betrieb; politische Karikaturen verhelfen diesem neuen Scharfblick zu vortrefflicher Anschaulichkeit. Zugleich demonstrieren die Betroffenen, daß eine illusionsfreie Charakterisierung unserer Gesellschaftsordnung keineswegs zu Mutlosigkeit führt: „Im Grund wissen wir alle, was zu tun ist: Solidarität der Künstler untereinander. Und Solidarität mit dem Publikum. Auch, und vor allem mit dem potentiellen Publikum, das die Schwellenangst vor dem Theater, dem Konzertsaal und der Buchhandlung noch nicht überwunden hat. Das setzt natürlich Bewußtseinsbildung voraus. Kämpfen will gelernt sein“ (Nr. 8—9, S. 18). — Im Oktober muß die *bühnengenossenschaft* die Kündigung des Ensembles der Landesbühne Neuwied bestätigen. Im Kommentar zielt Hans Herlein auf das „Unvermögen der Kulturpolitiker“ von Rheinland-Pfalz, dementsprechend fordert er „alle Theaterschaffenden und Theaterfreunde“ zu Protestschreiben an den Kultusminister auf (Nr. 10, S. 5). Von gewerkschaftlichen Kampfaktionen oder Bündnisvorhaben mit dem Publikum ist an dieser Stelle noch nicht die Rede.

Im Mittelpunkt des November-Heftes: der Genossenschaftstag '75. Im Mittelpunkt des Genossenschaftstages: die Kulturpolitik. Wie einer ersten Chronik zu entnehmen ist, soll eine engere Kooperation mit den anderen DGB-Gewerkschaften mit Blick auf eine Mediengewerkschaft angestrebt werden (Nr. 11, S. 5). Die theater-übergreifende Orientierung schlägt sich auch nieder in den Resolutionen. Speziell für das Theater fordern sie ein Theaterförderungsgesetz, welches die „Kooperation von Bund, Ländern und Gemeinden“ regeln soll (Nr. 11, S. 6). Allgemein richten sie sich gegen Sparmaßnahmen auch im gesamten Kulturbereich, „gegen Einschränkung und Abbau der Kulturfinanzierung“, und ermahnen die politisch Verantwortlichen zur Treue gegenüber der Verfas-

sung. „Die ohnehin viel zu niedrigen Kulturetats können nicht weiter dezimiert werden, ohne daß die Kultur in diesem Lande ernsthaft Schaden erleidet. Die in künstlerischen Berufen tätigen Arbeitnehmer haben in gleicher Weise ein Recht auf Erhaltung ihrer Arbeitsplätze wie die Arbeitnehmer in allen übrigen Bereichen des öffentlichen Lebens und der Wirtschaft, so wie auch die Bevölkerung ein durch die Verfassung garantiertes Recht auf Teilhabe an den kulturellen Gütern hat“ (Nr. 11, S. 6). Wieder ist die auf demokratisches Grundrecht pochende, politische Stoßrichtung der Forderung bemerkenswert, selbst wenn noch immer nicht verlangt wird, woher die Gelder zu nehmen sind, die den Kulturinstituten fehlen.

Dem Genossenschaftstag-Heft sind außerdem beigelegt ein Flugblatt mit dem Aufruf zu einer Solidaritätsveranstaltung in Neuwied sowie das Diskussionspapier zur Vorbereitung eines kulturpolitischen Programms der GDBA. Mit den *25 Fragen zu einem Programm gewerkschaftlicher Kulturpolitik*, ausgearbeitet von A. J. Wiesand in Zusammenarbeit mit der GDBA, soll der Skepsis gegenüber einer politischen Orientierung der Gewerkschaft begegnet und sollen Fakten zur Fundierung der kulturpolitischen Forderungen unterbreitet werden. Ohne Zweifel ein bedeutender Schritt zur Formulierung einer — bis dahin nur angekündigten — Kulturpolitik der GDBA! Doch gerade wegen der Bedeutung dieses Dokuments ist es der Kritik und der Ergänzung würdig. Einige problematische Punkte seien hier herausgegriffen:

— Festgestellt wird (in Frage 19), daß die Kommunen keineswegs von Seiten der Theater überfordert werden; festgestellt wird (in Frage 10), daß die Gewichte der Kulturausgaben zwischen Bund, Ländern und Gemeinden zu Lasten der Gemeinden verteilt sind. — Der geringe Anteil der Kommunen am Gesamtsteueraufkommen wird nicht aufgeführt, damit der hohe Bundesanteil an den Steuereinnahmen nicht in Frage gestellt.

— Festgestellt wird (in den Fragen 9 und 10), daß der Anteil der Länderausgaben für Theater und Museen gegenüber anderen Kultureinrichtungen nicht gleichermaßen wächst. — Die gestiegenen Anforderungen an Bildung, Wissenschaft und Forschung werden nicht inhaltlich abgeleitet. Aus dem wachsenden wissenschaftlich-technischen Niveau der Produktivkräfte hätten sich wachsende kulturell-geistige Bedürfnisse der Werktätigen und damit auch gestiegene Anforderungen an künstlerische Produktion begründen lassen, ohne etwa die Theater gegen die Universitäten ausspielen zu müssen.

— Festgestellt wird (in den Fragen 17 bis 19), daß die Finanzkrise der öffentlichen Hand vorrangig die subventionierten Theater gefährdet. — Nicht untersucht werden die Ursachen für die Finanzkrise der öffentlichen Hand; wem das für Theater (und für andere Bereiche!) fehlende Geld abzuringen wäre, wird nur vage am Beispiel einer Millionen-Vergeudung für die Privatindustrie in Hamburg angedeutet.

— Festgestellt wird (in Frage 12), daß sich aus Art. 5 (3) GG eine aktive Verpflichtung zu staatlicher Kunstmöderation ableiten läßt. — Nicht festgehalten sind diejenigen sozialen Kräfte, die einer Verwirklichung dieses Grundrechts im Wege stehen, ungenannt bleiben auf der anderen Seite auch diejenigen, die dem allgemeinen Anspruch auf Kunst erst zum Recht verhelfen können.

— Festgestellt wird (in Frage 8), daß der politische Konflikt Bestandteil gewerkschaftlicher Kulturpolitik sein muß. — Verkürzt wird der politische Konflikt begründet aus dem Konflikt um die Etataufteilung, nicht aus der Auseinandersetzung gegensätzlicher Interessen auf allen Ebenen des gesellschaftlichen Lebens.

Fazit: Eine unpräzise Einschätzung des Staates, der nicht als Macht- und Interessenorgan begriffen wird, sowie die Unterschätzung der Machtkonzentration auf Seiten des Großkapitals verhindern, daß die hier niedergelegten Daten zur Kulturpolitik auch zu einer *politischen Perspektive* zusammengefaßt sind. Das führt zu der Illusion, eine Lösung der Theaterfrage könne allein durch eine Änderung des Finanzierungssystems für Theater erreicht werden — ohne daß eine Umgruppierung der sozialen Kräfte in unserem Wirtschafts- und Gesellschaftssystem ins Auge gefaßt wird. Dennoch muß, bei aller Kritik, dieser Katalog von „25 Fragen“ als wichtigster Schritt der GDBA zur Verallgemeinerung bislang theaterpolitisch begrenzter Fragestellungen gewürdigt werden. Laut Beschuß des Genossenschaftstages soll das Dokument als Grundlage zu einer ausführlichen, die gesamte Genossenschaft umfassenden Diskussion dienen. Mancher Vorschlag ließe sich also noch einarbeiten, um die Stoßrichtung der Forderungen und die Möglichkeiten ihrer Durchsetzung deutlicher zu profilieren. Aktuelle Fälle von Theaterdemontage hat das Dezember-Heft zu vermelden. In Bayern drohen den nichtstaatlichen Bühnen Etatkürzungen von fast 18 %, außerdem sind die Bamberger und die Nürnberger Symphoniker durch Sparmaßnahmen gefährdet. Der Leitartikel beläßt es bei einer scharfen Warnung an die verantwortlichen Politiker auf Landesebene (Nr. 12, S. 2). In einer Nachlese zum Genossenschaftstag fällt auf, daß der GDBA-Präsident zwar festhält an der geforderten dreigliedrigen Theaterfinanzierung durch Bund, Länder und Gemeinden — jedoch einschränkt, „daß im Augenblick in Anbetracht der Finanznot des Bundes ein sehr schlechtes Klima für solche Pläne herrscht . . .“ (Nr. 12, S. 8). Solange die „Wirtschaftswettermacher“ nicht sichtbar gemacht werden, solange bleibt zu befürchten, daß die kapitalistische Krise als Naturschicksal hingenommen und der Kampf um berechtigte Interessen auf Eis gelegt werden könnte.

Demgegenüber wird in einem Artikel grundsätzlicheren Charakters („GDBA — Wir über uns“) festgehalten, daß in der Geschichte der Bühnengenossenschaft nicht eine einzige der sozialen und rechtlichen Leistungen hätte durchgesetzt werden können ohne Kampf oder ohne Solidarität: „Solidarität der Bühnenangehörigen eines Theaters untereinander, Solidarität mit den Kollegen anderer Theater, Solidarität mit den Kollegen anderer Berufe, mit den über sechs Millionen, die in unserer gemeinsamen Dachorganisation, dem DGB, zusammengeschlossen sind“ (Nr. 12, S. 13). Ausdrücklich wird, um diese Basis zu festigen und das gewerkschaftliche Bewußtsein zu qualifizieren, an anderer Stelle zur Diskussion innerhalb der Genossenschaft ermuntert. Die Zeitschrift will ihren spezifischen Beitrag zu dieser Diskussion leisten. Als das „wichtigste Kommunikationsmittel der GDBA, nach innen wie nach außen“, soll sie künftig noch systematischer als bisher kulturpolitische Fragen aufgreifen, auch durch Wiedergabe kontroverser Auffassungen (vgl. Nr. 12, S. 18). Die bereits ausgearbeiteten

„25 Fragen . . .“ sollen dabei im Mittelpunkt stehen — durchaus als „Streitobjekt“. In einem beigelegten Flugblatt fordert auch der Hauptvorstand alle Lokalverbände auf, dieses Dokument in eigens geschaffenen Arbeitskreisen ausführlich zu diskutieren. Ziel all dieser Bemühungen: ein „kulturpolitisches Aktionsprogramm“!

Was das heißen kann, *Aktion*, das dokumentiert die *bühnengenossenschaft* am Beispiel Neuwied. Hier wurde mit Unterschriftensammlungen, Protestschreiben, Eingaben, mit Plakaten, Infostand und Flugblättern die Öffentlichkeit gegen die Schließung der Landesbühne mobilisiert (Nr. 12, S. 38—40). Vorläufiger (und hoffentlich nicht verspäteter!) Höhepunkt war ein Solidaritätsfest, mit politischem Podium, mit streitbaren Liedern — und natürlich mit Theater.

3. Perspektive: Kulturpolitik auf Grund von Gesellschaftsfortschritt

Auf die soziale Verunsicherung reagierten die Bühnenangehörigen mit einem veränderten Selbstverständnis; mit dem selbsterklärten (Arbeit(nehm)er-)Status befreien sie sich aus der Befangenheit eines traumhaften Künstler-Images. Wohl in keinem anderen Beruf war der Blick für den gesellschaftlichen Standort mit so vielen „ideologischen Kulissen“ (Martin Walser) ver stellt. Doch die Einsicht, daß den Produzenten des materiellen wie des geistig-kulturellen Reichtums gleichermaßen die Macht über ihre Produktionsbedingungen vorenthalten wird, führt nicht automatisch zum Kampf gegen Fremdbestimmung. Mit den Worten des GDBA-Präsidenten: „Von der Sichtbarmachung eines sozialen Problems bis zu seiner Bewältigung ist meist ein langer, mühseliger Weg zurückzulegen.“

An der Sichtbarmachung der existentiellen Bedrohung der Theaterschaffenden, aber auch an den ersten Schritten auf dem langen Weg zur Bewältigung hat die *bühnengenossenschaft* ihren verdienstvollen Anteil. Sie spiegelt nicht nur die politische Profilierung der GDBA lebendig wider, sondern trägt das ihre dazu bei. Mit statistischem Grundlagenmaterial gibt sie sichere Argumentationshilfen, häufiger als früher kommen die Mitglieder und auch mit streitbaren Meinungen zu Wort, Witz und Anschaulichkeit machen die Zeitschrift attraktiver, auch für den Leserkreis über die GDBA hinaus. So leistet die *bühnengenossenschaft* einen wichtigen Beitrag zur weiteren Aktivierung der innergewerkschaftlichen Diskussion wie der öffentlichkeitswirksamen Initiativen. Zu wünschen ist, daß künftig solche Fragen wie „Solidarität — gegen wen?“ und „Kultur — für wen?“ klassenspezifischer erörtert werden.

Ohne die GDBA und ihre Zeitschrift, das sei dem letzten Zweifler gesagt, wäre manches der bedrohten Theater tatsächlich demontiert worden! Andererseits ist auch die Genossenschaft aus dem Theaterkampf gestärkt hervorgegangen. Ende der 60er Jahre war noch von einer abstrakten „Kulturlandschaft“ die Rede, die es gegen bürokratische Fehlgriffe zu verteidigen galt. Heute kann sich die GDBA bereits auf die Kulturinteressen der arbeitenden Bevölkerung be rufen; statistisch nachweisbar und als Grundrecht garantiert, verpflichten sie den Staat zum Ausbau des Kulturangebots. Für die Zukunft wird es darauf ankommen, daß die GDBA in ihrer Kulturpolitik nicht nur auf bereits ermittelten, sondern auch auf noch zu weckende Interessen der arbeitenden Menschen baut. Baute sie außerdem auf deren *Kraft* bei der Durchsetzung von Klasseninteressen — Blick und Weg für eine ganz neue Zukunft des Theaters stünden offen.

Michael Hatry Die Kritiker liefern ab

Martin Walsers „Sauspiel“ ist von den Theaterkritikern der BRD, die darüber geschrieben haben, fast einhellig abgelehnt worden. Daraus folgt: es ist entweder ein schlechtes Stück oder ein Ärgernis.

Zunächst: was ist das für ein Stück?

Im „Sauspiel“ entfaltet Walser das soziale Panorama der reichsfreien Stadt Nürnberg in den Jahren 1525—1527. Ein historisch außerordentlich bedeutsamer Zeitpunkt: Reformation, blutige Niederwerfung der Baueraufstände, beginnende Emanzipation des Bürgertums, erste Schritte hin zu kapitalistischer Produktion. Eine Zeit des Übergangs, schwankend zwischen Neuorientierung und Stabilisierung — Stabilisierung frischgewonnener Macht vor allem.

Walser erzählt:

Dürer präsentiert seine „Unterweisung der Messung“, die Bürger feiern aus diesem Anlaß noch einmal den Sieg über die Bauern. Melanchthon kommt aus Wittenberg, um in Nürnberg das erste deutsche humanistische Gymnasium zu gründen; man bittet ihn zu bleiben, er soll ein Gutachten schreiben gegen die Wiedertäufer von Nürnberg, die sitzen zwar schon im Gefängnis, werden verhört und gefoltert, bilden aber dennoch eine Gefahr — weil sie sich utopisch hinaussehnen, weil sie Anhang in der Metallarbeiterchaft haben. Unter den Intellektuellen sticht hervor Dr. Faust, das Lieblingskind des „deutschen Geistes“, den Walser sozusagen zu sich selbst bringt: kein Rebell, auch kein Angepaßter, eher selbst Anpasser, ruheloser, oft noch unverstandener Wegbereiter des Kapitalismus. Am anderen Pol der Arzt Paracelsus, schon verfolgt und ausgewiesen, eine Art Wegbereiter des utopischen Sozialismus, hat noch in Nürnberg Asyl, will ein Buch drucken lassen und zwar in Deutsch, bald macht man ihm als Unruhestifter auch hier den Boden zu heiß. Vor allem ist da aber auch der Sänger Jörg Graf, der sich blind stellt aus Vernunft, weil das mehr Geld bringt: ein Mann, lavierend zwischen den Fronten, zwischen Herrschenden und Unterdrückten, Verräter und doch nicht Verräter, Spitzel und doch nicht Spitzel, blind auch vor Konkurrenzneid, fähig zur Solidarität; ein Mann, der sich nicht entscheiden kann, der schließlich im selbst veranlaßten „Sauspiel“ die Quittung für seinen allzu ängstlichen Egoismus erhält. Seine Verstellungskunst reicht nicht hin, er verrät sich: „Der sich blind gestellt hat, wird blind gemacht“ (Walser). Ein „mißratener“ Eulenspiegel also, ein sentimentales Schlitzohr, Opportunist auch, vor allem aber Abhängiger, Gebeutelter. Der wahre Opportunist des Stücks ist Melanchthon, der Intellektuelle, der (unter Skrupeln, versteht sich) schließlich ein von Luther abgesichertes Gutachten liefert, theologische Legitimation für die Bürger, der Wiedertäuferplage ein Ende zu machen, deren Anführer hinzurichten: „... was wir machen, täglich, ist nichts anderes: entweder Bestreiten von Legitimation oder Herstellung von Legitimation. Wir rechtfertigen Herrschaft oder wir bezweifeln Herrschaft“ (Walser). Am Ende sind Ruhe und Ordnung in Nürnberg wieder hergestellt. Der Text schließt mit einer negativen Vision: Dürer präsentiert sein neuestes Werk: „Die Befestigungslehre“. Sicherheit wird verstanden als Sich-Einmauern, als Zu-Mauern der Geschichte.

Michael Hatry: Die Kritiker liefern ab

Das „Sauspiel“ ist ein sperriges, nicht ganz leicht zu erschließendes Stück, das sich jeder bloß diskursiven Beschreibung entzieht. Seine Figurenfülle erwächst aus der enormen Redlichkeit seines Autors, dem Versuch, den „Bürger“ und „Intellektuellen“ nicht auf den bloßen Prototyp didaktisch festzunageln, sondern vielfältig, in je gesondert sich sowohl psychologisch als auch gesellschaftlich ausprägenden Charakteren zu beschreiben. So daß das Stück nicht bloß reich an, sondern auch reich *durch* seine Figuren ist. Mag sein, daß szenische, theatralische Erfindungen Walsers Sache nicht so sehr sind, was er dann manchmal durch allzu sehr polierte Dialoge — vielleicht unbewußt — wettmachen will. Das „Sauspiel“ ist also kein perfektes Stück (welches ist das schon?). Es ist viel zu lang (das sind die meisten Stücke), muß gekürzt werden (das ist allgemeiner Theaterbrauch). Dennoch, es ist ein gutes Stück. Es ist vor allem ein konsequentes Stück, geschrieben mit hartnäckiger Logik und klarem Verstand — kurz: eine Rarität in der neueren deutschen Theaterproduktion. Dieses Stück, obwohl oder eher weil den herrschenden Trends, Moden und Meinungen zuwiderlaufend (also intelligent statt effekthascherisch), ist eine Herausforderung an unsere Theater und an unsere Kritiker.

Das „Sauspiel“ ist ein politisches Stück. Walser selbst hat das in einigen Interviews herausgestellt: „Ich glaubte in dem Nach-Bauernkriegsjahr 1526/27 eine Konstellation zu spüren, die mich an gegenwärtige Verhältnisse erinnert ... „Das Sauspiel“ ist ein Zeitstück, das ganz aus dem Material der Geschichte gearbeitet ist. Die dargebotene Historie soll zeitgeschichtlich dienlich, nützlich, hilfreich werden.“ (Walser in „Theater heute“ 9/75)

Walsers richtige materialistische Geschichtsauffassung hat ihn also dazu befähigt, in der Geschichte Strukturen von Herrschaft und Unterdrückung und Erfahrungen von Widerstand zu entdecken, die auch heute im Spätkapitalismus noch Gültigkeit haben. Und da liegt der Hase im Pfeffer:

„Der Autor sieht nämlich eine Affinität, eine Verwandtschaft zwischen Vorgängen im Nürnberg des 16. Jahrhunderts und unserer Zeit ... Verfolgung damals, Radikalerlaß heute. Gibt es da Anklänge, Übereinstimmungen, Parallelen? Anklänge vielleicht, Übereinstimmungen und Parallelen auf keinen Fall.“ (Kurt Lothar Tank, *Tagesspiegel*)

„... die Vergleiche mit der Gegenwart finden auf Allgemeinplätzen statt: Sind die träumerischen, singenden Wiedertäufer etwa die Baader-Meinhofs von damals? Oder nur die Verfolgten eines Radikalerlasses? Und ist Dürer ein Beuys oder Hans Sachs ein Grass, wie Walser und die Hamburger Dramaturgen nahelegen wollen?“ (Winfried Roesner, *Stuttgarter Nachrichten*)

„Die restaurative Phase nach den Bauernkriegen, die Vernichtung der süddeutschen Wiedertäufer dienen Walser und seinem Alt-Nürnberg dazu, Parallelen zur Gegenwart zu ziehen: Konservatives Roll-back, Radikalen-Erlaß und Anarchistenhysterie leuchten durch die Nürnberger Butzenscheiben.“ (Hellmuth Karasek, *Der Spiegel*)

„Walser hat nämlich herausgefunden, daß das Nürnberg des Hans Sachs dasselbe ist wie das Nürnberg ... was sagte ich: wie die ganze Gesellschaft von heute. Parallelen gibt es da: zum Anbeißen.“ (Werner Burkhardt, *Süddeutsche Zeitung*)

„... es geht ja im Kern um die Radikalen, die Erlasse, die „Berufsverbote“, um eine große historisch-aktuelle Verschwörung des Geistes gegen den richtigen Geist.“ (Wolfgang Ignée, *Stuttgarter Zeitung*)

„Er sieht eine Parallele zwischen der Verfolgung der Wiedertäufer ... und der Lage nach den Studentenunruhen vom Mai 1968. Beide wertet er als niedergeschlagene Revolutionen.“ (Das tut er ganz sicher nicht, d. Verf.) (Rudolf Lange, *Hannoversche Allgemeine Zeitung*)

„Walser will im Stück die mißglückte Revolution der Wiedertäufer als mißglücktes Aufmucken der Intellektuellen deuten, die von den Herrschenden zusammengeschlagen wurden, noch ehe die Revolution stattfand. Er möchte eine Parallele zur Studentenrevolte ... gezogen wissen, was aus seinen umständlichen Erläuterungen im Programmheft hervorgeht.“ (Willi Jacobs, *Schwäbische Zeitung*)

Die Kritiker haben sich auf Walsers Äußerungen gestürzt wie auf ein kaltes Büfett: haben da genippt und dort gekostet. Feinschmecker waren da nicht am Werk, bloß Fresser, Wiederkäuer des sogenannten Zeitgeists, Nachschreiber der herrschenden Trends, Moden und Meinungen, Rechtfertiger von Herrschaft, nicht deren Bezweifler. Im Gleichtakt der Schlagworte marschieren sie wie Fließbandarbeiter der Bewußtseinsindustrie.

Inhaltliche Auseinandersetzung wäre zugleich politische Auseinandersetzung, die scheut man, auf die läßt man sich gar nicht erst ein. Abrechnung ist Trumpf, Abrechnung mit einem Autor, der allzu klar Stellung bezogen, gegen „unge- schriebene Gesetze“ verstoßen, Partei genommen, noch dazu die Kritiker selbst, als Auch-Intellektuelle, mit ins Visier genommen hat. Die Abrechnung erfolgt auf dem Wege der Denunziation. Ihr Ziel ist Verhinderung: ob bewußt oder unbewußt (als Folge längst verinnerlichter Selbstzensur), braucht hier keine Rolle zu spielen. Sie tun es nach Maßgabe ihrer Fähigkeiten: mal grob, mal subtil; ironisch, spöttisch, scheinbar objektiv. In jedem Fall feiern sich da Opportunisten als Besserwisser, sprechen ex cathedra.

Ein Merkmal vieler Kritiker ist ihr enormer Witz:

„Im spätmittelalterlichen ‚Sauspiel‘ müssen die Blinden zur Gaudi der Nürnberger Patrizier und Intellektuellen das arme Tier treffen, und sehr ähnlich treffen da auch die beiden Handlungsstränge von Walsers neuestem ... Stück aufeinander: Künstlerleben und Politparabel. Auf dem Krätfeld der Macht agieren drei Gruppen: die großbürgerlichen Kapitalisten dagegen die vorerst noch friedlichen, aber als Revoluzzer verschrienen in Verfolgung lebenden Nachfahren der Wiedertäufer und schließlich dazwischen und zwischen den Stühlen die liberalen Intellektuellen.“

So unsäglich vereinfachend, ungenau und tendenziös leitet Werner Burkhardt in der *Süddeutschen Zeitung* seine Kritik ein. Vokabeln wie „Politparabel“ und „Revoluzzer“ sollen von Beginn an die nötige Anti-Stimmung erzeugen; dazu das geheimnisvolle „Krätfeld der Macht“. Wogegen es schlicht falsch ist, Wiedertäufer als „Nachfahren der Wiedertäufer“ zu bezeichnen. Später kalauert Burkhardt ohnehin nur noch: „Nur zögernd, gewissermaßen Tells Genoß, macht er (Jörg Graf, d. Verf.) die Sache der Unterdrückten zu der seinen. Dann aber ist es schon zu spät: für ihn wie für das Stück.“ Eitelkeit scheint ein weiterer Charakterzug dieses Kritiker-Typs zu sein.

Burkhards Text ist mit „Mein Gott, Rosi!“ überschrieben: „... in einem Moment fassungslosen Staunens variiert Jörg Graf gegenüber seiner Tochter Rosi, also gegenüber Walsers schauspielernder Tochter Franziska (Sippenhaft? d. Verf.), den Spruch der Saison.“ Wahr ist, daß Graf in einem Moment erzwungenen Nachdenkens, nach der Denunziation des Metallarbeiters Markus und vor dessen Wiederaufstehen, den Satz sagt: „Mein Gott, Rosi, wie leicht hat's der Seiltänzer.“ So simpel ist hier die Technik der Manipulation.

Gegen Schluß von Burkhardts Kritik heißt es: „Ein Teil des Publikums, der dieses Sauspiel offenbar für ein Scheißspiel hielt, ging schon während der Pause. Der Beifall tröpfelte.“ Ein Teil des Publikums? Ein wie großer Teil denn?

(Ganz abgesehen davon, daß Burkhardt der einzige Kritiker ist, der dieses Phänomen bemerkt hat.) Auch daß der Beifall „tröpfelte“, verrät die höchst differenzierte Beobachtungsgabe des SZ-Kritikers; andere verzeichneten „langen“ und „kaum getrübten“ Beifall (*Hamburger Abendblatt*, *Frankfurter Allgemeine*), und einer sogar einen Beifall, der war „zwar lang, aber im Grunde ebenso müde wie die Sau, nach der Martin Walsers neues Bühnenstück benannt ist.“ (Rudolf Lange, *Hannoversche Allgemeine*)

Nanu: die Sau heißt doch ausdrücklich Doris. Nicht von ungefähr beschäftigen sich so viele Kritiker mit ihr: willkommener Anlaß, vom Eigentlichen abzulenken. Einige, z. B. der eben zitierte Rudolf Lange, tun es gleich in der Einleitung: „Frisch gewaschen trottete sie gelangweilt über die Bühne — ohne ein einziges Mal zu grunzen, obwohl ihr das im Text ausdrücklich vorgeschrieben wird.“ Andere, wie Günter Zehm (*Die Welt*), zum Schluß:

„Es gibt keinen Zweifel, das schlanke Schwein Doris ist der Star des Abends; das Publikum wird gleich munterer, da es auftritt. Ach Gott, das hätte man billiger haben können! Schade um die vielen guten Schauspieler, die sich dafür erst drei Stunden abrackern mußten.“

Zehms Methode ist ziemlich ausschließlich die des Abqualifizierens durch Hochspielen von Nebensächlichkeiten. So verbreitet er sich einleitend über die vom Intendanten bekanntgegebene Indisposition eines Darstellers, die dann doch so schlimm nicht gewesen sei: „Das war freilich auch schon so ziemlich der einzige Lichtblick bei dieser letzten Uraufführung des Jahres 1975, die mit so großem Applaus angekündigt worden war.“ Nach gebührender Ausbeutung der so konstruierten Diskrepanz zwischen angeblich „hochgeschraubten Erwartungen“ und nachfolgender „Enttäuschung“ setzt Zehm zu einer Fabelerzählung an, die sich durch die Vermischung von Stück und Inszenierung auf einer Berichtsebene auszeichnet:

„Vorgeführt wird, wie die reichen lutherischen Bürger der freien Reichsstadt Nürnberg einige Angehörige der Sekte der Wiedertäufer gefangenhalten und schließlich verurteilen. Die meiste Zeit sieht man sie beisammenstehen und hört, wie sie davon erzählen, daß die Wiedertäufer eine große Gefahr für Gesetz und Ordnung darstellen. Hin und wieder hebt sich der Bühnenboden, und dann sieht man die gefangenen Wiedertäufer ‚im tiefen Loch‘ — sie singen Choräle, die Mikis Theodorakis vertont hat. Ferner ist da noch der einen blinden Sänger mimende Ex-Landsknecht Jörg Graf, der zwischendurch mitsamt Klavier und Stehlampe auf der Drehbühne hereingefahren kommt und ebenfalls einige Sachen singt, die Mikis Theodorakis vertont hat.“

Die Verknüpfung der politischen Intention Walsers mit der Musik von Theodorakis (die im übrigen ganz kontrovers beurteilt wird) gerät schließlich zum Musterfall für plumpste Denunziation:

„Intendant Ivan Nagel griff tief in die subventionierte Tasche ... Allein für die Musik von Mikis Theodorakis soll er 30 000 DM hingebüllert haben — kein schlechter Batzen für eine klassenkämpferisch gefärbte Vorlage mit ironischen Attacken wider Ausbeuter und Kapitalisten.“ (Rudolf Hänsel, *Kieler Nachrichten*)

Dazu das Gegenstück: seriös, gebildet, scheinbar begründend — Klaus Wagner in der *Frankfurter Allgemeinen*. Damit die Leser in die nötige Stimmung versetzt werden, leitet er so ein:

„Ein Mann hat eine Erfahrung gemacht, jetzt sucht er die Geschichte dazu. Max Frisch baut diese Versuchsanordnung auf für seinen Ich-Roman von Gantenbein, der den Blinden spielt. Martin Walser ging ... ebenfalls aus von dem Motiv des

falschen Blinden, durchaus wie der Gantenbein-Frisch („Ich probiere Geschichten an wie Kleider“). Die Erfahrungen, die Walser im mittleren Mannesalter gemacht hat, sind eingegangen in seinen Kurzroman „Die Gallistische Krankheit“. Ursache einer Heilung: Die Erweckung zum Sozialismus. Seitdem sucht der wiedergetaufte Walser „die Geschichte dazu“, indem er Geschichten wie Kleider anprobiert.“

Ach ja, kaum zum Sozialismus erweckt, erkennt der Walser kein Eigentum mehr an und klaut beim Kollegen Frisch. So schwitzt Klaus Wagner der Witz aus allen Zeilen; was ihn nicht hindert, von Walsers „widerstandsloser Verführbarkeit zum Witz“ zu reden; und so weiter:

„Es überrascht nicht, daß der so ungemein beredte Romancier auch als Bühnenautor das Partygeschwätz ... fast zu gut imitiert. Dabei gerät ihm auch die ernst zu nehmende Attacke unterderhand zur Parodie, die nur Gelächter statt Betroffenheit einbringt. „Wir sind, was Freiheit angeht“, meint grimassierend Walser/Jörg Graf, „praktisch führend in der Welt.“ Auf solche Weise kommt, was politisches Theater sein will, immer wieder herunter aufs Großkabarett ...“

Was immer auch „Großkabarett“ bedeuten mag: daß man in politischen Stücken nichts zu lachen haben solle, war allerdings schon immer erklärt Ziel und Forderung aller Reaktionäre, die gegen eben jene Stücke waren. Der sensible Bewahrer des Bestehenden resümiert: „Nicht das ‚Sauspiel‘ ist das Lehrstück, sondern der Fall seines Autors als eines Mannes, der eine Erfahrung gemacht hat. Jetzt sucht er die Geschichte dazu; indem er sich blind stellt?“ Da wird der Kritiker selbst zum Blender, die Kritik verkommt zum Blendwerk.

Blendwerk ist auch das Lob, das einige Kritiker in ihre Rezensionen streuen. Das dient der Vorspiegelung von Objektivität und hat überdies schon durch die Wortwahl etwas Doppelbödiges — „der so ungemein beredte Romancier“ (siehe oben) oder auch seine „funkelnde Formulierungskunst“ (Dieter Stoll, *Abendzeitung*).

Wie man mit so einem aufgeklebten Lob-Etikett Unheil anrichten und dabei erreichen kann, daß selbst das Lob noch sich ironisch gegen Walser kehrt, demonstriert Hellmuth Karasek im *Spiegel*: „Das alte Sprichwort vom dümmsten Bauern und den größten Kartoffeln läßt sich für das Theater offenbar umkehren: Die intelligentesten Autoren schreiben oft die dünnsten Stücke. Jüngster Beleg: Martin Walsers ‚Sauspiel‘ — ein Stück mit scharfsinnigen Voraussetzungen und dünnblütigen Konsequenzen, wie kommt so was?“ Karasek weiß es: es sei die „Vergleichssucht“, die das Stück auszehre. Aber davon war schon die Rede. Karasek kommt hier vor allem deshalb vor, weil den Kritikern der großen, überregionalen Zeitungen und Zeitschriften im Theateralltag nach allgemeiner Erfahrung eine besondere Bedeutung zukommt. Aber auch deshalb, weil er ein Meister des unpersönlichen „man“ ist, das alles, was „man“ selbst vertreten müßte, sofort in die heiligen Bezirke allgemeiner Erfahrungs- und Erlebniswerte überführt:

„Anstatt sich für Figuren zu interessieren, ist man dauernd versucht, sie zu ‚übersetzen‘: Dürer als Beuys, Sachs als Grass, Melanchthon als Frisch — ein Puzzle tritt an die Stelle einer Personenfindung ... Der Einfall, daß einer sich blind stellt, blindwütig sehend auf seinen Konkurrenten eindrischt ..., statt gegen die Verhältnisse anzugehen — diese Parabel ist so gescheit ausgetüftelt, daß man auch für ihre Verkörperung eher Denksportinteresse aufbringt. So sieht und hört man auf der Bühne vorwiegend Allegorien ... — Brechts parabolische U- und Tui-Erfindungen legen sich als kabarettistische Schminke auf die Gestalten. Die können dann geblendet oder gevierteilt werden: Als Gleichnisse leiden sie bestenfalls symbolisch — und ha-

ben noch stets ein Walsersches Bonmot auf den Lippen, weil sie nie von sich, sondern immer von der Beredsamkeit ihres Autors künden.“

An dem Ganzen stimmt so gut wie nichts, die Beziehung auf Brecht ist unsinnig und bloß kalauernd, der letzte Satz nicht bloß verfälschend, sondern infam: die da geblendet werden, Graf und sein Konkurrent, haben, wenn sie leiden, niemals Bonmots auf den Lippen (die Wiedertäufer schon gar nicht); und der gevierteilt wird, der Maler Jörg Rathgeb, ist keine Figur des Stücks, sondern eine Figur, über dessen Kunst und Verteilung sich die Bürger im Stück unterhalten. So „kündet“ die Kritik vor allem von der Selbstverstümmelung des Kritikers.

Noch eine letzte Methode, sich um inhaltliche Auseinandersetzung zu drücken und ein Stück für mißraten zu erklären, ist zu beschreiben: die der anscheinend sachlichen Kritik an der formalen Gestaltung des Stücks: Die Kritiker spielen sich dabei ausnahmslos als Pädagogen auf und verteilen Zensuren. Ihre Hauptthesen sind:

— das Stück sei „blutarm“ (so sinngemäß Karasek, außerdem Hans Berndt, *Mannheimer Morgen*; Rudolf Hänsel; Mathes Rheder, *Hamburger Abendblatt*);

— das Stück sei „überfrachtet ... mit Gedanken und Anspielungen“ (Berndt), es sei „ein sehr deutsches Stück, befrachtet mit Bildungsgut“ (Detlef Wolff, *Weser-Kurier*). Eben daran sei es gescheitert:

„Die Gründe für den Mißerfolg? Ein Zuviel. Ein Zuviel an Stoff, an Personen, an umständlicher Erörterung, an nicht zutreffenden Parallelen zu unserer Zeit.“ (K. L. Tank, *Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt*);

das Stück setze „eine Unmenge von Kenntnissen beim Zuschauer voraus“ (Rheder), vor allem „mehr geschichtliche Kenntnisse ... als von einem normalen Theatergänger erwartet werden dürfte“ (Jürgen Althoff, *Kölnische Rundschau*); es setze „eine erhebliche Vertrautheit mit der deutschen Geistesgeschichte voraus“ (Wolff); es setze „historische und soziologische Kenntnisse voraus, die bestenfalls ein intellektuelles Publikum mitbringt“ (Berndt). Kurzum: „Zu den Schwächen des Spiels gehört es auch, daß hier wieder einmal ein Autor mit einem Parkett voller Gebildeter rechnet, mit lauter Experten des 16. Jahrhunderts“ (Wolfgang Ignée, *Stuttgarter Zeitung*);

das Stück sei eben deshalb Bildungstheater, „gerade das, was Walser überwinden wollte: Bildungstheater (etwas linkslastig)“ (Tank). —

„Walser hat etwas geschrieben, was ihm nach seiner politischen Couleur eigentlich zuwider sein müßte, nämlich Bildungstheater. Nicht ein Stück, das erklärte und aufklärte, sondern Theater, das Bildung voraussetzt. Nur wer aus kultureller Gewissenhaftigkeit oder weil es zu seinen Pflichten als Kritiker gehört, zuvor das Stück gelesen und sich mit den geschilderten Zeitumständen befaßt hatte, konnte wirklich begreifen, worum es im einzelnen ging, konnte Anspielungen belachen, Zusammenhänge durchschauen, Akzente wahrnehmen. Die meisten Zuschauer langweilten sich darum gründlich.“ (Mechthild Lange, *Frankfurter Rundschau* und *Rheinische Post*)

So, gelangweilt haben sie sich? Woher weiß Mechthild Lange das? Kritiker wissen immer alles. Aber im Deutschen Schauspielhaus in Hamburg waren um 1500 Leute. Da muß eine schon sehr sensibel sein, um so etwas hinzuschreiben.

Aber es geht ja um etwas anderes. Es geht um Denunziation: der Kritiker als stellvertretender Vollstrecker des „Radikalenerlasses“. Das geht an die Sub-

stanz; an die Substanz der Kritiken auch. Die totale Ideologisierung macht vor nichts halt.

Das Stück setze zu viel voraus: das Argument ist so wohlfeil wie sauer Bier. Das Stück setzt nicht mehr und nicht weniger als die volle Aufmerksamkeit des Zuschauers voraus. In ihm ist alles Material enthalten, das zum Verständnis des historischen Zeitabschnitts und der Problemstellung, soweit in diesem Rahmen nötig, gebraucht wird. Ich sage: in diesem Rahmen, denn eine weitere schöne Leistung des Stücks ist, daß es Lust macht, noch mehr über diesen Teil unserer Vergangenheit zu erfahren. Genau das aber darf es nicht. Denn wer mehr und Richtiges über unsere Vergangenheit erfährt, läuft möglicherweise Gefahr, auch mehr und Richtiges über unsere Gegenwart erfahren zu wollen (und das ist der wirkliche aktuelle Bezug des Stücks), er läuft vielleicht sogar Gefahr, unsere Gegenwart für veränderbar zu halten. Vor dieser Gefahr muß man ihn natürlich bewahren. Deswegen wurden als erste Lehrer und Pädagogen vom Berufsverbot getroffen. Deswegen machen sich die „Sauspiel“-Kritiker zu Vollstreckern des „Radikalenerlasses“.

Das Stück sei „Bildungstheater“. Das meint wiederum dasselbe: es sei Theater bloß für Gebildete. Das klingt hübsch progressiv und ist doch genau das Gegen- teil. Denn dieses Stück hat sich etwas anderes vorgenommen. Es ist „Bildungstheater“ in exakt nicht dem Sinn, der ihm unterstellt wird: kein Bestätigungs- ritual, in dem bürgerliche Halbbildung (so wie Mechthild Lange sie am Beginn ihrer Kritik vorführt) sich immer aufs Neue repetiert und feiert. Und dennoch ist es „Bildungstheater“, insofern es — auf vergnügliche Weise — bilden, unterrichten und aufklären will.

Bildung aber, verstanden nicht als Privileg, sondern als aktives Lernen, als Unterricht in nicht unterrichteter, in unterdrückter Geschichte also, als Unterricht in dialektisch-materialistischem Geschichtsverständnis, das einem das Auge auch fürs Heute öffnet — das ist strafbar.

Theater, das sich auf so konkrete und manchmal sogar sinnliche Weise der Bildung verschreibt, das ist dann eben „Leider nur: Bildungstheater“ (Überschrift in der *Frankfurter Rundschau*): weil zu bedauern ist, daß Aufklärung stattfindet. Aufklärung wozu? Zu bedauern von wem? Wir wissen es. Walser bezweifelte Herrschaft, die Kritiker rechtfertigten sie. Das ist die andere Aktualität des Stücks.

Das Klassenziel ist vorderhand erreicht. Die Kritiker haben abgeliefert. In wessen Interesse? Das „Sauspiel“ selbst liefert den Hinweis. Und die Theater reagieren im Hinblick auf dasselbe Interesse. Sie interessieren sich nicht mehr. Theater, die vor der Uraufführung noch für das Stück optierten, haben nun einen Rückzieher gemacht. Das „Sauspiel“ hat im Moment kaum Chancen, nachgespielt zu werden.

»Die ganze bolschewistische Kulturrevolution«

Die Kampagne gegen das Westberliner „Grips“-Theater

„Herr Vorsteher! Meine Damen und Herren!“

Der Herr Stadtrat räusperte sich noch einmal, schaute über die Köpfe der vor ihm sitzenden Bezirksparlamentarier des Westberliner Stadtteils Steglitz hinweg, heftete seinen Blick ins demokratische Nirgendwo und hub an:

„Kenner der kommunistischen Szene in dieser Stadt beobachten mit immer größerer Sorge, daß immer öfter auf dieser Szene das ‚Grips‘-Theater und viele seiner Ensemble-Mitglieder auftreten. Eine Zusammenschau des vorliegenden Materials ergibt, daß offenbar dieses Theater und eine ganze Reihe seiner Mitarbeiter in irgendeiner Weise in die kommunistische Propagandaschinerie einbezogen sind und kommunistische Bestrebungen fördern. Das mir vorliegende Material hat mich zu der Überzeugung gebracht, daß das Maß des Erträglichen nun mehr als überschritten ist, und aus diesem Grunde wollen wir bis auf weiteres darauf verzichten, diese Bühne in unseren Jugendfreizeitheimen zu sehen und das Unternehmen durch Einsatz sachlicher und persönlicher Mittel zu fördern.“

Meldung des *Steglitzer Lokal-Anzeigers* am nächsten Tag: „Das schon seit langem umstrittene Grips-Theater, das mit seinen nicht gerade überzeugten Aufführung im Hansa-Theater und als Wander-Theater in den Bezirken, in Schulen und Jugendheimen gestikuliert, war auf der letzten Bezirksverordnetenversammlung im Rathaus Steglitz u. a. auch ein deftiger Zankapfel. Vorerst hat Jugendstadtrat Klaus Dietrich Friedrich ein Aufführungsverbot in Steglitzer Jugendheimen ausgesprochen.“

Überschrift: „Ausgesprochenes Spielverbot“. Kann man wohl sagen. Nun hat zwar dieser so wenig „überzeugt“ „gestikulierende“ „deftige Zankapfel“ ein eigenes Haus im Tiergarten und mit der Klamotten-Klitsche „Hansa Theater“ absolut nichts zu tun — doch ansonsten stimmte die Meldung fast. Es fehlte nur der Hinweis, daß der Herr Stadtrat Friedrich, der ohne Grips auszukommen meint, Mitglied der CDU ist.

Das sind im übrigen neun der Jugendstadträte in den 12 Westberliner Bezirken (hier zeigt die SPD, die überall mitregiert, wie wichtig sie dieses Ressort und damit die Jugend der Stadt überhaupt nimmt). Nach Friedrichs Beispiel zogen zahlreiche seiner CDU-Kollegen in den anderen Bezirken nach — und verboten Aufführungen von Grips in städtischen Jugendheimen. In einigen Bezirken konnten SPD und FDP in den Kommunal-Parlamenten mit knappen Mehrheiten die Verbote rückgängig machen.

Die Absicht dieser konzertierten Aktion der Reaktion war klar: Grips, das erfolgreichste deutschsprachige Kinder-Theater, sollte eingehen. Der Zeitpunkt war ebenfalls gut gewählt: Im Westberliner Abgeordnetenhaus standen gerade die Etatberatungen für 1976 an, in deren Rahmen auch über Theater-Subventionen diskutiert werden sollte.

Und Grips kann nun mal ohne staatliche Zuschüsse nicht leben. Warum eigentlich?

Meint Nikola Greiff, Christdemagogin im Abgeordnetenhaus: „Wenn Eltern, Lehrer und Sozialarbeiter einhellig der Ansicht wären, daß der Besuch des ‚Grips‘-Theaters das Beste ist, was man Kindern antun könnte, so müßte das Theater so überlaufen sein, daß es sich aus eigener Kraft tragen könnte.“

Das Argument scheint stichhaltig, wiewohl Frau Greiff die Wahrheit kennt: Das „Grips“ ist tatsächlich so überlaufen, daß es schon Anfang des Jahres bis zum März ausgebucht war. Die Vorstellungen in den Bezirken könnten vier- bis fünfmal hintereinander gespielt werden, so stark ist jedesmal der Andrang. Mit 400 Vorstellungen im Jahr leistet die Bühne mehr als jede andere Truppe in Westberlin und in der Bundesrepublik.

Und dennoch: Für dieses Jahr brauchte „Grips“ 800 000 Mark an Zuschüssen. Der Grund liegt, na klar, bei den niedrigen Eintrittspreisen. „Grips“ macht es billig. Um das zu verstehen, muß man etwas von der Geschichte und Konzeption des Theaters wissen. Zitate aus einer Selbstdarstellung:

„Zur Geschichte: Das ‚Theater für Kinder‘, seit Mai 1972 ‚Grips‘ genannt, wurde im Juni 1966 im Berliner Reichskabarett gegründet. Es ist das älteste, ganzjährig spielende Berliner Kindertheater, entstanden zu einer Zeit, als das bundesdeutsche Kindertheater zu 98 % aus Weihnachtsmärchen bestand. Von Anfang an schrieb es sich seine Stücke selber, die Inszenierungen waren in Stil, Tempo und Musik vom Kabarett geprägt. Mit seinem Umzug auf die Raumühne des Berliner Forum-Theaters gab es sich seinen neuen programmatischen Namen: ‚Grips‘-Theater; im September 1974 konnte es sein Haus am Hansaplatz beziehen.“

14 Stücke hat „Grips“ bisher herausgebracht. Alle sind eigens für das Ensemble und teilweise auch vom Ensemble erarbeitet worden. Über 220mal sind diese Stücke in anderen Theatern nachgespielt worden, in 15 verschiedenen Sprachen, von Helsinki bis Zagreb, von Paris bis Neu-Delhi, von Athen bis Heiderabad. Mehr als 60 westdeutsche Bühnen übernahmen „Grips“-Stücke. Die Spielpläne für Kinder an diesen Bühnen wurden durch die Westberliner Truppe — wie *Theater Heute* feststellte — „von Grund auf umgekempelt“.

Was macht „Grips“ nun inhaltlich? Für Springers *Berliner Morgenpost* ist die Sache klar: „Grips“ ist jene Bühne, von der herunter nützliche Idioten Lenins die Kinder mit Klassenkampfparolen traktieren.“ Damit ist Springer einmal mehr auf gleicher Wellenlänge mit den Neonazis (mit der CDU sowieso), deren *Deutsche Wochen-Zeitung* Alarm schlug, weil „moskaunützliche Kinderseelenfänger“ am Werke sind: „Diese Polittruppe versucht die Kinder mit ihren Aufführungen aufzuhetzen.“

Und so hetzen sie auf, wie die Gripser selbst eingestehen: „Grips“ beschäftigte sich mit den Problemen, die Kinder und Jugendliche mit den Erwachsenen beziehungsweise deren Umwelt haben, statt umgekehrt, wie es vordem üblich war. Statt den Kindern eine heile Märchenwelt vorzugaukeln, sieht „Grips“ seine Aufgabe darin, ihr Selbstwertgefühl zu entwickeln, ihnen zu helfen, sich in ihrer Wirklichkeit zurechtzufinden und zu behaupten; ferner unsere Verhältnisse als veränderbar zu lernen, Kritik als unabdingbares Recht zu begreifen, Lust am schöpferischen Denken, an Alternativen zu erzeugen und somit die soziale Phantasie anzuregen. Dies geschieht mit realistischen Stoffen, in

einer Sprache, die die Betroffenen als ihre Umgangssprache akzeptieren, mit einprägsamen Songs, auch zum Nachsingern, mit einer breitgefächerten Vor- und Nachbereitung nach dem Grundprinzip, dem Publikum die befreiende Wirkung des Spaßes an rationalen Erkenntnissen spürbar zu machen.“

Der *Rheinische Merkur* wußte schon immer, was hinter solchen Konzeptionen steckt, nämlich „kommunistische Indoktrination“. Daß die „Grips“-Leute ihre Zuschauer nicht nur als bloße Konsumenten, sondern auch als Mitakteure ansehen, wird ihnen besonders übel angekreidet: „Verstärkt wird die Klassenkampftendenz durch die bekannten Manipulationstechniken — Einbeziehung der Kinder in den Handlungsablauf, suggestive Fragen, Aufforderungen zum Mitmachen.“

Seit 1973 werden zu allen Produktionen Nachbereitungshefte herausgegeben, die von Pädagogen verfaßt werden und Materialien, oft ganze Unterrichtseinheiten, enthalten, mit deren Hilfe die Konflikte und Probleme eines Stücks später „aufgearbeitet“ werden können. „Grips“ geht mit seiner Wirkung also weit über die üblichen zwei Theaterstunden hinaus.

Sicherlich auch deshalb: „Die Arbeit im ‚Grips‘ macht Spaß, nur so ist sie zu bewältigen“, meint Volker Ludwig, der Theaterleiter. „Andererseits ist sie aufreibender als anderswo und mit 10- bis 12-Stunden-Tagen verbunden. Sie wird von Profis geleistet, die auf vieles verzichten, was sie in großen Theatern, im Fernsehen, im Synchrongeschäft verdient beziehungsweise an Karrieren aufgegeben haben. Die qualitativen und physischen Anforderungen übertreffen in vielem die des Erwachsenentheaters. Im umgekehrten Verhältnis dazu stehen die Eintrittspreise. Könnte ‚Grips‘ die gleichen Eintrittspreise verlangen wie etwa die Schaubühne am Halleschen Ufer, könnte es auf Subventionen verzichten.“ Durchschnittlich kostet eine Eintrittskarte bei „Grips“ 4,50 Mark, bei der Schaubühne 14,50 Mark. Die Subventionen für das Kindertheater sind also nichts als ein Ausgleich für soziale Preise — und soziale Preise sind natürlich etwas, was die CDU nun mal im Kopf nicht aushält.

Volker Ludwig: „Daß höhere Eintrittspreise nicht vertretbar sind, versteht sich von selbst. Das ‚Grips‘-Publikum besteht zum größten Teil aus Jugendlichen und Kindern, deren Eltern noch nie im Theater waren; aus Schulklassen und Gruppen, die oft aus schlechten finanziellen Verhältnissen kommen. Geraade sie zu erreichen — darin besteht aber die besondere Aufgabe von ‚Grips‘.“ Gerade sie zu verdummen — darin besteht aber die besondere Aufgabe von CDU und Springer-Presse. Kein Wunder also, daß man dem „Grips“ nicht hold ist. Es nimmt künftige Leser und Wähler weg. CDU-Parlamentarier Dieter Biewald, seines Zeichens „Kunstexperte“ der christdemokratischen Fraktion im Abgeordnetenhaus, fühlte sich offenbar als kleiner Cicero, als er im katilinischen Stil den Senat attackierte: „Wie lange wollen Sie unsere Kinder, die wir in der Schule schützen, dem noch aussetzen?“

Die Junge Union verteilte Flugblätter in der Stadt mit den Forderungen:

- Streichung aller staatlichen Subventionen für „Grips“!
- Sofortige und genaue Überprüfung der Vorgänge!
- Kein Vertrieb von Eintrittskarten über staatliche Institutionen wie „Theater der Schulen“.

CDU-Mann Tietze wußte seinem Parlament zu melden: „Dieses ‚Grips‘-Theater ist nämlich der Repräsentant dieser ganzen bolschewistischen Kulturrevolution, die sich hier langsam, aber systematisch aufbaut.“ Und: „Wir müssen feststellen, daß dieses ‚Grips‘-Theater nichts bei uns zu suchen hat. Mag es nun Dornröschen vorführen, mag es im Beitrag zum Jahr der Frau Schneewittchen heißen, das ist für uns nicht das Prinzipielle, uns interessiert, wer dahintersteckt. Und der Wolf im Schafspelz, wenn er vom ‚Grips‘ vorgetragen wird, dann ist er für uns schon bedrohlich. Und verlassen Sie sich darauf, meine Damen und Herren, für uns haben diese Leute hier nichts zu suchen.“

Originalton 1975, nicht etwa 1935.

„Grips“ brauchte also für 1976 800 000 Mark an Subventionen. Zum Vergleich: Die Deutsche Oper Berlin erhält 36 Millionen Mark Zuschüsse, die „Schaubühne am Halleschen Ufer“ immerhin noch 6 Millionen Mark — bei 130 Vorstellungen weniger als „Grips“. In den vergangenen Jahren mußte die 26köpfige „Grips“-Truppe jeweils zwei Sommermonate lang entlassen werden und stempen gehen. Das ist zwar gegen alle tarifrechtlichen Bestimmungen, aber anders langte das Geld nicht. Die Techniker im „Grips“ kriegen kaum eine Überstunde bezahlt. Soziale Leistungen wie in ähnlichen Theaterbetrieben — Urlaubs- und Weihnachtsgeld z. B. — fallen sowieso unter den Tisch.

Ohne Subventionen hätte das „Grips“-Theater aufgehört zu existieren. Daß es nun doch besteht, verdankt es paradoxe Weise seinen schärfsten Gegnern — der CDU und ihren gripslosen Mannen. Hätten die sich nicht so auf „Grips“ eingeschossen, wäre der Geldhahn für „Grips“ von der regierenden SPD-Rechten sang- und klanglos zugedreht worden. Wissenschaftssenator Löffler, der sich rühmen darf, Berufsverbote schärfer zu praktizieren als mancher CDU-Kollege, hätte „Grips“ am liebsten das Licht ausgeknipst. Noch im November letzten Jahres meldete die Basler *National-Zeitung*: „Der Berliner Senator für Wissenschaft und Kunst, der als ehemaliger Schulsenator häufig vom ‚Grips‘-Theater attackiert wurde, macht aus seiner Antipathie gegen das Theater keinen Hehl.“ Dennoch mußte er zähnekirnischend die Subventionen für „Grips“ herausrücken und sogar noch rechtfertigen. Die Truppe vom Hansaplatz war unversehens zum *casus belli* zwischen weiten Teilen der SPD und FDP einerseits und der CDU geworden. Besonders die um ihr liberales Image besorgten FDP-Politiker hatten sich für „Grips“ stark gemacht. Der neue FDP-Schulsenator Rasch setzte der Antipathie Löfflers seine öffentlich erklärte Sympathie für „Grips“ entgegen und öffnete sein Karten-Kontingent für das senatsgeförderte „Theater der Schulen“.

Allerdings — statt der dringend benötigten 800 000 Mark wurden nur 640 000 Mark bewilligt, und auch die können noch um sieben Prozent zusammengestrichen werden. Als weitere Schikane unterwerfen Kunst- und Finanzsenat das „Grips“-Theater einer strengen monatlichen Kontrolle der Einnahmen und Ausgaben. Alle anderen Theater (Ausnahme: Schaubühne) brauchen nur jährlich abzurechnen.

Immerhin: „Grips“ kann weitermachen, wenn auch finanziell mehr schlecht als recht, zumindest für ein weiteres Jahr. „Die Subvention des West-Berliner Senats ist eine Subvention zur Heranziehung neuer Baader-Meinhof-Rekruten“,

befand sofort die *Deutsche Wochen-Zeitung*. Und die CDU-Fraktion im Abgeordnetenhaus stand den Neonazis in nichts nach: „Subvention der Subversion“ — so ihre Parole. Die *Berliner Morgenpost* schimpfte, daß Frei- und Sozialdemokraten „ein Erziehungsinstitut linker Systemveränderer, das hilflose Kinder neomarxistisch indoktriniert, vor der Pleite bewahrten“: „Wir sind so frei, die Feinde unserer Gesellschaftsordnung mit Geld zu päppeln.“

Und mit Lobpreisungen. Zum viertenmal hintereinander erhielt das „Grips“-Theater kürzlich den Brüder-Grimm-Preis des Landes Berlin, der für die beste Kinder- oder Jugendstück-Produktion im deutschsprachigen Raum alljährlich verliehen wird — diesmal für die Inszenierung „Das hältste ja im Kopf nicht aus“. Ein Stück „für Menschen ab 13“. Es geht hier um Jugendarbeitslosigkeit, um Hauptschüler und ihre Lehrer. Ein großartiges Stück Theater und ein großes Stück Wirklichkeit, mit heißem Rock aufgepept, mit Grips inszeniert, deshalb auch höchst vergnüglich.

Die Vorstellungen sind, wie gesagt, lange im voraus ausgebucht, meist von ganzen Schulklassen. Es kommt genau das Publikum, dessen Probleme auf der Bühne verhandelt werden: Hauptschüler und ihre Lehrer. Und die gehen mit, machen das Stück zu ihrem Stück. Was „Grips“ hier leistet (das ganze Ensemble ist an diesem Stück beteiligt und spielt auch mit), ist „absolute Spitze“. So das einhellige Urteil fast aller bürgerlichen Theaterkritiker und des nichtbürgerlichen Publikums.

Allerdings: In einigen Fällen wurden Lehrern auch schon Sanktionen angedroht, falls sie mit ihrer Klasse ins „Grips“ gingen. Der Wink mit dem Radikalen-Erlaß reicht da schon aus.

Die Hauptschullehrerin Schmidt kann davon in „Das hältste ja im Kopf nicht aus“ ein traurig politisch Lied singen. Sie weiß und spricht es aus, „daß es nicht nur in der Schule — Klassen gibt“. „Doch ich werd mich hüten, ins Detail zu gehen. / Ich weiß doch, wie das ist: / Ein kluges Wort, und schon — / ist man Kommunist.“

Die letzte Strophe dieses Songs geht so:

„Vollgestopft mit Illusionen
Ahnten wir nicht, was uns droht.
Heut sind Lehrer-Praktikanten
Angepaßte graue Mäuse,
Bibbernd vor'm Berufsverbot.

Wer jetzt nicht brav die Klappe hält,
Kriegt später nicht mal Stempelgeld.
Drum keine Extratouren drehen,
Zum Beispiel: Ins Theater gehen.

Denn man kennt ja von Kollegen schon das Risiko,
Das damit verbunden ist:
Einmal im ‚Grips‘, und schon — — —“

Erfahrungen eines Verlegers mit Maulkorb-Gesetzen

1945 — die Stunde Null. Das 3. Reich hatte auf seiner Höllenfahrt Gestapo, Wehrmacht, Wirtschaft und Kultur mitgerissen und mich, in Abwesenheit, noch rasch zum Tode verurteilt. Bis hierhin war also alles klar: Schnauze halten! Wer was sagt, riskiert den Kopf.

Nun aber, so meinte ich, wird alles anders werden. Das Volk wird sein Schicksal selber bestimmen. Wir werden huntern müssen, für Wiedergutmachung schuften, aber frei unsere Meinung äußern, in echter Demokratie des Volkes, ohne Kapitalisten, selbst unter fremder Besatzung. Auch der Amerikaner. Die hatten ein Punktsystem. Der GI mit vielen Punkten bekam Urlaub und ich die Lizenz für einen Verlag. Ich begann mit der Arbeit. Aber der Publication-officer meinte schon bald: in der *Literarischen Revue* seien zu viel Russen und Kommunisten vertreten. Er konnte nicht verstehen, daß in Deutschland seit je allem geistigen Fortschritt der „Ludgeruch der Revolution“ angehangen und daß die in die Zukunft weisenden Tendenzen gerade von kommunistischen Schriftstellern getragen wurden.

Es kam anders. Langsam rückten alle wieder in ihre alten Positionen: die Kaufleute, die Juristen, die Unternehmer und die Polizisten und damit die Kriterien, die 1000 Jahre alt waren. Die Währungsreform machte radikal Schluß mit vielen Illusionen und weitgehend auch schon mit der deutschen Einheit. Eine verlogene Moral überdeckte die Wiederherstellung der alten wirtschaftlichen Mächte. Als ich 1949 im *Neuen Magazin* auf die wirtschaftliche Bedingtheit der Prostitution hinwies, brachte das einen Prozeß wegen Verbreitung unzüchtiger Schriften ein. Mein Hinweis, daß das kapitalistische „Gesetz von Angebot und Nachfrage“ sich auch auf die Moraltvorstellung auswirke, wurde als marxistische Deutung beiseite geschoben.

Ost-West-Konflikt, aber „ohne mich“, meinte ich. Es ging mir um die Gemeinsamkeit unserer Kultur. Deshalb wurde ich einer der Mitbegründer des „deutschen Kulturbundes“. Unsere Auffassung war, daß die in Ostdeutschland nicht allein den Krieg verloren hätten. Damit geriet man aber sofort in Gegensatz zu den Leuten um Adenauer. So hatte ich dann bald Gelegenheit, Männern vor der Haustür Kaffee und Zigaretten zu reichen, die dort im Auftrag von Geheimdiensten observierten. Das Telefon wurde überwacht, und schon bekam ich auch keinen Interzonenpaß mehr. Das Wort „Frieden“ war Synonym für Kommunist geworden; wer nicht „SBZ“ sagte, war ein Aufrührer.

Endgültig decouvert als „Kommunist“, als „Fellowtraveller“ als „Agent“ aber hatte ich mich, als ich 1950 Schriftsteller aus Ost und West zu einem Gespräch nach Starnberg einlud. Über 300 waren erschienen. Die Presse war nicht zugelassen, weil viele sich sonst gefürchtet hätten, frei zu reden. Das Aufsehen war um so größer. „Schriftsteller in den Katakomben“ war eine bezeichnende Überschrift, und die Zeitung der Amerikaner nannte mich einen bezahlten Sowjet-Agenten. Der Beschuß, gemeinsam das Buch „Wir heißen euch hoffen“ heraus-

zugeben, ging vollends zu weit. Die Schriftsteller wurden in ihre Schranken verwiesen: sie hätten mit Politik nichts zu tun. Die Autoren wurden unter Druck gesetzt, keine Beiträge für das Buch zu geben. Als es dennoch erschien, hielt der Terror an. In Besorgnis wollte der eine seinen Beitrag zurückziehen, der andere versuchte sich in der Presse reinzuwaschen vom Makel roter Infektion. Selbst ein damals so bekannter Autor wie Tami Oelfken mußte sich vom Verleger Witsch mitteilen lassen, daß man unter solchen Umständen kein Buch mehr von ihr bringen könne. Einer hatte besser vorgebaut. Er schrieb, daß er sich gerne mit den Kollegen aus der „Ostzone“ unterhalten möchte „über Klopstocks Versmaße und Balzacs Romanteknik, nicht aber über den Frieden und die Wiedervereinigung Deutschlands.“

Mir schien, gerade die Schriftsteller seien aufgerufen, für das Volk zu sprechen und ganz besonders in dieser Situation. Das 3. Reich hatte das Volk Schweigen und Gehorsam gelehrt. Das neue Regime, das soeben die allgemeine Wehrpflicht wieder einführte, hätte es wohl gerne dabei belassen. So wurde das nächste Buch: „Worte wider Waffen“ zu besonderem Ärgernis.

Natürlich mußte ich damit rechnen, daß der „bezahlte Sowjetagent“ Folgen haben würde. Als ich einen Reisepaß beantragte, wurde mir dieser versagt, weil ich lt. § 7a, so die Begründung, „die innere oder äußere Sicherheit der Bundesrepublik gefährde“. Zwar waren die meisten der hierzu angegebenen Begründungen einfach aus den Fingern gesogen und nachweislich der Phantasie eines V-Mannes entsprungen, aber was blieb, muß wohl sehr belastend gewesen sein. Da hieß es: „hat an einer Tagung des Deutschen Kulturbundes teilgenommen“; „hat den sowjet-zonalen Aufruf zum Frieden unterzeichnet“; „gehört zu dem Personenkreis, mit dem Mitglieder der ost-nationaldemokratischen Partei in Briefwechsel treten sollen“. Und ähnlich schwerwiegende Vorwürfe. Aber das Schlimmste war das „Starnberger Gespräch“ und die Veröffentlichung solch staatsgefährdender Bücher, mit denen Schriftsteller aus Ost und West zum gemeinsamen Kampf für Frieden und Verständigung aufriefen. Ich sei „ein eifriger Propagandist der kommunistischen Idee, der sich die Zerstörung der Staatsform zum Ziel gesetzt hat“ — für jedermann klar, was so jemand im Ausland anstellen wird.

Darum also gab es keinen Paß. Da mir das unverständlich war, schrieb ich an das Paßamt, ich glaubte, meinen Teil zu den Grundlagen beigetragen zu haben, die die Existenz dieser Bundesrepublik überhaupt erst ermöglichen, im Gegensatz zu manchem der hohen Beamten heute in diesem Staat.

Um aber einen praktischen Beitrag zu leisten für Frieden, Verständigung und Wiedergewinnung einer einheitlichen deutschen Kultur und Nation, begann ich mit dem Interzonenhandel: ich importierte Bücher aus der DDR und vertrieb sie hier in der Bundesrepublik. Das war nicht recht. Auf einer Buchhändlertagung wurden solche Leute als Landesverräte bezeichnet, ohne daß einer von diesen Sachwaltern des Geistes und der Kultur Widerspruch erhob. Ich führte auch DDR-Kinderbücher ein. Das brachte mir besonders bösen Tadel ein. So schrieb die *Schwäbische Landeszeitung*, hier würde der Versuch gemacht, unsere Kinder durch Infiltration kommunistischen Gedankengutes zu vergiften.

Nun trat der Staatsanwalt auf den Plan. Die Einfuhr von Kinderbüchern wurde gleich grundsätzlich verboten, und alle Sendungen aus der DDR mußten der Staatsanwaltschaft vorgeführt werden. Das führte zu grotesken Situationen. Ein DDR-Lexikon zum Beispiel mußte von der „Spalter-Flagge“ gesäubert werden, weil anders der Bestand der Bundesrepublik gefährdet war.

Die Strafkammer des Landgerichts München bescheinigte mir, daß ich „hinreichend verdächtig sei, Bücher eingeführt zu haben, die u. a. zur Unterdrückung der demokratischen Freiheit dienten“. Aber Renns Spanienbuch mußte schließlich doch freigegeben werden. Da hatte doch dieser Engels 1845 einen Text zur Unterwöhlung der fdGo geschrieben: „Grundsätze des Kommunismus“. Dieses Buch gehöre, so bestätigte der Staatsanwalt, zur kommunistischen Propagandaliteratur. Das sei auch im Vorwort ausdrücklich festgestellt. Und so kam es mit den Büchern von Franz Mehring in den staatsanwaltschaftlichen Reißwolf. Inzwischen war die KPD verboten worden. Das brachte Makarenkos Buch „Flaggen auf den Türmen“ noch im nachhinein in eine sehr merkwürdige Situation. Das Gericht schrieb: „... dessen ungeachtet könnte er natürlich einen Leser, der verallgemeinernde Schlüsse zieht, zu der Folgerung kommen lassen, die Lehre des Kommunismus sei auf jedem Gebiet, zu jeder Zeit und an jedem Ort, jeder anderen Weltanschauung überlegen und vorzuziehen. Daher könne das Buch mit den entsprechenden Hinweisen, etwa durch die Drahtzieher der illegalen KPD dazu verwendet werden, kommunistische Gesinnungen ...“ Die Frage, ob das alles nicht auch für „Das Kapital“ zutreffe, wurde verneint; hier handele es sich um Weltanschauung, und die sei erlaubt,

Jetzt war es mir wirklich zu schwer geworden, mich zwischen der grundgesetzlichen Meinungsfreiheit und dem Verbot, diese zu äußern, zurechtzufinden. Ich bat deshalb hohe amtliche Stellen, mir doch Unterlagen zu geben oder zu nennen, aus denen man schließen könne, was nun eigentlich verboten und was erlaubt sei. Man wies das weit von sich: Eine Zensur findet nicht statt. Schließlich gab mir das bayerische Staatsministerium dann doch eine Liste mit Buchtiteln, deren Überprüfung ergeben habe, daß sie inhaltlich als staatsgefährdend anzusehen seien. Darunter befanden sich die deutschen Autoren Weinert und Weiskopf, der Franzose Aragon und der Sowjetrusse Ilja Ehrenburg. Auch Scholochow hatte bereits in den dreißiger Jahren die schmutzige Absicht, die Bundesrepublik zu gefährden, als er sein Buch „Neuland unterm Pflug“ veröffentlichte. Das war zwar inzwischen in der ganzen zivilisierten Welt erschienen, aber deshalb vielleicht noch gefährlicher.

So war wohl klar, was mit Büchern wie Gotsche „Märzstürme“, Reisner „Hamburg auf den Barrikaden“, Braune „Das Mädchen an der Orga Privat“, die man bei einer Haussuchung fand, geschah: Sie kamen in den Reißwolf. Das Argument, diese Bücher aus den zwanziger und dreißiger Jahren gehörten zur Literaturgeschichte und schilderten deutsche Historie, verfing nicht. Denn, so schrieb das Gericht: „Diese Bücher gehören zur sogenannten Bürgerkriegsliteratur, deren sich die illegale KPD bedient, um die arbeitende Bevölkerung auf den mehr oder weniger gewaltsamen Sturz der kapitalistischen Gesellschaft ideologisch vorzubereiten.“ Kistenweise verfielen Bücher auch weiterhin der

vorsorglichen Beschlagnahmung, „weil ihr Einziehen zu erwarten sei“ — darunter z. B. Ernst Moritz Arndt „Kurzer Katechismus für deutsche Soldaten“.

Von besonderer Gefahr für die freiheitliche Grundordnung erschien dem Staatsanwalt das Buch *Irrweg einer Nation*. Es wurde Anlaß eines Prozesses, wohl weil der Verfasser Alexander Abusch inzwischen Minister in der DDR geworden war. Das Buch wurde als objektiv staatsgefährdend eingezogen. Das Gericht zitierte in seinem Beschuß als besonders gravierend das Nachwort, wo Abusch über Westdeutschland schreibt: „Es ist und bleibt dort die Aufgabe des Volkes, die historisch notwendige demokratische Reform der Gesellschaft an Haupt und Gliedern nachzuholen.“ Damit war für das Gericht alles klar. Das war „die Aufforderung zur Beseitigung aller genannten Verfassungsgrundsätze und zur Unterdrückung der demokratischen Freiheit“; denn hier „wird für jeden normalen Leser die strikte Forderung erkennbar, die in der Sowjetzone mit Hilfe von Täuschung, Drohung und Gewalt durchgesetzte Errichtung eines kommunistischen Diktatursystems auf dem Gebiet der Bundesrepublik nachzu vollziehen.“

Aber es wurde hinter allem Schwulst der Freiheitsphrasen doch noch deutlich, warum Staatsanwälten und Richtern gerade dieses Buch so gefährlich erschien. Sie zitierten es sogar; Abusch hatte geschrieben: „14 Generäle, die einst an Hitlers Seite paradierten, jetzt Generäle der Bundeswehr, tausend Richter und Juristen, die zu Hitlers Zeiten die Antifaschisten auf das Schafott schickten, nun in bundesrepublikanischer Würde.“ Als Klaus Gysi, der spätere Kulturminister der DDR und jetzt ihr Botschafter in Rom, damals Leiter des Aufbauverlages, als Zeuge vernommen werden sollte, wollte der Staatsanwalt ihn gleich im Saal verhaften lassen, um nachher, etwas kleinlaut, aber doch darauf zu verzichten.

Meine Frage an das Gericht zum Schluß des Prozesses: Ist Zensur denn nicht ehrlicher, anständiger und fairer, anstatt derart dehbare Gesetzestexte wie Gummi zu dem gewünschten Ergebnis zurechtzubiegen und das dann als objektive Rechtsfindung auszugeben?

So war das also. Die freiheitliche Grundordnung der Bundesrepublik wurde schon damals gefährdet: durch Bücher aus den Jahren 1845 bis 1933, durch die „Spalterflagge“, durch das Wort DDR und so weiter. Ich habe die Folgen als Verleger erlebt, andere erlebten sie als Autoren, als Buchhändler, auch als bloße Käufer.

All das sind auch heute jederzeit wieder mögliche Folgen von Gesetzen, die mit Begriffen wie „staatsgefährdend“, „gegen die freiheitliche Grundordnung gerichtet“ arbeiten und so der Willkür polizeilicher, staatsanwaltschaftlicher und richterlicher Auslegung ausgeliefert sind.

Um Gottes willen! Habe ich vielleicht auch hier doch irgendwo die fdGO angegriffen oder gar zu Gewaltanwendung aufgefordert? Na dann auf Wiedersehen, Herr Staatsanwalt.

An der *kürbiskern*-Runde nahmen teil:

Elisabeth Endres, Günter Herburger, Friedrich Hitzer, Klaus Konjetzky, Kirti Maisel, Oskar Neumann, Dagmar Ploetz und E. A. Rauter.

Friedrich Hitzer: Wir haben in unserer Arbeit mit Autoren und Lesern die Erfahrung gemacht — besonders in der letzten Zeit —, daß die Literaturkritik neue Aufgaben und Möglichkeiten hat.

Kritik brachte der *kürbiskern* von Anfang an, vorwiegend als Essay — am Beispiel einzelner Titel, literarischer Erscheinungen und Strömungen. Wir haben bewußt auf die Zusammenstellung vieler kleiner Rezensionen — also Kritik als Annotation — verzichtet. Beide Formen haben ihre Berechtigung. Im idealen Fall ergänzen sich beide. Doch bei den Aufgaben, die sich eine Vierteljahreszeitschrift wie der *kürbiskern* gestellt hat, läßt sich beides schwer vereinen.

Wir sehen nun, daß Romane, Gedichtbände, Stücke, Wissenschaft und die Publizistik demokratischer und sozialistischer Autoren an Breite, Gewicht und Umfang zugenommen haben. Natürlich sind wir daran interessiert, daraus Titel und die Namen ihrer Autoren dem Leser kritisch zu vermitteln. Wir fragen uns aber zugleich, ob wir den neu gestellten Anforderungen an die Literaturkritik damit gerecht werden, indem wir eben mehr Besprechungen veröffentlichen, was wiederum auf die Kritik als Annotation hinauslaufen würde. Betrifft das Problem nicht vorerst auch Funktion und Qualität der Literaturkritik im ganzen?

In den Feuilletons der sogenannten liberalen bürgerlichen Presse sind in den letzten Jahren Verengungen eingetreten, die zweifellos einige Funktionen des Literaturbetriebs eingeschränkt haben, darunter die der Kritik besonders stark. Die Feuilletons dieser Presse sind — einmal grob gesagt — eintönig, rethaberisch und farblos geworden. In unserem Kreis sitzen Kollegen, die aus eigener Erfahrung sagen können, was da in den letzten Jahren alles weggeschnitten und eingeebnet worden ist. Was können wir angesichts dieser Lage tun?

Zunächst versuchen wir nichts anderes, als Erfahrungen zusammenzutragen, die wir als Kritiker und Kritisierte machen. Die Form des lockeren Gesprächs kann helfen, der Kritik das Unnahbare, ja das Künstliche und Elitäre zu nehmen. Klaus Konjetzky, der in der letzten Zeit viele Tonbandaufnahmen mit Kollegen gemacht hat und diesen Vorschlag für unsere Gesprächsrunde einbrachte, hat dabei sicherlich auch an die Vorzüge gedacht, die solche Gespräche haben — das Persönliche und Spontane kommen hier stärker zur Geltung, und das regt sowohl den Autor als auch den Leser an, Kritik mit Genuß zu lesen. Und noch eine Bemerkung dazu: Ein Verriß ist subjektiv und immer riskant, in gewisser Hinsicht auch unmenschlich, aber er verlangt Mut zum Risiko, man kann sich damit bekanntlich schrecklich blamieren. Ich will nicht sagen, die Unsicherheit, ein eigenes Urteil klar auszusprechen, soll mit Hilfe des Mutes zum Risiko des Verrißes überwunden werden, doch Kritik ohne erkennbaren persönlichen Einsatz ist fad. Erst von daher kann man feststellen, was sie in der Literaturentwicklung bewegt.

Klaus Konjetzky: Wenn man — wie der *kürbiskern* — Literaturkritik in einem politischen, kulturpolitischen Kontext begreift, dann sieht man Widersprüche, in denen sich die als liberal verstehende bürgerliche Kritik befindet. Diese Literaturkritik leugnet ja einen expliziten Zusammenhang zwischen politischen, ideologischen, weltanschaulichen Positionen und ästhetischen, literarischen, künstlerischen Fragen. Sie muß, sozusagen aus Not, diesen Zusammenhang leugnen. Sie wird immer darauf insistieren zu sagen: wir sind politisch ganz unabhängig, wir haben nur Literatur zu beurteilen, wir haben ästhetische Kategorien anzulegen.

Das Ergebnis ist dann, daß Bücher, die der politischen, weltanschaulichen Vorstellung des Kritikers widersprechen — und natürlich hat jeder Kritiker eine bestimmte Vorstellung — nicht auf der politischen sondern scheinbar auf der ästhetischen Ebene abgehandelt werden. Da kann ein Kritiker dann sagen: ja, also künstlerisch ist das eine anspruchsvolle Sache, ästhetisch gut, der kann schreiben, nur schade, daß der Autor z. B. ein Kommunist ist. Er schreibt gut, aber was er schreibt, stimmt halt so nicht.

Oder umgekehrt: ein politisch unbequemer Autor wird als künstlerisch miserabel abqualifiziert.

Nun sagte mir Marcel Reich-Ranicki, ihm sei in seiner jahrzehntelangen Praxis als Kritiker der Fall überhaupt noch nicht vorgekommen, daß er sagen könnte: da kann einer unheimlich gut schreiben, das ist ein literarisch anspruchsvolles Werk, aber inhaltlich stimme er damit nicht überein. Reich-Ranicki sagt, ihn interessiere nicht die Weltanschauung des Autors, ob der Kommunist sei oder nicht, sondern das, was in dem jeweiligen Buch stehe. Und darüber sei — so Reich-Ranicki — nicht nach politischen, sondern nach ästhetischen, künstlerischen Kriterien zu befinden. Es könne ja doch wohl sein, meint er, daß ein Kommunist einfach schlecht schreibt, so wie es kommunistische Autoren gäbe, die gut schrieben.

Gut. Ich sehe nun, daß sich die bürgerliche Kritik in einem echten Widerspruch, in einem Dilemma befindet. Der Widerspruch entsteht dadurch, daß die Zahl der Bücher von sozialistischen Autoren in der BRD ständig zunimmt; und zwar solche Bücher, zu denen diese Kritiker nicht mehr einfach sagen können: die taugen nichts. Da gibt es immer mehr Autoren, die sich — auch z. T. schon international — einen Namen gemacht haben, deren künstlerische Qualität unbestreitbar ist. Diese Autoren bringen die „unabhängige“, dem „liberalen Pluralismus verpflichtete“ Kritik in arge Bedrängnis: einfach verschweigen geht nicht mehr wegen der großen Öffentlichkeit, die diese Autoren schon haben. Und sie auf der künstlerischen Ebene abzuurteilen, geht auf Kosten der Glaubwürdigkeit des Kritiker. Es geht nicht mehr so einfach, bestimmte Bücher und Autoren gar nicht zu erwähnen. Einen Degenhardt z. B. kann man nicht mehr unter den Tisch fallen lassen. Diese peinliche Einsicht macht, glaube ich, manche Kritiker der linken Literatur gegenüber so zunehmend aggressiv. Für uns stellt sich die Frage, wie wir — vor diesem Hintergrund — mit der Literatur, die für uns wichtig ist, mit der fortschrittlichen, demokratischen Literatur in diesem Land, uns beschäftigen müssen, wie wir in die Auseinandersetzung Leser, auch

potentielle Leser, einbeziehen können, wie wir also unsere Literaturkritik und -vermittlung effektiver und anregender gestalten können.

Günter Herburger: Meine Erfahrung ist größer. Ich stelle fest, seit etwa zwei Jahren, daß die Vorzensur in den Feuilletons der großen Zeitungen gut arbeitet. Der Verdikt heißt etwa: Ein Kommunist kann gar nicht gut schreiben, weil er ideologisch fixiert ist, Kunst aber etwas Freischwebendes bleiben muß, ein Abgesang, eine Art Schwinden des Lebens gleich dem Biologischen jenseits der Jugend, entsprechend dem Alter der Redakteure. Aufbau, Mut, Zuversicht dürfen nicht stattfinden.

In meinem Fall heißt das, ich werde einfach nicht mehr besprochen. Meine Bücher sollen nicht anwesend sein.

Ich wollte zum Beispiel eine Kritik über Stanislav Lems erstes Buch *Das Hospital der Verklärung* schreiben, einen realistischen Roman, der während der deutschen Besatzungszeit in Polen spielt. Lem ist für mich ein sehr wichtiger Autor, spekulativ produktiv, ein brillanter Theoretiker, inzwischen weltberühmt als Science-Fiction-Autor.

Ich hatte das Buch vorgeschlagen, die Kritik war vom *Spiegel* bestellt worden und kam mit dem Vermerk zurück, sie sei schlecht, verworren, ungenau formuliert. So etwas könnte der *Spiegel* nicht drucken. Ich ließ zwei Kollegen gelesen, Walser und Kolbe (Lektor im Hanser Verlag). Ihrer Meinung nach ist die Kritik genau das Gegenteil. Es war mir also der plötzliche Schreibdepp bescheinigt worden, gemeint gewesen war jedoch die Person. Aber nie wird zu beweisen sein, ob der Chef der Kulturabteilung des *Spiegel* in der Redaktionskonferenz einen Wink bekommen hatte oder von sich aus handelte. Ich meine, so ist das allgemeine Klima.

Ein zweiter Fall wäre: Ich schrieb zusammen mit Wolfgang Werner, der zur Zeit im Gefängnis sitzt, ein Hörspiel, das *Gefängnisse* heißt. Werner veröffentlichte vor Jahren bei Suhrkamp einen autobiografischen Roman *Vom Waisenhaus ins Zuchthaus*. Unser Hörspiel wurde von allen Hörspielabteilungen abgelehnt. Es hieß, es sei langweilig, man sei der Gefängnisberichte überdrüssig, außerdem könne Werner nicht schreiben und ich auch nicht mehr so wie früher. Was zweifellos stimmt. Wir schreiben beide besser.

Oskar Neumann: Es gibt ja zur Zeit noch eine andere, sich beinahe aufdrängende Gelegenheit, die Ideologiefreiheit des bürgerlichen Feuilletons zu überprüfen. Versuchen wir doch mal Kunstprodukte nach den dortigen Kritiken zu beurteilen! Dann haben wir doch soeben mit den „Liebesliedern“ von Wolf Biermann auf CBS das wohl größte Kunstwerk seit undenklichen Zeiten bekommen — laut *Zeit* in direkter Nachfolge von Walther von der Vogelweide und Heinrich v. Morungen, Friedrich Schiller und Heinrich Heine, Bert Brecht und etwas von Chopin; ich habe wahrscheinlich noch einige Größen vergessen. Und andererseits das so ziemlich mieseste Skandalstück, das je unter Mißbrauch der deutschen Sprache verfertigt worden sei: Martin Walsers *Sauspiel*. Nachdem ich beide kenne, kann ich nur sagen, so grob deutlich ist mir die vom Systeminteresse her bestimmte Ideologiefunktion der bürgerlichen Feuilletons bisher kaum vorgekommen.

Dagmar, du hast, so wie ich, das *Sauspiel* in der Aufführung in Hamburg gesehen. Ich weiß nicht, inwieweit dir gelungen ist, zwischen dem, was darüber z. B. in der *Süddeutschen Zeitung* stand, und dem, was du in Hamburg gesehen hast, überhaupt noch irgendeinen sachlichen Bezug aufzufinden.

Dagmar Ploetz: Also, das stimmt, der ist nicht aufzufinden. Aber was ich noch schlimmer fand: wie Bewußtsein funktioniert! Ich selbst, die ich annehmen konnte, aus welchen Gründen solche Kritiken geschrieben werden, bin in das Theater gegangen und habe gedacht: na ja, toll wird es wohl nicht sein. Es ist dann doch eine sehr angenehme Enttäuschung gewesen. Es war ganz einfach interessantes Theater

Herburger: Darf ich dazu etwas sagen, da ich das Stück nur gelesen, nicht gelesen habe. Meiner Vermutung nach ist der Skandal bei Walser doppelt gelagert. Die drei Kritiken, die ich las, *Spiegel*, *Zeit* und *Süddeutsche Zeitung*, waren schlimm. Man konnte denken, es muß ein komplettes Arschloch gewesen sein, das dieses Stück schrieb. Doch weshalb wurde es dann aufgeführt? Nur wegen der linken-Hand-Musik von Theodorakis? Sollte hier ein westlicher Held kaputtgemacht werden oder wurde das Stück zu eigener Profilierung gebraucht?

Bei den drei Kritikern setzte einerseits die Verteidigung des Arbeitsplatzes durch einen Theaterverriß ein, andererseits die Bereinigung ihres eigenen physischen Haushaltes. Alle drei Kritiker kennen, glaube ich, Walser persönlich. Er war ihnen, fürchte ich, rhetorisch immer überlegen gewesen. Das kann nun abgearbeitet werden. Die Wunden schließen sich, indem man dem Gegner Bisse beibringt. Außerdem behauptet man sich dadurch noch gesellschaftspolitisch. Die jeweiligen Zeitungen können zufrieden sein, denn, nicht wahr, Walser ist nicht mehr der alte, elegante, nur um sich selbst sich Drehende? Er möchte ändern und das auch noch auf Kosten des Selbstverständnisses von Intellektuellen!

Neumann: Es ist ja noch nicht so sehr lange her, da sagte Bundespräsident Heinemann in Bremen: welch ein Glück für dieses Volk, daß es auch in seiner Vergangenheit Revolutionäre und revolutionäre Traditionen gibt. Dann begann die Vertiefung der Krise, in der wir jetzt stecken, und da sagte Golo Mann, sozusagen in genauer Umkehrung von Heinemann, der so einige rote Fäden in den Teppich der hiesigen Geschichte weben wollte, man müsse den roten Faden aus der Geschichte rausziehen. Und jetzt kommt Walser und schreibt dieses *Sauspiel* erklärtermaßen gegen die Vorstellung, daß geschichtliche Entwicklung überhaupt nicht stattfindet, gegen das, was seine Kollegen Bernhard, Bond und Beckett von der Bühne her verkünden, er demonstriert auf der einen Seite reaktionäre Kontinuität von 1526 bis 1976, aber andererseits eben auch unaufhaltsame geschichtliche Wandlung. Das, da hat Walser ganz recht, darf gerade angesichts der jetzigen Krisensituation, vom Systeminteresse her gesehen, nicht stattfinden. Denn Geschichtlichkeit bedeutet, daß es zulässig sein muß, über das jetzt herrschende System hinaus zu denken. Und das in einer Situation, wo mindestens das Fragen, mindestens das Suchen nach einer Alternative virulent wird in der Bevölkerung. Da fühlt sich das Systeminteresse am wundesten Punkt getroffen.

Hitzer: In diesem Zusammenhang erinnere ich daran, daß es nicht nur Antikommunismus ist, der in diesen Haltungen wirkt. Das ist zugleich Antiliberalismus, Antidemokratismus und Antihumanismus. Das sind Haltungen, die mich in ihrer Vernunftfeindlichkeit an das Mittelalter denken lassen. Und wenn Martin Walsers *Sau* Mitte der 70er Jahre gehetzt wird wie Freiwild für den herrschenden Kulturbetrieb, mit seinen Jägern und Treibern, so hört man in dem *Halali* von heute noch die blanke Rache des Georg von Waldburg, des Bauernschlächters. Wie lange und unerbittlich deutsche Ausbeuterklassen — von den Feudalherrn bis zur Bourgeoisie — hassen und verfolgen können, zeigen der Fall Heine und der Fall Ossietzky. Malen Studenten die Namen dieser Schriftsteller auf die Fassaden der Universitäten von Düsseldorf und Oldenburg, dann kommt die Polizei zum Putzen und Wegkratzen.

Neumann: Ja, und weißt du, wer auf der Einladungsliste in Memmingen zur Erinnerung an die Memminger Bauernartikel als Nr. 1 figurierte? Der Fürst von Waldburg-Zeil, der Nachfahre des Truchsäß Georg.

Konjetzky: Was Günther Herburger vorhin gesagt hat über die möglichen Gründe für die zum Teil spektakulären Walserverrisse, das mag so sein, aber das benennt ja zunächst mal nur die psychische oder psychotherapeutische Ebene, also da müßten wir uns über Siegmund Freud unterhalten. Das reicht aber in keinem Fall aus als Begründung über die negativen Urteile. Ich meine, dieses *Sauspiel* von Walser muß Inhalte, politische Zusammenhänge mit einem Geschichtsbild vermitteln, mit dem sich die genannten Kritiker der drei Zeitungen nicht einverstanden erklären können. Aber weil sie ja als liberale Kritiker nicht sagen können: das ist politisch Quatsch, und nachdem ein Kunstwerk ohnehin so mit Politik nichts zu tun habe, wird's auf die künstlerische Ebene verlagert. Da muß man eben sagen: das ist ein miserables Stück, das taugt ästhetisch nichts, das ist kein Kunstwerk. Martin Walser hat einmal im Gespräch mit mir gesagt, wenn man davon ausgeht, daß es sowas wie Geschichte gebe, daß Menschen Geschichte machen, dann ist das eine menschenfreundliche Perspektive und unterscheidet sich eben von einer Auffassung, die besagt, es ist eh alles sinnlos, der einzelne ist bloß ein Geworfener in dem Strom der Entwicklung, kann ohnehin nicht eingreifen, kann da nicht aktiv werden. Ich glaube, das ist gerade der Punkt, dieses Geschichtsverständnis, dieses positive Geschichtsbild, das die Literatur, die fortschrittliche Literatur der letzten Zeit auszeichnet. Ich denke an August Kühn, an die Romane von Uwe Timm, Roland Lang, Gerd Fuchs; da ist das drin, was im Walserschen *Sauspiel* auch zum Ausdruck kommt, nämlich ein Geschichtsbild, das den einzelnen begreift als einen Menschen, der aktiv mitgestalten könnte und eben auch Veränderungen herbeiführen könnte.

Elisabeth Endres: Ich möchte auf zwei Faktoren verweisen, die auf die literarische Situation einwirken. Da ist einmal die ökonomische Unsicherheit des Westens, die Krise, die nicht wegzudiskutieren ist. Da ist zum andern das Auftauchen einer neuorientierten realistischen Literatur in der BRD.

Zum ersten: ich erinnere mich an das Jahr 1962, als der Luchterhand-Verlag begann, das Werk der Anna Seghers herauszugeben. Da gab es Protest, unter anderem von einem Kritiker, der im Erst- oder Zweitberuf Republikflüchtling war. Ein bißchen Wirbel wurde produziert, aber man, das liberale „man“, war

für den Luchterhand-Verlag und die Anna Seghers. Warum auch nicht? Die Wirtschaft florierte, man konnte es sich leisten. Das erste *Wetterleuchten* einer anders orientierten Ostpolitik durfte im Feuilleton gesichtet werden. Es bestand keine Gefahr, daß der gutmütige und sich satt wähnende Bundesbürger die Seghers anders las als mit abwehrender Bewunderung: „Schreiben kann sie ja, aber sie ist halt doch eine Kommunistin!“ Darüber nachzudenken, ob sie recht hat, das war damals ganz einfach nicht drin. Wir wissen, daß seit den späten 60er Jahren das anders aussieht.

Und damit komme ich zum zweiten Punkt. Es sieht eben auch in unserer Literatur heute ganz anders aus. Die harte Reaktion reagiert ja auf etwas. Sie reagiert auf Martin Walser, aber auch auf Peter Weiss. *Die Ästhetik des Widerstands* ist für mich rein vom Ästhetischen, vom Stilistischen her ein so eklatant gutes Buch, das es eigentlich alle Hymnen verdient, die ein objektiver Kritiker sich nur ausdenken kann. Wo gibt es denn in der bundesdeutschen Gegenwart einen vergleichbaren Sprachduktus? Wir wissen, wie sich die Kritik verhielt.

Man muß freilich nicht nur an die harte Reaktion, nicht nur an Raddatz denken. Nehmen wir die Besten-Liste des Süd-West-Fernsehens zur Hand; hier versuchen Literaturkritiker durch die Angabe der Bücher, die sie für besonders wichtig halten, ein Gegen- oder Seitenstück zur gängigen Bestseller-Liste zu schaffen. Auf dieser Besten-Liste findet sich Peter Weiss. Doch mir erscheint eine gewisse Zurückhaltung symptomatisch, mit der „man“, das liberale „man“, auch das linke „man“ auf Weiss reagiert. Mehr Stimmen als *Die Ästhetik des Widerstands* erhält seit geraumer Zeit z. B. der Gedichtband *Ein Bankier auf der Flucht* von F. C. Delius. Ein schönes Buch, ein engagiertes Buch, ich empfehle es bewußt auch hier. Aber ich verstehe nicht, wie man es literarisch über Peter Weiss stellen kann.

Hier spielt meines Erachtens etwas anderes mit: Der sympathische Autor F. C. Delius kennt eine sozialistische Zielsetzung, aber Peter Weiss geht darüber hinaus; er zieht parteiliche Konsequenzen. Und da wird eine Toleranzgrenze durchbrochen, die selbst bei den Kritikern vorhanden ist, die ich nicht der harten Reaktion zurechne.

Ploetz: Ich meine, diese Intoleranz hat eben Folgen, ganz massive. Noch einmal kurz zurück zum *Sauspiel*. Als wir Karten kaufen wollten in Hamburg, sagte uns die Frau an der Kasse, daß nach den Kritiken bereits eine ganze Masse von Karten zurückgegeben worden sind. Wir hatten gedacht, daß wir keine Karten mehr kriegen würden, natürlich bekamen wir sofort Karten. Dann war aber sehr interessant im Theater: ein erstaunlich jugendliches Publikum, wie ich's im Theater seit langem nicht mehr gesehen habe. Ein Publikum, das mitging, ein Publikum, das auch die Anspielungen verstand, auch wenn am Anfang gewisse Schwierigkeiten da waren in der Rezeption des Stücks — ein Publikum, das sich von der Theaterschickeria bei weitem unterschied.

Kirti Maisel: Ich habe gerade einen Artikel gelesen im *Literaturmagazin*, in dem über die Bilanz der Politisierung geschrieben wird, wo viele Autoren die politische, die engagierte sozialistische Literatur zu Grabe tragen wollen. Der Artikel von Gert Mattenklott setzt sich konstruktiv mit dem Verhältnis von

Literatur und Politik auseinander. Er stellt fest, daß es ein Grundproblem ist, wenn man die Politisierung als Hauptkriterium der literarischen Wertigkeit hennimmt — und er fragt: was wäre, wenn die Rechten plötzlich dazu übergingen, aus diesem Ästhetizismus herauszugehen und selber die Politik zum Kriterium machen.

Im Grunde sind wir ja jetzt genau in so einer Phase. Die Gegner einer realistischen Literatur können nicht mehr so einfach sagen: das taugt ästhetisch nichts; sondern sie wenden zunehmend politische Kriterien an. Also sagen sie: das ist ein Kommunist, das ist ein Linker, der in irgendeiner Form innerhalb einer demokratischen Bewegung steht, der hat also Alternativen aufzuweisen. Wir sind in der schwachen Situation, keine Alternativen zu haben, da ist mit Ästhetik nichts mehr zu machen. Wir müssen die Politik als erstes Kriterium anlegen, und dann wird entschieden, ob der noch aufgenommen wird oder nicht, bzw. wie dieser oder jener kritisiert wird.

So läuft das. Ich halte das für eine ganz entscheidende Sache. Unsere Hauptaufgabe ist, die literaturkritische Arbeit, die Literaturpolitik und die Literatur selbst unter diesem Aspekt der Alternative zu sehen. Mattenklott fragt: wie ist — angesichts sämtlicher charakterlicher Deformationen bürgerlicher Sozialisation, allen voran der Opportunismus — Kunst zu mobilisieren für das Evozieren und utopische Antizipieren der revolutionären Ziele in ihrer ganzen Breite, für den Entwurf des sozialistischen Menschen.

Das halte ich für einen ganz wichtigen Beitrag, auch im Zusammenhang mit der Problematik: wie argumentiert man, wie diskutiert man unter denen, die darum kämpfen, fortschrittliche Literatur zu schreiben und die oft auch unter dem Problem leiden.

Die Frage der Totalität und der Werttradition wird doch von der bürgerlichen Kritik so angegangen, daß man entweder bestimmte Autoren ganz unter den Tisch fallen läßt, oder solche Autoren, die um die Verbindung von gesellschaftlichen Bewegungen und individuellen Erfahrungen ringen, auf das Gebiet der „neuen Innerlichkeit“ abzudrängen versucht.

Wir haben da, glaube ich, das Problem, daß man ganz plastisch und entschieden einmal die Traditionen aufarbeiten muß und damit auch in die Offensive kommen muß.

Hitzer: Wir brauchen Kritik als Hinweis, als Empfehlung und Tip. Daneben darf aber auch nicht die Kritik an Werken fehlen, die wir zum Beispiel ihrer Tendenz wegen für sympathisch halten. Im übrigen können wir nicht mehr von einem liberalen Feuilleton sprechen, wo dies doch mehr und mehr auch zu einem Kampfplatz konservativer, jedenfalls antikommunistischer Richtungen geworden ist. Das verlangt von uns nicht nur mehr Schärfe und Präzision in der Auseinandersetzung, sondern auch den Mut zu unterschiedlichen Auffassungen, die sich durchaus auf derselben weltanschaulichen und politischen Grundauflassung bewegen. Wenn die andern das Streitgespräch fürchten, so können wir seine Notwendigkeit beweisen. Das ist doch fast schon das ABC der Dialektik. In Ivo Frenzels Raster haben Klaus Mann, Johannes R. Becher und Alfred Andersch keinen Platz mehr nebeneinander oder gar miteinander — im *kürbiskern* muß das selbstverständlich sein.

Wofür interessiert sich der Leser heute? Offenkundig haben die Herrschenden in den bürgerlichen Medien sogar Angst davor, auch einen komplizierten Herburger-Text zu erwähnen. Oder wollen sie lediglich für sein politisches Engagement bestrafen? Jedenfalls habe ich — bei allem Verständnis für die Problematik vieler Kollegen im herrschenden Betrieb — den Eindruck, daß die Kritik die Funktion einer Literaturpolizei übernommen hat. Dies darf der Leser erfahren, das soll er nicht hören, den soll er nicht sehen. Das klappt vorzüglich, wie das geschnitten, verschwiegen und montiert wird. Vielleicht werden später einmal Germanisten Gelegenheit haben, die Berichte der politischen Polizei mit den in derselben Zeit entstandenen Berichten der Literaturpolizei — sprich: herrschende Literaturkritik — formal, thematisch und inhaltlich miteinander zu vergleichen.

Rauter: Genau dazu möchte ich was sagen. Du hast mir mal erzählt, Herburger, daß du einer Zeitung einen Text geschickt hast, in dem du meinen Namen erwähnt hast — du hast da, glaube ich, was zitiert von mir — und da haben sie dir gesagt: können wir das nicht rausstreichen.

Und noch eine ähnliche Erfahrung. Ich habe mal eine Besprechung gemacht, einen Vergleich zwischen dem *Wallenstein* von Golo Mann und dem *Geschichtsbuch* von Engelmann, und zwar war der Aufhänger eine Besprechung, die Golo Mann über Engelmann in der *Süddeutschen Zeitung* gemacht hat. Also, das war eine Besprechung dieser Besprechung. Ich habe diese Besprechung geschickt an die *Zeit*, an die *Süddeutsche* und noch an ein paar andere Zeitungen, auch an den Rundfunk, und die haben alle dieses Ding zurückgeschickt. Ich hatte sie in meinem Brief provoziert, indem ich gesagt habe, ich glaube nicht, daß sie sich das leisten können, diese Besprechung zu drucken, aber ich schicke sie ihnen trotzdem, weil ich's nun ganz genau wissen will, es könnte ja sein, daß ich mich geirrt hatte. Dann hat Dieter E. Zimmer zurückgeschrieben: also das kann schon sein, daß wir uns das nicht leisten können, diesen Text zu drucken, aber ich verstehe nicht, warum Autoren wie Sie es nicht wenigstens versuchen, daß wir sie drucken. Er hat dann aufgeführt, welche handwerklichen Schwächen dieser Text hat, welche Fehler und warum das eigentlich ein unlesbarer und deshalb undruckbarer Text ist.

In diesem Zusammenhang wäre es doch vielleicht gar keine schlechte Anregung, solche Briefe da auch gleich abzudrucken, weil ich nichts für wirkungsvoller halte, als die Tatsachen selbst. Du kannst natürlich erzählen von einer Sache, die einer erzählt hat, aber noch wirkungsvoller ist, wenn du die Tatsache selbst vorlegen kannst.

Ich habe den *Wallenstein* gelesen, und ich war wirklich erschüttert, wie almodisch der daherkommt in seiner Sprache. Also, es ist manchmal geradezu ein grammatischer Saustall. Ich habe dazu geschrieben, selbst in seinen schlechtesten Zeiten ist sein Vater niemals derartig kokett dahergekommen in seiner Sprache wie der Golo Mann.

Ja, und dieser *Wallenstein* wurde eben ungeheuer gelobt, und zu Engelmann hat man gesagt, das ist nicht wert, daß man darauf eingeht. Man hat das nicht einmal kritisiert, es ist nicht mal wert, daß man drauf eingeht. So schlecht ist das von Engelmann!

Konjetzky: Ich will da bloß eines sagen — und ich zitiere damit einen bekannten Kritiker, der etwa gesagt hat: kein Autor, der abgelehnt wird, wird sagen: ich bin abgelehnt worden, weil das Manuskript so schlecht war; sondern er wird sagen, ich bin deshalb abgelehnt worden, weil die Kritiker und Verleger Analphabeten sind, oder weil ich Kommunist bin, usw.

Herburger: Einfügung: Meines Wissens gibt es bis jetzt keinen einzigen Schriftsteller, der gesagt hätte, ich wurde gedruckt, obwohl ich so schlecht war.

Endres: Natürlich hast du recht. Es gibt Ausflüchte. Einer wird nicht gedruckt, weil er katholisch ist, der andere, weil er links ist. Das kennen wir. Aber denken wir doch an den Studentenwitz (ich weiß nicht, ob er auf historischer Wahrheit beruht): Savigny, der große Rechtsgelehrte, ist durch das Referendarexamen gefallen, deswegen ist nicht jeder, der durch das Referendarexamen fällt, ein Savigny. Aber einer kann doch einmal ein Savigny sein. Gerade deswegen haben wir Fälle erwähnt, wo die literarische Bedeutung, die Savignyhaftigkeit früher bestimmten Autoren konzidiert wurde, Martin Walser, Peter Weiss. Ich erinnere mich an den Jubel, als Weiss „Den Schatten des Körpers des Kutschers“ vorlegte, als er die autobiographischen Romane schrieb.

Sein heutiger Stil ist nichts anderes als die makellose Fortsetzung seiner Frühwerke. Warum muß er heruntergespielt werden? Weil man es sich nicht leisten kann, ihn zu verschweigen.

Anders ist es natürlich bei Anfängern. Die kann man nicht zur Kenntnis nehmen oder von vorneherein lächerlich machen. Ich denke da z. B. an Peter Maiwald, dessen „Geschichten vom Arbeiter B.“ im Raith Verlag erschienen sind. Diese knappen Epigramme, die ökonomische Zusammenhänge im Wortwitz erkennbar machen, wirken nicht marktschreierisch, nicht laut. Da weiß einer etwas und sagt es ebenso pointiert deutlich wie zurückhaltend. Und jetzt setzt die Zeitschrift „Pardon“ eines dieser leisen Gedichte in einen hämischen Kontext. Der Effekt ist klar. Da wird etwas dem Gelächter angeboten, was weder der Schreiber, noch durch diesen verführt, der Leser kapiert hat.

Ich mache mich anheischig, in diesem Stil „Wanderers Nachtlied“ von Goethe total fertig zu machen. Wer will denn, haha, wirklich wissen, daß die Vöglein (sic!) im Walde schweigen. Und der Mann schweigt auch. Alle schweigen.

Neumann: Bleiben wir doch mal bei dieser Thematik. Also, auch dem Peter Maiwald wird irgendein Schnippel rauszitiert, man rechnet in dem Fall damit, daß diese Feuilletonleser genau auf die stille Art, in der er Menschen nachdenklich macht, durch Gelächter reagieren ... Würde er weniger still sein, würde man gesagt haben: er nimmt den Holzhammer.

Wie hat denn diese Kritik auf Roman Ritter reagiert, der im gleichen Verlag mit seinen Gedichten rausgekommen ist? Wo sind die Kritiken, die sich wirklich auch nur bemühen, der Bedeutung dessen nachzugehen, was da gesagt wird und wie es gesagt wird. Oder außerhalb der Lyrik: was hat es denn in der Fernsehdiskussion über das Buch von Schneider für eine Qualität der Argumentation gegeben? Keiner fragt: Was bedeutet das denn für einen, der von Berufsverbot betroffen ist, was für Probleme in der Familie, in der Existenz, im Denken? Statt dessen sagt Kempowski in der Fernsehdiskussion: das kann ja nicht Literatur sein, denn Literatur muß ja was Ewiges vorstellen, und dieses Thema

„Berufsverbote“ ist doch in einem halben, spätestens in einem Jahr erledigt. Was ist denn dann das Buch noch?

Endres: Was sind dann noch Kempowskis Bücher?

Neumann: Diese Art, direkt zu spekulieren auf ein massenmediales Publikum, dem man qua Bildungsschranken und und und ... alle möglichen und notwendigen Zugänge zu ästhetischen Kategorien verbaut hat, das ist doch die Voraussetzung, um überhaupt auf einem solchen Niveau, wenn man sowas Niveau nennen will, zu argumentieren.

Herburger: Dahinter steckt Methode. Als Faustregel könnte gelten: Im Zeitalter der westlichen Krise soll, je aktueller ein Thema ist, es desto ferner von Kunst sein. Vom bürgerlichen Kritiker dürfen Sachverhalte nicht genannt werden, denn Kunst bleibt für ihn etwas Entrücktes, individuell nicht Durchschaubares, Veränderbares. Es beläßt, im Fall von Literatur, den Leser in seinem wohligen Schauder, daß er, nur lesend, gerade noch überlebt hat. Er muß den Beweis dessen, was er miterlebte, durch Taten nicht eingehen. Er darf das Buch zuklappen, und der kleine Knall, der dabei entsteht, entspricht etwa dem Echo, das Kultur im täglichen Leben entfacht. Mehr darf sie nicht sein, sonst wäre sie gefährlich.

Hitzer: In dem Sinn wäre ja Jean Paul gefährlich!

Endres: Ist er auch!

Hitzer: Und der Faust ... !

Neumann: Deswegen müssen sie, wenn solche Werke auf die Bühne kommen, das Ganze in einen Zirkus verwandeln. Nehmen wir Shakespeare, der ja nach wie vor ein massenhaft aufgeführter Autor ist. Die neue Machart heißt Zirkus, Zirkus, Zirkus, und genau die Aufführungen, die Zirkus sind, sind massenmedial hochgespielt worden.

Endres: Die Entschärfung durch eine „interessante“ Rezeption ist doch nichts Neues. Es fiel der Name Jean Paul; ein Dichter, der wichtig ist, weil er ausgestattet mit einer ungeheuren phantastischen Begabung die Realität aufgriff, bewegt von einer radikalen, im demokratischen Sinn radikalen Kritik, der die Armen und Notleidenden mit konsequenterem Mitleid schilderte. Anderthalb Jahrhunderte Jean-Paul-Rezeption machten aus ihm bald einen schrillen, eingängigerischen Spitzweg-Poeten, bald einen weltfremden Hymniker. Wenn die Zeit so weiterginge, könnte man in 100 Jahren das *Sauspiel* wiederentdecken und eine drollige Persiflage auf Renaissance und unsere Zeit daraus machen.

Neumann: Das wäre gar kein besonderes Kunststück, man brauchte mit dem *Sauspiel* von Martin Walser nur so umzugehen, wie man mit *Leonce und Lena* umgegangen ist: was bei Büchner am Anfang steht und was der alte König sagt, nimmt man als Schluß und gibt es dem jungen zu sagen. Das ist umgestülpt wie ein dreckiger Handschuh — und das kommt im Fernsehen.

Ploetz: Gerade bei dem Peter Schneider ist es sehr aufschlußreich, die Tendenzwende innerhalb der Kritik zu verfolgen. Sein erstes Buch, *Lenz*, ist ja unheimlich hochgejubelt worden in allen Medien. Da sagte man: ein junger Mann, der kommt aus der Studentenrevolte, und wo geht der jetzt hin, was passiert? Die große Skepsis über diese Bewegung setzt ein, der ist auf dem Individuali-

tätstrip gelandet. Und das war die große Verheißung. So haben sie das Buch interpretiert.

Und jetzt schreibt dieser selbe Mann, der offenkundig nicht in dem Individualitätstrip versunken ist, ein anderes Buch, das an aktuelle Probleme rangeht: schon ist der hochgelobte Dichter ...

Konjetzky: Ein Verfassungsfeind!

Endres: Dieser Mensch weigert sich, Handke zu werden.

Neumann: Und Berufsverbote für was Kurzweiliges zu halten. Es ist ja zwischen erschreckend bis faszinierend, wie alt die Problematik ist, von der Kempowski meint, sie werde 6 Monate jetzt nicht mehr überdauern, das wäre sehr sympathisch, das glauben zu können. Nur wenn ich in den *100 proletarischen Balladen* nachlese, dann kann ich feststellen, daß vor ziemlich genau 130 Jahren bereits für die jetzt installierten Kommissionen von einem anonymen Autor ein großartiger Titel gefunden wurde, nämlich Antirebellionenschutzversicherungskommission.

Herburger: Könntest du das nochmals ganz langsam wiederholen?

Neumann: Antirebellionenschutzversicherungskommission. Und ebenfalls aus der gleichen Zeit und anonym gibt es eine großartige Vision, wie sowas nun hoffentlich in unserem Jahrzehnt noch einmal enden wird. Da tritt nämlich so ein Vertreter dieser Antirebellionenschutzversicherungskommission in Gestalt eines Stiers auf, und der sieht in einem nahegelegenen See das Morgenrot, und da er rot nicht verträgt, brüllt er den See mitsamt dem Morgenrot zunächst ganz gräßlich an und will dann dieses Schrecknis auf die Hörner nehmen.

Das war zuviel! In blinder Wut stürmt der Gehörnte in die Flut. Der Ochs er-soff — doch gibt es hie noch manches Stück von solchem Vieh — was ja nun leider bis heute auch wieder stimmt.

Maisel: Zu dem Problem, ob man sich als Subjekt der Geschichte versteht oder in die Defensive gedrängt wird, ob die ganze Kritik und Literatur dazu verwendet werden soll, daß keiner mehr durchblickt und jeder denkt, die Welt ist eng und endlich, und man kann nichts machen, dazu wollte ich etwas zitieren aus Benns *Doppel Leben*, einer autobiographischen Rechtfertigungsschrift von 1950. Benn schreibt in Wiedergabe und Bezug auf sein Werk *Der Ptolemäer*: „Will sagen Geist und Leben sind bei mir völlig getrennte Welten, ich bearbeite die Dame“ (das ist eine berufliche Tätigkeit, das hat also keinen Doppelsinn), „aber in mir ist Oktoberfest und ich befindet mich außerordentlich wohl dabei. Jedenfalls viel wohler als in früheren Lebensperioden, in dem ich diese innere Technik noch nicht besaß, als ich noch im lebensüblichen Sinn litt.“

Einmal ist es also diese innere Technik, dieser grundlegende Zynismus, mit dem es nur harte Auseinandersetzung geben kann, andererseits kommt aber auch zum Ausdruck, daß es da Leute gab, die in kritischer, leidender Distanz zu der imperialistischen Realität standen, die aber nicht den Schritt zu veränderndem Handeln vollzogen, sondern den Rückzug in die Innerlichkeit, in die ästhetische Existenz antraten — das heißt aber auch Anpassung an die schlechte Wirklichkeit.

Endres: Ich möchte auf ein Buch hinweisen, das von einem Mann stammt, der 1899 geboren wurde und jetzt Autobiographisches vorlegt. Der Autor heißt

Axel Eggebrecht, das Buch *Der halbe Weg*. Wer etwas über demokratische Tradition, über die Folgen eines direkten Engagements in unserer Zeit erfahren will, kann hier viel lernen. Es ist übrigens sehr gut und eingängig geschrieben.

Herburger: Ich lese zum Teil Bücher, die kaum jemand kennt. Sie werden im allgemeinen Kulturbetrieb unterschlagen.

Es gibt einen Mann, der heißt Charles Bukowski, stammt aus Andernach, lebt seit 50 Jahren in Kalifornien. Von ihm las ich *Gedichte, die einer schrieb, bevor er im 8. Stockwerk aus dem Fenster sprang*, dann einen Roman, *Der Mann mit der Ledertasche und Aufzeichnungen eines Außenseiters*. Das alles ist Untergangsliteratur in einer FäkalienSprache, jedoch so vehement, daß es mich mitreißt. Die Perspektive zielt auf die Zivilisation des jetzigen und zukünftigen Amerika. Nichts finde ich darin von dem Individualschwindel betulicher Literatur eines Thomas Bernhard wieder, dessen Relativsätze immer noch durch österreichisches Gehölz stelzen. Die Rigorosität und Tapferkeit von Bukowski kann ich mir hier als sehr nützlich vorstellen. Er ist schonungslos ähnlich Louis Ferdinand Céline, kümmert sich nicht um Kultur, doch erzeugt permanent völlig die seine, die eines alten Säufers, der einem Glanz am Horizont entgegenschreibt.

Dann las ich ein Buch von Margot Schroeder, *Ich stehe meine Frau*, der Roman einer Hausfrau, in einer etwas zu schnoddrigen Sprache, aber ich verstehe, daß dieses Stilmittel eine Weise sein kann, sich über die Angstschwelle vor dem Schreiben hinwegzuhelfen. Margot Schroeder beschreibt Bürgerinitiativen, deren Scheitern und die nachfolgende Nachbarschaftshilfe. Es ist ebenfalls ein Buch, das deprimiert, doch insgeheim schon wieder Mut gibt.

Aus der DDR las ich *Karen W.*, ein Roman von Gerti Tetzner. Ein trauriges und schönes Buch. Die Kritik darüber in unseren Zeitungen war, soweit ich mich erinnere, negativ, weil sich die Autorin so schrankenlos der Melancholie hingabe, was, anscheinend, nach ihrem Verständnis, wie eine Sozialistin sein soll, nun doch nicht sein darf. Handelt es sich hier bei der bürgerlichen Kritik um geheime Wünsche nach Vorbildern eines zukunftsträchtigeren Lebens? Denn Karen W. weist ihren Karrieremann, einen Wissenschaftler, ab und geht mit ihrer Tochter aufs Land, woher sie stammt. Sie erfährt Natur wieder, Handarbeit, möchte zu ihrem Mann zurück, aber die Probleme geraten nicht zur Lösung.

Rauter: Ist der in der Partei?

Herburger: Der ist Wissenschaftler, er ist ein Karrieremann, ein Wissenschaftler, ein überlasteter, den sie nicht mehr leiden mag, ein Problem, das es überall gibt, und sie geht weg, geht aufs Land mit ihrer Tochter, dort lebt sie, arbeitet in der LPG, geht wieder zurück, hat einen Geliebten, ist bei ihrem Mann, mag den trotzdem nicht, geht wieder weg, und am Schluß meint sie, wie komme ich aus diesem Kreis heraus?

Ja, also es ist da etwas drin, eben diese Melancholie, plus Natur, es kommt ein neues Naturverständnis rein, und zwar aufgrund von Handarbeit, die sie früher schon mal als Mädchen gemacht hat und jetzt wieder erfährt, obwohl sie in einem Akademikerhaushalt war, durch die Handarbeit mit Leuten in der LPG, und trotzdem eine andere bleibt; also der Unterschied zwischen Stadt und

Land und nicht das gemeinsame Verständnis, auch das passiert permanent z. B. in der DDR. Es kommt nicht zur Lösung. Zu dem Buch möchte ich noch sagen, daß es eines der wenigen ist, das nie und nimmer ein Mann hätte schreiben können.

Ein ganz anderer Fall ist Irmtraud Morgners *Trobadora Beatriz*, auch das Buch einer DDR-Autorin. Damit habe ich Schwierigkeiten, denn ich blieb in einem extrem gestückelten Geschichtchenerzählen stecken. Irmtraud Morgner hat dafür den Begriff des operativen Romans erfunden, eine Zeit- und Längeneinheit, die einer Hausfrau zur Verfügung stehe, tagsüber trotz aller Pflichten zu schreiben. Der Arbeitsprozeß mag so sein, interessiert mich jedoch nicht, wenn die Methode in die Beliebigkeit führt. Nur Exotik und Tolldreistigkeit halten den Roman zusammen. Dadurch entsteht, wenigstens für mich, eine Art Gleichgewicht, auf dem ich nicht mehr Platz nehmen kann. Ich rutsche durch.

Endres: Da muß ich jetzt auf das Entschiedenste protestieren. Auf mich wirkte der Roman *Leben und Abenteuer der Trobadora Beatriz* keineswegs als Beliebigkeit, sondern wurde zu einem hinreißenden Lese-Erlebnis. Diese Kaskaden von Einfällen, die kühnen Verbindungen der verschiedensten Zeitebenen und Stile, die parodistischen und ironischen Passagen, die Souveränität des Humors, stehen ja für etwas, für das große Thema. In der *Trobadora Beatriz*, der mittelalterlichen Minnesängerin, die in einem Dornrösenschlaf versank, wird ein Stück Utopie antizipiert. Ihr Erwachen, ihr Weg in die DDR, aus der DDR hinaus und zurück in die DDR, ihre Verbindungen mit zeitgenössischen Menschen zeigen auf, was erreicht wurde und was nicht erreicht wurde, aber erreicht werden kann. Die Exotik reißt die Alltäglichkeit aus ihrem Mittelmaß heraus und die Struktur bloß. Es geht um die Emanzipation der weiblichen Empfindung und der gesellschaftlichen Rolle der Frau, es geht aber z. B. auch um die Spannung zwischen den Generationen. Die Geschichte der Familie Pakulat, die Tragik des Vaters, hat mich menschlich berührt, sie ist allerdings, wie der ganze Roman, eigentlich nur verständlich, wenn man Morgners entschiedenes *Ja* zum sozialistischen Staat der DDR ernst nimmt.

Ploetz: Ich hab das Buch auch gerne gelesen, es war interessant. Aber ich weiß nicht, da müßte man eine Schiffsreise machen, um das zu lesen.

Herburger: Oder im Gefängnis sitzen! ... daß ein langer Roman eine Schiffsreise braucht, damit man ihn überhaupt lesen kann, ist ja verheerend.

Neumann: Wenn ich meine Unterhaltungen mit Leserinnen des Buches nehme, dann stimmen die zumeist mit Günther überein: es kommen viele nicht vom Fleck und nicht weiter und nicht durch. Dem steht allerdings eine andere Erfahrung entgegen. Eine Diskussion, die es mit der Irmtraud Morgner nach ihrer Lesung zur Frankfurter Buchmesse gegeben hat und in der auch nach der Rezeption des Buches in der DDR gefragt wurde, bestätigt, daß die Debatten hier und dort auf ganz konkret in dem Buch angesprochene Lebensfragen gehen. D. h. die Schwierigkeiten werden offenbar von einem erheblichen Teil der Leser und Leserinnen doch übersprungen, und es kommen auf diese Weise die Probleme, um die es ihr geht, in die Debatte. Und Schwierigkeiten hin, Schwierigkeiten her, daß sowas mit dem Buch in Gang gesetzt wird, ist schon schön.

Herburger: Ich frage mich, warum jemand derart verklausurierte Fabeln schreibt

und sie auch noch unterschneidet, wenn ein gleichmäßiger Fluß einem großen Publikum zweifellos entgegenkäme. Ist Irmtraud Morgner nicht fähig, anders zu schreiben, oder handelt es sich bei Lesern in der DDR ausschließlich um hochtrainierte Literaturlexen? Für mich wäre ein allgemein höheres Bildungsniveau, was dort bereits herrschen mag, noch kein Beweis für die geglückte Qualität eines schwierigen Romans.

Als Gegenbeispiel führe ich Walther Kauer an, ein Schweizer Autor, dessen Roman *Schachteltraum* im Westen keinen Verleger fand, nun beim Verlag Volk und Welt in der DDR herauskam. Dieses Buch ist zwar literarisch kompliziert gebaut, siehe Titel, es zielt jedoch trotzdem in einem großen Schwung, dem kaum die Puste ausgeht, durch seine Geschichte hindurch. Kauer gelingt ein proletarischer Roman, ohne auf ästhetische Schwierigkeiten zu verzichten. Seine Sprache ist reich, komplex und, was ich als das Wichtigste empfinde, alles, was vorkommt, scheint bekannt, schon oft gelesen, erfahren und gehört worden zu sein. Hier setzt für mich Kunst ein. Wenn das Bekannte mir neu und interessant entgegentritt. Die Unmittelbarkeit reißt mit, die Trauer schindet, der Mut hilft Autor wie Leser in Schüben weiter. Es geht also nicht um eine spezielle Ausstaffierung, um zu locken, im Gegenteil, Nudelspeisen sind das, was sie sind, nämlich Nahrungsmittel, aber an manchen Stellen nicht nur wichtig, sondern zugleich Symbol. Das Identifikationsvermögen des Lesers wird über den beschriebenen Gegenstand hinaus in eine Perspektive möglichen Lebens hineingetragen, als gelangte er auf die Kehrseite des Mondes, die, wie wir wissen, immer noch im Dunkeln hängt. Literatur aber vermag zu erhellen, Verstand und Gefühle sollen sich in ihr verbünden. Denn ich nehme das Leben nicht als fortwährenden Fall seines Endes hin. Sonst müßte ich meine leichtsinnig gezeugten Kinder jetzt schon warnen, am Leben bleiben zu wollen oder sie so weit verderben, daß es ihnen nicht mehr gelingt.

Ploetz: Ich möchte nochmal auf Lyrik zu sprechen kommen. Dieses Jahr bei der Messe ist ja unheimlich viel über Lyrik geredet worden und sehr viel geschwärmt worden über die Renaissance der Lyrik, aber ich habe im Augenblick den Eindruck, als ob sich diese Renaissance auf das Feuilleton beschränken wird und eben nicht bei den Lesern stattfinden wird.

Aber ich glaube schon, daß gerade auch in unserem Umkreis erschienene Bände mehr Leser haben sollten als sie bis jetzt sicherlich haben, und da nochmals die bereits erwähnten; Peter Maiwald, Roman Ritter und Arthur Troppmann, drei sehr schöne Gedichtbände, in denen politisches Wissen, politische Reflexion eben nicht getrennt ist von den Personen, die Realität hier und heute erfahren.

Hitzer: Ich möchte noch zwei Lyrikbände erwähnen — Konjetzkys „Poem vom Grünen Eck“ und Schramms Bändchen „Meine Lust ist größer als mein Schmerz“.

Bei Konjetzky kommt eine fast verdrängte und schon längst totgesagte Form — die der Verserzählung, wieder zum Durchbruch. Bei Schramm und Konjetzky sind elementar sinnliche und historisch-literarische Ebenen miteinander verbunden. Beide Dichter setzen autobiographische Elemente ein. Es fällt auch auf, wie Geschichte sich im Persönlichen wiederfindet. Damit erhalten literarische Äußerungen einen Grad an Verletzlichkeit, die Enttäuschungen und Einbrüche,

Resignation und Anpassung begünstigen, wenn sich der Autor durch Drohgesten, Zynismus oder Verführungsästhetik der Herrschenden einschüchtern läßt. Ich bin da vor allem auf die weitere Arbeit von Godehard Schramm gespannt: Der Breite und Fülle von Themen und Assoziationen steht ein lyrisches Ich gegenüber, dem es an Härte konsequenter Denkens und Handelns mangelt.

Maisel: Ich hatte zunächst Schwierigkeiten mit dem *Grünen Eck*. Wie du das jetzt gerade dargelegt hast, bin ich darauf gekommen, woran die Schwierigkeiten liegen können: Es ist diese Sinnlichkeit, die da reinkommt, diese Subjektivität. Das ist vielleicht ein spezielles Problem gerade für Studenten, daß man vor lauter „Literaturwissenschaftlichkeit“ nicht mehr die Ader hat, oder die zu wenig entwickelt hat, so was richtig zu lesen.

Dann hat mir der Roman Ritter unheimlich gut gefallen: das „Lyrische Tagebuch“ und „Einen Fremden im Postamt umarmen“. Es hat mir deshalb so gefallen, weil Ritter Ungeduld und Kompromißlosigkeit eingebracht hat und auch vorstößt auf Probleme, die persönliche Verhaltensweisen in zwischenmenschlichen Beziehungen berühren. Es gefällt mir, wie er politische Probleme aufgreift, z. B. im Gedicht über eine Parteiveranstaltung. Das könnte in der gegenwärtigen Diskussion ein konstruktiver Aufreißer sein.

Endres: Ich möchte noch ein paar Bücher nennen, die mir wichtig erscheinen. Peter Schneider wurde schon erwähnt. Dann die Seghers-Anthologie *Willkommen, Zukunft*; sie ist weit mehr als ein Jubiläumsband zum 75. Geburtstag. Hier wird enorm viel über Literatur und Literaturtheorie, über unsere Geschichte gesagt. Die Essays zu Tolstoi und Dostojewski, zu Fragen der Emigration und zum Aufbau, auch zum mühsamen literarischen Aufbau der DDR legen Zeugnis ab für eine menschliche Position, für eine zarte Humanität, die stark wirkt.

Es lohnt sich auch Heinz Ludwig Arnolds *Gespräche mit Schriftstellern* zu lesen, weil die vorgestellten fünf Schriftsteller exemplarisch für einen literarischen Wandel sind: am Anfang steht Max Frisch, der integre Liberale, am Schluß Wallraff, der konkret berichtet und konkrete Veränderung will.

Zum Schluß noch eine Neuerscheinung aus der DDR: Günter de Bruyn, der bereits als Erzähler bekannt ist, veröffentlichte *Das Leben des Jean Paul Friedrich Richter*. Das ist eine Mischung aus wissenschaftlicher Erkenntnis und persönlichem Engagement für einen Autor, der unter schwierigsten Umständen, angesichts engstirriger Kleintyranneien ein Stück Demokratie darstellen wollte. De Bruyn beschreibt das Leben, nimmt die Werke hinein und vergegenwärtigt dabei die Plagen und die Sehnsüchte. Hier wird für den heutigen Leser Literaturgeschichte erzählt. Und das ist so spannend, daß ich die Weihnachtstage einfach durchgelesen habe.

Übrigens ist das *Sauspiel* von Martin Walser auch als Buch erschienen, was ich hervorheben möchte. Es liest sich gut.

Hitzer: Ich nenne noch ein Buch, das ich über Weihnachten gelesen habe. Ich kannte es schon lange, kam aber nie zum Lesen — das Ding ist fast tausend Seiten lang und es gab keine Schiffsreise, auf der ich *Tabak* von Dimiter Dimow — ein bulgarischer Klassiker vom Anfang der 50er Jahre — hätte lesen können. Dieser epische Roman wird durch viele persönliche Biographien und po-

litische Ereignisse geprägt, die sich von den 20er Jahren bis zum Ende des zweiten Weltkrieges erstrecken. Mich fasziniert, wie es Dimow gelungen ist, das Allgemeine der Geschichte und der Politik im Charakter und Verhalten von Individuen kenntlich zu machen, fasziniert vor allem, wie hier Monopolkapital, Imperialismus und Faschismus nicht bloße Begriffe bleiben, sondern im Alltag von Menschen lebendig werden. Das Buch hat Längen, aber sie stören nicht die Lektüre, da passiert immer etwas. Und die Ereignisse sind verbunden mit der ganzen Bandbreite menschlicher Gefühle, mit Hoffnungen auf Reichtum, Glück und Macht, die sich auf der einen Seite gegen Menschlichkeit zu realisieren scheinen, auf der anderen Seite fesselt der Kampf um Freiheit und Menschenwürde gegen die Mächtigen und Reichen, der viel Opfer und Leid fordert. Da gehen die Konflikte durch Familien, spielen sich unter Geschwistern ab, zwischen Menschen, die sich lieben. Wer sich heute fragt, ob es denn nützt, sich abzumühen, für seine Rechte einzutreten, sich solidarisch zu verhalten, der erhält hier eine anschauliche Antwort: Das Kapital ist besiegbar, trotz seiner Potenzen, Menschen zu kaufen, zu bestechen und umzubilden. Wer ursprünglich auf aufsichtslosem Posten stand, ob er legal, halblegal oder illegal gearbeitet hat, ist am Ende der Sieger.

Rauter: So, wie du das jetzt gerade dargestellt hast, dieses Buch, hast du mich sehr neugierig gemacht, da habe ich gedacht, verdammt noch mal, das muß ich jetzt doch unbedingt lesen.

Sollten wir solche Gespräche über Bücher nicht institutionalisieren? Auf Bücher aufmerksam machen! Diesen Dienst können ja Besprechungen auch leisten. Ich glaube nämlich, je mehr die bürgerliche Rezension verarmt, um so interessanter werden solche Versuche werden. Es wird immer mehr Leute geben, die dann sagen: Menschenskind, wenn du wirklich Bescheid wissen willst, was überhaupt in der Schreibe los ist, dann mußt du das und das Heft lesen, da steht es drin, das findest du sonst nirgends. Das sollte bei der Einrichtung herauskommen.

Hitzer: Was wir jetzt selbst erleben, wird seit einem halben Jahrhundert mit der Literatur der Sowjetunion praktiziert. Das hat dazu geführt, daß Autoren wie Simonow oder Aitmatow in unserem Land in Übersetzungen vorliegen — doch sie sind nicht gegenwärtig. Das Feuilleton hat sie ausgeschlossen oder in Schemata gepreßt. Wir können daran messen, wie stark die Wirkungen einer solchen vorurteilerzeugenden Presse sind. Sie betrifft die fortschrittliche Literatur des eigenen Landes wie die aller Länder. Über Jahre hinweg hat diese zur Literaturpolizei verkommene bürgerliche Literaturkritik sich vom Leser entfernt und zugleich die Heimat und die Welt mit Brettern vernagelt. Entfernen wir nach und nach diese Bretter. Ich bin sicher, wird alle werden dabei Entdeckungen machen, bei denen wir sagen, das müßten wir schon längst kennen. Wir erlernen dabei, die Literatur und die Kritik als etwas Notwendiges zu benutzen, als etwas, was man im Leben braucht, für seine Erkenntnis, für den Kampf um ein menschliches Leben.

Eine kleine Bücherliste aus dem Gespräch

Hein Ludwig Arnold: Gespräche mit Schriftstellern (C. H. Beck)
Günter de Bruyn: Das Leben des Jean Paul Friedrich Richter (Mitteldeutscher Verlag, Halle)
Charles Bukowski: Der Mann mit der Ledertasche. Aufzeichnungen eines Außenseiters.
F. C. Delius: Ein Bankier auf der Flucht (Rotbuch)
Dimiter Dimow: Tabak (Röderberg)
Axel Eggebrecht: Der halbe Weg (Rowohlt)
Hundert proletarische Balladen (Damnitz)
Walther Kauer: Schachteltraum (Volk und Welt, Berlin)
Klaus Konjetzky: Poem vom Grünen Eck (Piper)
Literaturmagazin 4 (Rowohlt. Das neue Buch)
Peter Maiwald: Geschichten vom Arbeiter B. (Raith)
Irmtraud Morgner: Leben und Abenteuer der Troubadour Beatriz. Nach Zeugnissen ihrer Spielfrau Laura (Aufbau, Berlin)
Roman Ritter: Einen Fremden im Postamt umarmen (Raith). Lyrisches Tagebuch (kürbiskern Zeit-Gedichte)
Peter Schneider: Schon bist du ein Verfassungsfeind (Rotbuch)
Anna Seghers: Willkommen Zukunft (Damnitz)
Godehard Schramm: Meine Lust ist größer als mein Schmerz (Piper)
Margot Schröder: Ich stehe meine Frau (Fischer)
Gerti Tetzner: Karen W. (Luchterhand)
Arthur Troppmann: Zahltag (Asso)
Martin Walser: Sauspiel (Suhrkamp)
Peter Weiss: Ästhetik des Widerstands (Suhrkamp)

Günter Müller Am schwarzen Brett

Anschläge
dürfen nur nach
vorheriger Abstimmung mit
Geschäftsleitung & Betriebsrat
angezettelt werden

Voraussetzung

wenn man die
Zusammenhänge in
einem Unternehmen
erkannt hat
wird man entweder
befördert oder
entlassen

Gerd Fuchs
Anna Seghers

Als in Anna Seghers Roman „Das siebte Kreuz“ die Häftlinge aus dem Konzentrationslager Westhofen ausbrechen, da bedeutet diese Flucht nicht nur die Chance der Rettung für die Flüchtenden, sie hat auch einen politischen Sinn: sie stellt die angebliche Allmacht des faschistischen Unterdrückungsapparats in Frage. Um so größer die Niedergeschlagenheit der Gefangenen, als von den Geflohenen einer nach dem andern zurückgebracht wird. Sie wird zur Verzweiflung, als auch Wallau gefangen wird.

„Wie dieser Wallau jetzt auch eingefangen war und zurückgebracht wurde, da weinten manche wie die Kinder. Wir wären jetzt alle verloren, dachten wir. Man würde den Wallau jetzt auch ermorden, wie man alle ermordet hatte. Gleich im ersten Monat der Hitlerherrschaft hatte man Hunderte unserer Führer ermordet, in allen Teilen des Landes, jeden Monat wurden welche ermordet. Teils wurden sie öffentlich hingerichtet, teils in den Lagern zu Ende gequält. Die ganze Generation hatte man ausgerottet. Das dachten wir an diesem furchtbaren Morgen, und wir sprachen es auch aus, wir sprachen es aus zum erstenmal, daß wir, in solchem Maß ausgerottet, in solchem Maß abrasiert, ohne Nachwuchs vergehen müßten. Was beinahe nie in der Geschichte geschehen war, aber schon einmal in unserem Volk, das Furchtbarste, was einem Volk überhaupt geschehen kann, das sollte jetzt uns geschehen: ein Niemandsland sollte gelegt werden zwischen die Generationen, durch das die alten Erfahrungen nicht mehr dringen konnten. Wenn man kämpft und fällt und ein anderer nimmt die Fahne und kämpft und fällt auch, und der nächste nimmt sie und muß dann auch fallen, das ist ein natürlicher Ablauf, denn geschenkt wird uns gar nichts. Wenn aber niemand die Fahne mehr abnehmen will, weil er ihre Bedeutung gar nicht kennt? Da dauerten uns diese Burschen, die Spalier standen zu Wallaus Empfang und ihn bespuckten und anstierten. Da riß man das Beste aus, was im Lande wuchs, weil man die Kinder gelehrt hatte, das sei Unkraut. Alle diese Burschen und Mädel da draußen, wenn sie einmal die Hitlerjugend durchlaufen hatten und den Arbeitsdienst und das Heer, glichen den Kindern der Sage, die von Tieren aufgezogen werden, bis sie ihre eigene Mutter zerreißen.“

„Ein Niemandsland sollte gelegt werden zwischen die Generationen, durch das die alten Erfahrungen nicht mehr dringen konnten“: Keinem der faschistischen Regime ist dieser Versuch gelungen, und keinem wird er je gelingen, und daß die Rechnung, die man in deutschen Vorstandsetagen Anfang der dreißiger Jahre machte, nicht aufging, daß „die alten Erfahrungen“ trotz allem weitergegeben werden konnten, dafür sorgte nicht nur der Kampf deutscher Kommunisten und vieler anderer Antifaschisten, dafür sorgte nicht nur die Existenz und das Beispiel der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Länder, dafür sorgten nicht zuletzt auch Schriftsteller wie Anna Seghers.

Trotzdem: es war nicht leicht nach dem Krieg, „die alten Erfahrungen“, die „Fahne“ weiterzugeben, ja es wurde immer schwerer in jenem Teil Deutschlands, der von den westlichen Alliierten kontrolliert wurde. Man kennt die

Gründe: der skrupellose Bruch des Potsdamer Abkommens durch die westlichen Alliierten, die Spaltung Deutschlands als Preis für das Zusammenspiel zwischen westlichen Besatzungsmächten, deutschem Großbürgertum und SPD-Führung bei der Wiederherstellung der alten Besitz- und Machtverhältnisse, das Bestechungsmanöver, das Marshallplanhilfe genannt wurde und dazu diente, jenen Produktions- und Konsumrausch anzukurbeln, in dem ein ganzes Volk vergessen sollte, daß es nach dem Krieg einmal ganz etwas anderes gewollt hatte: die Abschaffung der alten, Kriege, Not und Unterdrückung erzeugenden Gewalten, Macht für sich selbst, für den Frieden, den Sozialismus.

Daß es anders kam, daß dieser ungeheure, dieser historische Betrug am Willen eines ganzen Volkes gelingen konnte, daran hatten aber auch jene schuld, „die Spalier standen zu Wallaus Empfang und ihn bespuckten und anstierten“, jene kleinen Helfershelfer des Faschismus, die Anna Seghers die Souveränität hat als die eigentlich Betrogenen zu bedauern, und das in jenem Augenblick, als sie jenen zu ermorden sich anschickten, der der eigentliche Held ihres Buches, der ihr der Verehrteste ist, Wallau.

Es waren „alle diese Burschen und Mädel da draußen“, die „einmal die Hitlerjugend durchlaufen hatten und den Arbeitsdienst und das Heer“ und schließlich den Krieg, all jene Verdorbenen und Betrogenen, die im dumpfen Gefühl, verdorben und betrogen worden zu sein, sich in Zynismus flüchteten und sich darin mit dem ganz anderen Zynismus jenes alten Mannes zu treffen glaubten, der der Hauptdrahtzieher jenes Betrugs am deutschen Volk war, dem ersten Kanzler der Bundesrepublik. Der Faschismus, obschon geschlagen, wirkte in dieser Braunhemd-Generation fort, wirkt in ihr fort bis heute.

Hitlers Versuch, ein Niemandsland zu legen zwischen die Generationen, Adenauer setzte ihn fort — mit anderen Mitteln. Mit dem Verbot der kommunistischen Partei und anderer demokratischer Organisationen, mit Terror, mit einer selbst heute kaum mehr vorstellbaren Verleumdung und Hetze. Natürlich ist auch ihm dieser Versuch nicht gelungen, denn seinen Staat und den seiner Klassengenossen baute er auf, mußte er aufbauen mit den alten „Fachleuten“, mit den Overkamps und Fischers.

„Dieser Wallau wird als erster dran glauben müssen“, sagte Fischer. Overkamp nickte. Er kannte Fischer schon lange. Sie waren nationale Männer mit allen Kriegsauszeichnungen. Beide hatten sie schon unter dem System dann und wann zusammengearbeitet. Overkamp war gewöhnt, in seinem Beruf die Methoden anzuwenden, die polizeiüblich sind. Solche Verhöre, bei denen es hart auf hart ging, waren für ihn eine Arbeit wie jede andere. Sie bereitete ihm keine Spur von Belustigung, geschweige denn Lust. Alle Menschen, nach denen er fahndeten mußte, hatte er immer für Feinde der Ordnung gehalten, so wie er sich die Ordnung vorstellte. Auch noch heute hielt er die Menschen, nach denen er fahndete, für die Feinde der Ordnung, wie er sich Ordnung vorstellte.“

Wie bieder, wie abendländisch-christlich sich dieser Adenauer-Staat auch gab, immer mehr begannen sich zu fragen, wofür denn diese Overkamps, die allmählich wieder in ihre alten Positionen einrückten, Fachleute gewesen waren, wofür sie jetzt immer noch und schon wieder als Fachleute gebraucht wurden. Für immer mehr stellte sich die Basis dieses Staates als ein einziger, staatlich

sanktionierter Zynismus heraus. Doch waren Einsichten wie diese bereits Ableitungen, blieben zunächst stecken im bloß Moralischen. Dann aber begannen die scheinbar unpolitischen Verhältnisse an den Fließbändern und den Werkbänken in den Fabriken selbst wieder jene alten Erfahrungen neu aus sich hervorzutreiben, jene rebellischen Gedanken, die schon für immer vergessen schienen. Anna Seghers hat auch das im „Siebten Kreuz“ vorwegnehmend beschrieben. Franz, einer jener, die auch unter dem Faschismus nicht aufhören zu kämpfen, stellt sich für einen Augenblick die Frage, wie es wäre, wenn er einfach nur versuchte glücklich zu sein. „Franz fragte sich da einen Augenblick, einen einzigen Augenblick, ob dieses einfache Glück nicht alles aufwiege. Ein bißchen gewöhnliches Glück, sofort, statt dieses furchtbaren, unbarmherzigen Kampfes für das endgültige Glück irgendeiner Menschheit, zu der er, Franz, dann vielleicht nicht mehr gehörte. So, jetzt können wir Äpfel braten in unserem Ofen, würde er sagen. Hochzeit würden sie dann im November feiern mit Pfeifen und Flöten — draußen in der Griesheimer Siedlung putzen sie ihre zwei Zimmerchen aus. Wenn er dann morgens zur Arbeit ging, wußte er über den ganzen Tag weg, daß die Elli abends daheim war. Ärger? Abzüge? Antreiben? Abends in seinem Zimmerchen wird das alles von einem abfallen.“

Natürlich würde nichts von ihm abfallen, so wie auch von den westdeutschen Arbeitern nichts abfällt, wenn sie nach Hause in ihre so verzweifelt liebevoll hergerichteten Zimmerchen kommen. Die alten Verhältnisse erzeugen die alten Erfahrungen. Die alten rebellischen Gedanken kommen wieder, müssen wiederkommen.

Öffentlich und politisch äußerten sie sich jedoch zunächst im Eingedenden an scheinbar weit Entferntes, an die Opfer des Vietnam-Krieges, an die Opfer des Faschismus in Griechenland, in Spanien, in Portugal, in Chile. Doch — unverständlich für viele — erwies sich dieses Entfernte als unerwartet nah. Die Analyse des griechischen, des spanischen, des portugiesischen, des chilenischen Faschismus, sie führte immer wieder zurück zum deutschen Faschismus, zurück zu den Grundlagen dieser Gesellschaft, zur Gegenwart, zu den deutschen Komplizen der griechischen, spanischen, portugiesischen, chilenischen Faschisten.

Bezeichnend nicht nur, daß sich das nun doch wieder in Gang gekommene Überdenken der alten, kapitalistischen Ordnung äußerte im Eingedenden an den Faschismus, bezeichnend noch mehr, daß es sich äußerte als Solidarität. Nach den unendlich scheinenden Jahren des Zynismus unter dem Adenauer-Regime war dies das Ende des Zynismus. Triumphierend bewahrheitete sich Brechts Satz: „Der Kapitalismus entmenscht nicht nur, er schafft auch Menschlichkeit, nämlich im aktiven Kampf gegen die Entmenschung.“ Neue Formen der Beziehung zwischen Menschen begannen sich zu entwickeln. Anna Seghers hat auch dies im „Siebten Kreuz“ immer wieder beschrieben, denn Solidarität, das ist das eigentliche Thema dieses Buches.

Wo immer Georg Heisler auf seiner Flucht auftaucht, für denjenigen, dem er begegnet und der weiß, wer Georg ist, bedeutet diese Begegnung ernste Prüfung. Wer sie besteht, für den bringt sie Erneuerung, buchstäblich ein neues Leben. So nicht nur für die Fiedlers oder die beiden Kreß' etwa, auch für die beiden anonym bleibenden Arbeiter, die Georg Heisler wiedererkennen.

„Das Büfett war ziemlich voll. Zwei junge Burschen mit den Mützen der Gesellschaft hatten sich ihre Tassen und Teller an einen der Tische getragen, an denen ihre Werkzeugtaschen lehnten. Sie aßen, schwatzten, bis plötzlich der eine abbrach. Er merkte nicht, daß ihn sein Freund verwundert betrachtete und sich dann umsah, wohin der andere blickte.“

Georg war inzwischen satt geworden. Er verließ das Büfett, ohne nach rechts oder links zu sehen. Dabei streifte er jenen Burschen, der eben bei seinem Blick zusammengezuckt war. „Hast du denn den gekannt?“ fragte der andere. „Fritz“, sagte der erste, „du kennst ihn ja auch. Hast ihn früher gekannt.“ Der andere sah ihn unsicher an. „Das war sicher Georg“, fuhr der erste fort, ganz offen, außer sich. „Ja, der Heisler, ja, der Geflüchtete.“ Da sagte der andere mit einem halben Lächeln, mit einem schrägen Blick: „Gott! Du hättest dir was verdienen können.“

„Hätt ich? Hättest du?“

Plötzlich sahen sie sich in die Augen mit dem furchtbaren Blick, der Taubstummen eigen ist oder sehr klugen Tieren, allen jenen Geschöpfen, deren Vernunft auf Lebenszeit eingesperrt ist und unmittelbar. Dann blitzte in den Augen des einen auf, was ihm die Zunge löste. „Nein“, sagte er, „auch ich hätte es nicht getan“. Sie packten ihre Taschen zusammen, früher waren sie ganz gute Freunde gewesen, dann kamen die Jahre, in denen sie nichts Vernünftiges mehr miteinander sprachen aus Angst, sich einander auszuliefern, falls sich der andere verändert hatte. Jetzt hatte sich herausgestellt, daß sie beide die alten geblieben waren. Sie verließen das Büfett in Freundschaft.“

Natürlich leben wir hier und heute nicht unter einem faschistischen Regime, natürlich arbeitet kein Kommunist in der Illegalität. Die „alten Erfahrungen“ müssen unter völlig anderen, völlig neuen Bedingungen gemacht werden. Doch auch bei Anna Seghers schon besteht die eigentliche Quelle jenes so mächtigen, die Beziehungen der Menschen verwandelnden Gefühls der Solidarität nicht bloß in etwas Negativem, im Bewußtsein gemeinsamen Bedrohtseins.

Es ist in der letzten Zeit viel von Utopie die Rede, von der Vorwegnahme eines künftigen, eines befreiten, eines menschlichen Lebens. Nun sind Anna Seghers Landschaftsbeschreibungen im „Sieben Kreuz“ berühmt. Gerade sie, im Exil entdeckt, was das ist, Heimat; gerade sie, deren Internationalismus als Vaterlandslosigkeit verleumdet wurde, zeigt, was es heißt, sein Land wirklich zu lieben. Trotzdem, auch dann noch wäre erklärungsbedürftig, warum sie Georg Heislers Flucht, warum sie Kommunisten gehetzt und ohnmächtig zeigt, und diesen tiefsten Punkt ihrer Niederlage kontrastiert mit der Beschreibung dieser Herbstsonne, wenn sie diesen bittersten Augenblick, das scheinbare Ende aller Hoffnungen in eine Zeit der Reife und der Vollendung legt.

Es geht bei diesen Landschaftsbeschreibungen gar nicht so sehr um die Landschaften. Es geht nicht um landschaftliche Schönheiten. Es geht darum, wie dieses Land, dieser Herbst beschrieben wird. Es ist die Eindringlichkeit, die Mächtigkeit, die Fülle, mit der diese Herbsttage beschrieben werden, worin sich ausdrückt, wofür Georg Heisler, wofür Wallau kämpfen: daß die Welt so reich, so reif, so lebendig werde.

Doch würde selbst Georg kaum mehr begreifen, was das Ergebnis ist, wenn sein Kampf einmal ausgetragen wird, wenn er hinter den historischen Horizont sehen würde, hinter dem uns Anna Seghers mit jener bukolisch heiteren Figur des Schäfers einen Blick tun läßt, und den sie wohl nicht umsonst Ernst nannte: ein Mensch, so in Einverständnis mit der Natur, so angstfrei, so eins mit seinen Bedürfnissen, so heiter in sich selbst, daß er bereits vergessen hat, was es Wallau, Georg Heisler, was es so viele andere, was es uns kostete, daß er sein rotes Halstuch so besitzergreifend auf die Erde werfen, daß er so frei über das Land blicken kann.

E. A. Rauter

Vom ewigen Leben des Kapitalismus

In den Reden der Unternehmer-Abgeordneten kommen neue Wörter vor, Be schwichtigungssignale an die Geschichte. Die Klage über wachsendes Selbstbewußtsein der Ausführer ist Trend; die Bourgeoisie glaubt nicht mehr an sich. Die angestellten Denker fragen sich, wie könnte das Ende der großen Eigentümer aussiehen? Ihre Alpträume drängen auf den Buch-Markt als „Ringen um Antworten auf die Probleme der Zukunft“. Der Erfolg von Schelskys Totenklage „Die Arbeit tun die anderen“ machte sichtbar, es gibt viele Tausende von Lesern mit großem Durst nach *bürgerlichen* Darstellungen vom Ende der Bourgeoisie, nach Darstellungen, die gestatten, vom Leben nach deren Tod zu träumen.

Auch der Erfolg des Buches von Daniel Bell „Die nachindustrielle Gesellschaft“ beruht darauf, daß der Autor das Ende des Kapitalismus vorhersagt, indem er uns von dessen Unsterblichkeit zu überzeugen sucht. Diese Art Bücher verschwinden in ihrer Marktlücke. Die bürgerliche Gesellschaft erwartet von ihren Professoren, daß sie endlich etwas Optimistisches über ihren Untergang publizieren. Diese Gesellschaft kann sich mit ihren Geisteswissenschaftlern nicht schmücken: die brillantesten Köpfe stehen — wie in der Literatur — links. Der Ausdruck „brillant“ bedeutet, wenn er nicht im Zusammenhang mit Schuhcreme benutzt wird, daß eine Aussage der Wirklichkeit auf die Haut gerückt ist.

Das Werk Bells wurde begrüßt, als wäre es der neugeborene Sohn eines frischvermählten Achtzigjährigen.

„Das seit seinem Erscheinen 1973 viel diskutierte Werk des bekannten Harvard-Professors ist ein bahnbrechender Versuch, die fundamentalen Entwicklungstendenzen fortgeschrittener Industrieländer zu ermitteln und deren schon jetzt deutlich werdende Zukunftsprobleme zu bestimmen. Bell belegt und erklärt sein Konzept der „nachindustriellen Gesellschaft“, das sehr schnell Eingang in die weltweite sozialwissenschaftliche Diskussion gefunden hat“ (Klappentext). Mit „welt“ weit ist die übliche Weite gemeint, die auch bei der Verwendung der Vokabel „Welt“ „wirtschaftskrise“ gemeint ist, die Halb-Welt.

Während der letzten zehn Jahre haben wir gegen die Intrigen der Schulbehörden, gegen die kaiserliche und faschistische Ignoranz unserer Eltern und gegen die „schwarzen Löcher“ der Medien die wichtigsten Werke von Marx, Engels, Lenin und anderen durchgearbeitet und endlich verstanden, woher wir kommen — da landet der amerikanische Professor auf westdeutschen Schreibtischen. Der Professor sagt, alles Wichtige, was du gelernt hast, hat schon Marx falsch verstanden. Niemand studiert gern zehn Jahre umsonst. Die erste Reaktion ist Wut auf den Amerikaner. Die Wut ist sympathisch, sie ehrt mich, sie zeigt, ich bin bereit dazuzulernen. Wer erst essen darf, nachdem er andere bereichert hat, kann jeden gescheiten Gedanken gebrauchen, auch wenn er nach Lenins Tod gedacht wurde. Die Wut röhrt von Richtigkeiten, von denen es in Bells Buch wimmelt. Seine Darstellung der Ursachen staatlicher Finanzkrisen gehört zum Aufregendsten, was ich in letzter Zeit gelernt habe.

Während der Lektüre stabilisiert sich dann Staunen zur herrschenden Gemütsverfassung. Linke Kritiker haben Grund, vor ihrer Neigung zur Strenge auf der Hut zu sein. Ihre Ungeduld ist historisch vorgeschrieben, doch oft leidet darunter die Präzision ihres Urteils, das wieder ist eine Form von Antikommunismus. Vielleicht ist es der stärkste Beweis dafür — stärker als Wirtschaftskrisen es sind —, daß die kapitalistische Produktionsweise erschöpft ist, daß sie niemand mehr in intelligenter Form rechtfertigen kann: der Kapitalismus kann nicht mehr sprechen. Bei Schelsky und bei Bell fällt ein Zug auf, den als einfache Dummheit zu bezeichnen man zurückschreckt. Es mag sein, daß mangelnde Vertrautheit mit Ordinariatskultur und Wissenschaftswissenschaft Texte wie Dummheiten klingen läßt, weil dem Leser die subtilen Katastrophen und Wunder entgehen, die sie benennen — wie einem jungen albanischen Schweinehirten der Abgrund verborgen bleibt, den europäische Destillierkunst zwischen Chivas Regal und Räcke rauchzart aufgerissen hat. Ihm muß die Begeisterung deutscher Whiskytrinker beim Genuss der schottischen Marke „dumm“ vorkommen, wenn er sich nicht dumm vorkommt: Mir scheint ein Buch über unsere Zukunft unverständlich, das auf der These aufbaut, es gebe keine Arbeiterklasse mehr. Bis zum Jahr 2000 sind nach einem von Bell zitierten Mathematiker nur noch drei Prozent aller arbeitenden Menschen in den Industriestaaten mit der Herstellung von Gütern beschäftigt. Der „Rest“ produziert Dienstleistungen. Er ist vielleicht auch arbeitslos, Bell sagt dazu nichts.

Er schreibt, damit habe er einen wichtigen Grundsatz der Theorie von Karl Marx widerlegt. Bell vergaß zu erwähnen, an welcher Stelle des Werkes von Marx der Grundsatz zu finden ist, man könne die Arbeiterklasse dadurch auflösen, daß man ihren Mitgliedern weiße Hemden anzieht. Oder ihnen verbietet, zu produzieren.

Der Landesbeauftragte für staatsbürgerliche Bildung in Schleswig-Holstein, Dr. Ernst Hessenauer, sieht in der Arbeitslosigkeit der Jugend „eine politische Zeitbombe von höchster Brisanz“. „Die Zeitbombe dramatischer Aufstände gegen das Establishment“ beginne schon heute zu ticken. Der Anteil der Jugendlichen unter 20, die länger als ein halbes Jahr vergeblich nach Arbeit suchen, ist im letzten Jahr von acht auf 18 Prozent gestiegen. Gleichzeitig werden die jugendlichen Jahrgänge zahlreicher, die Zahl der Arbeitsplätze geringer. Wirtschafts-

leute prophezeien für dieses Jahr einen sogenannten Aufschwung mit Dauerarbeitslosigkeit. Die Kapitalisten können auf die Arbeiterklasse als Käufer ihrer Produkte nicht verzichten. Bell ignoriert solche Tatsachen.

Die Arbeiter verlassen die Geschichte, bescheiden, wie sie gekommen waren, sie haben keine Bedürfnisse. Ohne die Arbeiterklasse gleiten wir in die Zukunft wie geschmiert. Bell richtet den Kapitalisten die „nachindustrielle“, „nachkapitalistische“ Zeit gemütlich ein. Sie behalten ihre Fabriken und Banken; sie haben politisch nicht mehr so viel zu sagen, müssen Macht an die Politiker abgeben. Aber auf ihrem politischen Katzentischchen türmen sich ihre Einnahmen. Aus einem Grund, den wir nicht erfahren, verliert ihr Geld seine Macht.

Stattdessen beginnen Wissenschaftler und Techniker, die anderen zu beherrschen, weil sie in der „Wissensgesellschaft“ zu den wichtigsten Produzenten werden. Nach dieser Theorie hätten vor dem ersten Weltkrieg die Stahlkocher das Deutsche Reich regieren müssen.

Das Eigentum an Produktionsmitteln bleibt, aber es spielt keine Rolle. Deshalb spielt auch der Unterschied zwischen den Gesellschaftsordnungen keine Rolle. Die Nachtigall heißt Konvergenz: die sozialistischen Länder entwickeln sich in dieselbe Richtung, bei ihnen heißt die „nachindustrielle Gesellschaft“ „nachsozialistisch“. Auch dort werden bald Wissenschaftler und Techniker die anderen beherrschen.

Der Sozialismus hat keine Chance, er hat nie eine gehabt, aber: „Eine komplexe Gesellschaft entwickelt sich — genau wie ihre großen komplexen Organisationen — zwangsläufig zur Planungsgesellschaft.“

Auf den letzten drei, vier Seiten von insgesamt 380 erwähnt der Autor die multinationalen Konzerne. In diesen letzten Seiten merkt der Leser, daß er das ganze Buch falsch gelesen hat. Bell sagt voraus, daß die Multis immer größer werden und gegenüber den vorindustriellen und industriellen Ländern immer mächtiger. Diese Konzerngiganten beuten, nach seiner Darstellung, die übrige Welt immer rigorosier aus, indem sie aus Gütern und Dienstleistungen auch Produktionswissen als Monopole verkaufen. Die „nachindustrielle Gesellschaft“ wird zum Rentier, der von Zinsen, Dividenden, Devisen und Lizenzgebühren aus der übrigen Welt lebt. International taucht also die Arbeiterklasse wieder auf.

Der Autor weist darauf hin, daß sich die übrigen Länder das möglicherweise nicht in alle Ewigkeit gefallen lassen und schließt:

„In Anbetracht der wirtschaftlichen Entwicklung allerdings könnte sich ein solcher ‚Klassenkampf‘, sofern er je stattfindet, auch zu einem Kampf zwischen den Hautfarben entwickeln — doch dies ist ein Problem für das 21. Jahrhundert und liegt somit jenseits der Grenzen unserer Untersuchung.“

Es ist ein Jammer, daß die Rundfunk- und Fernsehanstalten nicht den Mut haben, ein so „bahnbrechendes“, „vieldiskutiertes“, „wissenschaftliches“ Werk über das letzte Viertel unseres Jahrhunderts mit unserem öffentlich zu diskutieren. Wenn es darauf ankommt, trauen sie den längst „widerlegten“ Argumenten der Sozialisten mehr Leben zu als ihren. Alle reden vom Sterben des Kapitalismus. Die Kapitalisten auch.

»Munthe zur Hand führt über Dingsbums zu Goethe« —
Gespräch mit Carl Amery

Hitzer: Kollege Amery, Sie haben Erfahrungen mit Öffentlichen Büchereien und Bibliotheken. Die Preise der Bücher sind in den letzten Jahren so gestiegen, daß es nicht verwundert, wenn man erfährt, daß die Ausleihziffern ebenfalls enorm angezogen haben. Auf der anderen Seite sieht aber der Anschaffungsetat bei den Öffentlichen Büchereien doch nicht danach aus, daß das Programm oder das Angebot in den Büchereien genügt.

Amery: Also zunächst ist zu sagen, daß wahrscheinlich die Ausleihen so oder so gestiegen wären, auch wenn die Bücher nicht teurer geworden wären, es liegt ein öffentliches Bedürfnis vor. Die Gesellschaft, die wir jetzt haben, braucht wirkungsvolle Büchereien, nicht mehr die alten Volksbüchereien wie man sie nannte, sondern echte Arbeitsbüchereien. Die Ausleihe an reinem Leseleiter tritt prozentual zurück, schon weit über 50 %, bei Erwachsenenausleihen wohlgemerkt, sind Sach- und Fachbücher.

Hitzer: Also Bücher zur beruflichen Fortbildung?

Amery: Berufliche Fortbildung, private Interessen wie Amateurfunk, Technik jeder Art, Garteninteressen, alle solchen Dinge, das wollen die Leute jetzt aus den Büchereien haben. Und darüber hinaus sollte ein gutes öffentliches Büchereisystem per Fernleihe eigentlich auch jedem Menschen jede bibliografische Hilfe geben können, die er braucht. Das ist vor allem auf dem Lande wichtig.

Hitzer: Wie ist das denn mit der Belletristik, sind da Ziffern bekannt für die gesamte Bundesrepublik?

Amery: Bis 1971, wonach ich aus dem Büchereiwesen ausgeschieden bin, war das Soll für größere Systeme wie etwa Großstadt oder Mittelstadt 60 % Fach- und Sachbücher und 40 % Belletristik für die Anschaffung, also für den Kauf in den Büchereien. Und zwar muß das so gemacht werden, ganz gleich, ob die Ausleihe noch stärker auf Belletristik ruht als dieser Prozentsatz aussagt, weil die Fach- und Sachbücher eben einfach da sein müssen, man muß ein mögliches Interesse der Bevölkerung vorwegnehmen, wenn man eine richtige Anschaffungspolitik treibt.

Hitzer: Sie sagen, daß das steigende Interesse für Sachbücher in allerlei Richtungen geht. Ist das bei Belletristik auch der Fall oder ist das eine gleichbleibende Orientierung?

Amery: Bei der Belletristik steht jetzt, soweit ich informiert bin, das Konzept in Frage, nach dem bisher angeschafft worden ist. Das öffentliche Büchereiwesen fühlt sich inzwischen stark genug, daß es gegensteuert gegen den Bestseller. Bis ungefähr 1970 fühlte sich ein öffentliches Büchereiwesen genötigt, gegenüber der Öffentlichkeit den Nachweis zu führen, daß alles da ist, was die Leute wollen. Die Folge war, daß die Autoren, die ohnehin Bestseller geschrieben haben, noch die Staffeln, die dicken Mehrfachbesetzungen in den Öffentlichen Büchereien bekommen haben, damit die Leute sich auch dort ihren Simmel, oder was immer es ist, holen können. Soviel ich weiß, wird jetzt überlegt, ob man da gegensteuern soll, daß die Öffentlichen Büchereien nicht Aufgaben wahrnehmen, die dem kommerziellen Markt entsprechen.

Ein Gespräch mit Carl Amery

Hitzer: Gibt es da bereits praktische Schritte oder ist das noch im Stadium der Vorüberlegung?

Amery: Da bin ich jetzt überfragt, das weiß ich nicht.

Hitzer: Wenn man es von der möglichen Richtung her sieht, die man vorgenommen könnte, sehen Sie da Chancen, von den Bestrebungen des Verbands deutscher Schriftsteller her entgegenzukommen und solche Autoren zu fördern, die offenkundig durch die Kommerzialisierung auf dem Buchmarkt und andere Abhängigkeitsmechanismen ins Hintertreffen geraten, mit anderen Worten: Chancen für aktive breite Autorenpolitik?

Amery: Ja, also da gäbe es ein ganz einfaches Mittel: das wäre gewissermaßen der Sockel, die Herstellung eines einem Industriestaat würdigen Anschaffungsetats. Die Anschaffungsetats sind bei uns zu niedrig, das ist ganz klar. Der Bayerische Bibliotheksplan hat z. B. ein Ideal vorgesehen von einer Mark pro Kopf der Bevölkerung Anschaffungsetat für Öffentliche Büchereien pro Jahr. In England liegt der entsprechende Etat, das sind konstante Zahlen dort, bei etwa DM 3,50, in Skandinavien ist er natürlich um Klassen höher, dort ist die Nationalität, die Sprache dieser kleinen Länder weitgehend von den Öffentlichen Büchereien abhängig, in USA ist es bei ungefähr DM 8,— gewesen, jetzt ist es etwas weniger. Das ist ganz einfach so, daß bei uns der Begriff der Öffentlichen Büchereien noch nicht unter den akzeptierten gesetzlichen Auflagen läuft, unter denen etwa andere Kulturhilfe läuft. Die Öffentliche Bücherei ist nach wie vor eine freiwillige Leistung der betreffenden Kommunen, es gibt keine gesetzliche Verpflichtung der Kommunen, Öffentliche Büchereien zu betreiben oder auch nur einen gesetzlichen Auftrag. Mit anderen Worten, wenn eine Rezession eintritt, wird es Frage des Ethos, der kulturellen Moral der jeweiligen Stadtväter sein zu entscheiden, was sie mit den Öffentlichen Büchereien machen wollen. Und da kommen die kuriosesten Dinge raus: In Hannover wurde zu der Zeit der Konjunktur dem dortigen sehr rührigen Direktor ein Neubau genehmigt, und der ist da, ein sehr schöner Erweiterungsbau, und jetzt — in der Rezession — wurde der Anschaffungsetat um die Hälfte gekürzt, man steht also vor leeren oder halbleeren Regalen. Das zeigt eine Reihe von Malaisen auf im öffentlichen Büchereiwesen, erstens eben den Mangel an diesem gesetzlichen Auftrag, zweitens das Misstrauen gegenüber den Direktionen und den Geschäftsleitungen, ihre eigene Finanzpolitik zu betreiben. Denn selbstverständlich hätte der Direktor, wenn er die Möglichkeit hätte, positiv die einzelnen Etatposten gegeneinander abzuwagen, eine solche hirnrissige Politik nicht betrieben, das ist ja ganz klar. Dazu gehört etwa auch, daß ein Bibliotheksdirektor, wie das hier in München laufend der Fall war, zwar ordentlich und befriedigend Geld für Anschaffungen bekommt, jedenfalls im Vergleich zu anderen Bibliotheken, aber daß in dem Augenblick, wo gestrichen wird, alle Folgekosten gekürzt werden, Regalplatz, Magazinplätze, alle diese Dinge. Dann liegen die Bücher eben am Boden oder sie stehen in Fensternischen oder der gleichen.

Hitzer: Wenn Sie vom idealen Anschaffungsetat von einer Mark in Bayern sprechen, heißt das, daß dieser Punkt schon realisiert ist, oder wollen Sie damit sagen, daß der Anschaffungsetat in anderen Bundesländern niedriger liegt?

Amery: Nein, es ist so: der Bayerische Bibliotheksentwicklungsplan setzte diese Mark als Soll an, die war also noch nicht gegeben. Das hängt aber nicht zuletzt damit zusammen, daß das flache Land eben vollkommen unterbetreut ist. Wenn es nicht ein paar idealistische Landräte gäbe, die Busse angeschafft haben, oder anständige Kleinzentrumbibliotheken und solche Dinge, dann wäre Bayern, was das flache Land betrifft, glatte Fehlanzeige.

Hitzer: *Gibt es denn da Zahlen, wie in München die Streuung der Bibliotheken ist, und wie es denn in der Mittelstadt aussieht, wie in der Kleinstadt und draußen auf dem flachen Land, in Niederbayern, Oberbayern, Schwaben, Franken...*

Amery: Es ist so, daß die bayerische Situation zusätzlich kompliziert ist durch eine verhältnismäßig energische Politik des konfessionellen Michaelsbundes, der von vielen kleinen Gemeinden den Auftrag erhält, Öffentliche Büchereien zu betreiben. Dadurch werden die Zahlen natürlich kompliziert. Es herrscht hier eine groteske Konkurrenzsituation, denn es läßt sich, wie das Beispiel Holland und Belgien zeigt, eine Kommission aufbauen, in der alle gesellschaftlich relevanten Kräfte vertreten sind und wo nach anerkannten Grundsätzen Öffentliche Bibliotheken betrieben werden.

Hitzer: *Ist denn die Gewerkschaft bei uns schon beteiligt?*

Amery: Nein, auch nicht. Das geht alles nebeneinander. Dazu kommen noch Malaisen innerhalb des Bibliothekswesens, die also natürlich sehr schwer zu beheben sind. Z. B. hat dieses Land keine einheitliche Systematik in den Bibliotheken, d. h. die Nummern, die hinten auf den Büchern draufstehen, sind in jeder Stadt verschieden, also ein Buch etwa über Fischfang in bayerischen Seen hat in Rosenheim eine vollkommen andere Nummer auf dem Rücken als etwa in Grafing oder in München. Die Folge ist, daß die Fernleihe dadurch kompliziert wird, das ist klar. Ich weiß nicht, wie es in östlichen Ländern ist, aber in Amerika ist es z. B. so, daß jedes neu erscheinende Buch für die ganze Nation systematisiert wird und daß bei Anschaffung schon die Karteikarten mitgehen. Für die Literatur, um darauf zurückzukommen, sind aber andere Dinge wichtiger. Für die Literatur ist wichtig, daß der Anschaffungssockel auf den Stand etwa von England gebracht, das heißt also, verdreifacht wird. Das würde bedeuten, daß jedes vernünftige Buch, das ein vernünftiger Bibliothekar kauft, wenn er das Geld hat, in diesem Land mit einer zusätzlichen Startauflage von 1500 bis 2000 erscheinen würde, jeder, der den Verlagsbetrieb kennt, weiß, was das bedeutet.

Hitzer: *Sozusagen eine Garantieauflage. Aber gibt es nicht den Konflikt mit dem Sortiment?*

Amery: Das ist ein Scheinkonflikt. Die bisherigen Buchhändlerorganisationen bestehen darauf, daß Öffentliche Büchereien eine Geschäftsschädigung sind. Ich habe das immer bestritten. Ich glaube, daß die Literarisierung der Nation ein gemeinsames Anliegen ist. Ich glaube, daß ein Mensch, der ein Buch nicht kauft, weil er findet, er hat nicht genug Geld, es eher kauft, wenn er durch Ausleihen in einer Öffentlichen Bücherei davon überzeugt wird, daß er es braucht. Die Zeit, wo Leute aufs Geratewohl Bücher gekauft haben, die ist vorbei.

Hitzer: *Aber das wäre ja ein Argument gegen diejenigen, die sagen, daß eigentlich die Rolle des Buches oder das Zeitalter des Buches zu Ende geht durch die Entwicklung der elektronischen Medien.*

Amery: Natürlich ist es ein Gegenargument. Ich würde sagen, es handelt sich ganz um die Art der Betreuung durch diese anderen Medien. Zum Beispiel ist in Münchener Zweigbüchereien feststellbar gewesen (wie es jetzt ist, weiß ich nicht), daß für bestimmte Sach- und Fachbücher nach entsprechenden Sendungen im Dritten Programm des Fernsehens sofort eine Nachfrage einsetzt. Es wäre eine Frage der Pädagogik der anderen Medien, wie sie das Buch integrieren, wie sie hinweisen auf Literatur zu den Themen, die dort anfallen.

Hitzer: *Das heißt also, daß der Trend zum Buch doch unverkennbar ist in breiten Schichten der Bevölkerung, aus ganz verschiedenen Anlässen und Bedürfnissen.*

Amery: Zweifellos. Ich habe dazu ein vergnügliches privates Beispiel, wenn Sie heute ernsthaft einen auch noch so kleinen Hobbygarten betreiben, kommen Sie ohne Fachliteratur schlecht aus, Sie verlieren eine Menge Zeit und Mühe, wenn Sie sich nicht informieren, was es etwa an organischer oder Intensivgärtnerie heute gibt. Natürlich hat man ein Gartenbuch vielleicht zuhause stehen, aber es erscheinen laufend neue Dinge, warum soll man sich die nicht ansehen? Und auf das kommen immer mehr Leute, speziell Jugendliche, für die ist eine Hemmschwelle weg, was die Öffentlichen Büchereien betrifft, das ist ganz deutlich festzustellen. Die sehr hohe Jugendausleihe macht sich jetzt bezahlt: sie kommen in das Alter, wo sie als Erwachsene sich wieder dieser Dienstleistungen ohne große Hemmungen bedienen.

Hitzer: *Das würde ja dann wieder bedeuten, daß ein gewisser Prozentsatz sich die Bücher, die sie dort kennenlernen, später selbst anschafft. Gibt es da Erfahrungsziffern?*

Amery: Es gibt Umfragen, die das beweisen. Interessant ist nur, daß die Anschaffungsmittel nach wie vor auf der Basis kalkuliert sind, daß sie über den privaten Buchhandel gehen müssen, weil der sich sonst geschädigt fühlt, vor allem in kleineren Städten. Das ist noch eine Mentalität, die eigentlich aus dem 19. Jahrhundert stammt.

Hitzer: *Sie sind der Meinung, daß man das eigentlich anders gestalten müßte?*
Amery: Also wenn ich ein junger Buchhändler wäre, in einer Kleinstadt würde ich meinen Laden neben der Öffentlichen Bücherei aufmachen. Ich würde auf Zusammenarbeit mit der Dame oder dem Herrn drängen, der dort den Betrieb leitet, ich würde auf mittelfristige Literarisierung der Bevölkerung setzen.

Hitzer: *Sie sprechen von der Literarisierung der Bevölkerung, das besagt, daß sie kaum vorliegt oder in unzureichendem Maße.*

Amery: Unzureichend, das ist bekannt. Es gibt eine Menge historischer Gründe dafür, die will ich hier nicht im einzelnen aufzählen, aber die Förderung des öffentlichen Lesens ist eben bei uns aus dem 19. Jahrhundert heraus nicht in dem Maße verlaufen, wie sie eben verlaufen sollte. Man braucht hier nicht in andere Gesellschaftssysteme sehen, wo bekanntlich furchtbar viel gelesen wird; es genügt ja, wenn man auf die großen westlichen Staaten sieht: dort ist der Unterschied zwischen Bibliothek und Bücherei nicht bekannt, *Library* ist Bi-

bliothek oder Bücherei, das geht nahtlos ineinander über, und das ist an sich der Zustand, der auch hier anzustreben wäre.

Hitzer: Sehen Sie gemeinsame Ansatzpunkte unter Bibliothekaren, unter Autoren, Sortimenten, um mal einen Punkt hier ins Gespräch zu bringen, in Richtung Mediengewerkschaft? Sehen Sie da Chancen, daß man gemeinsam diese Orientierung in die Öffentlichkeit tragen könnte?

Amery: Zweifellos. Eine Sache war der Bibliotheksgroschen. Zunächst war da ein großer Aufschrei auf Seiten der Bibliothekare, teilweise verständlich, sie sagten, wir haben jetzt sowieso noch nicht die Mittel, die wir brauchen, wenn jetzt die Länder den Groschen zahlen müssen, dann geht das natürlich an der Aufstockung ab, auf die wir Wert legen müssen. In der Zwischenzeit hat sich herausgestellt, daß das ein möglicherweise sehr fruchtbare Bündnis sein kann, zwischen Bibliothekaren und Schriftstellern. Die Schriftsteller müssen jetzt die Kühe füttern, die sie melken wollen, nämlich die Öffentlichen Büchereien, da müssen sie jetzt auf ihre Weise mit öffentlichen Aussagen dafür sorgen, daß da zivilisierte Zustände eintreten. Das ist ein Punkt. Der andere, den ich schon erwähnt habe, wäre eben die Frage, wie weit Literatur, Nationalliteratur, zu fördern ist auf dem Umweg auch über andere Medien. Und da kommt zum Beispiel die Gefahr herein, daß infolge sogenannter Sparprogramme gerade kritische Sendungen, Sendungen, die zur Sensibilisierung des Publikums führen, zur Bewußtmachung von Problemen, daß ausgerechnet die dem Rotstift zum Opfer fallen. Das ist für die Nationalliteratur ein schwerer Schlag.

Hitzer: Sie sprechen von Nationalliteratur. Ich erinnere mich an die Veranstaltungen in Nürnberg „Zurück zu Hermann Hesse?“ wo Sie gewarnt haben, wenn die Entwicklung ohne Gegenmaßnahmen so weiter gehe, stünde die Nationalliteratur der Bundesrepublik ebenfalls auf der Liste, schließlich gestrichen zu werden, nicht durch den Rotstift, sondern durch die Umstände.

Amery: Da sind hier verschiedene Gesichtspunkte wichtig. Erstens einmal, wir haben keine literarische Hauptstadt, das ist ungemein wichtig: München ist es nicht, Hamburg ist es auch nicht, in Frankfurt findet nur die Messe statt. Wir haben viele literarische Provinzen, das hat Vor- und Nachteile. Für die Nationalliteratur, möchte ich sagen, ist es per Saldo ja doch ein Nachteil, da machen wir uns nichts vor. Das zweite ist: ich will niemanden beleidigen und ich will niemanden angreifen, aber der normale literarische Betrieb, die Verlagshäuser, die Kritiker, die Feuilletons der Tageszeitungen und was sonst so läuft haben es nicht fertiggebracht, seit dem Ende der Gruppe 47, die hier wieder nicht bewertet werden soll, auch nur einen Autor rauszustellen, der ein großer gesellschaftlicher Erfolg und ein großer literarischer Erfolg war oder ist. Unser gegenwärtiger literarischer Betrieb ist außerstande, das zu schaffen. Darauf hinaus ist festzustellen, daß ein Dritter-Welt-Effekt tatsächlich in puncto Etats der Verlage auftritt. Die Verlage müssen erprobte Produkte aus dem Ausland einführen, die dann als Bestseller lanciert werden, entsprechende deutsche Bestseller sind auch keine Literatur in dem Sinne; Frau Knef und so, ich behaupte nicht, daß ich das als unanständiges Buch empfinde, aber es ist keine Literatur im strikten Sinne. Und die bilden den Vorreiter für die eigentliche Literatur,

die unter „ferner liegen“ dann in den Verlagsprogrammen auftaucht. Das liegt auf der Hand, daß das nicht geht.

Hitzer: Sie sprechen von einer literarischen Hauptstadt, oder einem literarischen Zentrum. Sie gehören aber zu denen, die gleichzeitig schon sehr früh auf die Wichtigkeit der Provinz hingewiesen haben, und ich komme jetzt nochmals auf meine Frage zurück. Ist denn das Bild, das Sie von Bayern geben, generell gültig für die Bundesrepublik? Oder ist das eine Ausnahme, dieses Verhältnis von Großstadt zum Hinterland?

Amery: Leider ist es so, daß Bayern da wirklich ziemlich hinten ist. Bayern gibt viel Geld aus für die wissenschaftlichen Bibliotheken, sehr viel Geld. Wir haben hier also die Staatsbibliothek, das ist eine königlich dotierte Angelegenheit, außerdem hat sie ja dieses Pflichtexemplarrecht, also jedes Buch, das erscheint, muß an die Staatsbibliothek gehen. Nur ist eben der Unterschied zu den Öffentlichen Büchereien in Bayern am markantesten. Das hängt natürlich auch mit der reinen Territorialstruktur zusammen, mit den großen Flächen, dann auch mit den Gebietsreformen und diesen Dingen, daß es etwa in Nordbayern unmöglich kleine Landkreise gegeben hat, unmögliche Kleinzentren, die einfach finanziell nicht in der Lage waren, etwas aufzubauen; mit einem Bestand unter 10 000 zu eröffnen hat heute so gut wie keinen Sinn mehr. Und das ist ein Haufen Geld. Dann kommt die Bezahlung, die Bibliothekare sind ein akademischer Berufsstand, sie bestehen mit Recht darauf, meiner Meinung nach, gut bezahlt zu werden. Potentiell ist natürlich die Provinz heute eigentlich ein veralteter Begriff, denn die Medien verbreiten ja schon mit elektronischer Schnelle mögliche Informationen usw. Es stellt sich aber heraus, daß die Bildung eines literarischen Primärpublikums nach wie vor in der Provinz wesentlich schwieriger ist als in der Stadt, das ist ein ganz klarer Fall. Die Kommunikation in der Provinz läuft nach anderen Gesetzen. Ich weiß nicht, wie das behebbar ist. Wir wollen es ja versuchen, als VS ein bißchen stärker nach außen zu gehen, in Bayern zunächst einmal in größere Städte außerhalb Münchens, nach Regensburg, oder wie wir es bei der Jugendveranstaltung in Nürnberg hatten, aber darüber hinaus müßte man auch überlegen, ob man gerade mit Büchereien auf dem flachen Lande bessere Vereinbarungen treffen könnte über Lesungen. Z. B. in Niedersachsen geschieht da mehr als bei uns in Bayern. Die äußerste Front, wenn man will, im Territorium draußen wären fahrbare Büchereien, Büchereibusse. Da gibt es schon recht ordentliche Modelle. Wir haben hier in München die Arbeit geleistet für die Vororte, es gibt in Nordbayern ein paar unternehmungslustige Landräte, die auch schon solche haben. Wichtig wäre in diesem Fall immer das gute Funktionieren der Fernleihe, das ist das Entscheidende. Diese Busse können unmöglich den Bestand rumfahren, den man den Leuten anbieten müßte. Erfahrungen negativer Art sind gemacht worden mit sogenannten Büchereiringen, wo also mehrere kleine Orte sich zusammen und bestimmte Schwerpunkte schaffen, das haut irgendwie nicht hin, da entsteht eine Hemmschwelle, das ist zu schwerfällig. In den Kleinstädten und Mittelstädten müßte eben eine Bücherei einen Eröffnungsbestand von mindestens 10 000 Bänden haben, das habe ich schon gesagt. Drunter ist heute kein Staat mehr zu machen bzw. kein Kulturstaat mehr.

Ganz wichtig ist, damit komme ich zum nächsten Punkt, ein anständiger Referenzdienst, d. h. ein anständiger Beratungsdienst. Der Bürger, der kommt, wandert zunächst durch diese Freihandbestände, die können so gut aufgestellt sein wie sie wollen, sein Spezialproblem ist es vielleicht doch nicht. Jetzt muß jemand da sein, der ihm sagen kann, passen Sie auf, da ist vor drei Monaten in der und der Zeitschrift ein wichtiger Aufsatz erschienen, den lichten wir Ihnen ab oder den können Sie sich ablichten, also ein Kopiergerät gehört in jede anständige Bücherei heute, so daß also die Auskunft eigentlich der Schlüssel zur Bücherei wird, das ist als Berufsbild jetzt von Bibliothekaren allenthalben anerkannt. In England und USA ist es so, das weiß ich nun zufällig selbst, in Skandinavien wird es noch besser sein, daß der Referenzdienst eben schon das Herzstück der Arbeit überhaupt darstellt.

Unsere jungen Bibliothekare sind teilweise sehr selbstkritisch geworden. Sie haben Umfragen selbst gemacht, und da vor ein paar Jahren noch von der Mehrheit der Damen, meistens Damen, aber auch Herren, die in diese Fachschule gehen, als Hauptmotivation „Liebe zum Buch“ angegeben. Das ist eine Art von Motivation, die für diese Art von Arbeit, die wir jetzt brauchen, nicht mehr genügt, leider nicht mehr. Das ist ein ausgesprochener Kontaktberuf, wie z. B. Sozialhelfer, Apotheker, so auch Bibliothekar in einer Öffentlichen Bücherei.

Hitzer: Und wo kommen die gesellschaftlich relevanten Kräfte herein, wer wären Sie und was hätten Sie zu tun?

Amery: Eigentlich sollte es so sein, auch wenn das Büchereiwesen selbst noch nicht genossenschaftlich organisiert ist, müßte, zumindest lokal, sowsas gegründet werden, was man etwa in England, Kanada, USA usw. „Friends of the Library“ nennt, ein Komitee, ein Bürgerkomitee, Freunde der Bücherei. Und in diesem Bürgerkomitee müßten die relevanten Organisationen durch interessierte Leute vertreten sein. Und das wäre gleichzeitig, wenn Sie so wollen, in ganz gesunder Weise eine Pressure Group, die eben dann aufschreit vor Wut und Schmerz, wenn der Anschaffungsetat eben halbiert wird.

Hitzer: Wer könnte da die Initiative ergreifen?

Amery: Ich würde das der Basis überlassen. Das Dumme ist bei uns in diesem Lande, das habe ich festgestellt, daß es viel zuviele Leute gibt, die sich dann ihre eigene Visitenkarte im Hinterkopf schon drucken, wenn sie sowsas aufziehen, man müßte also mit etwas mehr Objektivität an diese Dinge herangehen. Der schlagendste Fall sind immer z. B. diese Konkurrenzsituationen mit den konfessionellen Büchereiverbänden, die sind vollständig unnötig und kosten einen ungeheuren Doppelaufwand. Also wenn ich z. B. sowsas aufziehen wollte, dann würde ich sagen, selbstverständlich kommen konfessionell gebundene auch mit rein, aber die Gewerkschaft kommt auch mit rein, und eine lokal starke Bürgerinitiative für diesen und jenen Zweck kommt mir auch rein und der Naturschutz, und ja, ganz richtig, Jugendverbände und Freunde der jeweiligen Bücherei, die durchaus verschiedene Standpunkte unter sich auswatten, wo dann aber möglichst wenig Eifersüchteleien stattfinden und sie sich nicht gegenseitig blockieren.

Hitzer: Ich habe eine letzte Frage: Der größte Zusammenschluß von Leserkarteien und Büchern sind ja die Buchringe, etwa von Holtzbrink, vor allem

von Bertelsmann. Behindert diese Entwicklung nicht ein zügiges Vorankommen auch auf dem Sektor der öffentlichen Bibliothek?

Amery: Diese Buchgemeinschaftsidee, so kommerzialisiert sie auch immer sein mag, kam natürlich in diese Lücke rein, die dadurch gegeben ist, daß das öffentliche Büchereiwesen bei uns so darniederlag die ganzen Jahrzehnte. Ich glaube, wenn man eine Geschichte dieser Buchgemeinschaften — ich erinnere an die Initiativen der Gewerkschaft — schreiben wollte, würde sich herausstellen, daß sie den Geschmack fürchterlich verbildeten, jedenfalls eine Zeitlang, ich weiß nicht, wie es jetzt ist. Diese typischen Buchgemeinschaftsautoren sind, das merkt man ja auch an so Dingen wie *Book of the Month Club* in Amerika, ja nicht literarisch gute Autoren, aber auch keine Autoren des reinen Konsums; sie vermitteln dem Leser das trügerische Gefühl, an Literatur teilzunehmen, ein betrügerisches Gefühl. Ein Heftleser ist in der Hinsicht fast unschuldiger dran, der weiß, er liest nicht Literatur; aber so der typische Buchgemeinschaftsautor, etwa John Knittel, oder dann so diese Ewigen-die-Wälder-Typen, die haben ja den schweißtreibenden deutschen Pseudoliteratur-Geschmack gefördert. Hemingway war es bestimmt nicht, oder Raymond Chandler oder Maxim Gorki, die durch diese Buchgemeinschaften forciert wurden.

Hitzer: Das sollte ja andererseits bedeuten, daß eine demokratisierte Konzeption der Öffentlichen Büchereien durchaus im Sinne der Literarisierung des Publikums wirken könnte.

Amery: Zweifellos. Grass hat ja schon einen Versuch unternommen. Man müßte sich das einmal ernsthaft überlegen, da wäre auch eine mögliche Aufgabe eines Verbandes wie des unseren und solcher Seminare, wie wir sie in Nürnberg gemacht haben. Ein sogenanntes Aufstiegsprogramm — aber so möchte ich es nicht nennen — war früher eine Idee der Volksbüchereien: Munthe zur Hand führt über Dingsbums zu Goethe. Aber eben diesen Höhenverlust und Reibungsverlust gilt es zu vermeiden. Wenn ich einem Arbeiter, der lesen will, ein Programm zusammenstelle, dann würde da sicher jemand wie Raymond Chandler auftauchen, Dashiell Hammet, auch Hemingway, Gorki, Jack London. Da tritt kein Reibungsverlust ein, abenteuerliche Autoren, die abenteuerliche Geschichten erzählen können, die aber durchaus offen sind zur literarischen Geschmacksbildung hin, während es bei den von mir vorher genannten typischen Buchgemeinschaftsautoren eben teilweise gar nicht der Fall ist. „Via Mala“ und solche Geschichten, „Hakim“ und dann, wie gesagt diese Ewigen-die-Wälder-Typen — das ist ja interessant, wie sich da gerade bürgerliche, pseudobürgerliche Literaturklischees reproduzieren.

Programmkürzungen

Ausgehend von der nachweislich schlechten finanziellen Situation der meisten Rundfunkanstalten — beim ZDF und auch bei den meisten Anstalten der ARD — sahen Ende 1974 die Intendanten keinen anderen Ausweg, als durch massive Programmkürzungen die Defizite zu verringern.

Die gewichtigste Programmreduzierung: man halbierte die Fernsehspielermine. Dadurch erhielten sowohl freie als auch fest angestellte Mitarbeiter weniger Aufträge; und man reduzierte die Programmqualität gleich mit. Gekürzt wurden Jugendsendungen, generell um eine Viertelstunde, also von 45 auf 30 Minuten. Verschlanke wurde dabei der meist konflikträchtige Inhalt der Sendungen, da nun weniger Probleme angesprochen und diskutiert werden konnten.

Außerdem führte man feste Sparten für Wiederholungen ein, sie laufen unter den Titeln „Rück-Show“ und „Preisgekrönt“. Das politische Magazin „Kompaß“ wurde eingestellt.

Allgemein sollte, mit Ausnahme der Wochenenden, um 22.30 Uhr Programmschluß sein. Zur Auffüllung der Programmlücken liefen, mehr als bisher, Wiederholungen von Fernsehspielen, Spielfilmen und Unterhaltungssendungen.

Im Ergebnis dieser Maßnahmen häufte sich im Jahre 1975 die Kritik der Programmzeitschriften und Tageszeitungen an dem „eintönigen“, „langweiligen“, „immer weniger Abwechslung bietenden“ Programm. Die Emotionen der Leser wurden ordentlich angeheizt — weniger aus Sorge um die Programmqualität, als vielmehr zur Auflagensteigerung dieser Zeitschriften selbst, die aus den Häusern Bauer, Burda, Gruner und Jahr sowie Springer kommen.

Die oben aufgezählten tatsächlichen Programmkürzungen wurden fast nur von einigen Fachjournalisten, Fachkorrespondenten und den Gewerkschaften bedauert und kritisiert.

Der Erfolg der Kampagne der Programmzeitschriften ist jetzt da: auf der Hauptversammlung der Intendanten der ARD im Dezember 1975 wurde beschlossen, die Programmreduzierungen rückgängig zu machen und den Programmumfang (also nicht unbedingt die Programmqualität) wieder auf den Stand von vor 1974 anwachsen zu lassen. Die Fernseh-Verantwortlichen nehmen jetzt ganz bewußt finanzielle Rückschläge und Defizite für die nächsten Jahre in Kauf und rechnen stillschweigend damit, daß ihnen irgendwann die Politiker zu einer Lösung verhelfen.

Auf der einen Seite gehen sie davon aus, daß vor 1978 keine Gebührenerhöhungen zu erreichen sind. Auf der anderen Seite weiß man durch die neuesten Finanzstatistiken, daß bis 1978 ca. eine Milliarde DM Schulden bei der ARD und beim ZDF zusammen da sein werden, die auch eine spätere Gebührenerhöhung nicht auffangen kann.

Um nun doch vor der Öffentlichkeit ihr Gesicht zu wahren, sehen die Fernseh-Offiziellen hier keinen anderen Ausweg als Sparsamkeit. Da das Programmvolume aber wieder aufgefüllt werden soll, bleibt nur eins: Personalabbau.

Der hat schon still und heimlich begonnen: In den einzelnen Rundfunkanstalten kursieren interne Anweisungen, daß jeder frei werdende Arbeitsplatz grundsätzlich in Frage zu stellen ist, ehe er doch wieder — und nur aus ganz triftigen Gründen — besetzt wird. In Bereichen, wo Fluktuation herrscht, ist das ein sehr effektives Mittel. Die negativen Folgen sind zunächst einmal außerhalb der Anstalten nicht spürbar. Der Aufgabenbereich des ausgeschiedenen Mitarbeiters wird aufgeteilt; der Arbeitsdruck verstärkt sich.

Da zu erwarten ist, daß die „öffentliche Stimmung“ wieder gegen die Rundfunkanstalten schlägt, wenn Landesregierungen und Länderparlamente eine Gebührenerhöhung beschließen, wird sich das auf die Mitarbeiter der Rundfunkanstalten in eben dieser Richtung auswirken: der Unmut der gebührenzahlenden Zuschauer wird ohne weiteres als „Wille zur Sparsamkeit“ nach innen weitergeleitet, und als Geste des guten Willens wird Personalabbau im großen Rahmen betrieben.

Einen Sparvorschlag besonderer Art vertreten einige Politiker, vorwiegend solche aus den Reihen der CDU: um Kosten, Personal und Programm zugleich zu sparen, soll man etliche Landesrundfunkanstalten zusammenlegen.

Im Sinne dieser durchgreifenden Lösung hakt die Diskussion immer wieder bei dem Problem ein, ob denn ein so kleiner Sender wie etwa Radio Bremen eine Existenzberechtigung habe. Woher hat ein Sender seine Existenzberechtigung? Nach ihrem Auftrag sollen die Rundfunkanstalten der Bevölkerung kulturelle, gesellschaftliche und politische Vielfalt vermitteln. Wenn man davon ausgeht, daß diese Vielfalt nicht nur erhalten, sondern sogar ausgebaut werden soll, dann hat jede einzelne Sendeanstalt grundsätzlich ihre Existenzberechtigung.

Politischer Druck, Zensur und Selbstzensur

Im Gefolge der Finanzkrise hat sich in den Rundfunkanstalten nicht nur der Arbeitsdruck erhöht, wird nicht nur Personalabbau betrieben, sondern auch politischer Druck wird immer massiver ausgeübt.

Vorreiter aller Eingriffe in die Rundfunkfreiheit ist die CDU/CSU. Zwar haben beide Parteien keine klare medienpolitische Konzeption und sind in den eigenen Reihen über vieles noch uneins. Vor ein paar Monaten erst hat sich die gemeinsame Medienkommission der CDU/CSU wieder in zwei selbständige Kommissionen getrennt. Dennoch vertreten CDU und CSU seit jeher zwei klare Ziele im Rundfunkbereich: zum einen wollen sie erklärtermaßen die rechtlichen Grundlagen für private Hörfunk- und Fernsehgesellschaften schaffen, zum anderen eine verstärkte politische Formierung der bestehenden öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten erreichen.

Das sind die beiden tragenden Säulen des CDU- und des CSU-Medienkonzepts. Daß aus tagespolitischen Gründen mal diese und mal jene Variante herausgestellt wird, ändert daran nichts. So drohte zum Beispiel vor nicht allzu langer Zeit die bayerische Staatsregierung, den Bayerischen Rundfunk aus der „Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten in der Bundesrepublik Deutschland“ (ARD) herauszunehmen. Das war eindeutig ein politisches Manöver, denn tatsächlich sind keine finanziellen Mittel vorhanden, den Bayerischen Rundfunk auch nur annähernd so auszustatten, daß er ein volles

Programm senden könnte. Die Kampagne dient bloß dazu, die Fernseh-Verantwortlichen des BR und die Mitarbeiter des Senders insgesamt politisch einzuschüchtern. Die jüngste Erscheinung dieses Drucks auf die Rundfunkanstalten ist die „Ausgewogenheits“-Debatte. Ende November 1975 wurde auf der Programm-Konferenz der Programmdirektoren der ARD eine — von der Öffentlichkeit fast unbemerkt — Verschärfung beschlossen. Danach wird jetzt „Ausgewogenheit“ für jede einzelne Sendesparte jeder Rundfunkanstalt gefordert. Als Sendesparten sind festgelegt: Fernsehspiel, Film, Unterhaltung, Jugend-, Kinder-, Frauen-, Seniorenprogramm, zeitkritische Magazine, Wirtschaftsmagazine, Kulturmagazine, Features, Diskussionen, Sport, kirchliche Sendungen. Was Ausgewogenheit ist oder sein soll, wird nirgendwo definiert; man lehnt sich da ganz lose an das Urteil des Bundesverfassungsgerichts an, das verlangt, für das Gesamtprogramm müsse ein „Mindestmaß an inhaltlicher Ausgewogenheit“ gewährleistet sein.

Zu dem Beschuß der Programmkonferenz der ARD hat die Redakteursversammlung des Norddeutschen Rundfunks eine Protestresolution gefaßt:

„dpa, Hamburg, 12. 12. 1975: Die Redakteursversammlung des Norddeutschen Rundfunks (NDR) hat sich am Freitag kritisch über die im November von den Fernseh-Programmdirektoren auf einer Konferenz geäußerte Ansicht über die Programmausgewogenheit geäußert. Wie die NDR-Pressestelle mitteilte, wiesen die Programmitarbeiter des NDR auf ihrer Versammlung in einem Beschuß die Auffassung der Direktorenkonferenz zurück, daß jede Anstalt für die Pluralität ihres Angebots in den Sparten Sorge zu tragen habe und daß der Ausgleich im Gesamtprogramm von der Fernsehprogrammkonferenz hergestellt werde. Nach Ansicht der Redakteursversammlung kann die Forderung nach Ausgewogenheit des Programms nur als Forderung nach Offenheit, Vielfalt der Meinungen, umfassender Information im gesamten Programm verstanden werden. Eine Beschränkung auf „in sich ausgewogene“ Beiträge sei mit Geist und Aufgabe des Rundfunks in einem demokratischen Staat unvereinbar. Die Programmitarbeiter würden daher Kritik von Aufsichtsgremien als „unerlaubte Einflußnahme“ zurückweisen, wenn sie „mangelnde Ausgewogenheit“ einer Sendung oder eines einzelnen Beitrags zum Inhalt habe. Das Rechtsgebot der Ausgewogenheit gelte nur für das Gesamtprogramm. Die Programmitarbeiter wiesen in ihrem Beschuß darauf hin, daß nach ihrer Auffassung im NDR nach den im Staatsvertrag niedergelegten Programmgrundsätzen verfahren wird.“

In dieser dpa-Meldung ist noch von der Konferenz der Programmdirektoren die Rede. Mittlerweile haben auch die Intendanten auf ihrer Hauptversammlung im Dezember sich diese Auffassung zu eigen gemacht und für die ARD als verbindlich erklärt. Seitdem ist es erst einmal still geworden um die Forderung nach „Ausgewogenheit“. Auch die Politiker und die Landesregierungen, die sich hier besonders engagiert hatten (Bayern und Baden-Württemberg), schweigen im Moment. Es scheint de facto ein Stillhalteabkommen zu geben: nach einem halben bis dreiviertel Jahr Probezeit kann man ja sehen, ob es mit dieser internen Regulierung und Formierung so läuft, wie man sich das gedacht hat.

In den letzten Monaten und Wochen sind in der Öffentlichkeit einige spektakuläre Zensur- und Vorzensurmaßnahmen bekannt geworden. So hatte zum Beispiel der Intendant des Saarländischen Rundfunks Filmschnitte, inhaltliche Kürzungen und Verfälschungen an einer politischen Dokumentationssendung über die Geschichte des Saarlands (Autor Professor Schwan) vorgenommen. Prof. Schwan konnte immerhin vor Gericht erreichen, daß seine verstümmelte Dokumentation nicht ins Programm aufgenommen wurde. Aber er erhielt keine Möglichkeit, der Öffentlichkeit seine Dokumentation vorzustellen.

In ganz anderen Formen ging man gegen die „Radiothek“ vor, die Jugendhörfunkssendung des Westdeutschen Rundfunks. Satzungs- und gesetzwidrig wurden vor Ausstrahlung der Sendung Programmbeirat und Rundfunkrat eingeschaltet, um die Redakteure unter Druck zu setzen und den Inhalt der Sendung schon im Entstehen zu beeinflussen. Zeitungen wie *Die Welt* und die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* führten hauptsächlich diese Kampagne gegen die „Radiothek“, obwohl der größte Teil ihrer Leserschaft allein aus technischen Gründen diese Sendung gar nicht empfangen und kennen kann.

Der neueste Fall ist das Sendeverbot gegen ein Gedicht von Alfred Andersch, ausgesprochen vom Programmdirektor des Südwestfunks, Dieter Stolte. Sinnerweise befaßt sich dieses Gedicht „Artikel 3 (3)“ mit der immer bedrohlicheren Berufsverbotspraxis in der Bundesrepublik. In seiner Begründung ging der Programmdirektor so weit, daß er das Gedicht als „Nicht-Literatur“ bezeichnete — weswegen es für eine Literaturmagazin-Sendung nicht geeignet sei. Damit völlige Klarheit herrsche, wurde das Gedicht noch mit den Etiketten „billigste Polemik und Agitation“ und „gehässige Schmähschrift“ versehen.

In den meisten Fällen allerdings dringen die internen Zensurmaßnahmen und die Selbstzensur der Mitarbeiter nicht an die Öffentlichkeit. Ein wirkungsvolles Steuerungsmittel ist das Geld: oft läuft es so, daß in die verschiedenen Abteilungen der konformen Redakteure auch die finanziellen Mittel fließen, mit denen großangelegte Dokumentationen, Features, Interviews usw. erarbeitet werden können. Andere Abteilungen dagegen liegen finanziell brach. Jedoch wenden sich dann die Mitarbeiter in der Regel nicht an die Öffentlichkeit, aus Angst, daß der Geldhahn noch mehr zugeschraubt oder ihr Etat völlig gestrichen wird.

Aber es bleiben heute schon nicht mehr alle stumm. Eine Meldung aus der *Süddeutschen Zeitung* vom 11. 12. 75 zeigt, daß die Betroffenen selbst beginnen, sich gegen die neuerlichen Verschärfungen in den Anstalten zu wehren:

„Rundfunk- und Fernsehredakteure sind nach Ansicht des Bundesverbandes der Fernseh- und Filmregisseure unter dem Druck des Radikalenbeschlusses „in ihren redaktionellen Entscheidungen beeinträchtigt.“ Weiter heißt es in der Meldung: „Der Verband äußert die Befürchtung, daß eine wachsende Neigung zu Wohlverhalten zwangsläufig zu einer inhaltlichen Verarmung der Programme führen müsse. Die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten unterliegen aber keiner staatlichen Aufsicht, ihre Redakteure seien ausschließlich dem Rundfunk- und Grundgesetz verpflichtet. Der Bundesverband der Fernseh- und Filmregisseure appelliert an die Rundfunkanstalten und ihre Aufsichtsgremien „das ihnen gesetzlich zugewiesene Recht auf Unabhängigkeit voll in Anspruch zu nehmen.“

Den Autoren gehe es besser, als man erwartet hätte — so erklärte vor Jahren eine recht strittige Enquête. Wie schlecht darf es einem Schriftsteller in der Bundesrepublik gehen? Es gebe kein Manuskript von einiger Bedeutung, das auf dem bundesdeutschen Büchermarkt nicht veröffentlicht werde — so heißt es seit Jahren in Verlags- und Verlegerkreisen. Wer befindet nach welchen Kriterien über die Bedeutung von Manuskripten?

Es gibt Autoren, die lange Zeit von ihrem Verleger finanziert werden, ohne ein Manuskript abzuliefern; manche liefern auch nie. Viele sind es nicht, aber es gibt sie. In aller Regel wissen die Verlage genau, auf welches Risiko sie solche Vorleistung kalkulieren; ihre Gewinnerwartung, materiell weit eher als ideell, drückt sich in der Höhe des Vorschusses aus. Es gibt auch Autoren, die vom Honorar ihrer Bücher gut leben können oder könnten: Simmel zum Beispiel, oder Böll, oder Beckenbauer. Die meisten freien Autoren, auch bekannte, angesehene und bedeutende, können von ihren Büchern nicht leben. Sie leben von Arbeiten für Hörfunk, Fernsehen und Zeitschriften; von Bearbeitungs-, Beratungs-, Übersetzungsaufträgen und gelegentlichen Lesungen. Manche leben davon ganz anständig, „ihrer Leistung angemessen“, also erwartungsgemäß; sehr viele allerdings eher bescheiden, wenn sie bei den Medien nicht so „in“ sind oder ihre Arbeitsweise nicht auf deren Forderungen und Formen einrichten können; und hunderte freier Schriftsteller, vor allem ältere und darunter sehr geschätzte und gepriesene, leben an der Grenze des Existenzminimums und nehmen mit verbitterter Dankbarkeit ein 12,50-Mark-Honorar für die Funk-Vorlesung eines Gedichtes in Empfang, das in 100 000en Lesebüchern honorarfrei abgedruckt wurde.

Eine allgemeine Beschreibung freilich. Eine, die Kenner und Autoren kennen. Aus den Schwierigkeiten eigenen Arbeitens, aus Gesprächen mit Kollegen, aus Erfahrungen auf dem Markt der Büchermacher. Erwartungsgemäß: daß unter dem wirtschaftlich so plausiblen Kennwort „Verschlankung der Programme“ Buchverträge von Verlagen aufgelöst werden; daß vorgesehene Erscheinungstermine auf künftige Halbjahresprogramme geschoben werden; daß — im Doppelsinne — kritische Manuskripte mit Zögern oder Einschränkungen behandelt werden; daß junge, nicht eingeführte Autoren kaum noch Chancen haben; daß risikoreiche, nicht von Namen oder gerade modischer Welle getragene Titel entfallen. Eine besondere Beschreibung hier also: Die Folgen einer materiellen Krise, die umschlägt in ideelle Restriktionen, Arbeits- und Existenzprobleme aufwirft für noch mehr Autoren.

Der VS in Bayern (genau: Verband deutscher Schriftsteller, Landesbezirk Bayern, in der IG Druck und Papier) hat unter Mitgliedern und Kollegen eine Umfrage-Aktion unternommen, um die Situation von Autoren konkret belegen und in anstehenden Tarif- und Mustervertrags-Gesprächen anführen zu können. Die Zwischenbilanz nach einem halben hundert umfangreicher Antworten über Vertragsvereinbarungen und Verlagsverhalten zeigt: Auch wenn man insgesamt von einer leichten Besserung und Angleichung der Autorenposition

sprechen kann, liegen die Abmachungen fast durchweg unter dem, was bisherige Mustervertrags-Entwürfe des VS vorschlagen. Und es gibt reihenweise Fälle, in denen die „Urheber Wort“ von ihren Vertragspartnern ausgenutzt werden. Zum Teil liegt das wohl auch an ihrem Verhandlungsgeschick, an mangelnder Kenntnis ihrer Rechte und Möglichkeiten; in der Hauptsache jedoch an der Abhängigkeit und Ohnmacht des Autors gegenüber Verlagsapparat und Vertragsdiktat.

Das Honorar des Autors sollte nach Ladenpreis und Auflage bemessen sein — und zwar beginnend mit einer Tantieme in Höhe von 10 % des Brutto-Ladenpreises. Die Verträge sehen aber oft nur 8—10 % vor — und dies meist vom Netto-Ladenpreis, was praktisch einer Kürzung um ein weiteres Prozent gleichkommt. Staffelungen um weitere 2 % bei höheren Auflagen sind oft vorgesehen, doch sollte man sich darüber im klaren sein, daß diese Steigerung in aller Regel nicht eintrifft, weil die meisten Bücher nur in der Erstauflage erscheinen und auch so kalkuliert sind. Beklemmend ist die Situation für Jugendbuchautoren. Wie eh und je werden sie oft mit 2—5 % Tantieme abgespeist, 8 % sind fast schon Spitze. Es gibt keine Rechtfertigung für solche Zurücksetzung, denn die Kalkulation dieser Bücher (vgl. ihren Preis!) erfolgt genauso wie die für „richtige“ Titel, der Verlagsgewinn wird nicht geringer angesetzt — nur der Autor zahlt drauf, „damit wir preiswerte Bücher für die kleinen Kunden machen können“.

Die Vereinbarung von Pauschalhonoraren ist eine zwiespältige Sache; nur ausnahmsweise gerät sie zum Vorteil des Autors, dem zunächst einfach die runde Summe imponiert. Überschlägt er Auflage und Ladenpreis seines Buches, so wird er in der Regel rasch feststellen, daß er mit der Pauschale keineswegs besser abschneidet als mit einer Tantiemen-Vereinbarung. Vor allem fehlen hier meist befriedigende Nachzahlungsregelungen. Besonders drastisch, doch recht bezeichnend ist der Fall des Autors, der für 6000 Mark Pauschale Text und Bildmaterial eines Kunstbandes lieferte und nach Jahren zufällig erfuhr, daß dieser 45-Mark-Titel allein Auslandsauflagen von mehr als 40 000 Exemplaren hatte.

Die Pauschale ist verlockend, weil Bargeld winkt. Doch das gleiche ist durch Vorschußzahlungen und Tantiemen-Honorare zu erreichen, die sich erfreulicherweise immer mehr einbürgern — zahlbar in Raten bei Vertragsabschluß, Manuskriptablieferung und Erscheinen oder — neuerdings wieder häufiger — in Monatsraten während der Manuskript-Abfassung. Die Höhe freilich schwankt, meist ist sie mit Summen zwischen 2000—4000 Mark eher zu niedrig. Es gibt da eine Faustregel: Der Vorschuß sollte sich nach der Absatzerwartung des ersten Jahres richten. Wenn ein Verlag z. B. 4000 Exemplare auflegt, wird er im ersten Jahr wohl etwa 2000 Exemplare verkaufen. Bei einem angenommenen Ladenpreis von 25 Mark und einer Tantieme von 10 % macht das einen Autoren-Anteil von 5000 Mark = Honorarvorauszahlung. Das Problem liegt freilich darin, daß den Autoren meist entsprechende Erfahrungswerte fehlen — Gespräche mit Kollegen können da helfen.

Zum entscheidenden Passus in den Verträgen werden immer mehr die Nebenrechts-Vereinbarungen: Autoren beachten das oft zu wenig, Verlage um so

mehr. Denn es gibt kaum Titel, bei denen die Verlage nicht schon in der Vorplanung durch Lizenzvergabe an Buchgemeinschaften und Taschenbuchverlage ihre Eigenkosten aufzufangen suchen oder die Möglichkeiten von Auslandslizenzen ausloten. Und dabei geht es oft um erhebliche Summen, an denen sich die Verlage für ihre Makler-Tätigkeit mit 50 % beteiligen lassen — denn so steht es noch immer in viel zu vielen Verträgen. Mehr als 40 % sollte der Autor seinem Vertragspartner nicht zubilligen, pauschale Beträge (12 Pf. pro Taschenbuch!) keinesfalls akzeptieren und auf umgehende Mitteilung der Lizenzabschlüsse dringen.

Die Honorarabrechnung erfolgt meist jährlich oder halbjährlich, und in diesen Modi steckt einige Brisanz. Einmal wird die daran geknüpfte Drei-Monats-Frist bis zur Zahlung vom Verlag häufig bis zum letzten Tag genutzt. Nicht wenige Autoren klagen, daß sie bald schon gar keine Abrechnungen mehr erhalten, über Nachauflagen, Lizzenzen, Verramschungen nicht informiert werden — das ist schlachtweg unseriöses Geschäftsgesabaren. Zum anderen treten durch diese international üblichen Abrechnungsfristen gerade bei Auslandslizenzen und -sublizenzen Zahlungsverzögerungen bis zu 18 Monaten ein, in denen das Geld des Autors bei den verschiedenen Lizenzträgern liegt bzw. „arbeitet“. Es ist darum darauf zu drängen, daß Einkünfte aus Nebenrechten unmittelbar nach Eingang verrechnet werden und entsprechende kurzfristige Regelungen auch international angezielt werden.

Das sind sicher recht weit gesteckte Ziele — nicht von heute auf morgen und schon gar nicht in Einzelvereinbarungen zu erreichen. Denn auch dies ist aus den Auskünften der Kollegen und daran geknüpften Gesprächen sehr deutlich geworden: Das traditionell gepriesene Vertrauensverhältnis zwischen Autor und Verlag ist arg brüchig geworden. Kaum einer erblickt etwa im Lektor noch den Feind oder Interessenvertreter des Autors: Er ist Verlagsmanager, der die Interessen des Hauses und seine eigenen als Angestellter im Auge hat. Bedauerlich mag das sein, begreiflich ist es. Es entspricht der Situation von — euphemistisch gesagt — „Geschäftspartnern“, in der die eine Seite eben ungleich stärker und die andere eine abhängige „arbeitnehmerähnliche“ Figur ist. Deshalb sind seine Interessen nur durch gewerkschaftliches und solidarisches Handeln durchzusetzen. Vor allem gilt es auch, die zahlreichen unrühmlichen „Fälle“ unmöglich zu machen, in denen Autoren schlicht erpreßt, übervorteilt und ausgenutzt werden. Und es besteht wenig Anlaß zu der Annahme, daß die meisten Verleger und Verlagsmanager ihrerseits nicht bereit oder sogar daran interessiert seien, solche unseriösen Geschäftsgesabaren unter ihren Kollegen auszuräumen: Denn oft wissen auch sie darüber zu wenig. An anderen Punkten — Mindesthonorare, Musterverträge, soziale Leistungen — wird es nicht ohne langwieriges und zähes Verhandeln abgehen. Aber darin haben Verleger die längere Übung — Autoren müssen erst noch lernen, sich zu helfen.

Wie ein Magistrat, CDU, SPD und BILD zusammenarbeiten

Stadt Norderstedt

Der Magistrat, Volkshochschule

den 14. 8. 1975

Unser Zeichen: 41.33.03.01 Hu/scha

Sehr geehrter Herr Dr. Schütt,
ich bedauere, Ihnen mitteilen zu müssen, daß der Magistrat der Stadt Norderstedt Ihren Lehrauftrag für das kommende Semester nicht erneuert hat.

Die Gründe für die Entscheidung des Magistrats gehen aus einer Antwort hervor, die Herr Bürgermeister Embacher auf die Anfrage einer Stadtvertreterin in der Sitzung der Stadtvertretung am 12. August 1975 für den Magistrat gegeben hat.

Indem ich Ihnen für die geleistete Arbeit den Dank der Stadt Norderstedt ausspreche, verbleibe ich
mit freundlichem Gruß

i. A.: *Hutterer*

An die
Stadt Norderstedt
- Magistrat -

24. 7. 1975

Betr.: Anfrage zur Sitzung der Stadtvertretung am 12. 8. 75

In der Sitzung der Stadtvertretung am 12. 8. 75 bitte ich, mir folgende Fragen zu beantworten:

1. Kann ich davon ausgehen, daß die Entscheidung des Magistrates, die Herren Dr. Beutin und Dr. Schütt als Kursleiter der hiesigen Volkshochschule abzulehnen, auf Grund eines Beschlusses des Kulturausschusses getroffen wurde?
2. Wurde dieser Tagesordnungspunkt im Protokoll des Kulturausschusses zur Veröffentlichung empfohlen und vom Magistrat daraufhin freigegeben?
3. Wie ist der Wortlaut dieses Beschlusses?
4. a) Treffen Pressemeldungen zu, nach denen der Magistrat bei 10 (zehn) anwesenden Mitgliedern einstimmig bei einer Gegenstimme diesen Beschuß des Kulturausschusses bestätigt hat?
b) Wenn nein, wie lautet das richtige Abstimmungsergebnis?
5. Welche Beurteilungsgrundlagen gab es im Kulturausschuß und im Magistrat bei der Ablehnung der beiden Herren, Dr. Beutin und Dr. Schütt, als Kursleiter der Volkshochschule?
6. Bestehen Zweifel an der Lehrbefähigung oder der fachlichen und persönlichen Eignung von Dr. Beutin und Dr. Schütt?
7. Welche Beschwerden von seiten der Kursteilnehmer oder der Verwaltung sind während der ca. 5jährigen Dozententätigkeit der beiden Herren erhoben worden?
8. Ist ein Nachweis rechtswidriger und schuldhafter Verletzung ihrer ihnen durch ihre Verträge auferlegten Pflichten

- a) im Kulturausschuß
 - b) im Magistrat
- erbracht worden?

9. Bestehen Zweifel an der Verfassungstreue der Herren Dr. Beutin und Dr. Schütt?

10. Wenn ja, welche konkreten Erkenntnisse haben vorgelegen, die diese Zweifel an der Verfassungstreue der beiden Kursleiter begründeten?

11. Wurde im Hinblick auf den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit das nachweisbare Interesse der Bevölkerung an den Kursen und evtl. parteipolitische Bedenken bezüglich ihrer staatspolitischen Bedeutung im Hinblick auf Art. 5 GG gegeneinander abgewogen?

12. Sind die Herren Dr. Beutin und Dr. Schütt persönlich in einem der beiden beschlußfassenden Gremien gehört worden?

Ich bitte, mir die vorstehende Anfrage zusätzlich schriftlich zu beantworten.

Maria-Luise Slevogt

Anfrage der Stadtvertreterin Frau Maria-Luise Slevogt vom 24. 7. 1975

Zu 1: Ja

Zu 2: Ja

Zu 3: Unter Bezugnahme auf die Antwort des Magistrats und aller drei Parteien auf eine Anfrage der Stadtvertreter vom 10. 6. 1975 werden die Dozenten Dr. Beutin und Dr. Schütt abgelehnt.

Zu 4: Die Antwort kann nicht gegeben werden wegen der gesetzlich vorgeschriebenen Nichtöffentlichkeit der Magistratssitzung, die durch Veröffentlichung von Abstimmungsergebnissen ausgehöhlt würde (§ 67 Absatz 3 GO). Durch diese gesetzlich vorgeschriebene Bestimmung ist im übrigen die Dispositionsbefugnis des Magistrats begrenzt. Die Veröffentlichung von Beschußinhalten ist möglich, aber nicht die Bekanntgabe des Beratungsgeheimnisses.

Zu 5: Der Radikalen-Erlaß und zahlreiches Propagandamaterial, das ausreicht, die genannten Herren als Dozenten abzulehnen, da sie auf Grund ihrer politischen Auffassungen bei Ausübung ihrer Tätigkeit als nebenamtliche Mitarbeiter der VHS in Loyalitätskonflikte geraten müssen. Diese Beurteilungsgrundlagen wurden im übrigen fast 30 Minuten im Kulturausschuß diskutiert, und da kein Wortprotokoll geführt wird, sondern nur ein Ergebnisprotokoll, wurde die Ablehnung unter Hinweis auf die Antwort des Magistrats und der drei Parteien auf eine Anfrage in der Stadtvertretung vom 10. 6. 1975 als Ergebnis festgehalten.

Zu 6: Es bestehen keine Zweifel an der Lehr- und fachlichen Befähigung. Es bestehen aber Zweifel an der persönlichen Eignung im Sinne meiner Antwort zu Frage 5. Es darf weiter hinzugesetzt werden, daß Dr. Schütt zu politischen Aktivitäten für die Ziele seiner Partei verpflichtet ist, also nicht frei ist wie Mitglieder demokratischer Parteien, was natürlich kein persönliches Unwerturteil, aber ein persönliches Eignungsmerkmal darstellt.

Dr. Beutin hat sich insbesondere vor Wahlen für dieselbe Partei eingesetzt; und daher treffen die oben genannten Erwägungen auch auf ihn zu.

Zu 7: Es liegen Informationen vor; die betreffenden Personen sind jedoch nicht bereit, dafür Zeugnis abzulegen.

Zu 8: Nein.

Zu 9: Ja, im Sinne meiner Antwort zu Frage 5. Ferner im Hinblick auf die gesellschaftspolitische Bedeutung der VHS, u. a. auch durch Mißbrauch der Freiheit der Lehre, die gemäß § 4 Abs. 1 letzter Absatz der Satzung für die VHS Norderstedt ihre Grenzen in der Verfassung, in den Gesetzen unseres Staates und dieser Satzung finden soll.

Es wird der Anschein erweckt, daß durch das Zusammenwirken verschiedener Kräfte und Strömungen, ungeachtet ihrer politischen und weltanschaulichen Meinungsverschiedenheiten, gemeinsame Interessen zu verwirklichen seien, während den Kursteilnehmern gar nicht klar wird, daß nur zum Schein auf ihre Vorstellungswelt eingegangen wird.

Über Einzelschlüsse werden Wünsche konstruiert, die über das Mögliche, also Realisierbare hinausgehen, so daß es Enttäuschungen gibt, die zur Abwendung von der Gesellschaft führen sollen, und das alles unter dem Deckmantel „reformbezogenes Denken“.

Zu 10: Die Antwort ist in der Beantwortung der Frage 9 mit enthalten.

Zu 11: Ja, der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit wurde im Hinblick auf Art. 5 GG gegeneinander abgewogen. Ein nachweisbares Interesse der Bevölkerung an den Kursen liegt nach Ansicht des Magistrats nicht vor, denn nach der Teilnehmerliste von Januar bis Juni 1975 sind in der „Literarischen Werkstatt“ 19 Teilnehmer und im Kursus „Literatur“ 12 Teilnehmer angemeldet. Die Kurse werden durch andere Dozenten weitergeführt werden, und im übrigen besteht die Möglichkeit, außerhalb der VHS zusammenzukommen und Gespräche zu führen.

Zu 12: Nein

Norderstedt, den 11. 8. 1975

KP-Mann für die Schulen

gr. Hamburg, den 22. August

An der Volkshochschule Norderstedt darf der kommunistische Schriftsteller Dr. Peter Schütt (36) nicht mehr in Literatur unterrichten. Hamburgs Schulbehörde aber hat nichts dagegen, daß er „Werkstatt-Gespräche“ mit Hamburger Schülern führt.

Der radikale Spitzenfunktionär, Mitglied des DKP-Bundesvorstandes, erscheint auf der Liste des „Literatur-Zentrums“, das 26 Schriftsteller in die Schulen vermitteln will.

Landesschulrat Nedel: Wir haben nur die Liste veröffentlicht. Es wird sicher gestellt, daß politische Indoctrination ausgeschlossen wird.

Der CDU-Bildungsexperte Rühe: Gespräche mit Autoren in der Schule sind eine gute Sache. Daß aber Schütt im Behörden-Angebot steht, ist ein Skandal. SPD-Fraktionsgeschäftsführer Busse: Wer sich als engagierter Kommunist bestätigt, hat in Hamburger Schulen nichts zu suchen.

(*Bild*, Hamburger Ausgabe, Seite 3)

Weltkreis-Bücher – immer ein Treffer



Karl-Heinz Tusche

Der purpurne Planet

Wissenschaftl.-phantast. Roman

Zehn Jahre künstlicher Tiefschlaf liegen hinter Uwe Heywaldt und seiner Mannschaft, als sich unter dem Raumschiff der Planet Proxima Centauri ausbreitet, das Ziel der Reise. Mit banger Erwartung sehen die Kosmonauten der Landung entgegen, haben sie doch den Auftrag, nach einer verschollenen Expedition zu suchen.

276 Seiten, illustriert, 8,60 DM

Nikolai Ostrowski

Wie der Stahl gehärtet wurde

Aus dem Russischen, neu bearbeitet von Ernst Dornhoff, illustriert von Kurt Zimmermann, 448 Seiten, Leinen, 8,— DM, 3. Auflage.

Ostrowski wurde als Dreizehnjähriger mitten in die Stürme der Oktoberrevolution hineingeworfen. Was er erlebt und erlitten hat an Freuden und Kämpfen, an Enttäuschungen und Abenteuern, das hat er in diesem großen Roman mit bewundernswerter Meisterschaft geschildert.

Eberhard Panitz

Der Weg zum Rio Grande

Dortmund, Weltkreis-Verlags-GmbH, 1973, 190 Seiten, Leinen, 5,40 DM

Diese Chronik berichtet über das Leben Tamara Bunkes von 1937 bis 1967. Sie zeigt sie als die Frau, die Genossin, den revolutionären Menschen und würdigt das Leben und Wirken Tanjas, der in Südamerika geborenen, in der DDR aufgewachsenen Revolutionärin, die an der Seite Che Guevaras kämpfte und am Rio Grande fiel.

Rolf Recknagel

Jack London

Leben und Werk eines Rebellen

Auf dieses Buch haben alle Jack-London-Freunde schon lange gewartet!

288 Seiten, Ganzleinen, 12,— DM

Bestellung an:

Weltkreis-Verlag, Abt. a3, Brüderweg 16, 4600 Dortmund
Gesamtkatalog anfordern!

Silvester in der Sowjetunion

8-Tage-Flug zum Jahresausklang 1976

Sie lernen die Metropole der Sowjetunion kennen und erleben das „Venedig des Nordens“ im Winter. Selbstverständlich sind Sie Gast bei einer großen Silvesterfeier. In jeder Stadt ist ein Theaterabend vorgesehen (weitere können auf Wunsch organisiert werden). Außerdem bietet das Programm u. a.:

In **Moskau**: Stadtrundfahrt; Besichtigung des Kreml, des Leninmausoleums, der Tretjakow-Galerie und des Revolutionsmuseums; eine „Wanderung“ durch die riesige Allunions-Ausstellung; Besuch eines Pionierpalastes; Einladung in einen Jugendclub.

In **Leningrad** umfaßt das Besichtigungs- und Besuchsprogramm neben einer Stadtrundfahrt folgende Sehenswürdigkeiten: Eremitage, Ethnologisches Museum, Peter-Pauls-Festung, Kreuzer „Aurora“. Auch in Leningrad ist eine Zusammenkunft mit Jugendlichen geplant. Genauer Reiseterm: 27. 12. 1976 (ab Berlin) bis 3. 1. 1977.

Preis: **DM 541,—**

Im Preis sind enthalten: Hin- und Rückflug ab und bis Berlin-Schönefeld, Vollpension, Unterbringung (Mehrbettzimmer), alle Transportkosten in der UdSSR, Visagebüchern, Reiserücktritts-Versicherung, alle Eintritte und Gebühren für die im Programm genannten Veranstaltungen, Besichtigungen etc.

Die Reise wird vom Reisebüro Hansa-Tourist durchgeführt.

Wenn Sie weitere Informationen wünschen, schreiben Sie uns bitte. Wir nehmen auch gerne Vorreservierungen entgegen.

Damnitz Verlag GmbH (kürbiskern), Hohenzollernstr. 144, 8000 München 40, Tel. (089) 30 37 83

Peter Graetz

geboren 1944, lernte Betonfacharbeiter und machte dann das Abitur. Nach einigen beruflichen Zwischenstationen studierte er Theaterwissenschaft und arbeitet heute als Dramaturg in Magdeburg. Seine erste größere literarische Erzählung:

Inmitten meines Schattens

Paul Bartsch, 28 Jahre, Fotograf, freischaffend, unverheiratet, hat erfahren, daß er sich operieren lassen muß mit einer Überlebenschance 50 zu 50, oder ohne Operation noch ein bis zwei Jahre leben wird. Er beschließt, sich ganz auf sich zurückzuziehen, „sich zu leben“ und zwar dieses eine Jahr, das ihm noch zu bleiben scheint. Dabei erweist sich aber, daß „Leben“, und wenn es nur dies eine Jahr wäre, aus den Beziehungen zu den Menschen und Geschehnissen um ihn herum, aus Liebe und Freundschaft, aus Arbeit und Spaß am schöpferischen Streit besteht, daß ihm Linda, die manchmal unqueme Partnerin, und Hagen, der Kollege, Kritiker und Herausforderer, daß ihm die sehr unterschiedlichen Freunde Anna und Wilfried, Heidi und Bernhard fehlen.

1. Auflage. NL-podium. 152 Seiten. Pappband 7,20 DM.
Bestell-Nr. 641 957 9

Verlag Neues Leben

DDR-108 Berlin • Behrenstraße 40/41

Anmerkungen

WOLFGANG BACHLER (siehe KÜRBISKERN 3/75); im Frühjahr 1976 erscheint im S. Fischer Verlag ein neuer Gedichtband „AÜSBRECHEN, Gedichte aus 30 Jahren“. Er enthält eine Auswahl aus seinen ersten drei Bänden, den vollständigen Text der zuletzt beim Insel-Verlag erschienenen „Türen aus Rauch“ und die bisher unveröffentlichten Gedichte der letzten 12 Jahre.

LUDWIG FELS (siehe KÜRBISKERN 2/75).

CONSUELO GARCIA FRITZSCHE, geboren in Ribera de Molina (Spanien). Studierte Philosophie und Literatur in Madrid und Westberlin. Arbeitete als Übersetzerin. Seit 1961 gewerkschaftliche und kulturelle Arbeit mit spanischen Landsleuten in Köln und München. Mitherausgeberin des „Periodico Informativo“, Zeitschrift des Centro Espanol, München. Veröffentlichte zahlreiche Reportagen und Protokolle über das Leben spanischer Arbeiter in der BRD. Der Beitrag in diesem Heft entstand im Zusammenhang mit den Vorarbeiten zu einem Roman, der 1977 im Bertelsmann Verlag, München, erscheinen wird.

BERND PRESSLER, geboren 1953, gelernter Schlosser, studiert zur Zeit Maschinenbau.

SIEGFRIED GRUNDMANN, geboren 1924 in der Weberstadt Langenbielau (Schlesien), nach dem Krieg Schriftsteller, verheiratet, zwei Kinder, lebt als Korrektor in München, Mitglied des Werkkreises, schreibt hauptsächlich Prosa, verfasste eine Geschichte des Baus der großen Alpentreppen.

BERND EBERLE (siehe KÜRBISKERN 2/74).

HANS MEIER, geboren 1914, Arbeiter, Journalist, Schriftsteller. Die Erzählung „Filsers Ende“ wurde mit freundlicher Genehmigung des Verlags im Bauernhaus, Fischerhude bei Bremen, dem Erzählband „Kolonne Raffgier“, entnommen, der im Juli 1976 erscheint.

GEORG HERDE, geboren 1919, Journalist in Frankfurt, seit 1958 Herausgeber des Presse- und Informationsdienstes „Neue Kommentare“, der sich vor allem mit Revanchismus und Neofaschismus in der BRD beschäftigte.

THOMAS NEUMANN, Referent für Hochschul- und Wissenschaftspolitik beim Parteivorstand der DKP. RICHARD ALBRECHT, geboren 1945, Sozialwissenschaftler in Köln. Demnächst erscheint: „Buch und Leser in der Bundesrepublik Deutschland, Studien zur Morphologie eines kulturellen Kernbereichs unter spätkapitalistischen Bedingungen.“ (IMS-Informationsbericht 23), Frankfurt 1976.

EKKEHARDT JUERGENS, geboren 1948, 1967 bis 1969 Ausbildung zum Zeitungsredakteur in Peine und Hannover; 1970 bis 1976 Studium der Theatergeschichte, Theaterwissenschaft, Literaturwissenschaft, Politologie und Philosophie in Wien und Westberlin. Z. Z. im Examen — „mit der Absicht, doch ohne Aussicht auf Arbeit“.

MICHAEL HATRY, geboren 1940, ist Dramaturg und Regisseur in München (siehe auch KÜRBISKERN 1/67).

MARTIN BUCHHOLZ, Journalist in Westberlin.

WILLI WEISMANN, geboren 1909; 1929 Gründung des Tat-Kreises, 1931 Mitglied des WIDERSTAND unter Ernst Niekisch, 1933 Schutzhärt wegen der Verbreitung von „Hitler ein deutsches Gefängnis“, 1935 Herausgeber der Zeitschrift „Das Silberboot“, die auf Grund der Veröffentlichung der Beiträge von „Juden und Staatsfeinden“ verboten wurde, 1938 Gestapohaft, 1941 zur Wehrmacht eingezogen, 1945 Beteiligung am Aufstand in München, wegen Zerstörung einer Wehrmachtsnachrichtenvermittlung in Abwesenheit zum Tode verurteilt.

HARALD KRUSE, geboren 1945, Chemiestudent, Labortätigkeit in der Industrie. Seit 1974 als Lehrer tätig. Veröffentlichungen von Lyrik und Prosa in Anthologien, Zeitschrift und beim Funk.

GERD FUCHS schrieb den Aufsatz „Anna Seghers“ zu ihrem 75. Geburtstag für eine Festveranstaltung der Redaktion kürbiskern und des Dammitz Verlags im Münchner Südpiahsaal.

JULIUS DIETRICH, geboren 1939, lebt als freier Publizist in Hamburg.

HANS-PETER BLEUEL, geboren 1936, freier Autor in München; u. a.: „Kinder in Deutschland“, „Alte Menschen in Deutschland“; Rundfunkmitarbeit, Vorstandsmitglied im VS, Landesverband Bayern. GÜNTER MÜLLER (siehe KÜRBISKERN 2/73). 1972: Prosapreis „Junge Dichtung Niedersachsen“.

Beilagenhinweis:

Wir bitten unsere Leser um Beachtung der Bestellkarte des Röderberg-Verlages.

© copyright KÜRBISKERN. Alle Rechte, auch das der Übersetzung, vorbehalten. Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion.

KÜRBISKERN — Literatur, Kritik, Klassenkampf — wird herausgegeben von Friedrich Hitzer, Oskar Neumann, Conrad Schuhler, Hannes Stütz. Redaktion: Friedrich Hitzer (verantwortlich), Klaus Konjetzky, Elvira Högemann-Ledwohn, Oskar Neumann, Roman Ritter. Redaktionsanschrift: Hohenzollernstraße 144, 8000 München 40.

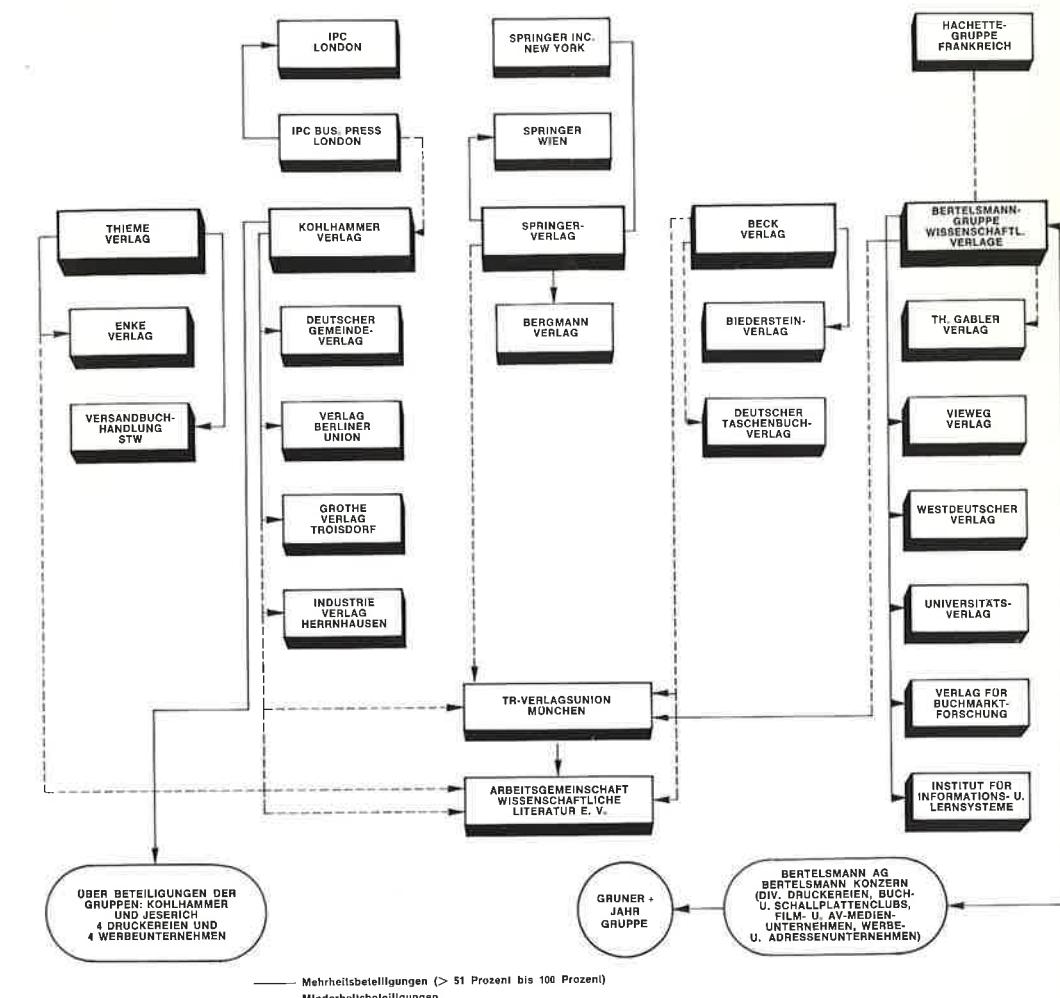
Die Zeitschrift KÜRBISKERN erscheint vierteljährlich (März, Juni, September, Dezember) im Dammitz Verlag GmbH, München. Gesellschafter: Heino F. von Dammitz, Maler, Grünwald, 1/4; Carlo Schellermann, Maler und Grafiker, München, 1/4; Erich Stegmann, Maler, Daisenhofen, 1/4; Hannes Stütz, Lektor, Düsseldorf, 1/4. Geschäftsführung und Verlagsbereich KÜRBISKERN: 8 München 40, Hohenzollernstraße 144.

Druck: F. C. Mayer, 8 München 40, Kunigundenstraße 19.

Einzelheft DM 6,80, Jahresabonnement DM 22,— zuzüglich MwSt. + Porto. Postscheckkonto München 33381 - 802. Deutsche Bank München, Zweigstelle Kurfürstendamm, Konto-Nr. 35/00832.

Bestellungen über den Buchhandel oder direkt bei KÜRBISKERN, 8 München 40, Hohenzollernstr. 144, Telefon (089) 30 37 83.

Anhang: Schaubild der 5 größten wissenschaftlichen Verlage in der BRD



Sie sollten
mal
kennenlernen.



Durch kostenlose Probe-
exemplare. **1975:**
**Gemeinsam gegen
rechts! Mit der „tat“.**

Ich wünsche kostenlos und unverbindlich
Probeexemplare

Vorname und Name

PLZ und Wohnort

Straße

Beruf und Alter (dient nur statistischen Zwecken)

Post-
karten-
porto

POSTKARTE

An
„die tat“
Röderberg-Verlag

6 FRANKFURT/M.1
Schumannstraße 56
Postfach 4129

Lesen, worauf es jetzt ankommt: anti forschi stisch anti die tat

antifaschistische wochenzeitung

1975: 30 Jahre
Befreiung vom
Faschismus.
1975: 25
Jahre „die tat“

milita
ristisch